

EUROPÄISCHE KOMMISSION

# EUROBAROMETER

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION

## Bericht Nr. 58

**Ausgabe : März 2003**

**Umfragen : Okt. – Nov. 2003**

Generaldirektion für Presse und Kommunikation  
Rue de la Loi 200 (BREY – 7/150)  
B - 1049 Brüssel

Telefon : (32.2) 296.24.63  
Fax : (32.2) 296.17.49  
E-mail : [eurobarometer@cec.eu.int](mailto:eurobarometer@cec.eu.int)

Internet : [http://europa.eu.int/comm/public\\_opinion](http://europa.eu.int/comm/public_opinion)

Nachdruck – ausgenommen zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet

## Vorbemerkung

*Eurobarometer-Umfragen zur öffentlichen Meinung ("Standard-Eurobarometer-Umfragen") werden seit dem Herbst 1973 im Auftrag der Generaldirektion für Presse und Kommunikation der Europäischen Kommission, Meinungsumfragen, jedes Frühjahr und jeden Herbst durchgeführt. Seit Herbst 1980 schließen sie Griechenland (Eurobarometer 14), seit Herbst 1985 Portugal und Spanien (Eurobarometer 24), seit Herbst 1990 die ehemalige Deutsche Demokratische Republik (Eurobarometer 34) und seit dem Frühjahr 1995 Österreich, Finnland und Schweden ein (Eurobarometer 43).*

*Befragt wurde ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung im Alter ab 15 Jahren, dem ein für alle Mitgliedsländer gleichlautender Fragebogen vorgelegt wurde. In der Regel umfasst die Stichprobe für die Standard-Eurobarometer-Umfragen 1000 Personen je Land mit Ausnahme von Luxemburg (600) und dem Vereinigten Königreich (1000 in Großbritannien und 300 in Nordirland). Um die Integration der fünf neuen Länder in das vereinigte Deutschland und in die Europäische Union zu beobachten, werden seit dem Eurobarometer 34 in Deutschland jeweils 2000 Personen befragt: 1000 in Ost- und 1000 in Westdeutschland.*

*Die Umfragen in den 15 Mitgliedsländern werden von nationalen Instituten durchgeführt, die der Europäischen Meinungsumfragegruppe, einem Konsortium von Markt- und Meinungsforschungsagenturen, bestehend aus INRA (EUROPE) und GfK Worldwide, angehören. Dieses Netz von Instituten wurde über Ausschreibungen ausgewählt. Alle Institute gehören der "European Society for Opinion und Marketing Research" (ESOMAR) an, deren Normen für sie verbindlich sind.*

*Die in diesem Bericht für die einzelnen Mitgliedsländer enthaltenen Zahlen sind nach Geschlecht, Alter, Region und Ortgröße gewichtet. Die Zahlen für die gesamte Europäische Union sind gemäss der Erwachsenen Bevölkerung eines jeden Landes gewichtet. Wegen der Auf- oder Abrundung der Zahlen in gewissen Fällen summieren sich die gesamten Prozentwerte in den Tabellen nicht immer genau auf 100%, sondern auf einen sehr nahen Wert (z.B. 99 oder 101). Wenn mehrere Antworten zugelassen sind, gehen die Prozentwerte oft über 100% hinaus. Die in den Schaubildern ausgewiesenen Prozentwerte können aufgrund der Verwendung bereits zuvor gerundeter Zahlen um 1% von den Zahlen in den Tabellen abweichen.*

*Der vorliegende Bericht, der durch die Generaldirektion für Presse und Kommunikation der Europäischen Kommission, Meinungsumfragen (Referatsleiter: Herr Thomas Christensen) erstellt wurde, ist für den Dienstgebrauch der Europäischen Kommission bestimmt.*

### **Umfragen der Eurobarometer Serie**

*Die Europäische Kommission (Generaldirektion für Presse und Kommunikation) veranstaltet allgemeine Meinungsumfragen sowie Befragungen spezieller Zielgruppen und qualitative Analysen (Gruppendiskussionen, Intensivinterviews) in allen Mitgliedsländern und gelegentlich auch in Drittländern. Dabei werden vier verschiedene Erhebungsinstrumente eingesetzt:*

- *das traditionelle Standard-Eurobarometer mit zweimal jährlich erscheinenden Berichten und Sonder-Eurobarometer-Umfragen (die Liste finden Sie in Anhang D), die nach denselben Methoden arbeiten wie die Standard-Eurobarometer und die jeweils einmal jährlich erscheinen.*
- *Das Eurobarometer der Beitrittskandidaten die jeweils einmal jährlich erscheinen und die nach denselben Methoden arbeiten wie die Standard-Eurobarometer.*
- *Telefon Flash EB, das auch für Befragungen bestimmter Zielgruppen eingesetzt wird (z.B. Spitzenentscheidungssträger)*
- *Qualitative Analysen (Fokusgruppen; Intensivinterviews)*

**Web-Site für das Eurobarometer:**

[http://europa.eu.int/comm/public\\_opinion/](http://europa.eu.int/comm/public_opinion/)

## **GESAMTÜBERBLICK**

Im 58. Eurobarometer-Bericht wird die Meinung der Öffentlichkeit zur Europäischen Union im Herbst 2002 dargestellt. Hier die wichtigsten Ergebnisse:

### **Die Erhebung wurde in einer Zeit zunehmender politischer und wirtschaftlicher Instabilität durchgeführt.**

- Die Mehrzahl der Befragten fürchten sich vor einer Katastrophe. So haben 82% Angst vor internationalem Terrorismus, 72% vor der Verbreitung atomarer, biologischer oder chemischer Massenvernichtungswaffen, 76% vor organisierter Kriminalität, 57% vor einem Weltkrieg und 52% vor einem Atomkrieg in Europa.
- Die Befragten äußern sich zunehmend besorgt über die wirtschaftliche Situation und die Beschäftigungslage in ihrem Land.

### **Die Hauptindikatoren zur Europäischen Union bleiben hoch.**

- 55% der Befragten befürworten die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union (+2 Prozentpunkte seit Frühjahr 2002).
- 53% der Befragten vertrauen der Europäischen Kommission (+6 Prozentpunkte seit Frühjahr 2002).
- 50% der Befragten denken, dass ihr Land durch seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile hat (-1 Prozentpunkt seit Frühjahr 2002).
- 50% der Befragten haben ein positives Bild von der Europäischen Union (+1 Prozentpunkt seit Frühjahr 2002).
- 47% der Befragten wünschen sich, dass die Europäische Union in Zukunft eine wichtigere Rolle spielt (+2 Prozentpunkte seit Herbst 2001).

### **Etwas geringere Unterstützung des Euro**

- Jetzt, da sich die Euphorie um die Einführung der Eurobanknoten und -münzen gelegt hat, zeigt die Befragung, dass die Befürwortung des Euro ebenfalls leicht gesunken ist. Dennoch wird er von über sechs von zehn Bürgern noch befürwortet.
- 58% der Befragten fühlen sich beim Gebrauch des Euro wohl, gegenüber 63% im Frühjahr 2002.
- Mehr als drei Viertel der Bürger (77%) in den Ländern der Eurozone haben den Eindruck, dass die Preise bei der Umstellung zum Euro in allen Bereichen aufgerundet wurden.

### **Gestiegene Befürwortung der Erweiterung, aber nach wie vor keine Priorität**

- 52% der Befragten befürworten die Erweiterung der Europäischen Union um weitere Länder (+2 Prozentpunkte seit Frühjahr 2002), aber die Erweiterung wird nach wie vor nicht als Priorität für die Europäische Union betrachtet (31% sehen sie als Priorität).
- 46% der EU-Bürger sprechen sich für eine stufenweise Erweiterung aus. 20% äußern eine unbegrenzte Befürwortung der Erweiterung.

### **Gestiegene Befürwortung des Prinzips einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik**

- Die Befürwortung des Prinzips einer gemeinsamen Außenpolitik ist seit dem Frühjahr 2002 um 3 Prozentpunkte auf 67% gestiegen.
- Auch das Prinzip einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird mit 73% von einer sehr großen Mehrheit der Bürger unterstützt.

### **Befürwortung der Reform der Institutionen, aber das Vetorecht sollte beibehalten werden**

- Welle für Welle zeigen die Ergebnisse, dass die Mehrheit der Bürger die Reform der EU-Institutionen und deren Arbeitsweise als Priorität für die Europäische Union betrachtet. Im Herbst 2002 befürworten 52% der Befragten die Reform der Institutionen.
- 65% der Bürger befürworten eine europäische Verfassung (+2 Prozentpunkte seit Frühjahr 2002).
- 40% der Befragten meinen, dass der Präsident der Europäischen Kommission direkt von den EU-Bürgern gewählt werden sollte, während es im Frühjahr 2002 noch 34% waren. Nur 14% sind der Auffassung, dass der Präsident von den Staats- und Regierungschefs ernannt werden sollte.
- Über die Hälfte der Bürger wollen das Vetorecht beibehalten (+3 Prozentpunkte seit Frühjahr 2002).

### **Selbsteinschätzung des Kenntnisstands über die Europäische Union**

- Die meisten Bürger stufen ihr Wissen über die Europäische Union als unterdurchschnittlich ein (4,4 auf einer Skala von 1 bis 10). Nur 28% der Befragten meinen, dass sie ziemlich viel bis sehr viel über die Europäische Union wissen (diejenigen, die Werte von 6 bis 10 angeben).
- Die Befürwortung der Europäischen Union, ihrer Institutionen und ihrer Politiken variiert offenbar mit dem Umfang des (selbst wahrgenommenen) Wissens der Bürger über die Europäische Union.

# Inhalt

	Seite
Einführung	
1. Feststellung der Rahmenbedingungen .....	1
1.1. Zufriedenheit mit dem Leben .....	1
1.2. Die Erwartungen der Menschen für das Jahr 2003.....	2
1.3. Erwartungen der Menschen bezüglich ihrer Ausgaben.....	9
1.4. Die Ängste der EU-Bürger .....	13
1.5. Die Rolle der USA .....	14
2. Kenntnisse und Informationen .....	15
2.1. Tatsächliche Kenntnisse über die Europäische Union – ein Quiz .....	15
2.2. Subjektiv beurteilte Kenntnisse über die Europäische Union .....	17
2.3. Bereitstellung von Informationen über die Europäische Union.....	20
2.4. Informationsquellen über die Europäische Union .....	23
2.5. Bekanntheit und Bedeutung der Ratspräsidentschaft .....	24
3. Einstellungen gegenüber der Europäischen Union .....	26
3.1. Verbundenheit mit der Europäischen Union .....	26
3.2. Sich in der nahen Zukunft als Europäer sehen .....	27
3.3. Bekanntheit und Bedeutung der europäischen Flagge .....	29
3.4. Ansichten über die europäische Flagge.....	31
3.5. Befürwortung der Mitgliedschaft in der Europäischen Union.....	32
3.6. Vorteile durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union .....	33
3.7. Vorteile bzw. Nachteile der Mitgliedschaft in der Europäischen Union.....	50
3.8. Image der Europäischen Union .....	51
3.9. Geschwindigkeit der europäischen Integration .....	53
3.10. Die erwartete und gewünschte Rolle der EU in fünf Jahren .....	54
3.11. Prioritäten der Schlüsselthemen.....	56
3.12. Wirksamkeit der EU-Politik.....	58
3.13. Zustimmung zu wichtigen Themen.....	59
4. Der Euro .....	61
4.1. Unterstützung für den Euro.....	61
4.2. Gefühl bei der Verwendung des Euro.....	66
4.3. Die Preise .....	67
4.4. Verbundenheit mit dem Euro .....	69
5. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik .....	71
5.1. Unterstützung für eine gemeinsame Außenpolitik .....	71
5.2. Unterstützung für eine gemeinsame Verteidigungspolitik .....	73
5.3. Wer sollte über Fragen der europäischen Verteidigung entscheiden? .....	74
6. Erweiterung .....	76
6.1. Befürwortung der Erweiterung .....	76
6.2. Einstellungen zur Erweiterung .....	83
6.3. Unterstützung der EU Mitgliedschaft für die Beitrittskandidaten .....	87
6.4. Erweiterung: Das Gefühl, beteiligt und informiert zu sein .....	89
7. EU-Institutionen .....	96
7.1. Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie in der EU .....	96
7.2. Bekanntheitsgrad und Bedeutung der Institutionen und Organe der Europäischen Union sowie das ihnen entgegengebrachte Vertrauen.....	97
7.3. Hin zu einem neuen Rahmen für die Beschlussfassung .....	103

# Inhaltsverzeichnis - Anhänge

Page

A.	Listen	
A.1.	Auflistung der Schaubilder .....	A.1
A.2.	Auflistung der Tabellen .....	A.6
A.3.	Deutscher Text der in den Tabellen verwendeten Frage- und Antwortkategorien.....	A.11
A.4.	Erklärung der Tabellenüberschriften .....	A.28
B.	Tabellen.....	B.1
C.	Technische Spezifikationen	
C.1.	Beteiligte Institute und Ansprechpartner .....	C.1
C.2.	Regionale Verwaltungseinheiten .....	C.2
C.3.	Stichprobenspezifikationen .....	C.3
C.4.	Definition und gewichtete Verteilung der soziodemografischen Variablen .....	C.6
D.	Besondere Umfragen des Eurobarometers über die Einstellungen der Europäer .....	D.1

# BERICHT

## Einführung

In diesem Bericht werden die Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage Nr. 58 dargestellt, die im Herbst 2002 durchgeführt worden ist. Ziel des Berichts ist es, den Lesern einen Überblick darüber zu verschaffen, was die Unionsbürger von der Europäischen Union, ihrer Politik und ihren Institutionen halten.

Kapitel 1 **stellt die Rahmenbedingungen** dar, vor deren Hintergrund die Einstellungen und Meinungen der Öffentlichkeit zu interpretieren sind. Es enthält Ergebnisse zu Fragen, die auf das persönliche und wirtschaftliche Wohlergehen der Menschen sowie auf ihre Erwartungen für das kommende Jahr abzielen. Der Schwerpunkt der zweiten Hälfte des Kapitels ist die internationale Lage: Es werden die Ergebnisse einer Frage nach der Furcht der Menschen vor möglichen Katastrophen sowie einer Frage zur Rolle der Vereinigten Staaten dargestellt.

Kapitel 2 präsentiert die Ergebnisse von Fragen, die die **tatsächliche** Kenntnis der Europäischen Union und die Kenntnis der Europäischen Union **nach eigener Einschätzung** zum Gegenstand haben. Ebenfalls betrachtet werden in diesem Kapitel Maßnahmen zur **Verbesserung** des Wissens der Menschen. Das Kapitel endet mit einer kurzen Untersuchung der Bekanntheit und der eingeschätzten Bedeutung der **dänischen Präsidentschaft im Ministerrat** im zweiten Halbjahr 2002.

Kapitel 3 behandelt die **öffentliche Meinung** bezüglich der Europäischen Union. Hier geht es um die **Existenz einer europäischen Identität** unter den EU-Bürgern, um die **Einstellung der Menschen gegenüber der Europäischen Union**, um die **eingeschätzte und gewünschte Geschwindigkeit, mit der Europa aufgebaut wird** und schließlich um eine Untersuchung der **öffentlichen Meinung gegenüber den EU-Politiken**.

In Kapitel 4 geht es um **den Euro**: Es enthält eine Darstellung der **Entwicklung der Befürwortung** des Euro, eine Analyse der Frage, wie die Öffentlichkeit **mit der Umstellung auf den Euro zurecht kommt** und seine Auswirkungen einschätzt sowie die Untersuchung der Frage, **in welchem Maße die Öffentlichkeit am Euro hängt**.

Kapitel 5 behandelt die öffentliche Meinung zur **gemeinsamen Außenpolitik** und zur **gemeinsamen Verteidigungspolitik**.

In Kapitel 6 geht es um die **Erweiterung**: Dargestellt werden die **Entwicklung der Befürwortung** der Erweiterung, die Einstellung der Menschen zur Erweiterung sowie eine Analyse der Frage, in welchem Maße **die Öffentlichkeit die Beitrittskandidaten befürwortet** und der Frage, ob die Menschen sich **in die Diskussion einbezogen und über die Erweiterung informiert fühlen**.

Kapitel 7 beinhaltet Fragen zu den **EU-Institutionen**. Hier werden Ergebnisse zur **derzeitigen Situation** präsentiert: Sind die Menschen mit der Funktionsweise der Demokratie in der EU zufrieden, vertrauen sie den Institutionen? In der zweiten Hälfte des Kapitels geht es um die **neue Struktur der Institutionen**: Befürwortet die Öffentlichkeit die Reform der Institutionen, sollte die EU eine Verfassung haben, wie sollte die Beschlussfassung aussehen?

**Wir bedanken uns bei allen Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union, die über die Jahre hinweg an den Eurobarometer-Umfragen teilgenommen haben. Ohne ihre Hilfe wäre dieser Bericht nicht möglich gewesen.**



## 1. Feststellung der Rahmenbedingungen

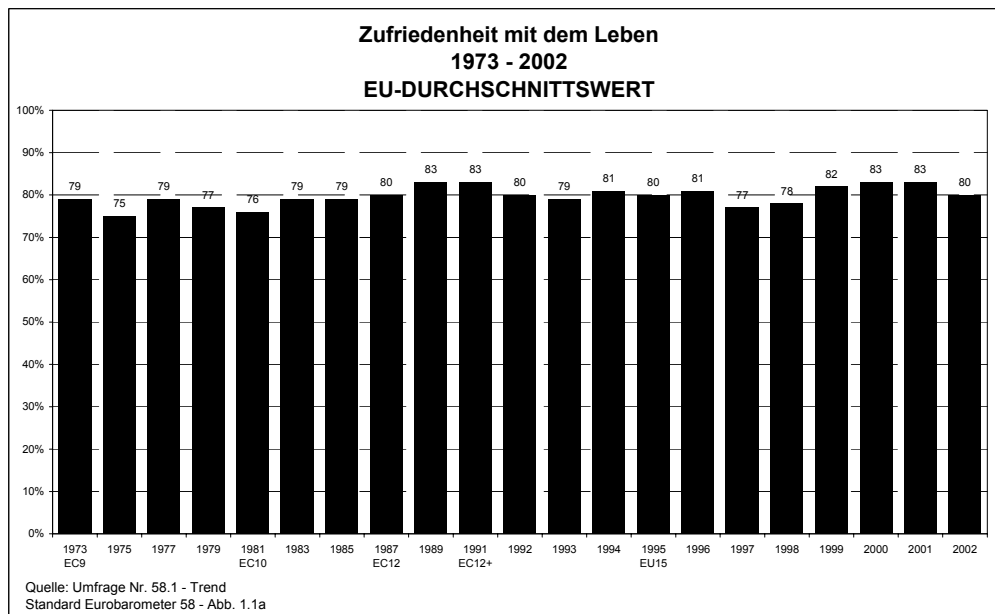
Die Einstellungen und Meinungen der Bevölkerung zur Europäischen Union hängen zu einem gewissen Grade von externen Faktoren ab: Wie zufrieden sind die Menschen mit ihrem Leben insgesamt, wie sieht die wirtschaftliche Situation in ihrem Land aus, welche Ängste haben sie usw. In diesem Kapitel werden eine Reihe dieser externen Faktoren untersucht, um einen Kontext zu schaffen, vor dessen Hintergrund der übrige Teil des Berichts analysiert werden kann.

### 1.1. Zufriedenheit mit dem Leben

Seit der Einführung des Eurobarometers im Jahre 1973 wurden die Bürger der Europäischen Union regelmäßig befragt, wie zufrieden sie mit ihrem Leben insgesamt sind. Mit dieser Frage nach der Zufriedenheit mit dem Leben werden die Eindrücke in allen Lebensbereichen, angefangen vom persönlichen Glück, über die Gesundheit, die Familie und die wirtschaftliche Situation bis hin zu den Ansichten über die Gesellschaft insgesamt gemessen.

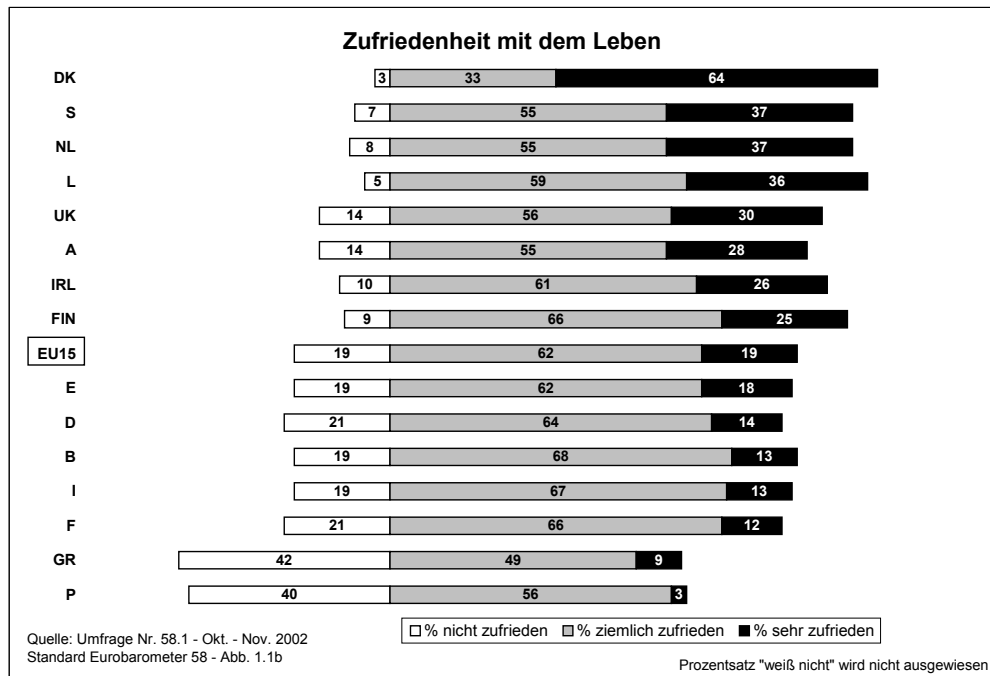
80% der Teilnehmer der Eurobarometer-Umfrage im Herbst 2002 geben an, dass sie insgesamt ziemlich oder sehr zufrieden mit ihrem Leben sind. Zum ersten Mal seit 1999 ist bei diesem Ergebnis eine Änderung zu sehen. Dies hängt sicherlich mit dem derzeitigen Wirtschaftsklima in Europa zusammen, das Anzeichen für eine Rezession aufweist. Selbst die Ereignisse des 11. September und die Zeit danach haben sich auf die Einschätzung der Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Situation nicht ausgewirkt.

Das unten stehende Diagramm zeigt, dass über die Jahre hinweg mindestens 75% der Befragten ihr Leben positiv einschätzen.



Die Länderanalyse zeigt, dass die Menschen in Dänemark am häufigsten zufrieden sind. Ebenso wie in den früheren Befragungen ist Dänemark das einzige Land, in dem mehr als die Hälfte der Bevölkerung (64%) sehr zufrieden ist. Wenn man die Gruppe, die ziemlich zufrieden ist (33%), dazurechnet, ergibt sich, dass lediglich 3% der Befragten in Dänemark ihr Leben negativ einschätzen. In Luxemburg gilt dies für 5% der Bevölkerung, in Schweden für 7%, in den Niederlanden für 8% und in Finnland für 9%. In diesen Ländern sind somit die meisten Menschen mit ihrem gegenwärtigen Leben zufrieden. Die einzigen Länder, in denen weniger als drei Viertel der Bevölkerung ab 15 Jahren<sup>1</sup> mit ihrem Leben zufrieden sind, sind Griechenland und Portugal. In diesen beiden Ländern gaben rund 4 von 10 Befragten an, dass sie mit ihrem gegenwärtigen Leben nicht sehr oder überhaupt nicht zufrieden sind.

<sup>1</sup> Die Umfrage wurde bei EU-Bürgern ab 15 Jahren durchgeführt.



Gegenüber dem Frühjahr 2002 zeigen die Länderanalysen geringe, größtenteils unwesentliche Veränderungen (siehe Abb. 1.1a). In Italien und Portugal lassen die Zahlen jedoch auf eine Einschätzung bei der Öffentlichkeit schließen, die negativer ist, als es bei der letzten Umfrage der Fall war.

Im gesamten Bericht werden die Ergebnisse der meisten Fragen aufgeschlüsselt nach Personen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union für eine gute Sache und nach Personen, die sie für eine schlechte Sache halten. In der Regel ist festzustellen, dass diejenigen, die die Europäische Union befürworten, positivere Einstellungen zu vielen anderen Dingen haben als diejenigen, die gegen die Europäische Union sind. Wir stellen eindeutig keine kausale Verbindung her: Mit anderen Worten: Wir sagen nicht, dass Menschen eher dazu neigen, zufrieden zu sein, weil sie die EU befürworten, oder dass Menschen eher die EU befürworten, weil sie zufrieden sind. Das einzige, was wir darstellen, ist der Zusammenhang zwischen der Befürwortung der Europäischen Union und vielen anderen in der Umfrage gestellten Fragen. Im Hinblick auf die Zufriedenheit mit dem Leben stellen wir fest, dass 86% der Menschen, die die Europäische Union befürworten, mit ihrem Leben zufrieden sind, während dies bei 70% der Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union als schlechte Sache betrachten, der Fall ist.

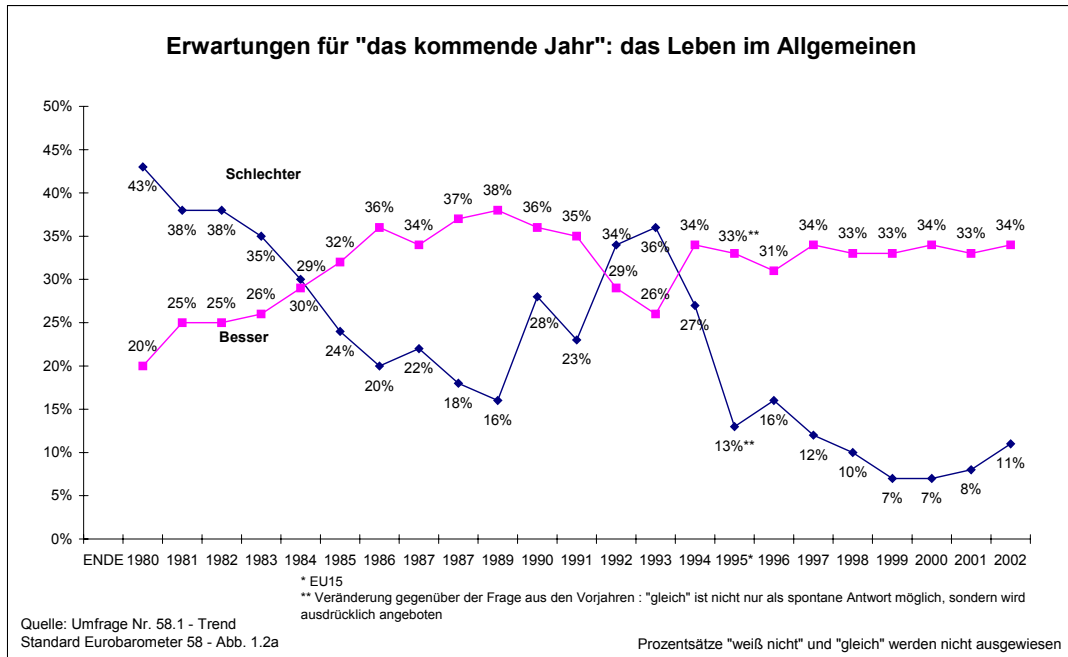
Bei den meisten Fragen werden die Ergebnisse auch nach einer Reihe sozio-demographischer Faktoren aufgeschlüsselt, wie Geschlecht, Alter, Berufsgruppe und Alter, in dem sie ihre Ausbildung beendet haben<sup>2</sup>. Diese Analyse erfolgt für die gesamte Stichprobe und nicht getrennt für jedes Land. Die Ergebnisse der Aufschlüsselung der Frage bezüglich der Zufriedenheit mit dem Leben nach sozio-demographischen Faktoren ist Abb. 1.1b zu entnehmen.

## 1.2. Die Erwartungen der Menschen für das Jahr 2003

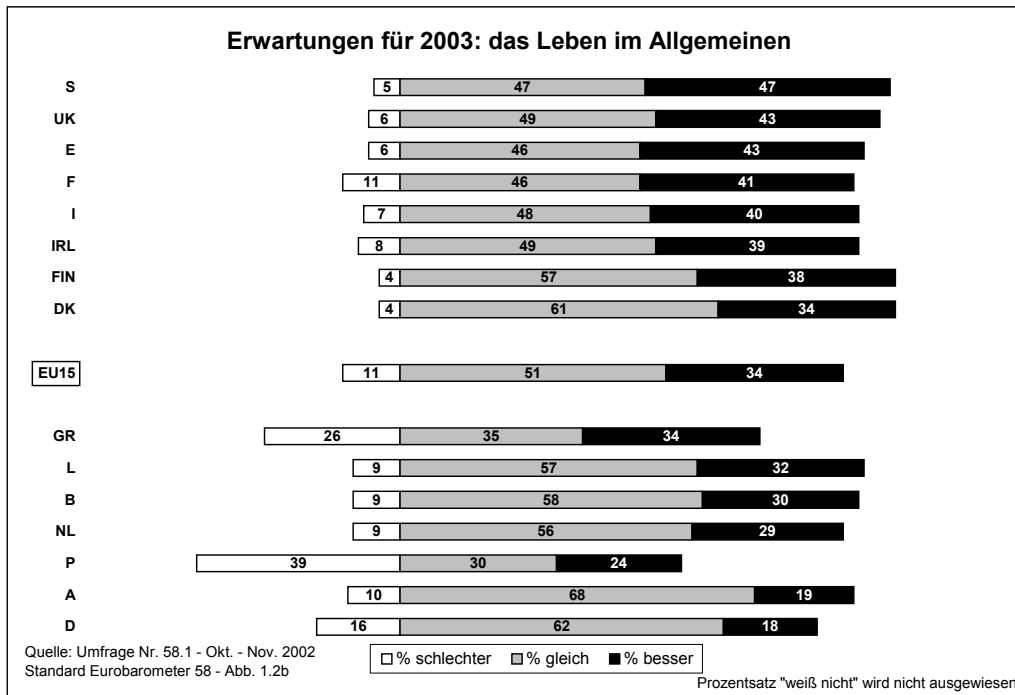
Trotz der geringen Abnahme der Zufriedenheit mit dem Leben ist festzustellen, dass die meisten Menschen entweder meinen, dass ihr Leben im Allgemeinen im Jahre 2003 gleich bleiben (51%) oder sich verbessern wird (34%).

Bei Betrachtung der Entwicklung im Zeitverlauf sehen wir, dass die EU-Bürger in keinem Bereich in die Nähe der negativen Einschätzung kommen, die sie auf dem Höhepunkt der Rezession in den 1990er Jahren hatten, als 36% der Befragten dachten, das kommende Jahr werde schlechter. Im Herbst 2002 rechnen nur 11% der EU-Bürger mit einem schlechteren kommenden Jahr. Dies ist jedoch mehr als ein Jahr zuvor (8%), und wenn Europa tatsächlich in eine Rezession eintreten sollte, ist es sehr wahrscheinlich, dass diese Zahl noch zunehmen wird.

<sup>2</sup> Eine Beschreibung der Analysevariablen ist Anhang A.4 zu entnehmen.



Die Menschen in Schweden (47%), dem Vereinigten Königreich, Spanien (jeweils 43%), Frankreich (41%) und Italien (40%) sind am häufigsten der Ansicht, dass ihr Leben im Allgemeinen sich im Jahre 2003 verbessern werde. Die Portugiesen sind am pessimistischsten: In Portugal meinen 39%, ihr Leben werde sich verschlechtern, während 30% denken, es werde gleich bleiben und nur 24% mit einer Verbesserung rechnen. Auch die Menschen in Griechenland sind pessimistischer als der Durchschnitt: Hier erwartet über ein Viertel (26%) eine Verschlechterung des Lebens im Jahre 2003.

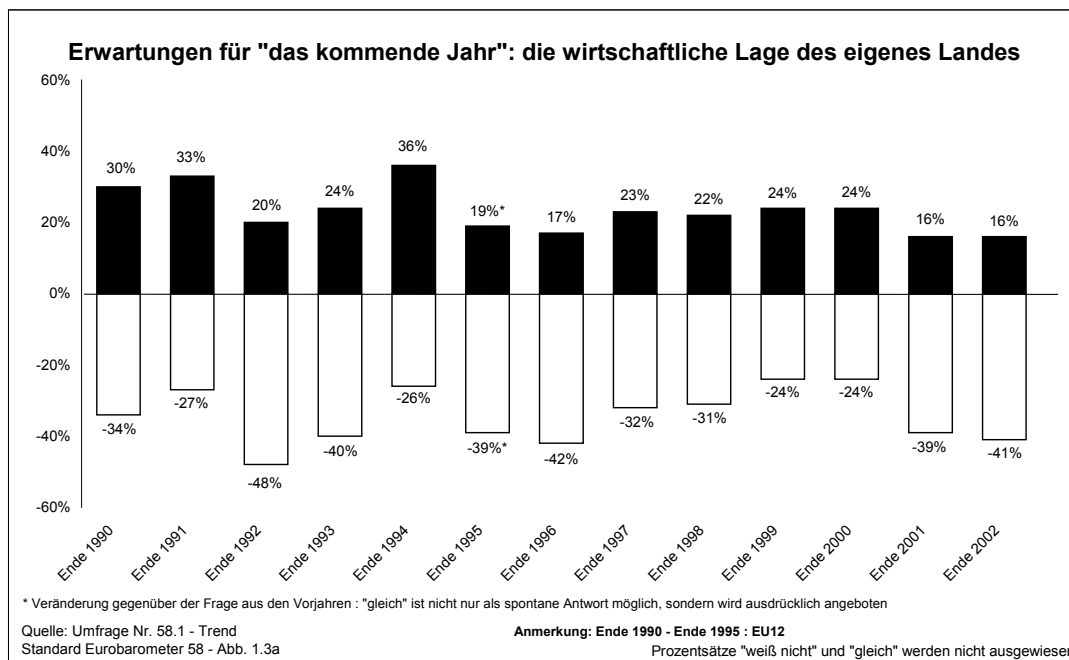


Gegenüber Herbst 2001 sind bei den Daten auf nationaler Ebene einige Änderungen zu beobachten. So denken in Irland und Luxemburg nun wesentlich mehr Menschen, dass ihr Leben im Allgemeinen im kommenden Jahr besser werde. In Portugal gibt es eine deutliche Zunahme des Prozentsatzes der Menschen, die das Gefühl haben, das kommende Jahr werde schlechter. Abb. 1.2a sind weitere Informationen über die Veränderungen in den Mitgliedstaaten im Vergleich zu 2001 zu entnehmen.

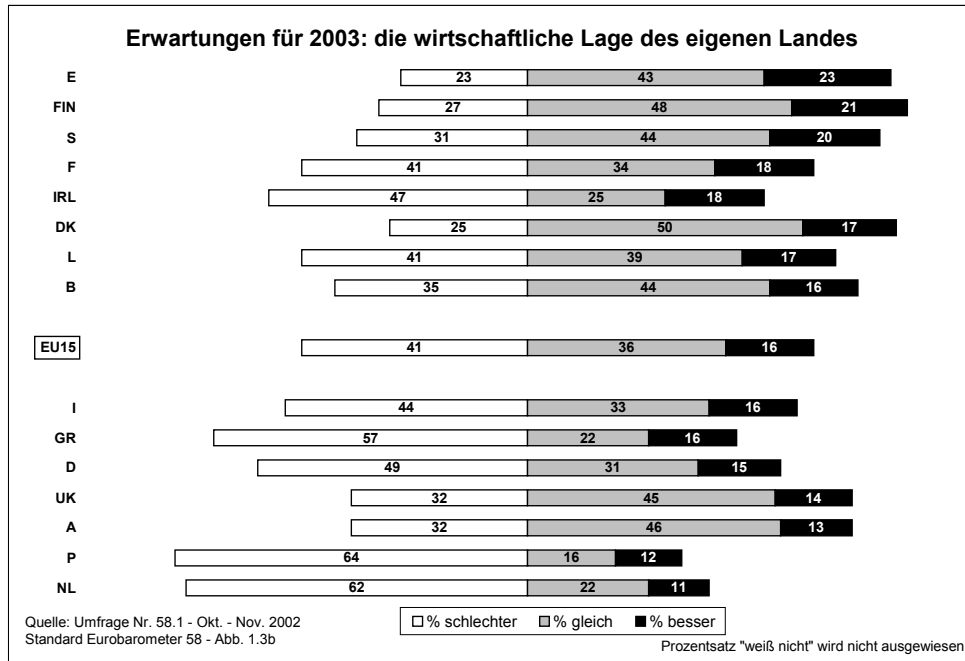
Die demographischen Analysen zeigen, dass junge Menschen (55%) und Studenten (53%) am häufigsten der Meinung sind, ihr Leben im Allgemeinen werde sich im Jahre 2003 verbessern. Der Anteil der Menschen, die denken, ihr Leben werde sich 2003 verschlechtern, reicht von 5% bei den Studenten bis 17% bei den Menschen, die ihre Vollzeitausbildung im Alter von 15 Jahren oder früher beendet haben.

Aus der Aufschlüsselung nach Befürwortern und Gegnern der Europäischen Union ergibt sich, dass 38% der Befürworter meinen, das Jahr 2003 werde besser, gegenüber 29% der Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union als schlechte Sache betrachten. (Abb. 1.2b)

Seit 1990 erfasste die Jahresendfrage auch die Erwartungen der Menschen bezüglich der Wirtschaft ihres Landes im kommenden Jahr. Die folgende Abbildung zeigt die Gesamtergebnisse für die Jahre 1990 bis 2002. Wie zu erkennen ist, ist die Bevölkerung seit 2001 wesentlich weniger optimistisch bezüglich der wirtschaftlichen Lage ihres Landes geworden, wobei 16% der Befragten für 2003 eine Besserung und 41% eine Verschlechterung der Situation erwarten. Die Nettobilanz (% "besser" minus % "schlechter") beträgt nun -25, während sie 1999 und 2000 noch bei null lag.



Der Anteil der Befragten, die meinen, dass die wirtschaftliche Lage ihres Landes 2003 besser sein werde, reicht von 11% in den Niederlanden bis 23% in Spanien. In Portugal (64%), den Niederlanden (62%) und Griechenland (57%) ist über die Hälfte der Bevölkerung der Meinung, dass die wirtschaftliche Lage ihres Landes sich 2003 verschlechtern werde.

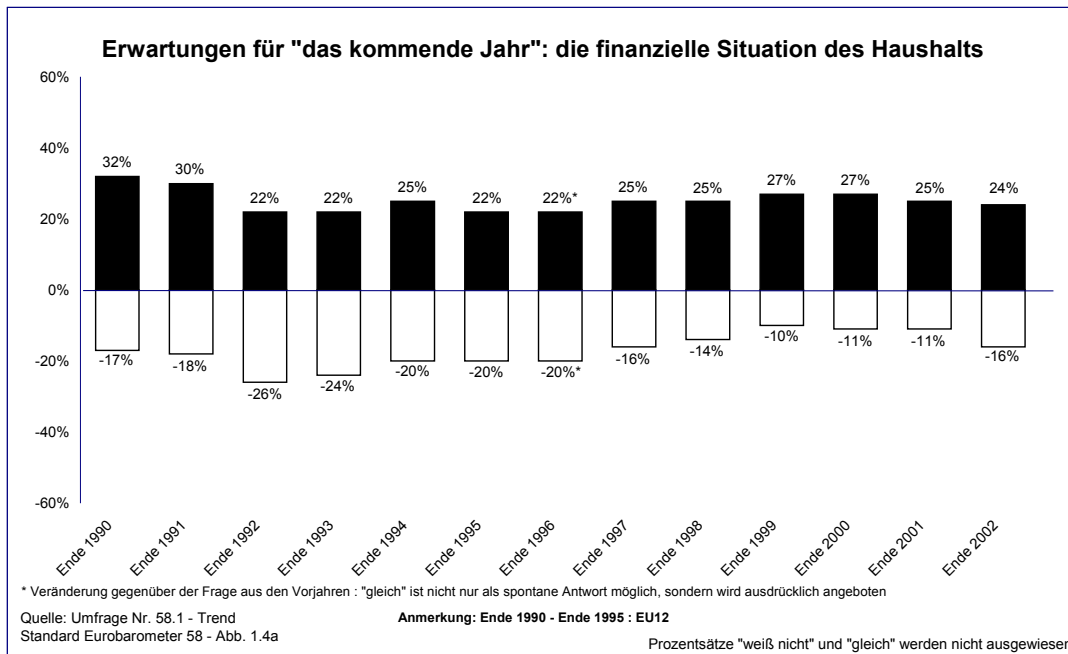


Im Vergleich zu Herbst 2001 ergibt sich, dass die Menschen in Finnland (+8), Deutschland (+6), Belgien und Irland (jeweils +4) das kommende Jahr nun optimistischer einschätzen. In Portugal (+21), Italien und Griechenland (jeweils +12) denken die Menschen jetzt wesentlich häufiger, dass die wirtschaftliche Lage ihres Landes im kommenden Jahr schlechter werde. (Abb. 1.3a)

Die demographischen Analysen zeigen, dass Studenten (23%) am häufigsten mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ihres Landes im Jahre 2003 rechnen, während Personen im Ruhestand am häufigsten von einer Verschlechterung ausgehen (46%).

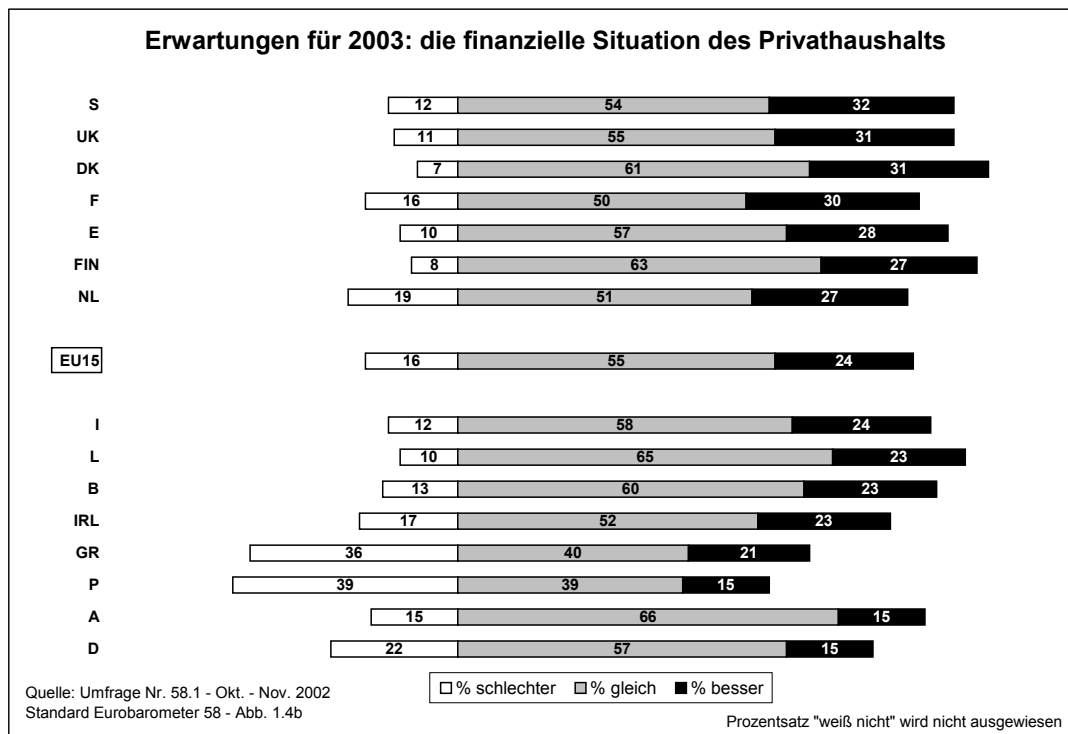
Die Aufschlüsselung nach Befürwortern und Gegnern der Europäischen Union ergibt, dass 20% der Befürworter denken, dass das Jahr 2003 besser werde, im Vergleich zu 12% der Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union für eine schlechte Sache halten. (Abb. 1.3b)

Ein anderer Punkt, der zur Jahresendfrage 1990 hinzugefügt wurde, zielt darauf ab, wie die Menschen die Entwicklung der finanziellen Situation ihres Haushalts im kommenden Jahr einschätzen.



Wie die vorstehende Abbildung zeigt, rechnen 24% der Befragten mit einer Verbesserung der finanziellen Situation ihres Haushalts und 16% mit einer Verschlechterung. Diese Prognose ist pessimistischer als es in den vergangenen Jahren der Fall war.

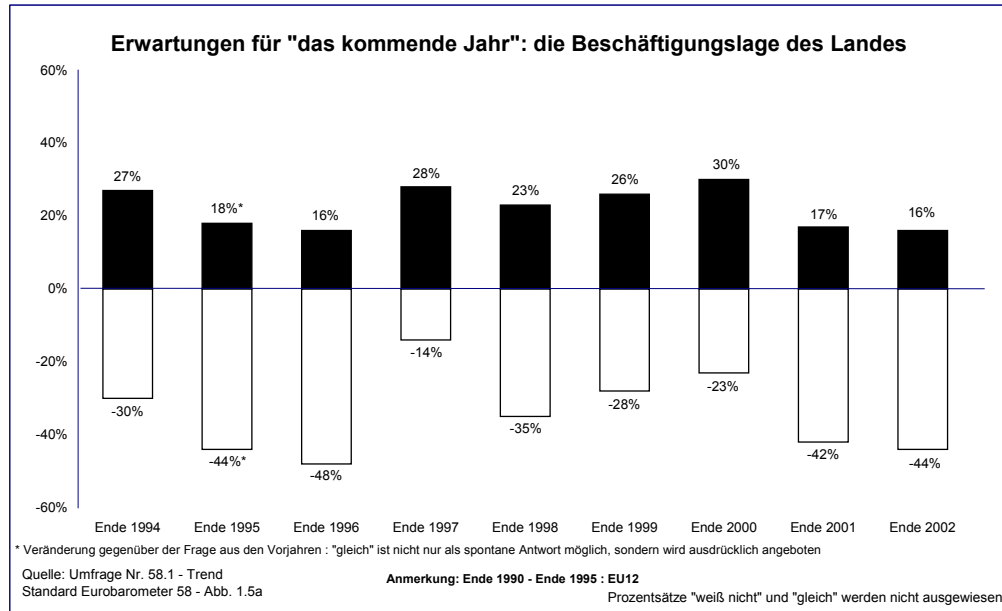
Nichtsdestoweniger rechnet die Mehrheit der Europäer für 2003 nicht mit einer Änderung der finanziellen Situation ihres Haushalts. Diese Einschätzung wird in allen Mitgliedstaaten am häufigsten zum Ausdruck gebracht, wenngleich in Portugal und Griechenland ein ebenso großer bzw. fast ebenso großer Anteil der Menschen meint, dass die finanzielle Situation ihres Haushalts sich verschlechtern werde. In beiden Ländern denken die Menschen jetzt häufiger als im Herbst 2001, dass die finanzielle Situation ihres Haushalts sich im kommenden Jahr verschlechtern werde. (Abb. 1.4a)



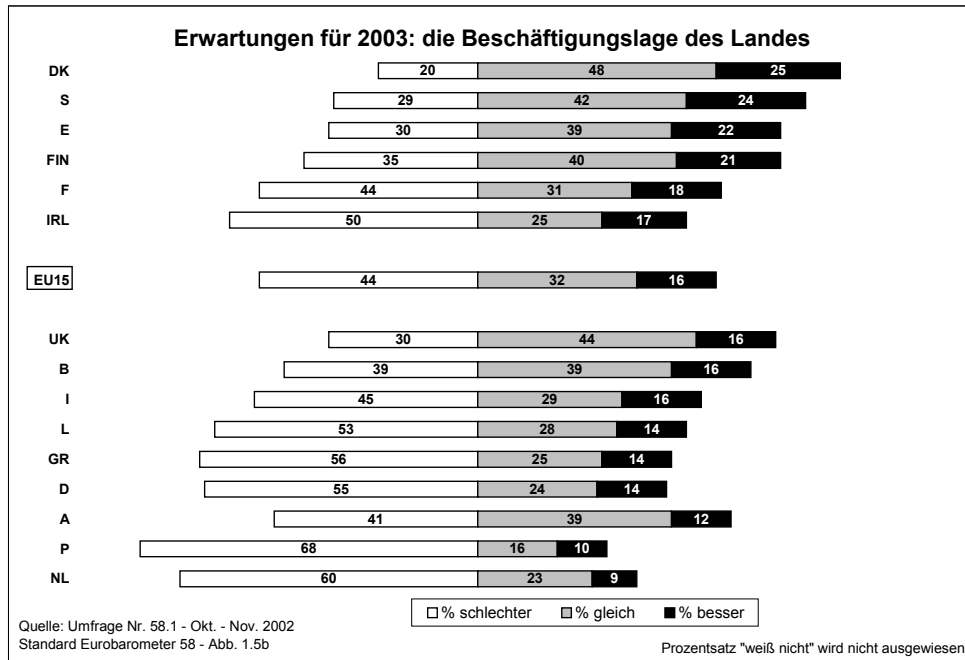
Die demographischen Analysen zeigen, dass die zwischen 15 und 39 Jahre alten Personen (36%) am häufigsten meinen, dass die finanzielle Lage ihres Haushalts sich 2003 verbessern werde. Der Anteil der Menschen, der meint, dass die finanzielle Situation ihres Haushalts sich 2003 verschlechtern werde, liegt bei den Arbeitslosen und denjenigen, die ihre Vollzeitausbildung im Alter von 15 Jahren oder früher beendet haben, mit 20% am höchsten.

Aus der Aufschlüsselung nach Befürwortern und Gegnern der Europäischen Union geht hervor, dass 27% der Befürworter meinen, dass das Jahr 2003 in dieser Hinsicht besser werde, während dies bei 21% der Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union als schlechte Sache betrachten, der Fall ist. (Abb. 1.4b)

Seit 1994 hat das Eurobarometer gemessen, wie die Menschen die Beschäftigungslage in ihrem Land einschätzen. In den letzten beiden Umfragen zeigten sich die Menschen wesentlich weniger optimistisch. 16% meinen, 2003 werde besser (2001 dachten dies 30%) und 44% denken, es werde schlechter (2001: 23%).



Am optimistischsten ist die Einstellung in Dänemark, wo 25% eine Verbesserung der Beschäftigungslage erwarten, gefolgt von Schweden (24%) und Spanien (22%). Am pessimistischsten ist sie in Portugal, wo 68% meinen, die Beschäftigungslage werde schlechter, gefolgt von den Niederlanden (60%), Griechenland (56%) und Deutschland (55%).

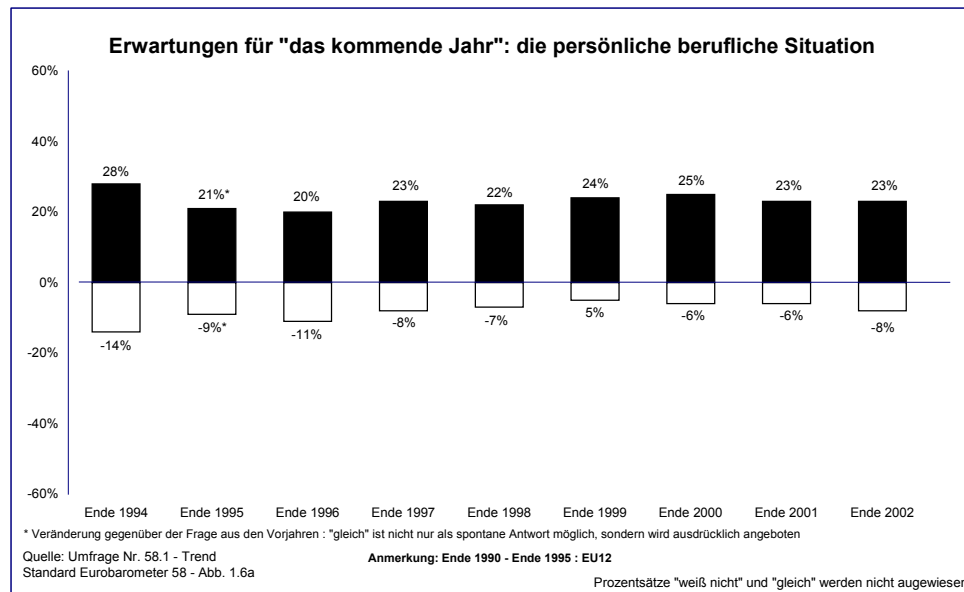


Ein Vergleich der Prognose für das Jahr 2003 mit der in der letztjährigen Erhebung für das Jahr 2002 abgegebenen zeigt, dass der Anteil der Menschen, die optimistisch sind, in Schweden, Deutschland, Dänemark, Irland, Belgien und Finnland zugenommen hat. In Portugal, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Griechenland, Spanien und Frankreich sind die Menschen jetzt pessimistischer. (Abb. 1.5a)

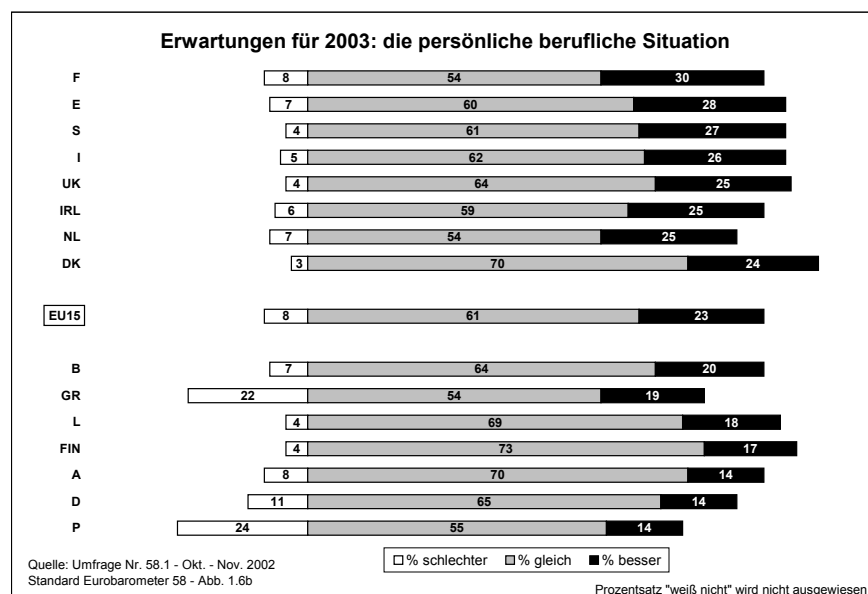
Die demographischen Analysen zeigen, dass Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren (22%) am häufigsten meinen, dass die Beschäftigungslage in ihrem Land sich 2003 verbessern werde. Der Anteil der Menschen, die eine Verschlechterung erwarten, reicht von 35% bei Studenten bis zu 47% bei Menschen, die ab 40 Jahre alt sind und bei Menschen, die ihre Vollzeitausbildung im Alter von 15 Jahren oder früher beendet haben.

Bei Betrachtung der Aufschlüsselung nach Befürwortern und Gegnern der Europäischen Union ergibt sich, dass 42% der Befürworter meinen, dass das Jahr 2003 in dieser Hinsicht schlechter werde. Diese pessimistische Bewertung teilen 53% der Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union als schlechte Sache (27%) betrachten. (Abb. 1.5b)

Die gestiegene Besorgnis bezüglich der Wirtschaft und der Beschäftigungslage in den Mitgliedstaaten scheint die Meinung der Menschen bezüglich ihrer eigenen beruflichen Situation nicht wesentlich beeinträchtigt zu haben. Rund 6 von 10 Befragten denken, sie werde 2003 gleich bleiben.



Wie die oben stehende Abbildung zeigt, ist die Einschätzung der Menschen bezüglich ihrer persönlichen beruflichen Situation im kommenden Jahr auf EU-Ebene vergleichsweise stabil gewesen, und in allen Ländern herrscht die Meinung vor, dass die Dinge gleich bleiben werden. Es bestehen jedoch Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. So meinen die Menschen in Frankreich am häufigsten, dass ihre persönliche berufliche Situation sich 2003 verbessern werde (30%), gefolgt von den Menschen in Spanien (28%) und Schweden (27%). Die Menschen in Portugal (24%) und Griechenland (22%) rechnen am häufigsten mit einer Verschlechterung ihrer persönlichen beruflichen Situation<sup>3</sup>.



<sup>3</sup> Vgl. Abb. 1.6a bezüglich einer Analyse der Änderungen seit Herbst 2001 und Abb. 1.6b bezüglich einer Aufschlüsselung der Ergebnisse nach demographischen Variablen.



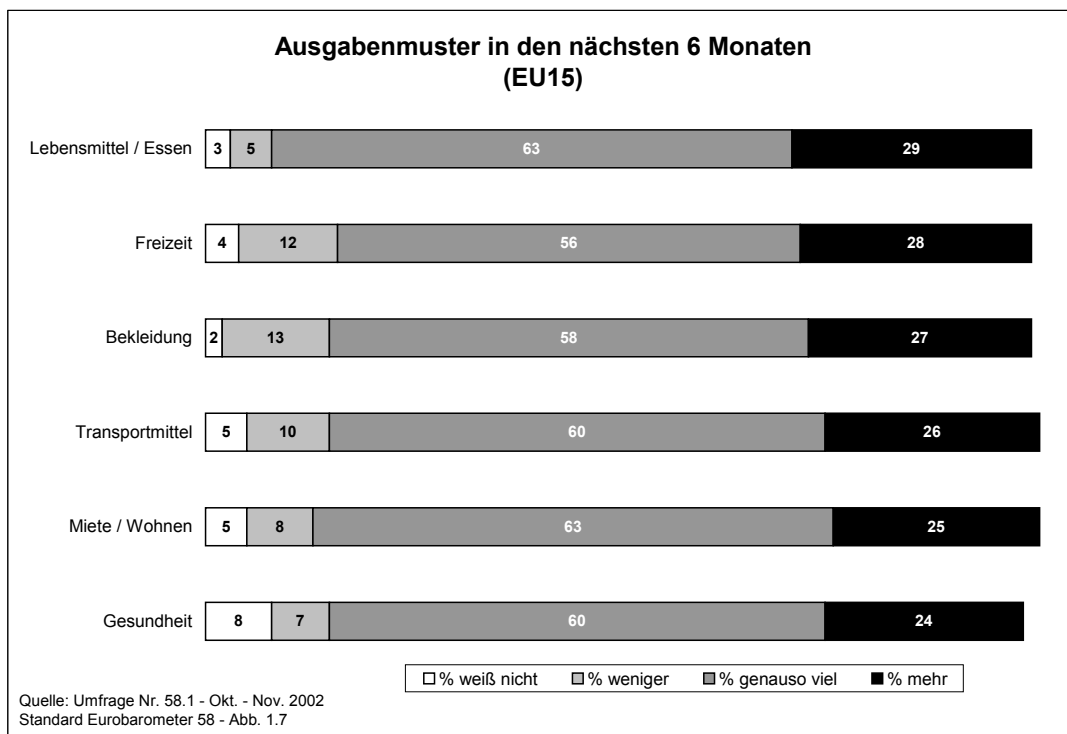
### 1.3. Erwartungen der Menschen bezüglich ihrer Ausgaben

Im Eurobarometer von Herbst 2002 wurde erstmals folgende Frage gestellt:

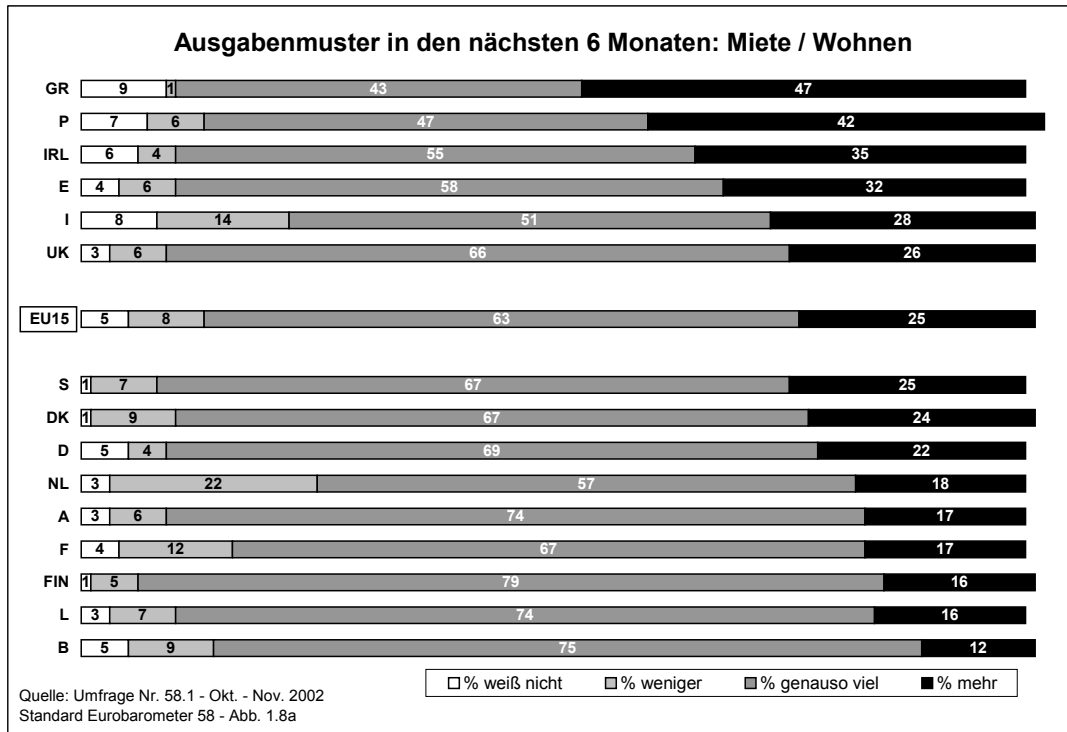
*“Können Sie mir bitte sagen, ob sie in den kommenden sechs Monaten erwarten, mehr, weniger oder genauso viel auszugeben für ...*

*Miete/Wohnen?  
Bekleidung?  
Lebensmittel/Essen?  
Gesundheit?  
Transportmittel?  
Freizeit?”*

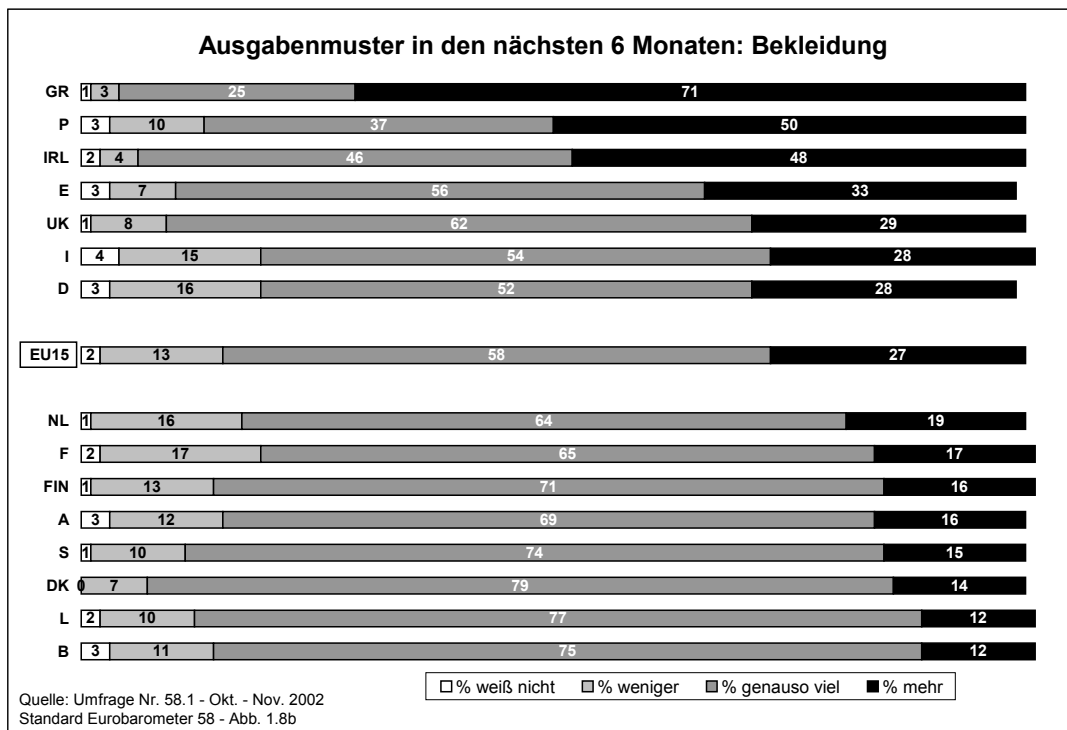
Die Ergebnisse zeigen, dass knapp über ein Viertel der Bevölkerung damit rechnet, für diese Bereiche in den sechs Monaten nach der Umfrage mehr auszugeben, während 60% dieselben Ausgaben erwarten und 10% mit geringeren Ausgaben rechnen.



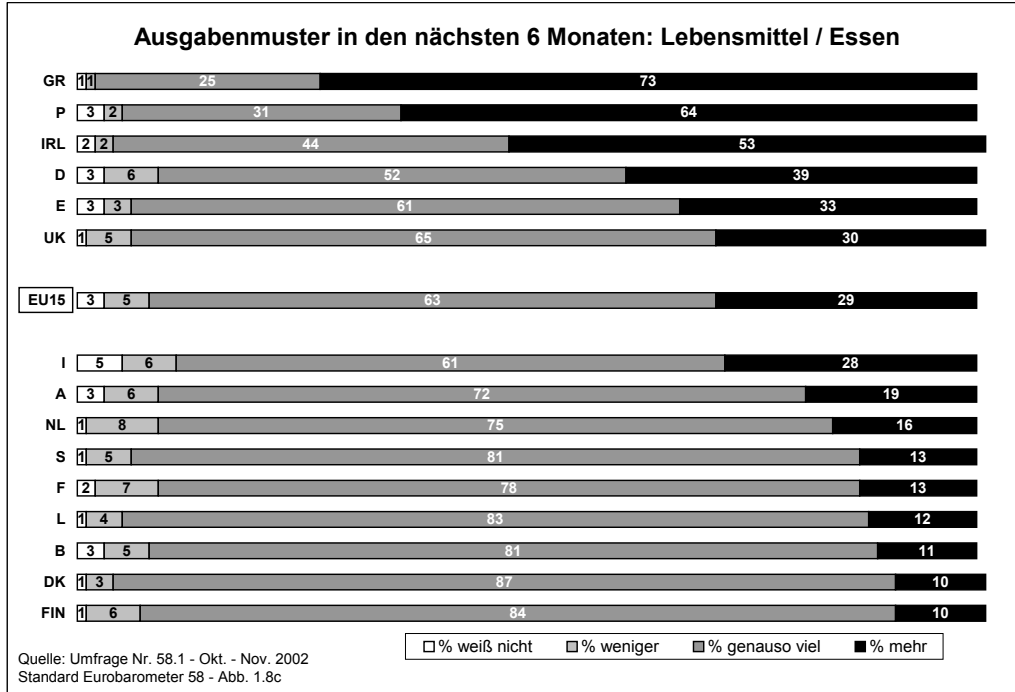
Die Analyse der Länderergebnisse zeigt, dass in allen Ländern außer Griechenland und Portugal über die Hälfte der Befragten damit rechnen, dasselbe für **Miete/Wohnen** auszugeben. In Griechenland und Portugal ist die Differenz zwischen denjenigen, die von unveränderten Ausgaben ausgehen und denjenigen, die eine Zunahme der Ausgaben erwarten, sehr gering. In den meisten Ländern rechnen nur sehr wenige Menschen damit, weniger auszugeben, mit Ausnahme der Niederlande, wo 22% dieser Meinung sind. (Vergleiche auch Abb. 1.7a)



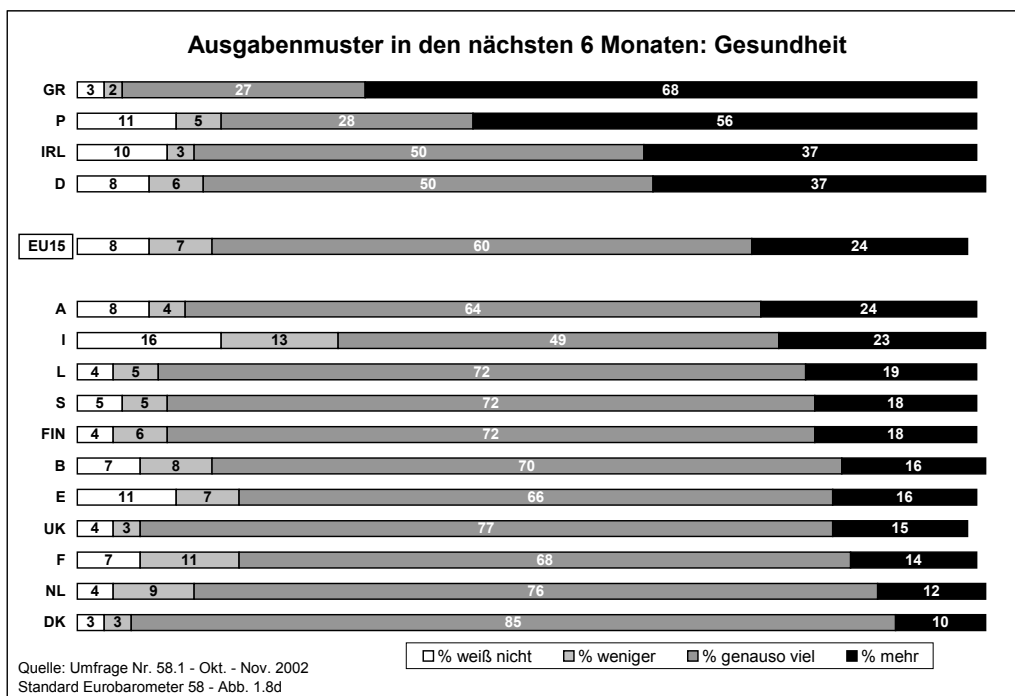
Was den Bereich **Bekleidung** betrifft, rechnet die Mehrheit der Befragten in Griechenland (71%), Portugal (50%) und Irland (48%) damit, mehr auszugeben, während die Mehrheit in allen anderen Ländern gleich bleibende Ausgaben für Bekleidung erwartet. Der Prozentsatz der Befragten, die mit geringeren Ausgaben rechnen, reicht von 3% in Griechenland bis 17% in Frankreich. (Vergleiche auch Abb. 1.8a)



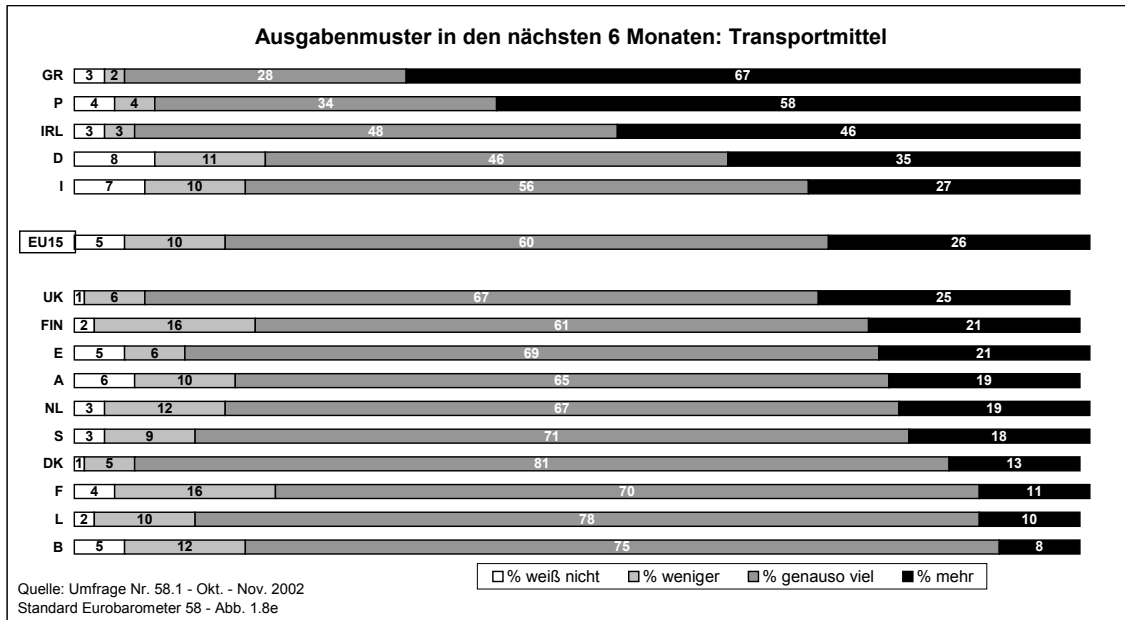
Griechenland (73%), Portugal (64%) und Irland (53%) sind auch die einzigen drei Länder, in denen die Mehrheit der Befragten damit rechnet, in den sechs Monaten nach der Umfrage mehr für **Lebensmittel/Essen** auszugeben. In den übrigen Ländern reicht die Ansicht, dass die Ausgaben für Lebensmittel/Essen gleich bleiben werden, von 52% in Deutschland bis 87% in Dänemark. Weniger als 10% der Befragten meinen, dass sie weniger für Lebensmittel/Essen ausgeben werden. (Siehe auch Abbildung 1.9a)



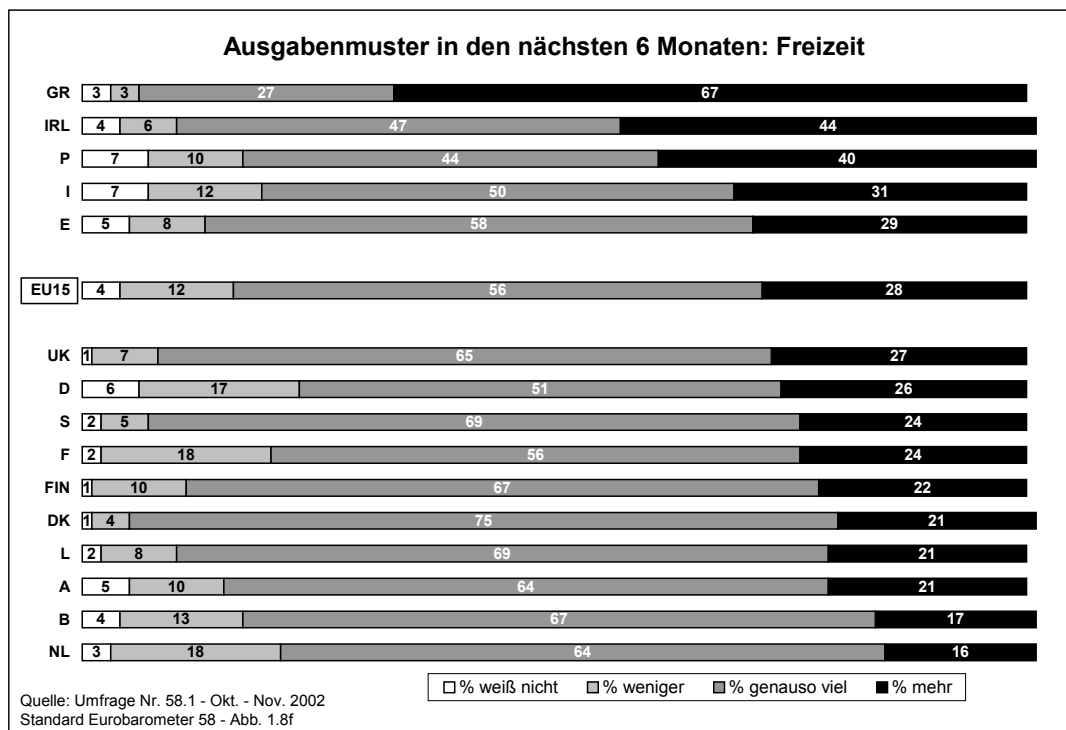
Es gibt zwei Länder, in denen die Befragten, die mit einer Zunahme ihrer **Gesundheitsausgaben** rechnen, die Mehrheit darstellen: Griechenland (68%) und Portugal (56%). In allen anderen Ländern denkt die Mehrheit der Befragten, sie würden dasselbe für Gesundheit ausgeben. Italien (13%) und Frankreich (11%) sind die beiden einzigen Länder, in denen über 10% der Befragten eine Verringerung ihrer Gesundheitsausgaben erwarten. (Siehe auch Abbildung 1.10a)



Was die **Transportmittel** betrifft, zeigen die Ergebnisse, dass die Menschen in Griechenland und Portugal wieder einmal am wenigsten optimistisch sind. In den übrigen Ländern denkt die Mehrheit der Befragten, dass sie in den sechs Monaten nach der Befragung dasselbe für Transportmittel ausgeben werden. Der Prozentsatz der Menschen mit der Ansicht, dass die Ausgaben sinken werden, reicht von 2% in Griechenland bis 16% in Frankreich und Finnland. (Siehe auch Abbildung 1.11a)



In Griechenland meinen 67% der Menschen, dass sie mehr für **Freizeit** ausgeben werden. Dies ist das einzige Land, in dem die Mehrheit so denkt. In allen anderen Ländern rechnet die Öffentlichkeit eher mit gleich bleibenden Freizeit Ausgaben. Wenngleich nur ein kleiner Anteil der Befragten meint, dass die Ausgaben in diesem Bereich sinken werden, gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern, wobei die Bandbreite von 3% in Griechenland bis 18% in den Niederlanden und Frankreich reicht. (Siehe auch Abbildung 1.12a)

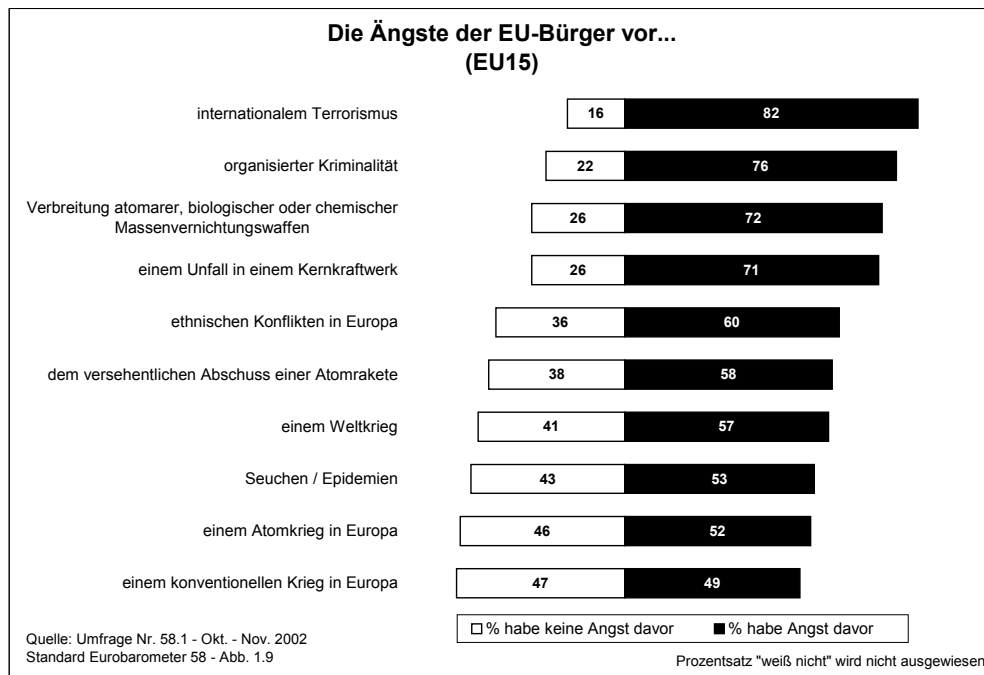


Bei Analyse der sozio-demographischen Variablen zeigt sich, dass das Alter der Befragten für jeden der sechs Bereiche eine wichtige Variable ist. Je jünger die Befragten sind, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie mit höheren Ausgaben rechnen, während die Menschen mit zunehmendem Alter häufiger von gleich bleibenden Ausgaben ausgehen. (Vergleiche die Abb. 1.7b, 1.8b, 1.9b, 1.10b, 1.11b und 1.12b)

#### 1.4. Die Ängste der EU-Bürger

Zum vierten Mal in Folge umfasste die Umfrage eine Frage, mit der festgestellt werden soll, ob die Menschen vor zehn verschiedenen Ereignissen Angst haben, die verheerende Auswirkungen für die Welt haben könnten.

Wie der folgenden Abbildung zu entnehmen ist, haben im Herbst 2002 über die Hälfte der Befragten Angst vor jeder der in der Frage aufgeführten Katastrophen. Mit 49% ist ein konventioneller Krieg in Europa die einzige Katastrophe, die nicht von mehr als der Hälfte der Befragten gefürchtet wird<sup>4</sup>.



Aus der Umfrage von Herbst 2001, die kurz nach den Angriffen vom 11. September auf die Vereinigten Staaten und während des Kriegs gegen den Terrorismus in Afghanistan durchgeführt wurde, ging hervor, dass der 11. September und die Zeit danach einen großen Einfluss auf das Ausmaß der Angst der Menschen hatten. Gegenüber Herbst 2000 war im Herbst 2001 folgendes festzustellen: eine Zunahme der Angst vor einem Weltkrieg um 19 Prozentpunkte, eine Zunahme der Angst vor der Verbreitung von atomaren, biologischen oder chemischen Massenvernichtungswaffen um 17 Prozentpunkte, eine Zunahme der Angst vor einem Atomkrieg in Europa um 16 Prozentpunkte, eine Zunahme der Angst vor Terrorismus um 12 Prozentpunkte und eine Zunahme der Angst vor einem konventionellen Krieg in Europa um 11 Prozentpunkte.

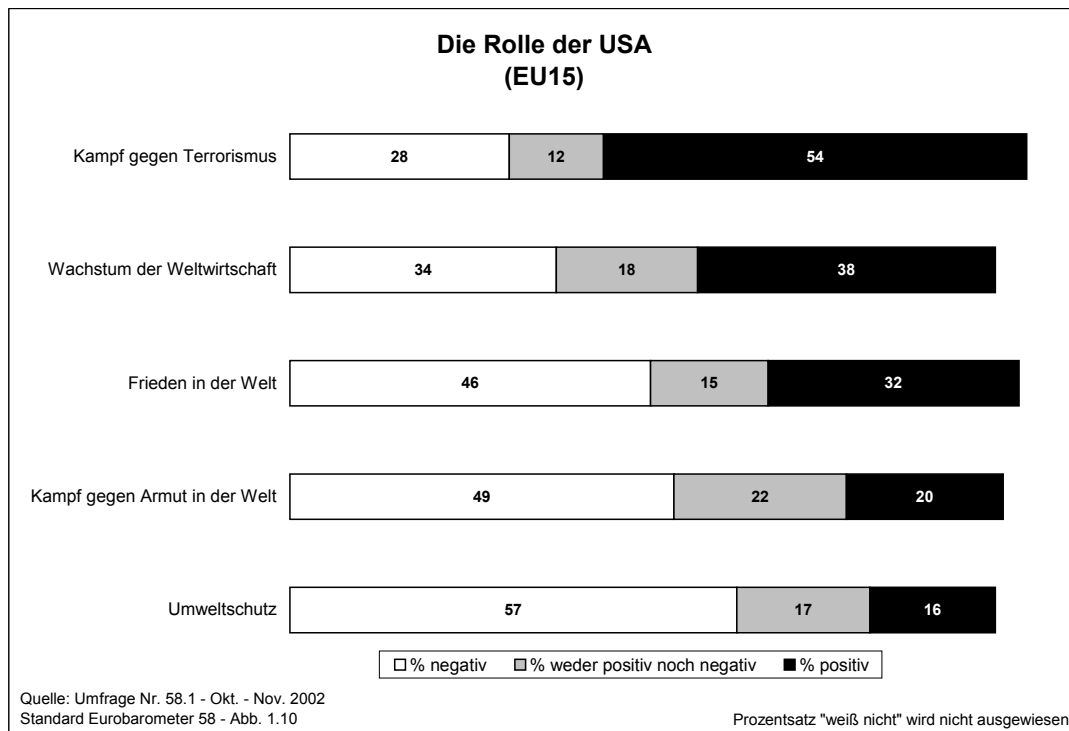
Die Ergebnisse des Frühjahres 2002 zeigten, dass die EU-Bürger sechs Monate nach den Angriffen erheblich weniger Angst vor dem Eintreten dieser Katastrophen hatten.

<sup>4</sup> Zu den Länderergebnissen siehe Abbildung 1.13 in den Anhängen.

Da die Möglichkeit eines Kriegs im Irak während der Zeit der letzten Befragung umfassend in den Medien behandelt wurde, ist eine neuerliche Zunahme des Prozentsatzes der EU-Bürger, die Angst haben, festzustellen. Diese Ängste beziehen sich nicht nur auf die Möglichkeit eines Krieges, sondern auch auf die übrigen Bereiche. So haben die Menschen nun mehr Angst vor jeder der von der Frage abgedeckten Katastrophen. Der größte Anstieg seit Frühjahr 2002 ist beim Prozentsatz der Menschen festzustellen, die Angst haben vor der Verbreitung atomarer, biologischer oder chemischer Massenvernichtungswaffen (+10 Prozentpunkte), gefolgt von der Angst vor dem versehentlichen Abschuss einer Atomrakete (+8) und einem Atomkrieg in Europa (+7).

### 1.5. Die Rolle der USA

Es wurde eine weitere Frage aufgenommen, mit der festgestellt werden soll, wie die EU-Bürger die Rolle der USA in Bezug auf die folgenden Themen einschätzen: Frieden in der Welt, Kampf gegen Terrorismus, Wachstum der Weltwirtschaft, Kampf gegen Armut in der Welt und Umweltschutz. Die Teilnehmer wurden gefragt, ob sie meinen, dass die USA in Bezug auf jedes dieser Themen eine eher positive Rolle, eine eher negative Rolle oder eine weder positive noch negative Rolle spielen.



Der Anteil der EU-Bürger, die meinen, dass die USA eine positive Rolle spielen, reicht von 16% beim Umweltschutz bis 54% beim Kampf gegen Terrorismus. So zeigt sich, dass die EU-Bürger die Rolle der USA recht kritisch einschätzen. 57% meinen, dass die USA im Bereich des Umweltschutzes eine negative Rolle spielen, 49% meinen, dass sie im Kampf gegen Armut in der Welt eine negative Rolle spielen und 46% meinen, dass sie für den Frieden in der Welt eine negative Rolle spielen. (Abb. 1.14)

## 2. Kenntnisse und Informationen

Im ersten Teil dieses Kapitels werden die Ergebnisse zu Fragen dargestellt, die die tatsächlichen Kenntnisse und die subjektiv beurteilten Kenntnisse der Befragten über die Europäische Union messen. Im zweiten Teil des Kapitels geht es um die Bereitstellung und die Nachfrage nach Informationen. Das Kapitel endet mit Daten darüber, wie die Menschen nach Informationen über die Europäische Union suchen und welche Quellen sie bevorzugen.

### 2.1. Tatsächliche Kenntnisse über die Europäische Union – ein Quiz

Wir beginnen dieses Kapitel mit der Betrachtung der Ergebnisse eines Quiz, das die Kenntnisse der Menschen über die Europäische Union misst. Den Befragten wurden die folgenden fünf Aussagen vorgelesen, und sie wurden dazu aufgefordert, zu sagen, ob sie richtig oder falsch sind:

1. Die EU besteht aus 12 Mitgliedsländern.
2. Die Mitglieder des Europäischen Parlamentes werden von Bürgern wie uns gewählt.
3. Jedes Jahr wird der Europatag gemeinsam von allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union begangen.
4. Die Europäische Union hat ihre eigene Hymne.
5. Die Europäische Gemeinschaft wurde kurz nach dem Ersten Weltkrieg gegründet.

Die Aussagen 2, 3 und 4 sind richtig, während die Aussagen 1 und 5 falsch sind. Die folgende Darstellung zeigt den Anteil der Befragten, die zu jeder der Fragen die korrekte Antwort gaben.



Am häufigsten erkannten die Befragten die Aussage "Die Europäische Gemeinschaft wurde kurz nach dem Ersten Weltkrieg gegründet." richtigerweise als falsch (59%). Nur 18% hielten dies für richtig. Knapp ein Viertel der Befragten antwortete "ich weiss nicht". Die Länderergebnisse zeigen, dass der höchste Anteil korrekter Antworten auf Schweden entfällt (76%), gefolgt von Österreich und Finnland (jeweils 70%). Der geringste Anteil korrekter Antworten kam aus Belgien, wo knapp die Hälfte der Befragten (49%) die richtige Antwort gaben.

43% der Befragten wussten, dass die "Mitglieder des Europäischen Parlamentes von Bürgern wie uns gewählt werden". 36% sagten, diese Aussage sei falsch, und 21% antworteten "ich weiss nicht". Der höchste Anteil richtiger Antworten wurde in Finnland gegeben (70%), gefolgt von Dänemark (67%). Die Befragten in Schweden (31%) wussten am wenigsten häufig, dass diese Aussage zutrifft.

34% der Befragten war bekannt, dass der Europatag von allen Mitgliedstaaten gemeinsam begangen wird. 31% hielten diese Aussage für falsch, und 36% gaben "weiss nicht" als Antwort. Die Befragten in Finnland gaben auch hier am häufigsten die richtige Antwort (71%), in einigem Abstand gefolgt von den Befragten in Griechenland (51%). In allen anderen Ländern gaben weniger als die Hälfte der Befragten die richtige Antwort.

Nur 28% der Befragten wussten, dass die Europäische Union nicht aus 12 Mitgliedsländern besteht. Über die Hälfte (54%) hielten dies fälschlicherweise für richtig. Die verbleibenden 18% wussten nicht, ob dies richtig oder falsch ist. Die Länderergebnisse zeigen, dass 57% der Befragten in Luxemburg die richtige Antwort gaben, gefolgt von 50% der Befragten in Portugal. In Deutschland (17%) und Italien (19%) gaben weniger als 2 von 10 Befragten die richtige Antwort.

Schließlich zeigen die Quiz-Ergebnisse, dass nur 27% der Befragten wussten, dass die EU ihre eigene Hymne hat. 43% bezeichneten diese Aussage als falsch und 30% konnten nicht sagen, ob sie richtig oder falsch ist. Der höchste Anteil richtiger Antworten wurde in Österreich gegeben (52%), gefolgt von 44% in Luxemburg. Die Befragten in den Niederlanden (9%) wussten am wenigsten häufig, dass die Union ihre eigene Hymne hat<sup>5</sup>.

Die folgende Tabelle zeigt den durchschnittlichen Prozentsatz der korrekten Antworten zu den fünf Aussagen. Wie zu sehen ist, hat Luxemburg das Quiz gewonnen, während Finnland auf Platz zwei und Portugal auf Platz drei liegt.

<b>QUIZ-ERGEBNISSE – PROZENTUALER DURCHSCHNITT KORREKTER ANTWORTEN (nach Land)</b>	
<b>Land</b>	<b>% korrekt</b>
Luxemburg	53
Finnland	52
Portugal	50
Österreich	47
Schweden	45
Dänemark	44
Griechenland	44
Frankreich	42
Belgien	41
Spanien	40
<b>EU15</b>	<b>38</b>
Deutschland	37
Irland	37
Italien	36
Vereinigtes Königreich	31
Niederlande	29

<sup>5</sup> Siehe Tabelle 2.1 für alle Länderergebnisse.

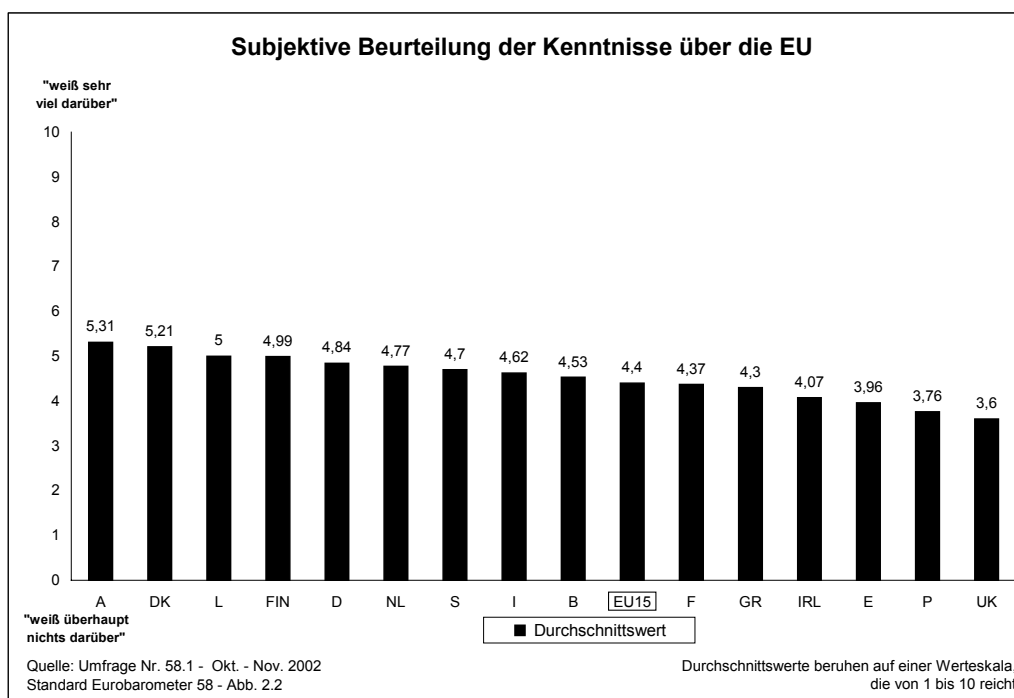


## 2.2. Subjektiv beurteilte Kenntnisse über die Europäische Union

Als nächstes untersuchen wir, wie die Menschen ihre Kenntnisse über die Europäische Union subjektiv beurteilen<sup>6</sup>. Knapp über ein Viertel der EU-Bürger (28%) meinen, ziemlich viel bis sehr viel über die Europäische Union zu wissen (diejenigen, die auf der Skala die Werte von 6 bis 10 angaben).

Subjektive Kenntnisse über EU-Angelegenheiten Herbst 2002 (in %, EU15)	
Skala	%
1 (Weiß überhaupt nichts)	8
2	10
3	16
4	16
5	19
6	13
7	9
8	5
9	1
10 (Weiß eine ganze Menge)	1
Weiß nicht	1
<b>Durchschnitt</b>	<b>4,4</b>

Das folgende Diagramm zeigt die durchschnittlichen Ergebnisse für jeden der 15 Mitgliedstaaten. Die subjektive Beurteilung der eigenen Kenntnisse unterscheidet sich deutlich von Land zu Land.



<sup>6</sup> Die Frage lautet: "Wie viel wissen Sie Ihrer Meinung nach über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Institutionen?" Die Teilnehmer wurden gebeten, eine Zahl zwischen 1 bis 10 auszuwählen, die ihren subjektiv eingeschätzten Kenntnissen über die Europäische Union am besten entspricht. Je höher die Zahl ist, desto mehr glauben sie, über die EU zu wissen.

Ebenso wie bei den letzten Umfragen ist der Kenntnisstand mit einem Durchschnitt von 5,31 in Österreich am höchsten und mit einem Durchschnitt von 3,6 im Vereinigten Königreich am niedrigsten. In Prozent ausgedrückt bedeutet dies, dass 41% der Menschen in Österreich meinen, ziemlich viel bis sehr viel (d.h. Einstufung 6 und höher auf der Skala) über die Europäische Union zu wissen, im Vergleich zu nur 15% der Menschen in Portugal und 19% der Menschen in Großbritannien. (Abb. 2.2a<sup>7</sup>)

Im Vergleich zum Frühjahr 2002 hat sich der Stand der subjektiven Kenntnisse in Finnland (+0,49), den Niederlanden (+0,46), Luxemburg (+0,42), Dänemark (+0,26) und Schweden (+0,22) erhöht. In Griechenland ist der Stand der subjektiven Kenntnisse jetzt niedriger als im Frühjahr 2002 (-0,35)<sup>8</sup>.

Interessanterweise zeigen die Ergebnisse dieser Messung eine etwas andere Länderreihenfolge als die Ergebnisse des Quiz, bei dem der tatsächliche Kenntnisstand der Befragten gemessen wird. Wie wir im ersten Abschnitt dieses Kapitels berichteten, schnitten die Befragten in Portugal bei dem Quiz gut ab, aber wenn es um die Einschätzung ihres Kenntnisstands geht, zählen sie zu den selbstkritischsten. Ebenso haben wir gesehen, dass der tatsächliche Kenntnisstand in den Niederlanden - zumindest auf der Grundlage der Quiz-Ergebnisse - in der EU am niedrigsten war, während die Niederländer bei der Bewertung ihrer Kenntnisse auf Platz fünf kommen.

Trotz dieser Diskrepanz ist die subjektiv eingeschätzte Kenntnis über die Europäische Union ein nützlicher Wert, denn sie ist ein wichtiges Indiz für die allgemeine Einstellung der Menschen gegenüber der Europäischen Union. Unsere Analyse zeigt, dass eine Befürwortung der EU um so wahrscheinlicher ist, je mehr die Menschen das Gefühl haben, die Europäische Union zu kennen. Der Zusammenhang zwischen der selbst eingeschätzten Kenntnis der EU und einer Reihe von Standardindikatoren für die Unterstützung der Union ist in den folgenden drei Schaubildern dargestellt. Wie zu sehen ist, ist es bei Befragten mit einem niedrigen Kenntnisstand wesentlich wahrscheinlicher, dass sie keine Meinung haben oder der Europäischen Union gegenüber gleichgültig eingestellt sind. Es kann jedoch nicht festgestellt werden, dass sie die EU negativer bewerten als andere Menschen.

<b>Die Befürwortung der EU-Mitgliedschaft im Verhältnis zu den subjektiven Kenntnissen über die EU</b>			
<b>Die EU-Mitgliedschaft des Landes ist ...</b>	<b>Subjektive Kenntnisse über die EU<sup>9</sup></b>		
	<b>gering</b>	<b>durchschnittlich</b>	<b>gut</b>
	<b>%</b>	<b>%</b>	<b>%</b>
<b>eine gute Sache</b>	40	62	70
<b>weder gut noch schlecht</b>	36	25	16
<b>eine schlechte Sache</b>	12	9	12
<b>weiß nicht</b>	12	3	2
<b>Gesamt</b>	<b>100</b>	<b>99</b>	<b>100</b>

<sup>7</sup> Um die Tabelle leichter lesbar zu machen, wird eine überarbeitete Version der Skala präsentiert, die aus den folgenden vier Kategorien besteht:

'weiß (fast) nichts' - Punkte 1+2; 'weiß ein wenig' - Punkte 3 bis 5; 'weiß ziemlich viel' - Punkte 6 bis 8 und 'weiß sehr viel' - Punkte 9+10.

<sup>8</sup> Zu den durchschnittlichen Werten des Frühjahres 2002 siehe Eurobarometer-Bericht 57, Abb. 2.2.

<sup>9</sup> Der Kenntnisstand der Befragten wird als gering bezeichnet, wenn sie sich selbst mit den Punkten 1-3 der subjektiven Wissensskala eingestuft haben. Durchschnittlich = Punkte 4 bis 7; gut = Punkte 8-10.

Das Image der EU im Verhältnis zu den subjektiven Kenntnissen über die EU			
Das Image der EU ist ...	Subjektive Kenntnisse über die EU		
	gering	durchschnittlich	gut
	%	%	%
gut	34	57	68
weder gut noch schlecht	39	29	18
schlecht	16	12	14
weiß nicht	11	2	0
Gesamt	100	100	100

Die subjektiv beurteilten Vorteile der EU-Mitgliedschaft im Verhältnis zu den subjektiven Kenntnissen über die EU			
Das Land hat insgesamt ...	Subjektive Kenntnisse über die EU		
	gering	durchschnittlich	gut
	%	%	%
Vorteile erlangt	35	57	72
Keine Vorteile erlangt	31	28	21
Weiß nicht	34	16	7
Gesamt	100	101	100

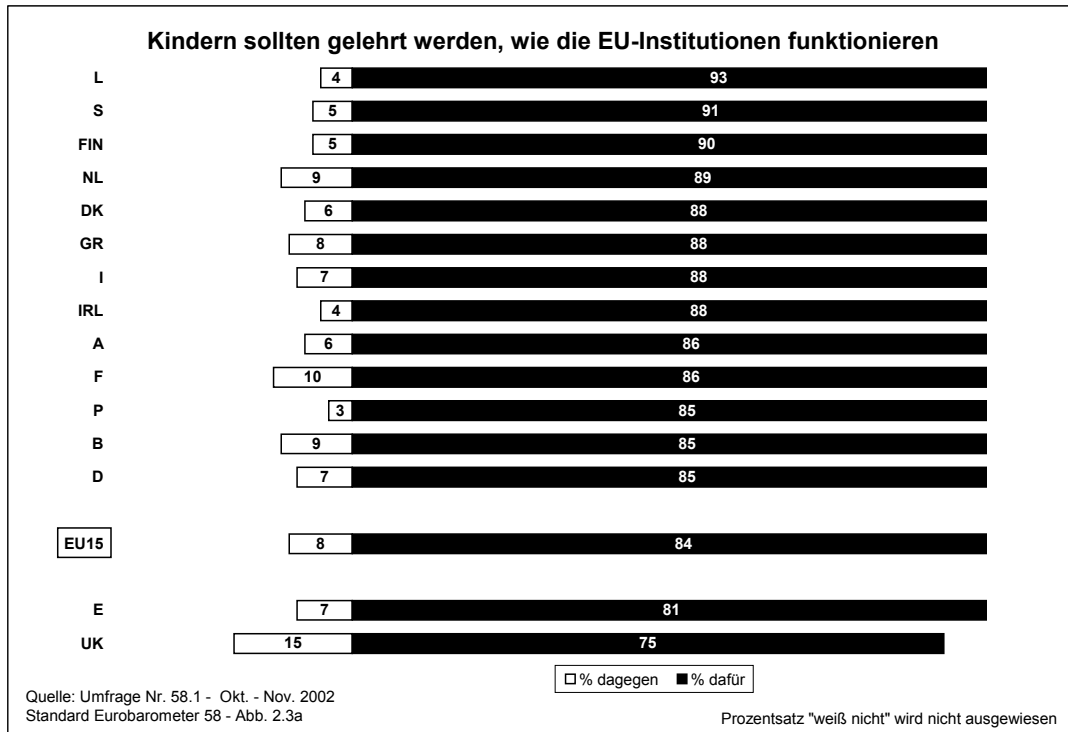
Die folgende Tabelle zeigt die durchschnittlichen Ergebnisse für verschiedene soziodemografische Gruppen in der EU. Sie zeigt, dass Meinungsführer, Führungskräfte und diejenigen, die am längsten in der Vollzeitausbildung verblieben sind, am häufigsten die höchste Punktzahl auf der Skala der subjektiven Kenntnis auswählen. Am unteren Ende der Tabelle stehen diejenigen, die auf dem Meinungsführer-Index die niedrigsten Punktzahlen angeben<sup>10</sup>.

<sup>10</sup> Siehe Anhang C.4 für eine Definition der Analysevariablen.

Durchschnittswerte auf der Skala der subjektiven Kenntnisse bei verschiedenen Gruppen auf Ebene der EU 15	
Gruppe	Wert
Meinungsführer-Index: ++	5,86
Führungskräfte	5,44
Bis zum Alter von 20+ ausgebildete Menschen	5,31
Meinungsführer-Index: +	4,94
Selbständige	4,94
Männer	4,80
Studenten	4,74
Angestellte	4,61
Altersgruppe 40-54	4,57
Altersgruppe 25-39	4,45
<b>EU15-Durchschnitt</b>	<b>4,40</b>
Ausbildung bis zum Alter von 16-19 Jahren	4,34
Altersgruppe 15-24 Jahre	4,32
Altersgruppe 55+	4,27
Rentner	4,21
Arbeitslose	4,19
Meinungsführer-Index: -	4,18
Arbeiter	4,14
Frauen	4,03
Ausbildung bis zum Alter von 15 oder jünger	3,70
Hausfrauen/-männer	3,66
Meinungsführer-Index: --	3,22

### 2.3. Bereitstellung von Informationen über die Europäische Union

Aus dem – von unserem Quiz bewerteten – tatsächlichen Kenntnisstand und dem subjektiven Kenntnisstand können wir schließen, dass die EU-Bürger noch eine Menge über die Europäische Union zu lernen haben. Dieser Lernprozess sollte beginnen, wenn die Kinder noch zur Schule gehen. Das Eurobarometer hat gemessen, in welchem Maße die Menschen dem zustimmen. Die Ergebnisse zeigen einen breiten Konsens.



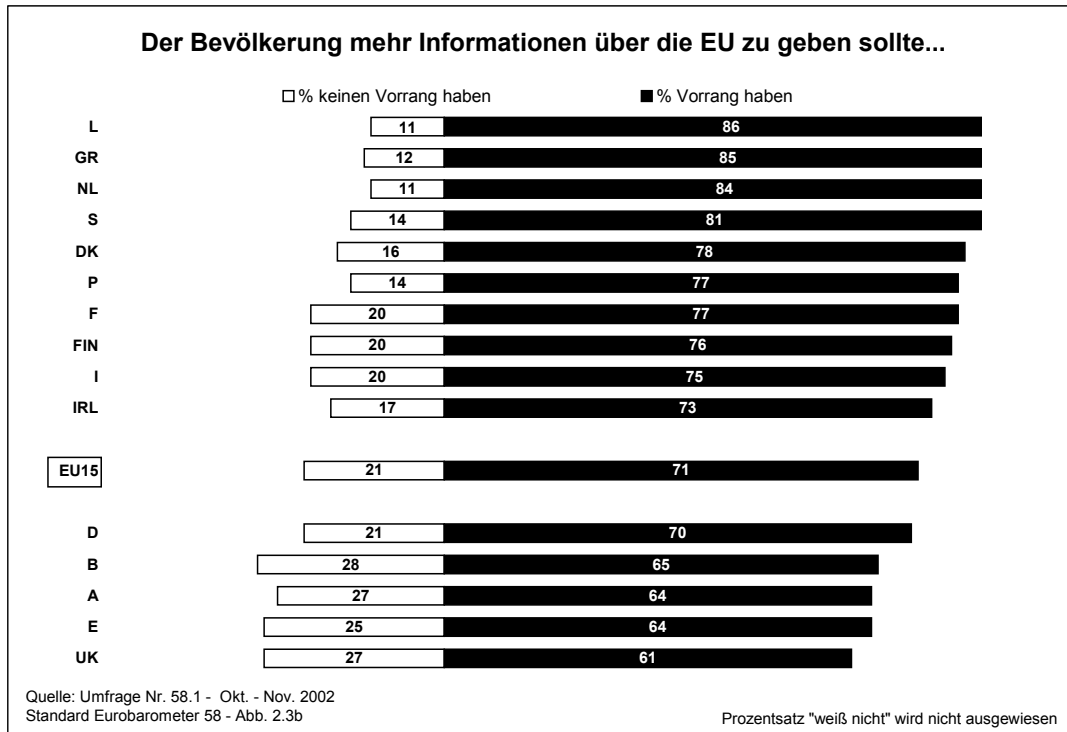
Durchschnittlich 84% der EU-Bürger meinen, dass die Funktionsweise der EU-Institutionen in die Lehrpläne der Schulen aufgenommen werden sollte. Die Unterstützung für diesen Punkt reicht von 75% im Vereinigten Königreich bis 93% in Luxemburg.

Im Vergleich zum Frühjahr 2002 sehen wir einige kleinere Verschiebungen der öffentlichen Meinung, wobei die Menschen in Griechenland, dem Vereinigten Königreich (jeweils +7), Deutschland (+5) und Irland (+4) jetzt wesentlich häufiger dem Gedanken der Aufnahme der Funktionsweise der Union in die Lehrpläne der Schulen zustimmen. (Abb. 2.3a)

Die demografische Analyse zeigt, dass die Unterstützung für diese Maßnahme von 78% bei den Arbeitslosen bis 91% bei den Führungskräften und Menschen, die ihre Vollzeitausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter abgeschlossen haben, reicht.

Die Verhaltensanalyse zeigt, dass mehr als 9 von 10 Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU befürworten, für die Aufnahme der EU in den Lehrplan der Schulen sind (92%). Diese Ansicht teilen 67% der Menschen, die die Mitgliedschaft der EU in ihrem Land ablehnen. (Abb. 2.3b)

In der Erhebung werden die Befragten auch gefragt, ob die Bereitstellung von Informationen über die EU für die Union eine Priorität sein sollte oder nicht. Die Ergebnisse zeigen, dass durchschnittlich 71% der EU-Bürger dies als Priorität betrachten.



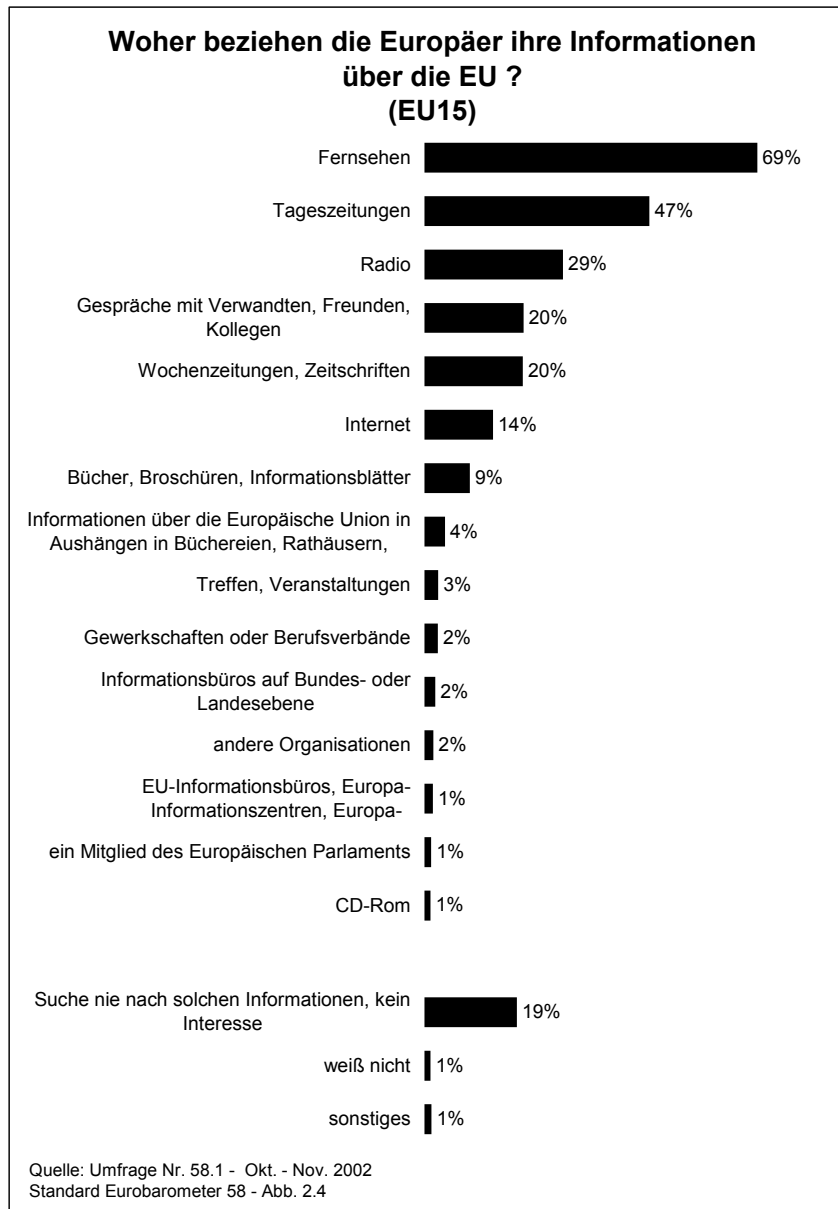
Die oben stehende Abbildung zeigt, dass der Anteil der Menschen, die denken, dies sollte eine Priorität sein, von 61% im Vereinigten Königreich bis 86% in Luxemburg reicht. Im Vergleich zum Frühjahr 2002 sehen wir, dass die Menschen in Griechenland (+9), Portugal (+8), Österreich (+6) und Irland (+5) dies wesentlich häufiger als Priorität betrachten. In Belgien auf der anderen Seite denken die Befragten jetzt wesentlich häufiger, dass die Bereitstellung von Informationen über die EU keine Priorität sein sollte (+9). Auch in Schweden finden wir eine geringere Zunahme der so denkenden Menschen, wenngleich die Befürwortung der Versorgung mit mehr Informationen weit verbreitet bleibt. (Abb. 2.4a)

Die demographische Analyse zeigt, dass bei den verschiedenen Gruppen der Bevölkerung ein breiter Konsens zu diesem Thema besteht. Menschen, die ihre Vollzeitausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter abgeschlossen haben, betrachten die Bereitstellung von mehr Informationen am häufigsten als Priorität für die Union (78%), während Hausfrauen/-männer oder Menschen, die ihre Vollzeitausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger beendet haben, mit 67% am wenigsten häufig diese Ansicht vertreten.

Die Einstellungsanalyse zeigt, dass 79% der Befürworter der Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union meinen, dass die Versorgung der Menschen mit mehr Informationen eine Priorität sein sollte, im Vergleich zu 58% derer, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU ablehnen. (Abb. 2.4b)

## 2.4. Informationsquellen über die Europäische Union

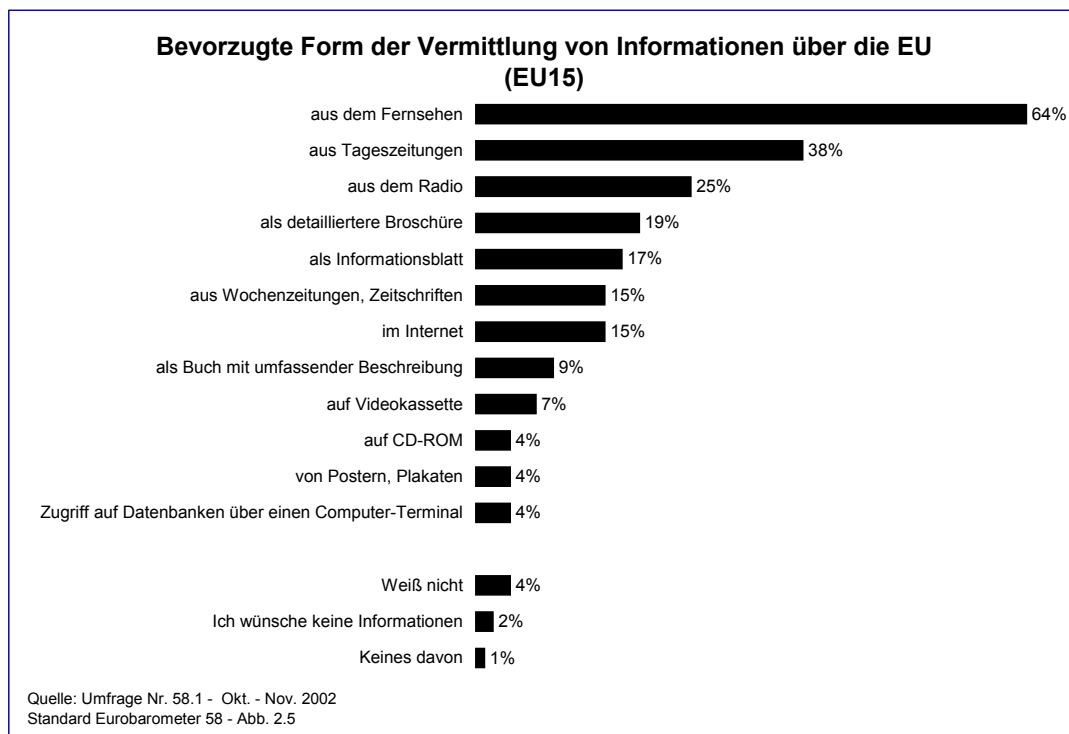
Das Eurobarometer befragt die Unionsbürger regelmäßig zu den Quellen, die sie nutzen, um sich Informationen über die Europäische Union zu beschaffen. Wie üblich zeigen die Ergebnisse, dass die Öffentlichkeit am häufigsten die Medien nutzt. 69% der Befragten geben an, sie schalten das Fernsehen ein, um sich zu informieren, 47% der Befragten lesen Tageszeitungen und 29% hören Radio<sup>11</sup>. Zwei von zehn Befragten gaben an, sie diskutieren mit Freunden, Verwandten und Kollegen und lesen in Wochenzeitungen und Zeitschriften nach, wenn sie Informationen über die EU suchen. Nur 14% verwenden das Internet, eine Zahl, die sich seit dem Frühjahr 2002 nicht verändert hat. Die übrigen auf der Karte aufgeführten Quellen wurden von weniger als 10% der Befragten genannt.



<sup>11</sup> Den Befragten wurde eine Liste mit 15 Quellen mit der Bitte vorgelegt, diejenigen anzugeben, die sie nutzen, wenn sie nach Informationen über die Europäische Union suchen. Sie konnten auch andere Quellen nennen oder sagen, dass sie nie nach Informationen über die EU suchen (kein Interesse) oder es nicht wissen.

Die Abbildung zeigt auch, dass 19% der Befragten nie nach Informationen suchen oder nicht interessiert sind. Diese Zahl unterscheidet sich erheblich von Land zu Land. In Luxemburg gaben nur 2% der Befragten diese Antwort, während 34% der Menschen im Vereinigten Königreich nie nach Informationen über die Europäische Union suchen oder nicht an derartigen Informationen interessiert sind. (Abb. 2.5)

Die Teilnehmer der Umfrage werden auch regelmäßig gebeten, ihre bevorzugte(n) Form(en) des Bezugs von Informationen über die Europäische Union aus einer Liste von 12 vorgegebenen Quellen auszuwählen. Es ist nicht überraschend, dass die Menschen – ebenso wie bei allen bereits durchgeführten Umfragen – die drei Medien bevorzugen, die sie am häufigsten nutzen. 64% der Befragten bevorzugen das Fernsehen, 38% Tageszeitungen und 25% nennen das Radio als bevorzugte Quelle. Das Internet wird von 15% der Befragten genannt und bleibt damit weniger beliebt als eine detailliertere Broschüre (19%) und ein Informationsblatt (17%) und ebenso beliebt wie Wochenzeitungen und Zeitschriften. Die anderen nicht gedruckten Informationsquellen, wie Videokassetten (7%), CD-ROMs und Computerdatenbanken (jeweils 4%), sind nach wie vor weniger beliebt als die gedruckten Informationsquellen. Lediglich 4% der Unionsbürger würden Informationen auf Plakaten begrüßen<sup>12</sup>.



## 2.5. Bekanntheit und Bedeutung der Ratspräsidentschaft

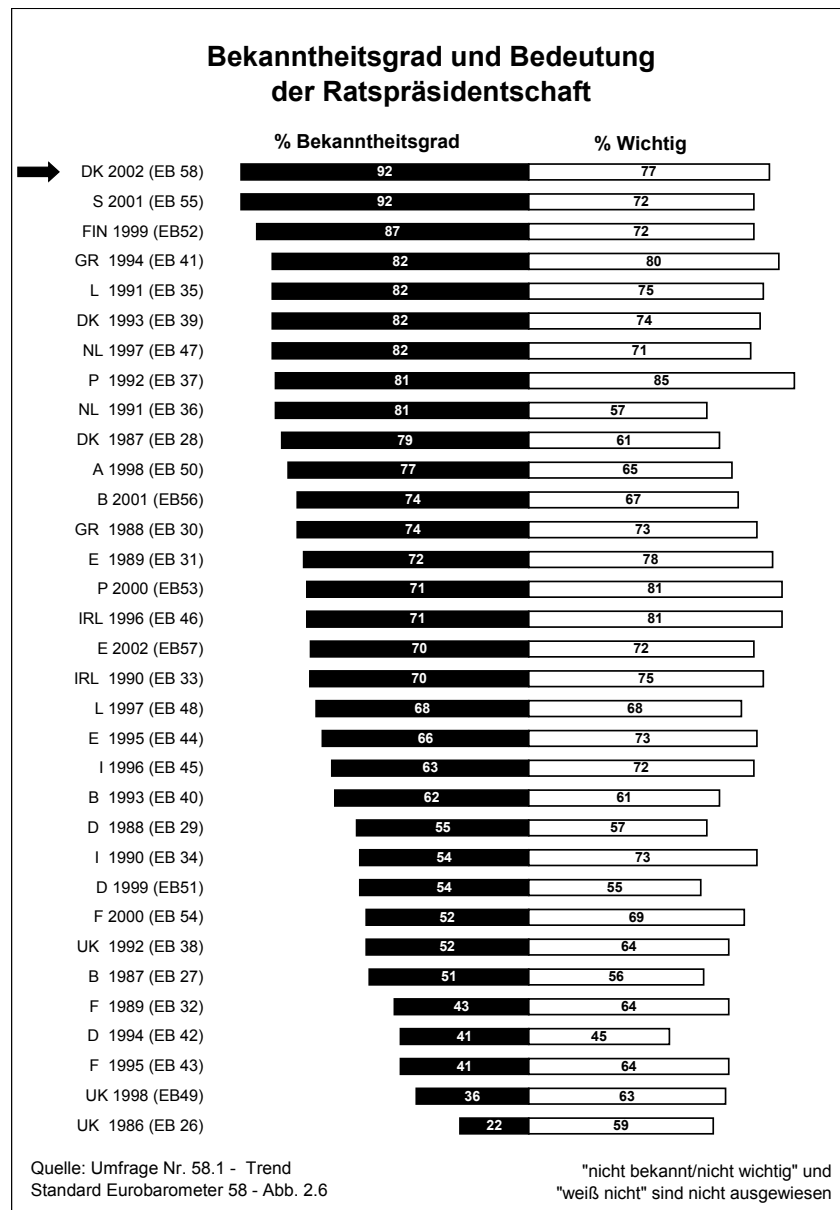
Seit 1986 wird im Eurobarometer die Bekanntheit und die eingeschätzte Bedeutung der Ratspräsidentschaft in dem Land untersucht, das zum Zeitpunkt der Umfrage jeweils die Präsidentschaft innehat<sup>13</sup>. In den letzten sechs Monaten des Jahres 2002 hatte Dänemark die Präsidentschaft inne.

92% der dänischen Befragten wussten, dass ihr Land die Präsidentschaft innehatte, und 77% von ihnen hielten dies für wichtig. Das folgende Diagramm zeigt, dass die Menschen in den skandinavischen Ländern am häufigsten über die Präsidentschaft ihres Landes Bescheid wissen. Während der letzten Präsidentschaft Dänemarks war dies der Öffentlichkeit in stärkerem Maße bekannt als in den Jahren 1993 und 1987, als Dänemark ebenfalls die Präsidentschaft innegehabt hatte.

<sup>12</sup> Siehe Tabelle 2.6 zu den Länderergebnissen.

<sup>13</sup> Jeder Mitgliedstaat der Europäischen Union hat die Präsidentschaft turnusmäßig für einen Zeitraum von sechs Monaten inne.



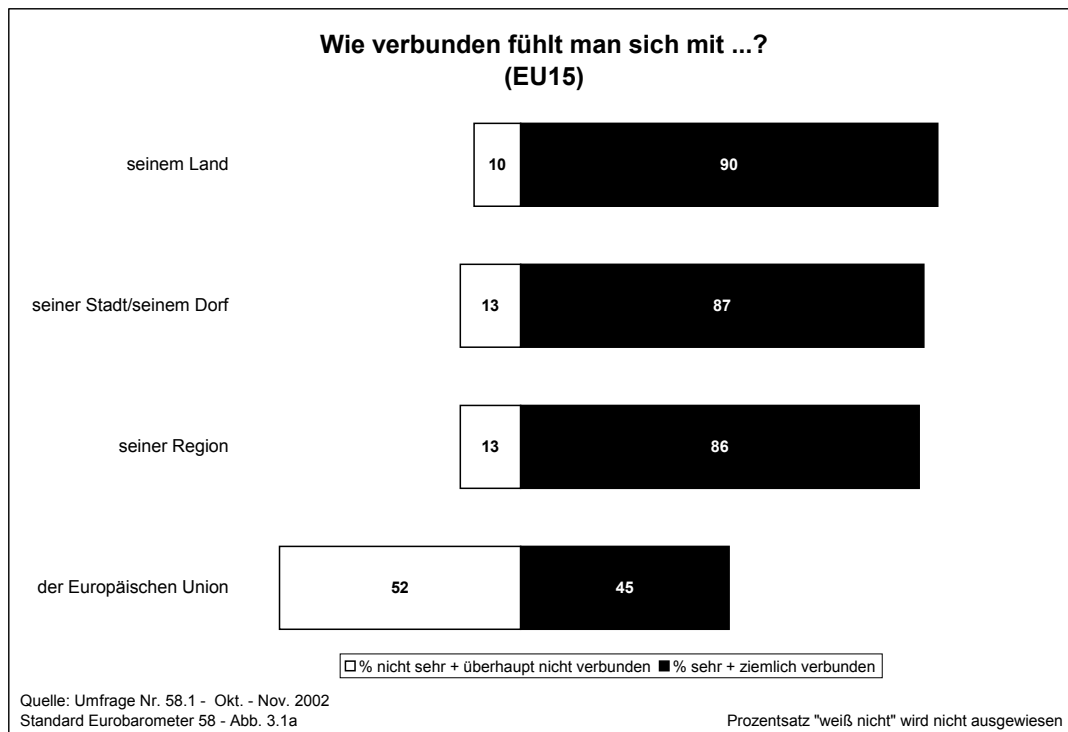


### 3. Einstellungen gegenüber der Europäischen Union

In diesem Kapitel stellen wir die wichtigsten Ergebnisse bezüglich der Einstellungen im Vergleich zur Europäischen Union im Herbst 2002 dar.

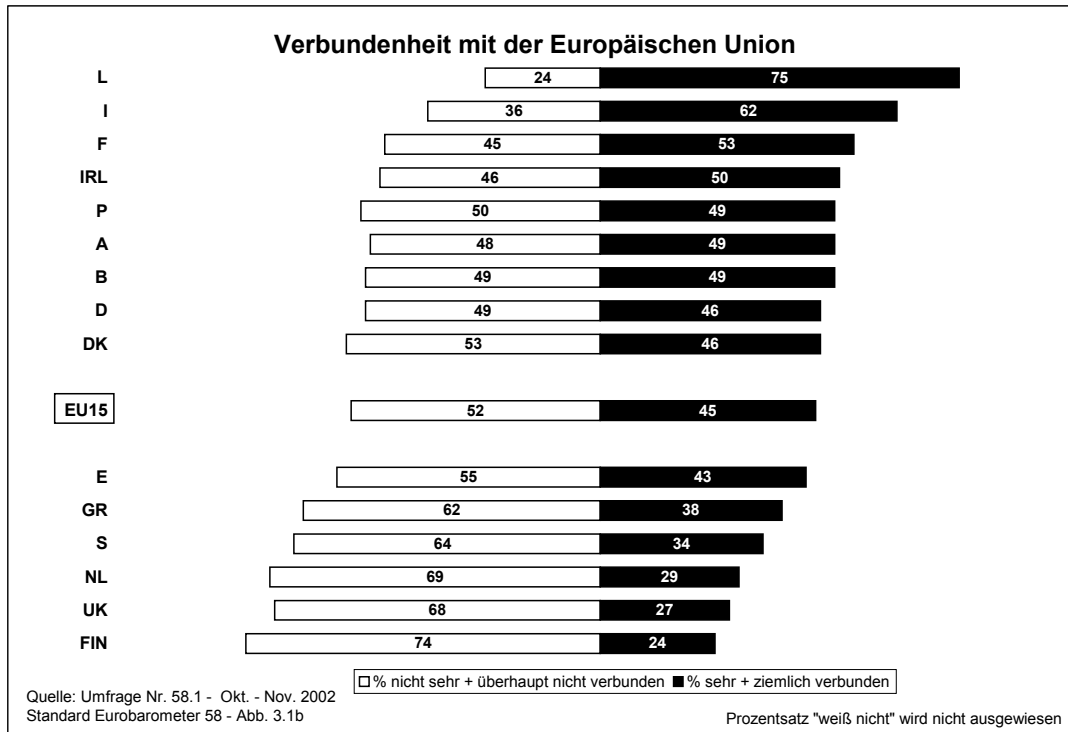
#### 3.1. Verbundenheit mit der Europäischen Union

45% der Bevölkerung fühlen sich mit der Europäischen Union sehr verbunden oder ziemlich verbunden, während 52% sich mit ihr nicht sehr oder überhaupt nicht verbunden fühlen.



Im Vergleich zu den Ergebnissen bezüglich der auf anderen Ebenen (Land, Stadt / Dorf und Region) empfundenen Verbundenheit ist der Prozentsatz der Bürger, die sich mit der Europäischen Union verbunden fühlen, vergleichsweise gering.

So erklären 90% der Bürger, dass sie sich mit ihrem Land sehr oder ziemlich verbunden fühlen, 87% erklären dies bezüglich ihres Dorfes oder ihrer Stadt und 86% bezüglich ihrer Region.



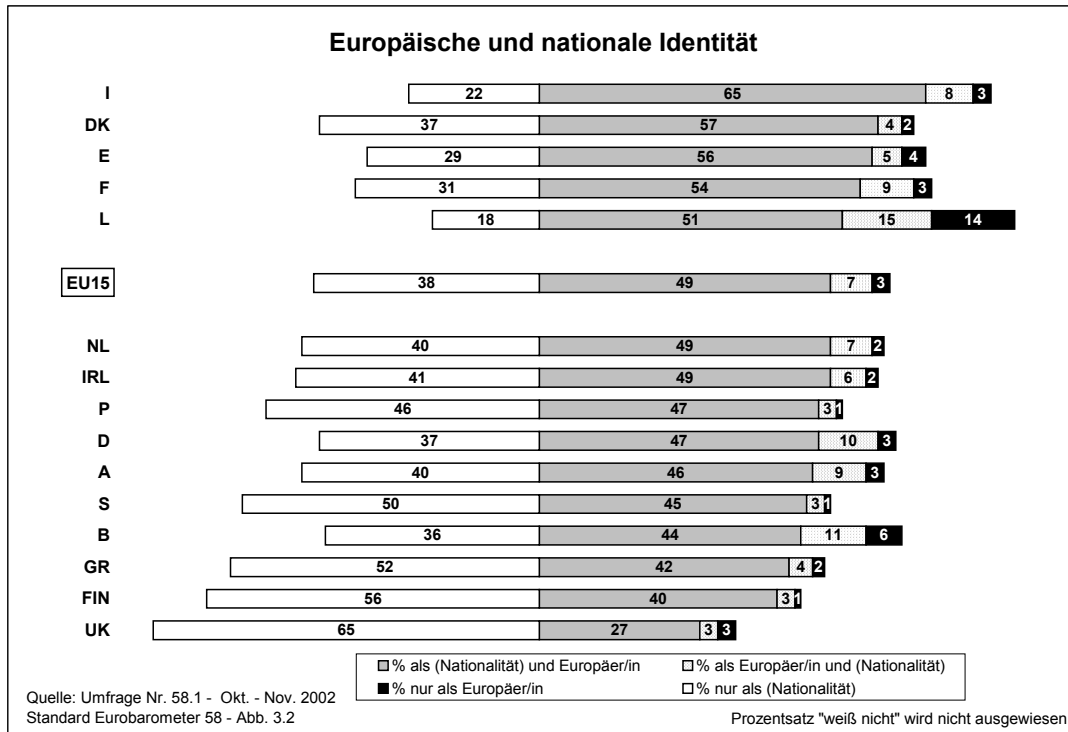
Der oben stehenden Graphik ist zu entnehmen, dass in den verschiedenen Ländern sehr große Unterschiede in Bezug auf die Häufigkeit der Verbundenheit mit der Europäischen Union bestehen. So zeigen Luxemburg und Finnland entgegengesetzte Verbundenheitsniveaus (75% gegenüber 24% Personen, die sich mit der EU verbunden fühlen, und 74% gegenüber 24% Personen, die sich mit der EU nicht sehr oder überhaupt nicht verbunden fühlen).

Luxemburg, Italien, Frankreich und Irland sind die vier Länder, in denen mindestens 50% der Bevölkerung angeben, sich mit der Europäischen Union sehr verbunden oder ziemlich verbunden zu fühlen (75%, 62%, 53% bzw. 50%).

Die demografische Analyse zeigt, dass sich die Männer häufiger mit der Europäischen Union verbunden fühlen (49% gegenüber 42% der Frauen), während 54% der Frauen sich nicht mit ihr verbunden fühlen (gegenüber 49% der Männer). Die Gruppe im Alter von 55 Jahren und älter ist diejenige, die am wenigsten häufig ein Gefühl der Verbundenheit empfindet, während die Altersgruppe von 15 bis 24 Jahren sich am häufigsten mit der Europäischen Union verbunden fühlt (43% gegenüber 47%). Wie schon häufig beobachtet, ist auch hier die Bildung eine wichtige Variable. Die Verbundenheit mit der Europäischen Union steigt mit dem Bildungsniveau: 39% bei denjenigen, die die Schule im Alter von 15 Jahren oder früher verlassen haben, gegenüber 54% bei denjenigen, die die Vollzeitausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter beendet haben. Die Analysen der Berufsgruppen zeigen bei den Verbundenheitsniveaus zwischen den Führungskräften (56%) einerseits und den Arbeitslosen (34%) andererseits einen Unterschied von 22 Prozentpunkten.

### 3.2. Sich in der nahen Zukunft als Europäer sehen

59% der befragten Bürger fühlen sich in gewissem Maße als Europäer: 3% fühlen sich ausschließlich als Europäer, 7% betrachten sich in erster Linie als Europäer und in zweiter Linie als Bürger ihres eigenen Landes, und 49% sehen sich in erster Linie als Bürger ihres eigenen Landes und an zweiter Stelle als Europäer. Die Ergebnisse entsprechen nahezu denen des Frühjahres 2002 (damals waren es 4%, 7% bzw. 48%). In 11 von 15 Mitgliedstaaten überwiegt die Zahl derer, die sich als Europäer fühlen, gegenüber denen, die sich ausschließlich mit ihrer eigenen Nationalität identifizieren. Im Frühjahr 2002 war dies in 12 von 15 Mitgliedstaaten der Fall.



Der Anteil derer, die sich in gewissem Maße als Europäer fühlen, ist in Luxemburg (80%) am höchsten, gefolgt von Italien (76%). In Luxemburg fühlen sich die Bürger auch am häufigsten ausschließlich als Europäer (14%). In den anderen Mitgliedstaaten reicht der Anteil der Menschen, die sich in gewissem Maße als Europäer fühlen, von 33% im Vereinigten Königreich bis zu 66% in Frankreich.

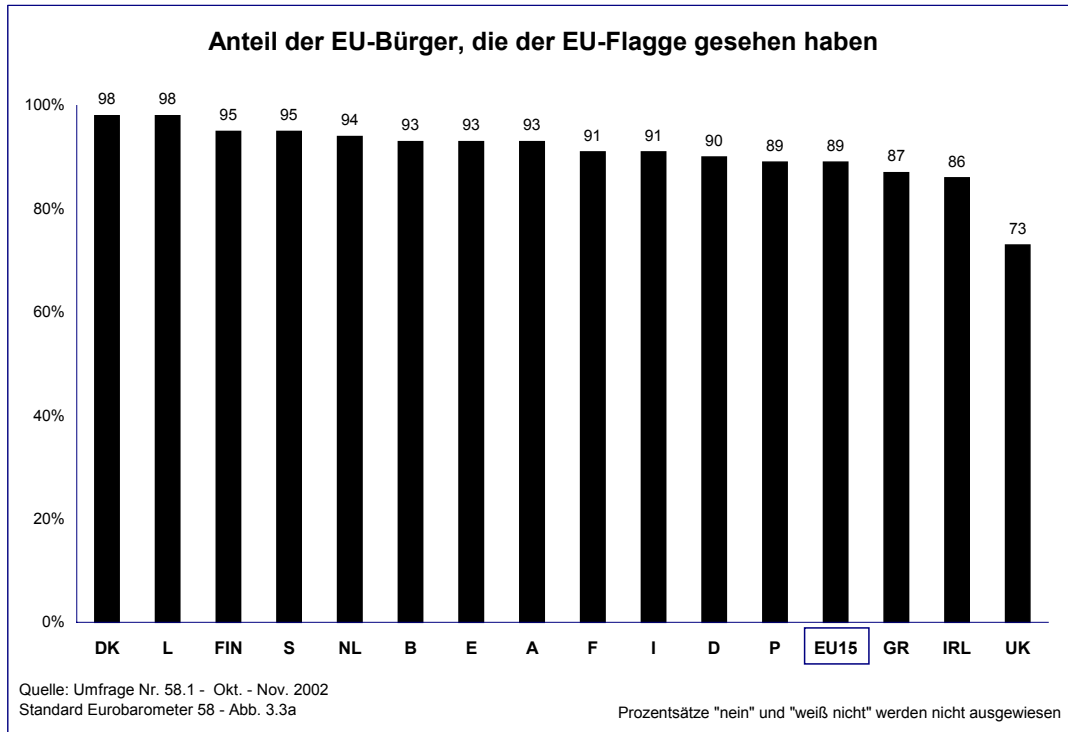
Der größte Anstieg des Bevölkerungsanteils, der sich in gewissem Maße als Europäer fühlt, wurde in Luxemburg (+10) und Irland (+7), gefolgt von Österreich (+6) und Schweden (+5) verzeichnet. Ein Rückgang ist hingegen in Griechenland (-4) sowie in Belgien und im Vereinigten Königreich (jeweils -3) festzustellen. (Abb. 3.2a)

Die demografische Analyse zeigt, dass sich mehr als 7 von 10 Befragten, die die Vollzeitausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter beendet haben (74%), die noch studieren (72%) oder die selbständig (70%) oder Führungskräfte sind (75%) in gewissem Maße als Europäer fühlen. Die Befragten, die ihre Vollzeitausbildung vor dem 16. Lebensjahr abgebrochen haben, die Hausfrauen und -männer (jeweils 51%) sowie die Personen im Ruhestand (50%) identifizieren sich am häufigsten mit ihrer eigenen Nationalität.

Die Analyse der Einstellungen zeigt, dass 75% derjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union befürworten, sich in gewissem Maße als Europäer fühlen. Auf der anderen Seite identifizieren sich 71% derjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen, ausschließlich mit ihrer eigenen Nationalität. (Abb. 3.2b)

### 3.3. Bekanntheit und Bedeutung der europäischen Flagge

89% der Bürger der Europäischen Union erklären, die europäische Flagge bereits gesehen zu haben, gegenüber 9%, die sie noch nie gesehen haben.

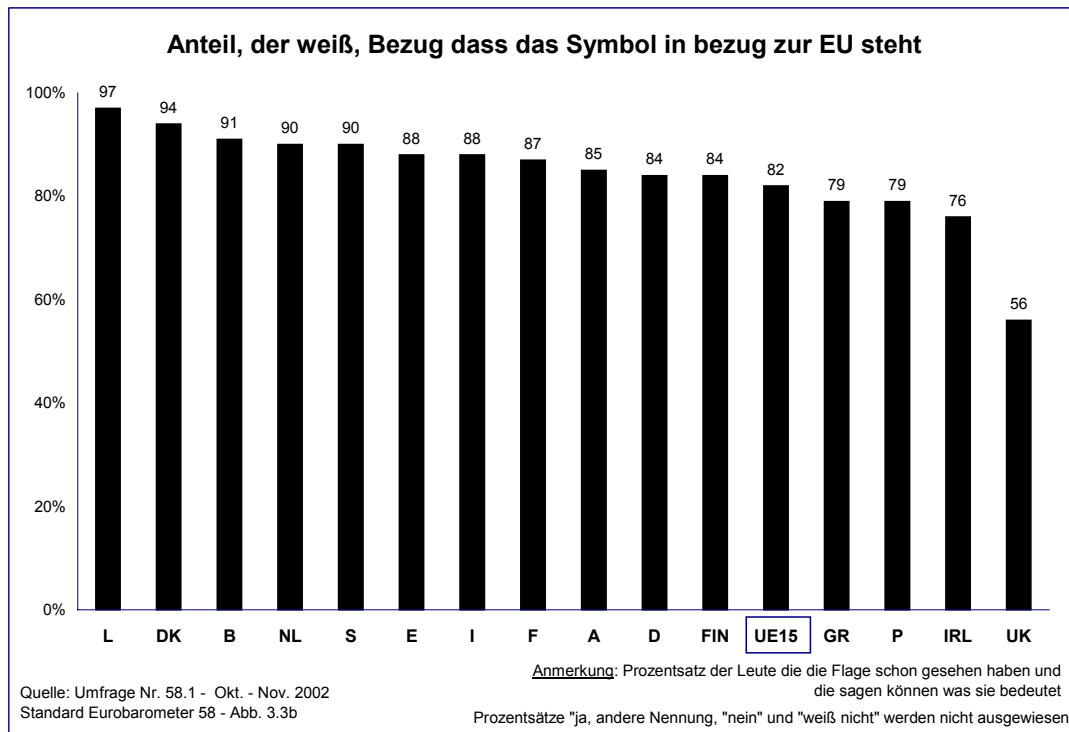


In Dänemark und Luxemburg ist diese Bekanntheit am größten (98%), gefolgt von Finnland und Schweden (95%). Im Vereinigten Königreich ist die Bekanntheit am geringsten (73%). Logischerweise erklären die Bürger dieses Landes auch am häufigsten, die europäische Flagge noch nie gesehen zu haben (23%).

Die demografische Analyse zeigt, dass die Bekanntheit der europäischen Flagge bei den Männern größer ist als bei den Frauen (92% gegenüber 86%). Die Befragten, die der Gruppe im Alter von 55 Jahren und älter angehören, die Personen im Ruhestand (jeweils 84%), die Hausfrauen/-männer und diejenigen, die ihre Vollzeitausbildung vor dem 16. Lebensjahr abgebrochen haben (jeweils 82%), haben die europäische Flagge am wenigsten häufig gesehen.

Die Analyse der Einstellungen zeigt, dass 95% derjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union befürworten, die europäische Flagge bereits gesehen haben, gegenüber 85% derjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU ablehnen und 84% derjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union weder als gute noch als schlechte Sache betrachten.

Anschließend wurden die 89% der Bürger der Europäischen Union, die angegeben hatten, die europäische Flagge bereits gesehen zu haben, gefragt, ob sie wüssten, was diese Flagge bedeutet.



82% der Bürger der Europäischen Union haben die Flagge bereits gesehen und können angeben, dass sie für Europa, die Europäische Union, die Gemeinschaft, den gemeinsamen Markt, den Europäischen Rat usw. steht. 3% geben an, die Flagge bereits gesehen zu haben, bringen sie aber mit etwas anderem in Verbindung, und 2% geben an, sie bereits gesehen zu haben, aber nicht identifizieren zu können.

In Luxemburg ist die Zahl der Personen, die die Flagge bereits gesehen haben und identifizieren können am größten (97%), gefolgt von Dänemark (94%) und Belgien (91%). In 11 von 15 Mitgliedstaaten entspricht die Zahl der Personen, die die Bedeutung der Flagge kennen, dem europäischen Durchschnitt oder liegt darüber.

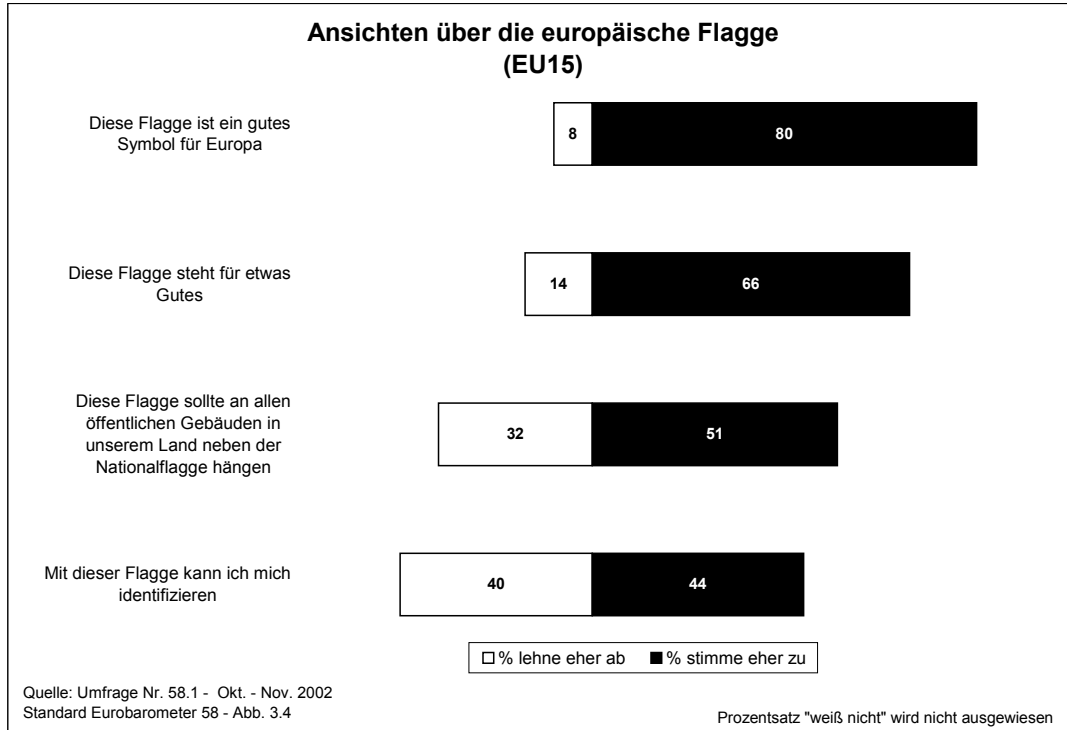
Griechenland, Portugal und Irland liegen leicht darunter (79% bei den beiden ersten, 76% beim dritten Land), während im Vereinigten Königreich nur 56% der Befragten die europäische Flagge bereits gesehen und spontan die Bedeutung des Symbols der Flagge angegeben haben.

Die demografische Analyse zeigt, dass die männlichen Befragten (86%), die Führungskräfte, die Selbständigen (jeweils 90%), die Angestellten (87%), diejenigen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder älter in der Vollzeitausbildung verblieben sind (92%) und diejenigen, die noch studieren (89%) die Bedeutung der europäischen Flagge am häufigsten spontan angeben können. Am wenigsten häufig trifft dies auf die Hausfrauen/-männer (70%) und die Personen, die ihre Vollzeitausbildung vor Beendigung des 16. Lebensjahres abgebrochen haben (72%), zu.

Die Analyse der Einstellungen zeigt, dass 90% der Personen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes befürworten, die europäische Flagge bereits gesehen haben und spontan ihre Bedeutung angeben können, während dies bei den Befragten, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union ablehnen, zu 75% der Fall ist. Es kann also festgestellt werden, dass selbst bei der letzteren Personengruppe die Bekanntheit der Bedeutung der Flagge hoch ist.

### 3.4. Ansichten über die europäische Flagge

Alle Teilnehmer wurden nach ihrer Ansicht zu vier Aussagen über die europäische Flagge gefragt.



Der ersten Aussage „diese Flagge ist ein gutes Symbol für Europa“ stimmen 80% der Bürger zu, während 8% nicht einverstanden sind. In 12 von 15 Mitgliedstaaten erreicht oder überschreitet die Zahl der positiven Antworten den europäischen Durchschnitt. Wie bereits zuvor ist diese Antwortquote in Luxemburg am höchsten (93%) und im Vereinigten Königreich am niedrigsten (65%). In einem Abstand vor dem Vereinigten Königreich liegen Dänemark (77%) und Schweden (79%).

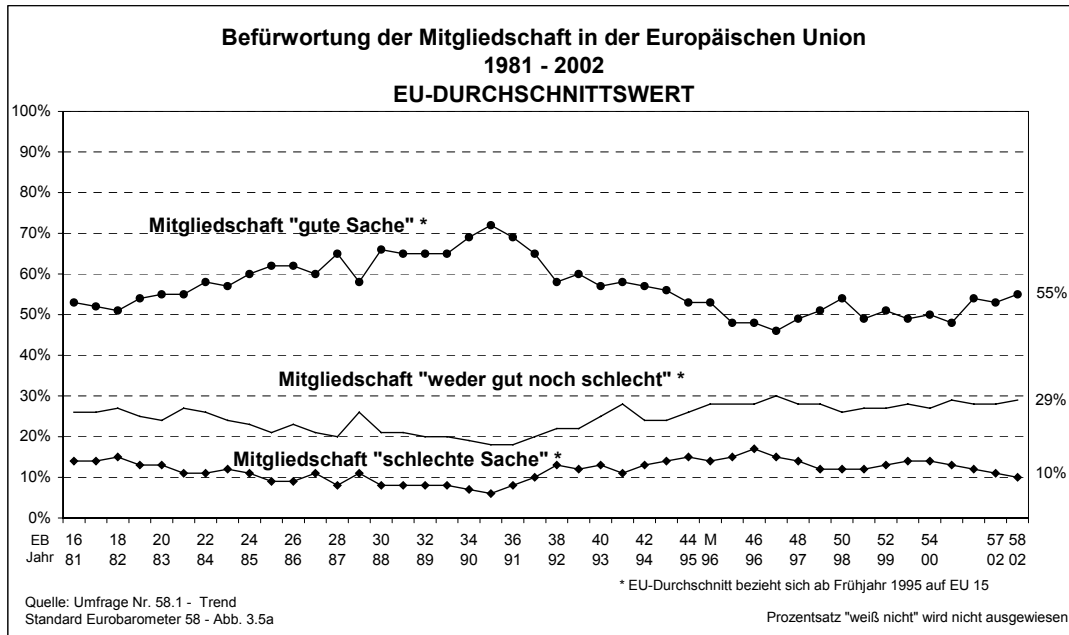
Die zweite Aussage „Diese Flagge steht für etwas Gutes“ erhält die Zustimmung von 66% der Befragten gegenüber 14%, die nicht einverstanden sind, und 20%, die „weiß nicht“ antworten. Die Luxemburger, Italiener, Griechen und Iren sind am häufigsten einverstanden (82, 78 bzw. 76% bei den beiden letzten Ländern). Am wenigsten Zustimmung kommt von den Finnen und Briten (44 bzw. 47%).

Die Aussage „Diese Flagge sollte an allen öffentlichen Gebäuden in unserem Land neben der Nationalflagge hängen“ findet die Zustimmung von 51% der Bevölkerung, wobei der höchste Zustimmungswert in Italien (75%), Portugal (67%) und Griechenland (65%) festzustellen ist. 32% der Bürger sind mit dieser Aussage nicht einverstanden, wobei die Ablehnung in Dänemark, Finnland und Schweden besonders stark ist (76%, 65% und 62%). 17% antworten „weiß nicht“.

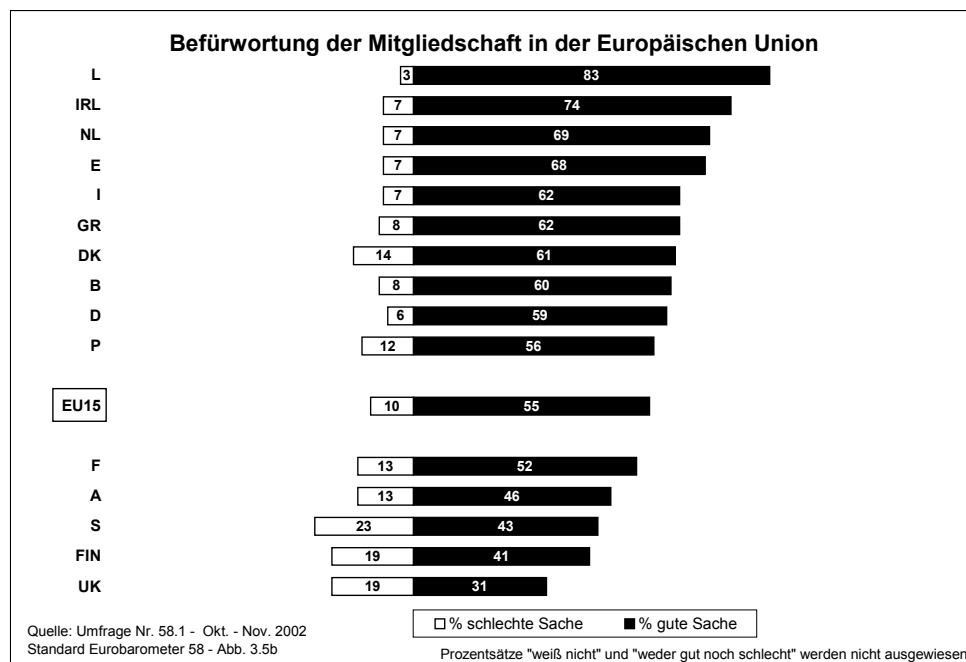
Knapp 44% der Befragten stimmen der Aussage „Mit dieser Flagge kann ich mich identifizieren“ zu. 40% stimmen ihr nicht zu, und 17% antworten „weiß nicht“. Italien, Irland, Luxemburg und Portugal sind die einzigen vier Mitgliedstaaten, in denen über 50% der Befragten diese Aussage bejahen (63%, 61%, 61% bzw. 57%). Die Ablehnung ist in Schweden (63%) und in den Niederlanden am stärksten (62%).

### 3.5. Befürwortung der Mitgliedschaft in der Europäischen Union

55% der Bevölkerung (zwei Prozentpunkte mehr als im Frühjahr 2002) befürworten die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union. Lediglich 10% der Befragten bewerten die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU als schlecht, und 29% finden sie weder gut noch schlecht.



Die Befürwortung der EU-Mitgliedschaft hat sich seit dem Frühjahr 2002 nicht wesentlich verändert und ist sogar leicht gestiegen. Daher kann festgestellt werden, dass sie weiterhin vergleichsweise hoch ist. Sie ist jedoch bei weitem nicht so hoch wie zu Beginn der 90er Jahre, als 72% der Unionsbürger für die Mitgliedschaft ihres Landes in der damaligen Europäischen Gemeinschaft waren.





Das obige Diagramm zeigt, dass die Mitgliedschaft in der Europäischen Union in Luxemburg (83%) am meisten befürwortet wird, gefolgt von Irland (74%). In den Niederlanden, Spanien, Italien, Griechenland, Dänemark und Belgien teilen mindestens sechs von zehn Menschen diese Ansicht. Der Anteil der Gegner der EU-Mitgliedschaft reicht von 3% in Luxemburg bis 23% in Schweden.

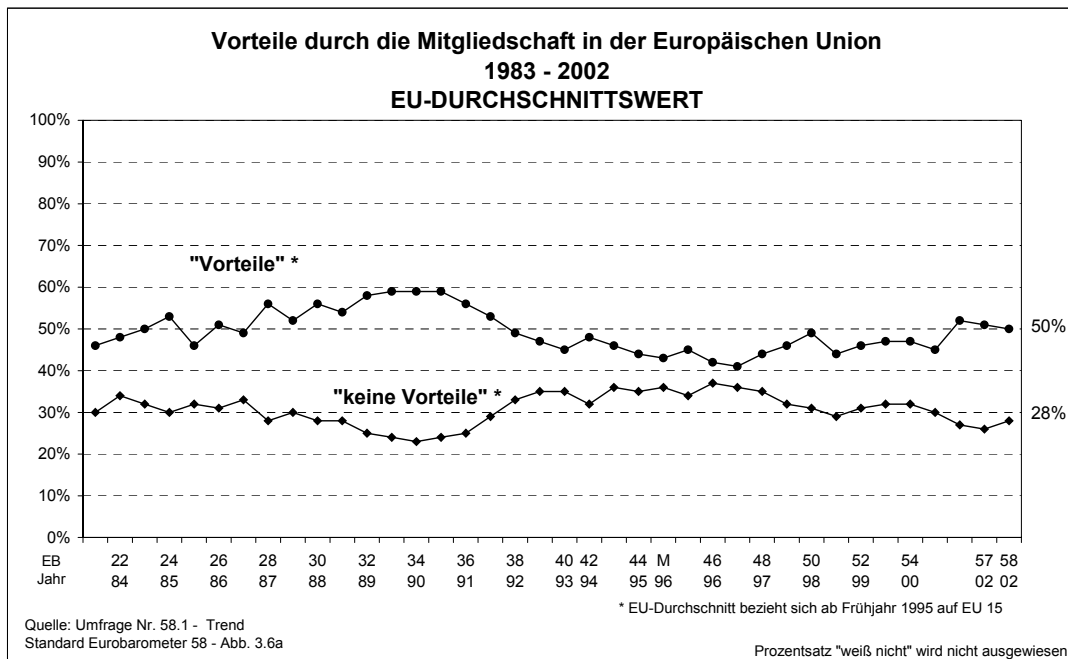
Die Trendanalyse zeigt, dass die Befürwortung der EU-Mitgliedschaft in Österreich (+9), Deutschland (+7), Schweden und Frankreich (jeweils +5) deutlich zugenommen hat, während sie in Italien und Portugal (-7 bzw. -6) deutlich zurückgegangen ist. In Italien und den Niederlanden ist eine Erhöhung des Prozentsatzes der Personen festzustellen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes weder gut noch schlecht finden (+5 bzw. +3). Der Anteil der Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU ablehnen, hat in Portugal (+5), Belgien und Italien (jeweils +4) zugenommen. (Abb. 3.6a).

Die demografische Analyse zeigt, dass Männer die Mitgliedschaft ihres Landes häufiger befürworten als Frauen (59% gegenüber 50%). Ebenso vertreten die Altersgruppe von 15 bis 24 Jahren (65%), die Führungskräfte (69%), die Selbständigen (63%), die Befragten, die ihre Vollzeitausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter beendet haben (68%) sowie diejenigen, die noch studieren (69%), am häufigsten diese Meinung.

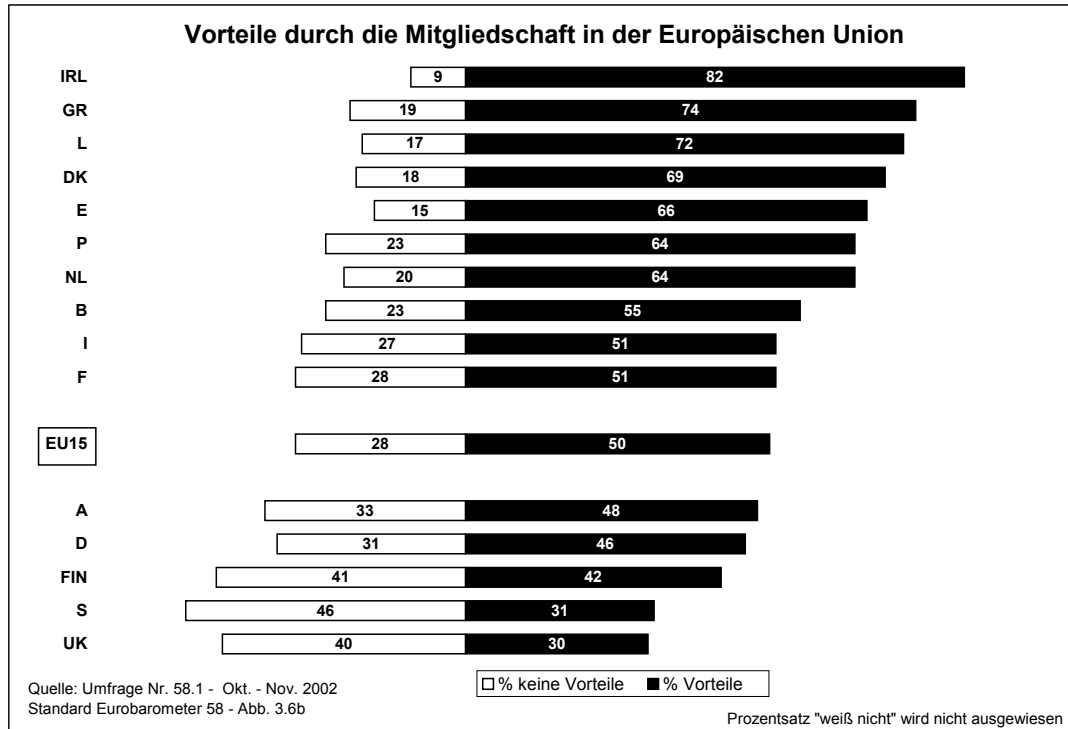
Der Analyse der Einstellungen zufolge befürworten 73% der Personen, die möchten, dass die Europäische Union eine größere Rolle spielt, die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU, während 40% der Menschen, die sich wünschen, dass die Europäische Union eine weniger wichtige Rolle spielt, die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU ablehnen und 36% die Mitgliedschaft für weder gut noch schlecht halten. (Abb. 3.6b)

### 3.6. Vorteile durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union

50% der befragten Personen meinen, dass ihr Land durch die EU-Mitgliedschaft Vorteile gehabt habe, und 28% glauben, ihr Land habe keine Vorteile erlangt. Diese Zahlen sind denen vom Frühjahr 2002 sehr ähnlich.



Der Anteil der Menschen, die glauben, ihr Land habe durch die EU-Mitgliedschaft Vorteile erlangt, reicht von 30% im Vereinigten Königreich bis 82% in Irland. In Schweden wird mehrheitlich die Ansicht vertreten, dass das Land durch seine EU-Mitgliedschaft keine Vorteile erlangt habe (46%). In Finnland ist diese Ansicht ebenso weit verbreitet wie die Meinung, dass das Land durch die EU-Mitgliedschaft Vorteile erlangt habe (41% bzw. 42%).

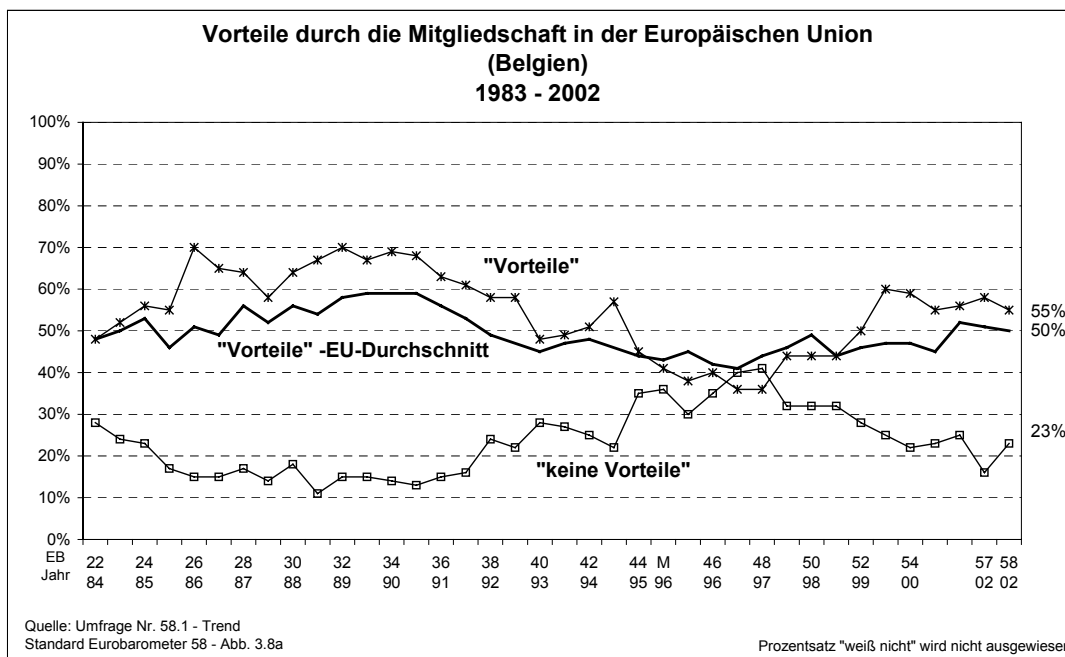
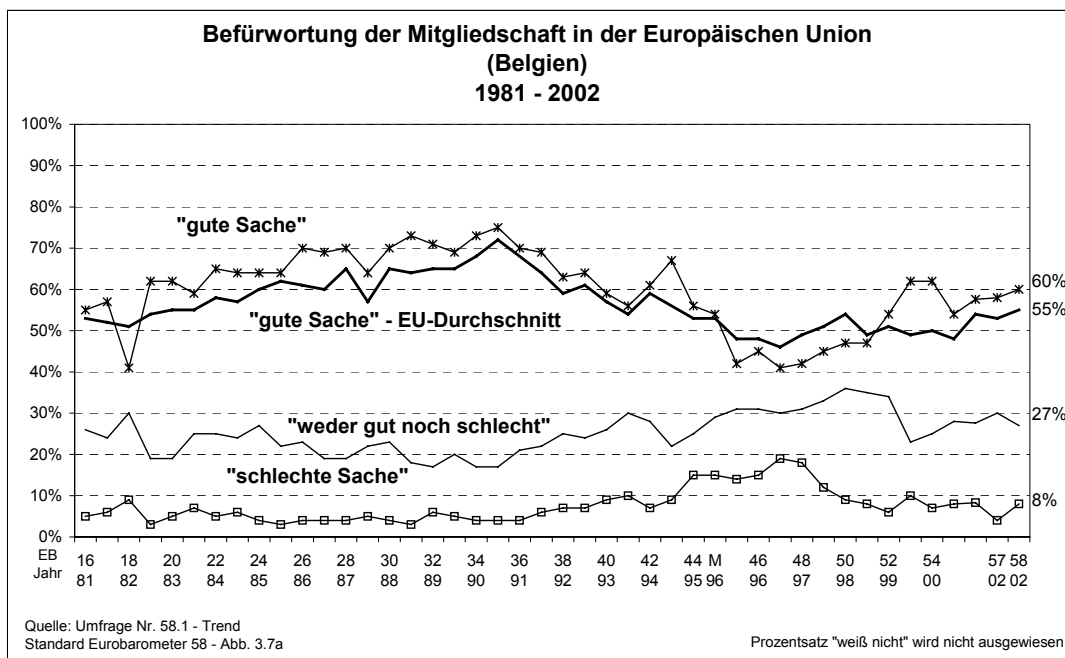


Seit dem Frühjahr 2002 wurde die größte Zunahme des Anteils der Menschen, die glauben, dass ihr Land durch seine EU-Mitgliedschaft Vorteile erlangt habe, in Österreich (+8) verzeichnet, in einigem Abstand gefolgt von Deutschland und Spanien (jeweils +3). Vergleichsweise starke Rückgänge sind hingegen in Italien (-11), dem Vereinigten Königreich (-6), Portugal (-5), Irland (-4), Belgien und den Niederlanden (jeweils -3) festzustellen. In diesen Ländern gehen diese Rückgänge mit einer deutlichen Zunahme des Anteils der Personen einher, die denken, dass ihr Land von seiner Mitgliedschaft in der Europäischen Union nicht profitiert habe. Der Anteil der Antwort „weiß nicht“ ist in allen Ländern - mit Ausnahme von Irland und Österreich – leicht rückläufig. (Abb. 3.7a)

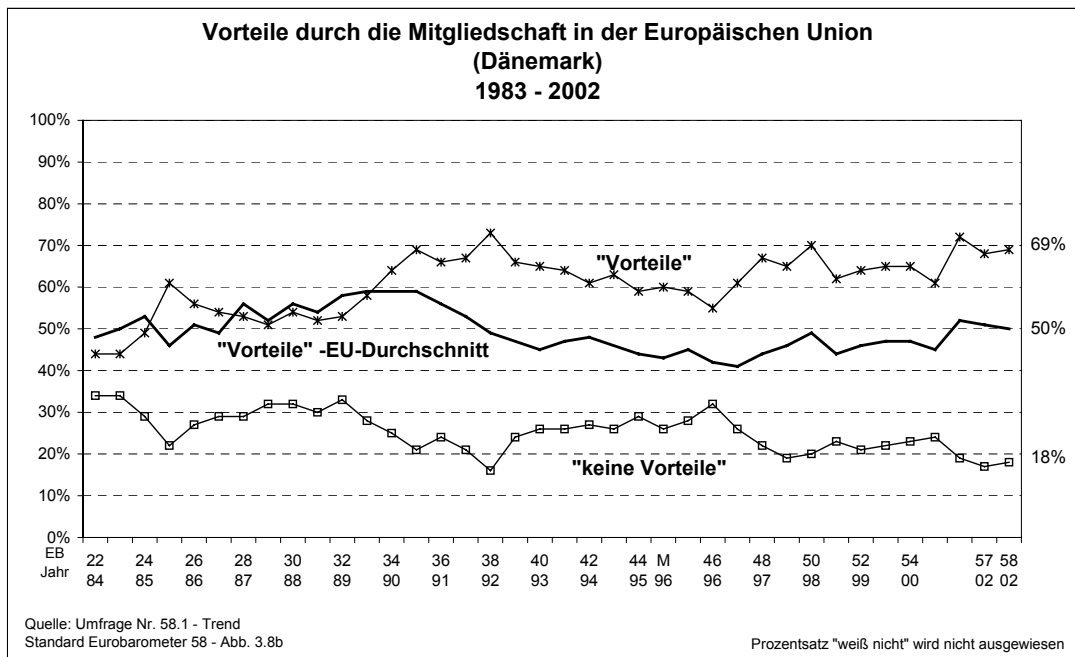
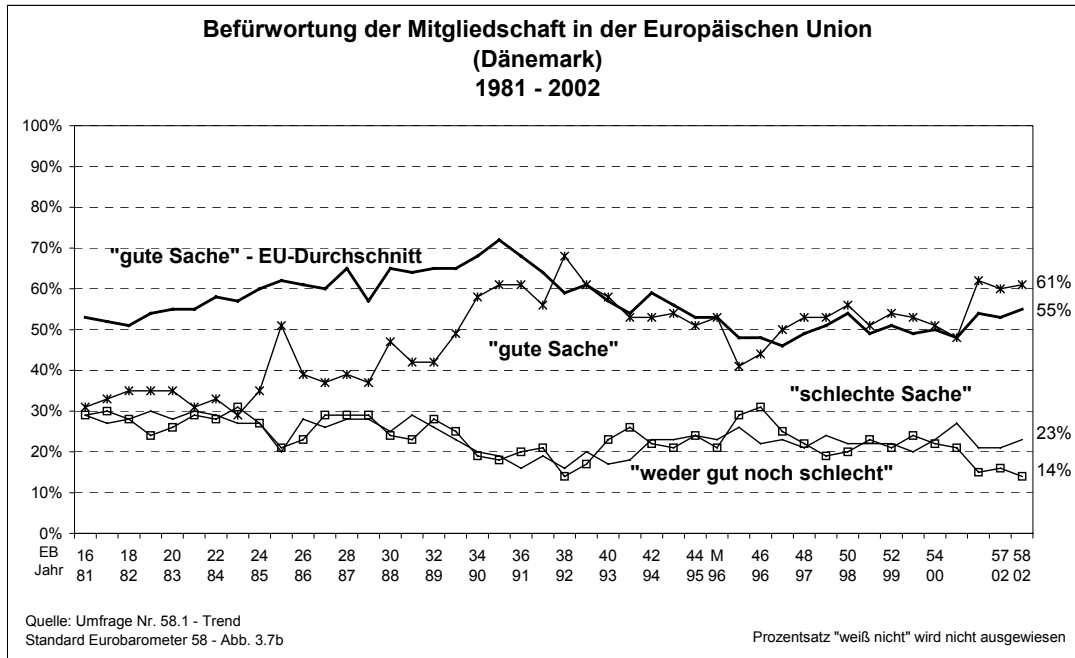
Die demografische Analyse ergibt, dass Personen im Alter von 55 Jahren oder älter (42%), Personen im Ruhestand (40%) und Personen, die die Schule vor Beendigung des 16. Lebensjahres verlassen haben (40%), am wenigsten zu der Ansicht neigen, dass ihr Land durch seine EU-Mitgliedschaft Vorteile erlangt habe und logischerweise am häufigsten meinen, es habe keine Vorteile erlangt. Auf der anderen Seite sind die Führungskräfte (63%), die Befragten, die ihre Vollzeitausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter beendet haben (64%) sowie die Menschen, die noch studieren (63%), am häufigsten der Meinung, dass ihr Land durch seine EU-Mitgliedschaft Vorteile erlangt habe. Das Bildungsniveau scheint somit eine vergleichsweise wichtige Variable zu sein.

Ebenso wie in der Vergangenheit sind Befürworter und Gegner der Europäischen Union bei diesem Thema sehr geteilter Meinung: 76% der Befürworter der Mitgliedschaft ihres Landes glauben, ihr Land habe Vorteile erlangt, verglichen mit nur 10% der Mitgliedschaftsgegner. (Abb. 3.7b)

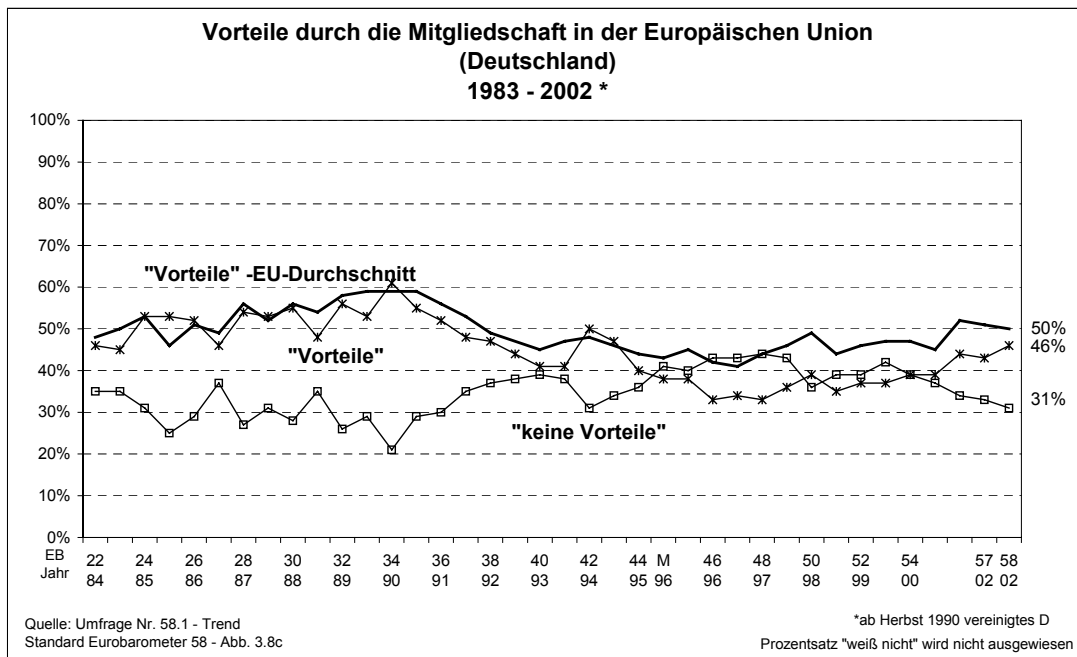
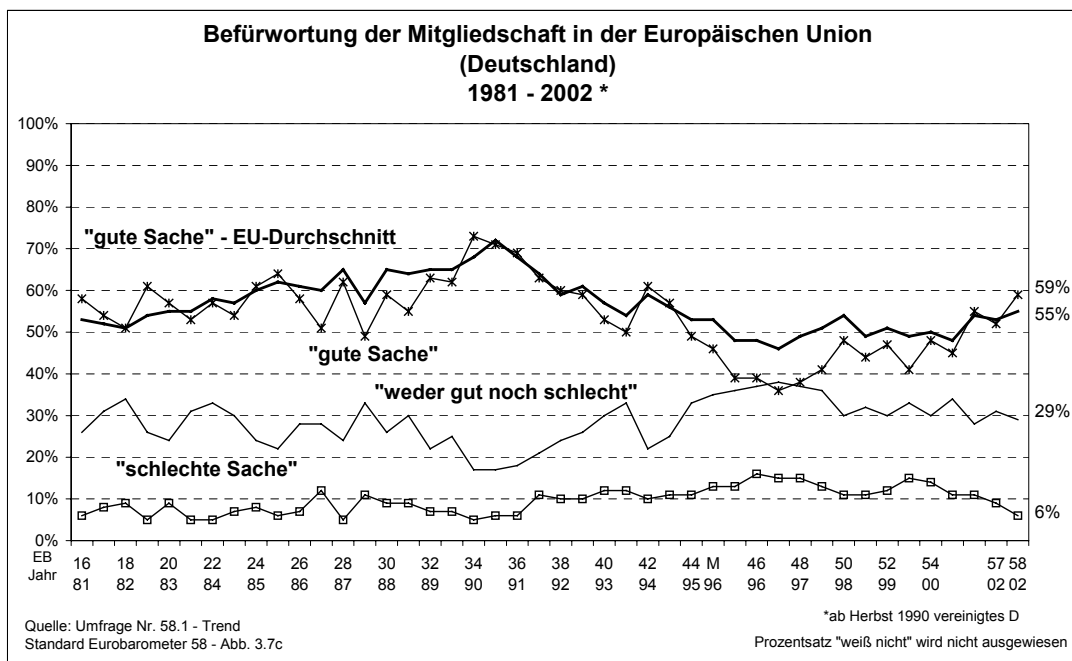
## BELGIEN



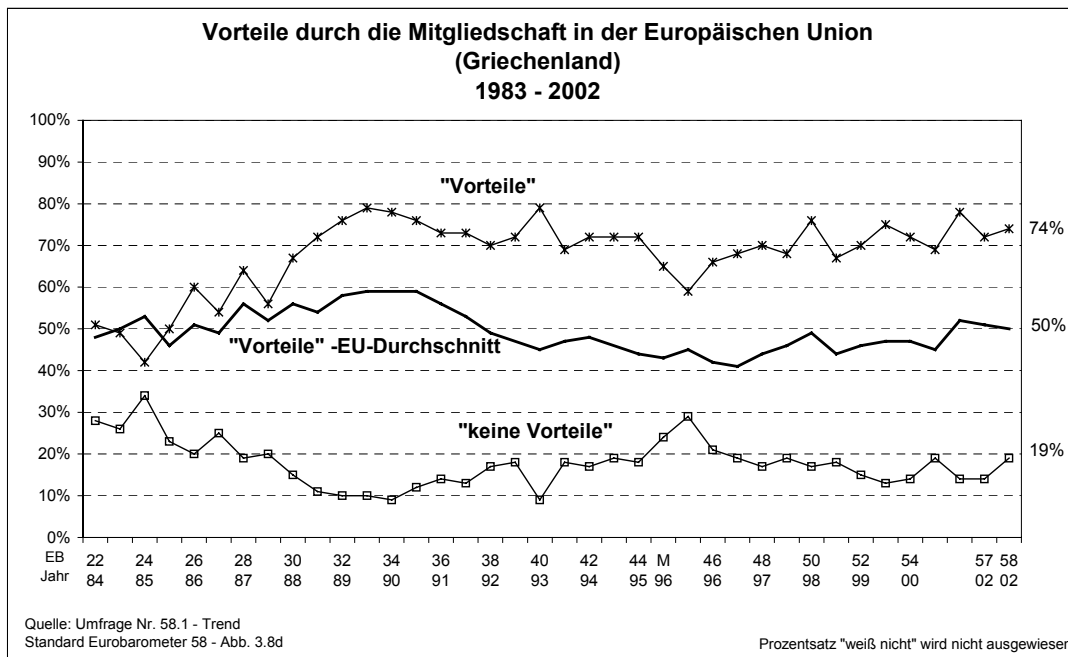
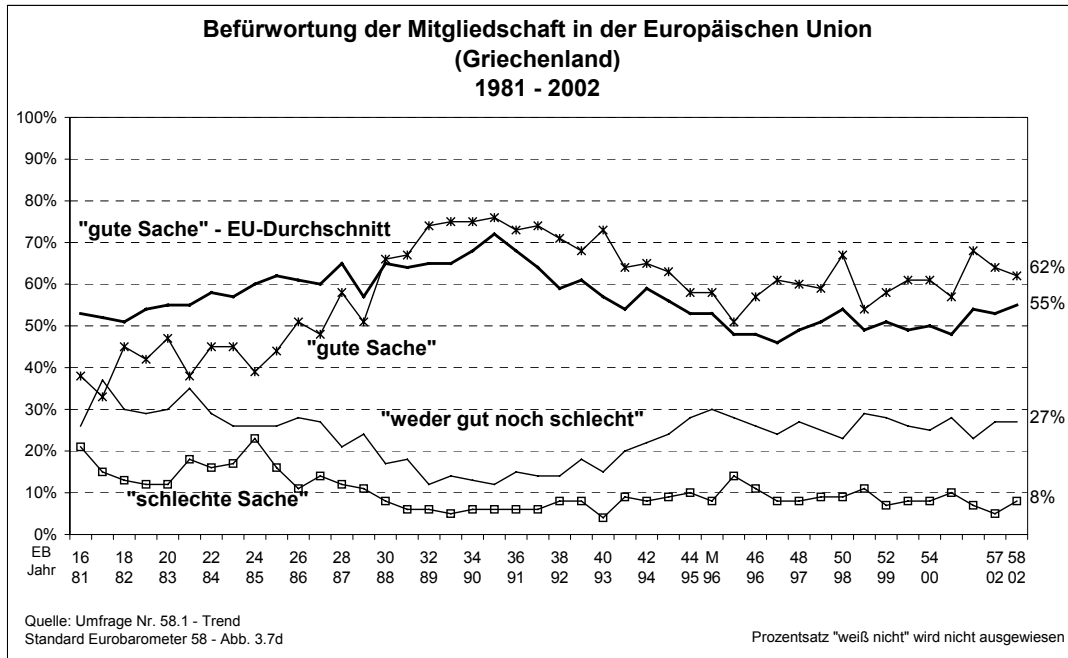
## DÄNEMARK



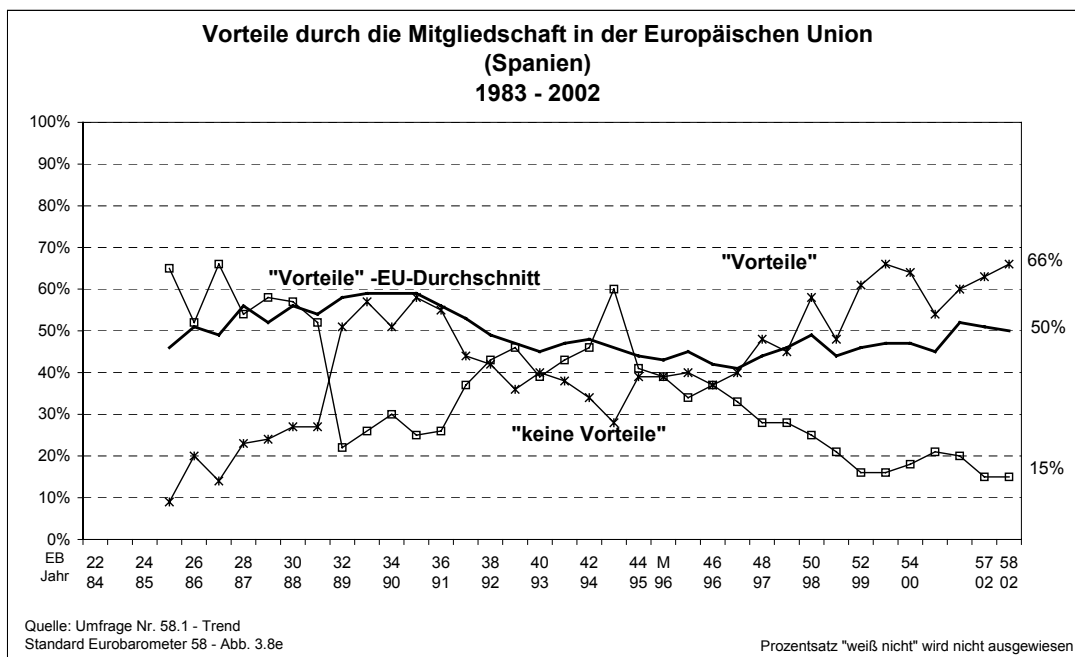
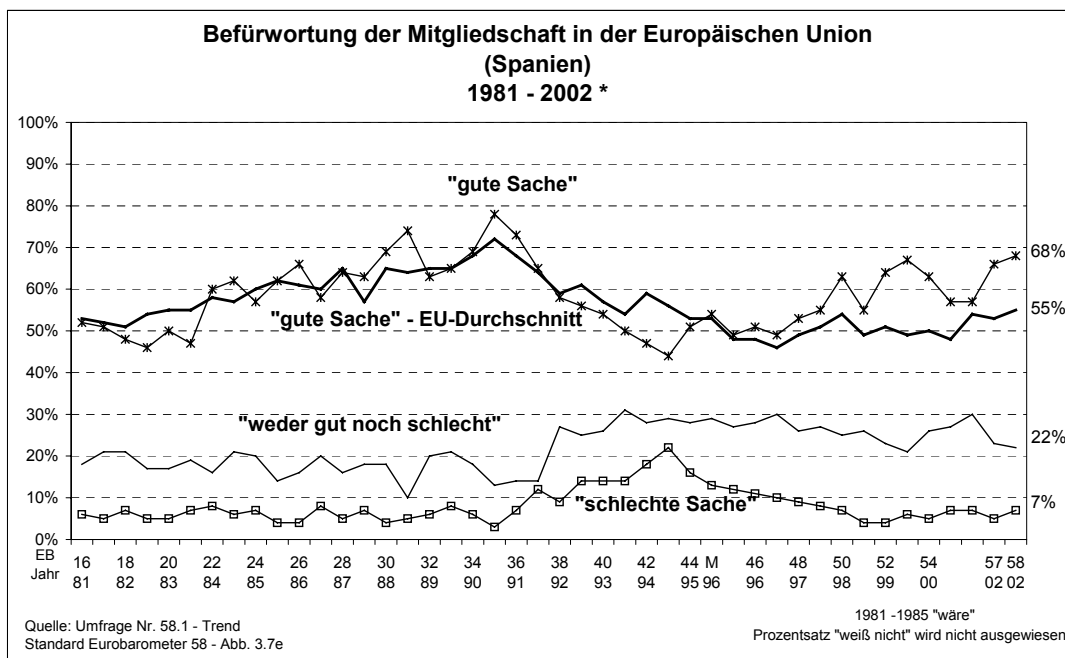
## DEUTSCHLAND



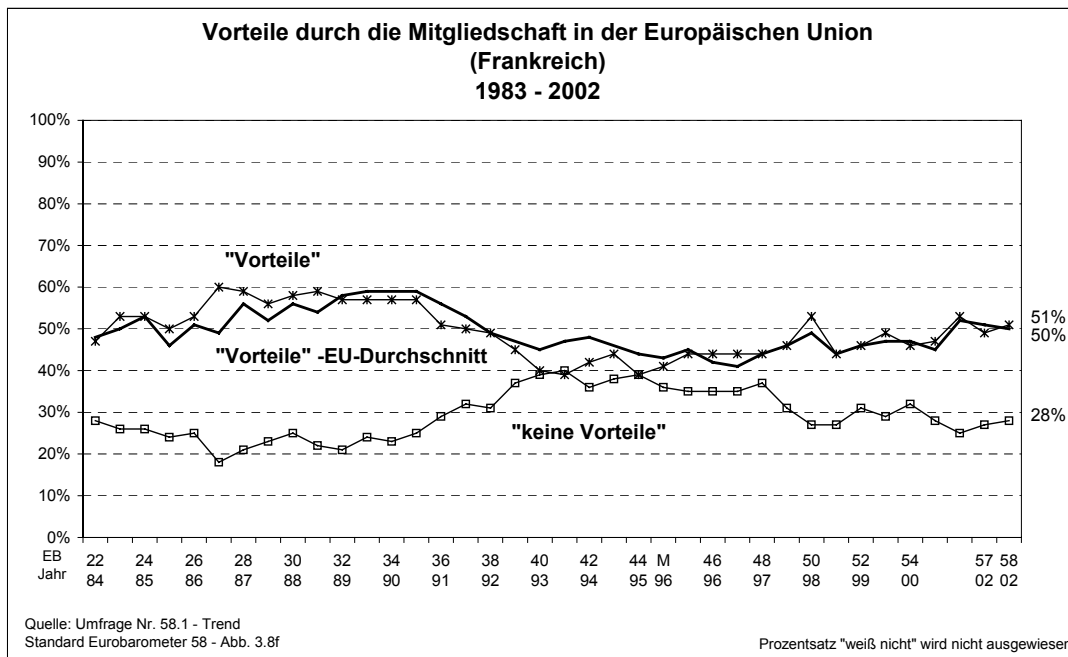
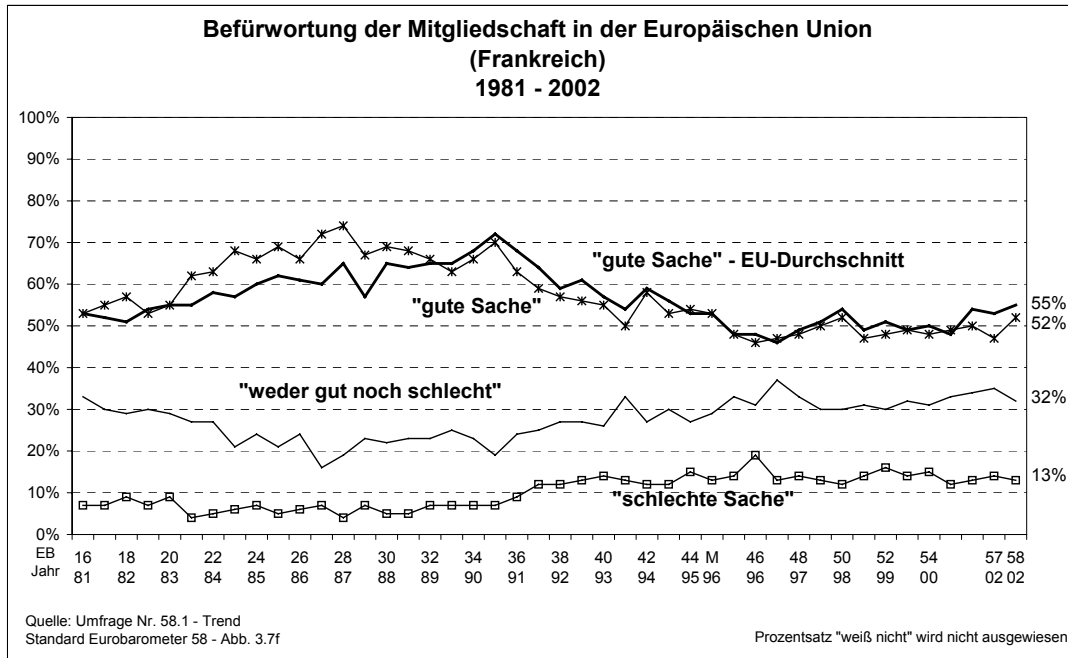
## GRIECHENLAND



## SPANIEN

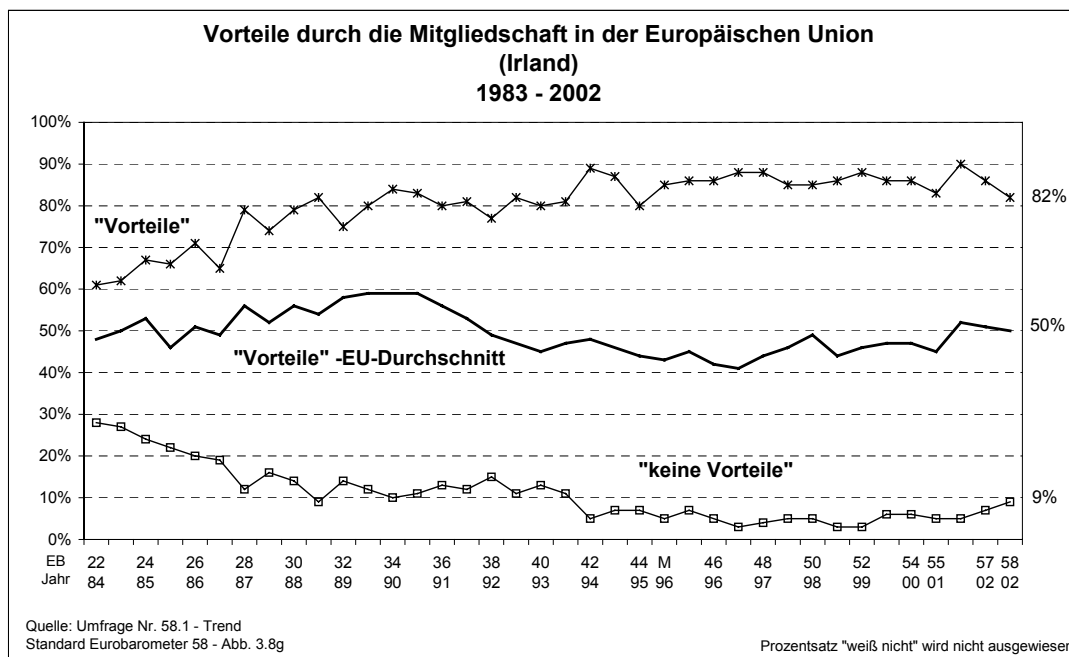
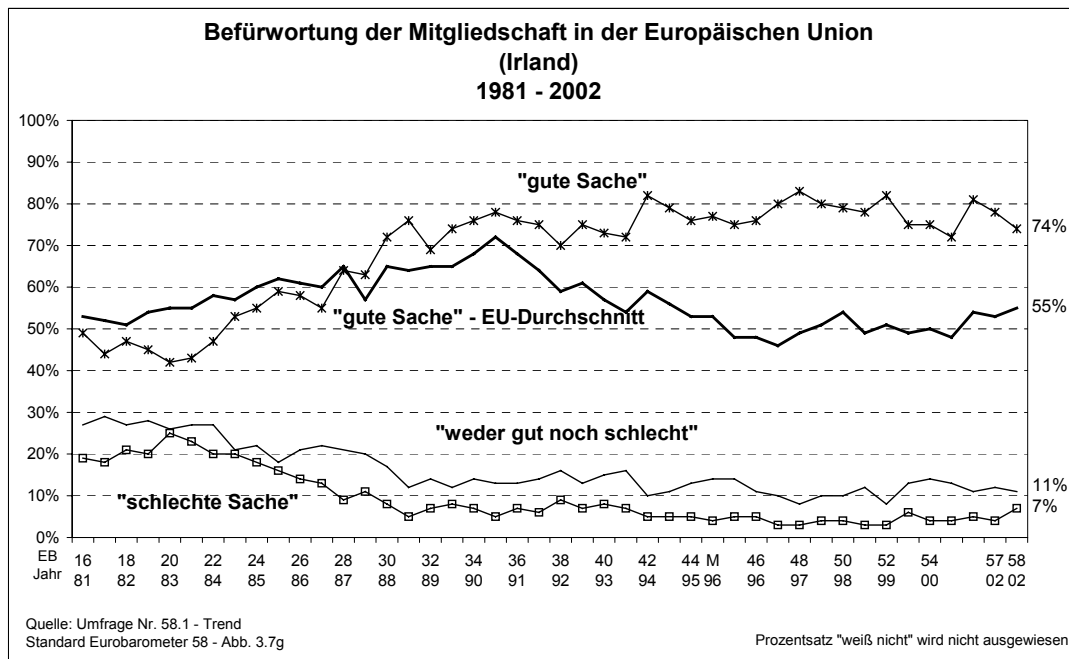


## FRANKREICH

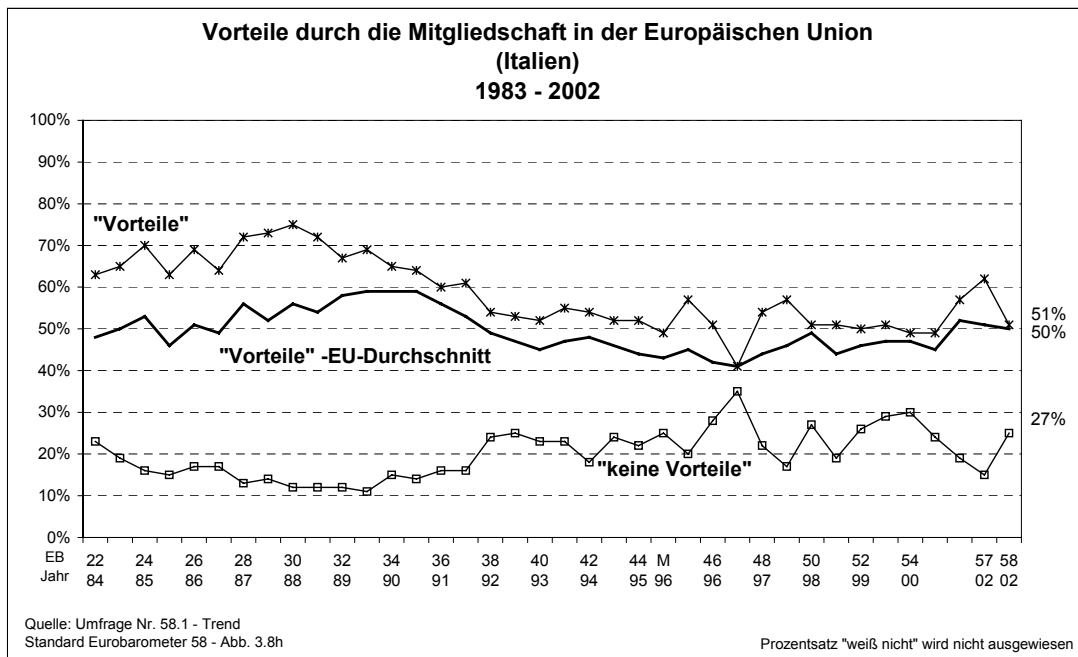
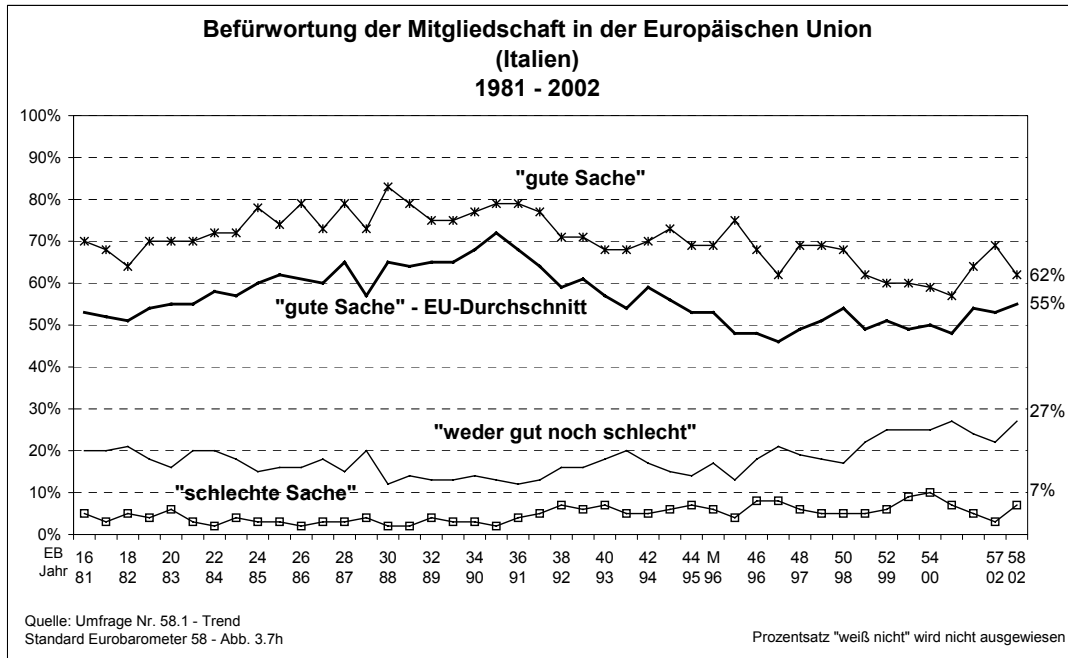




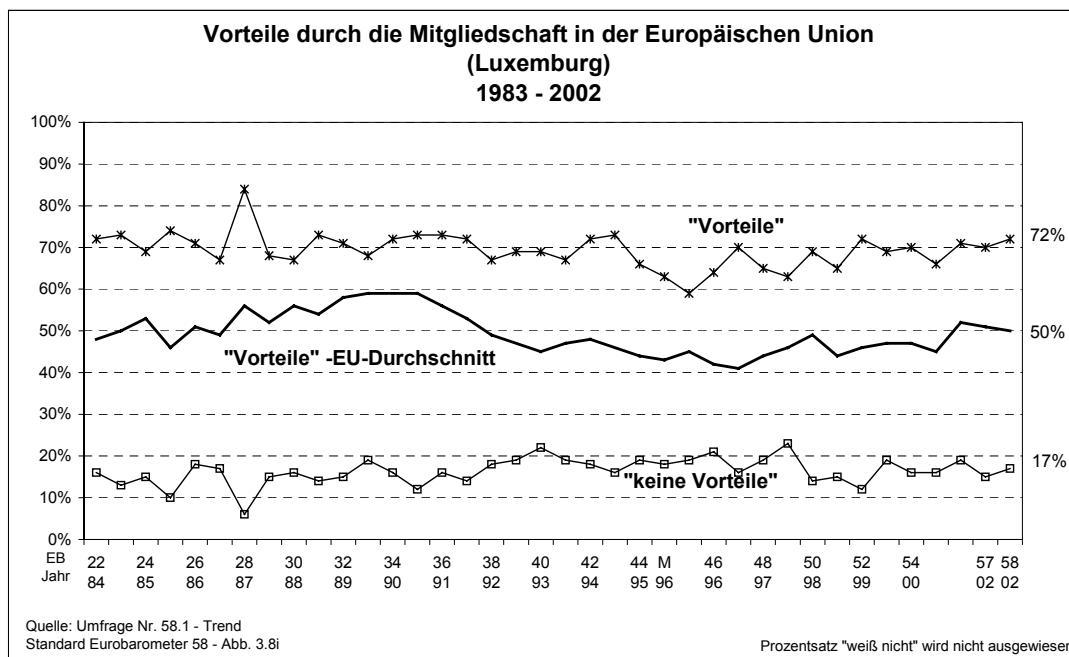
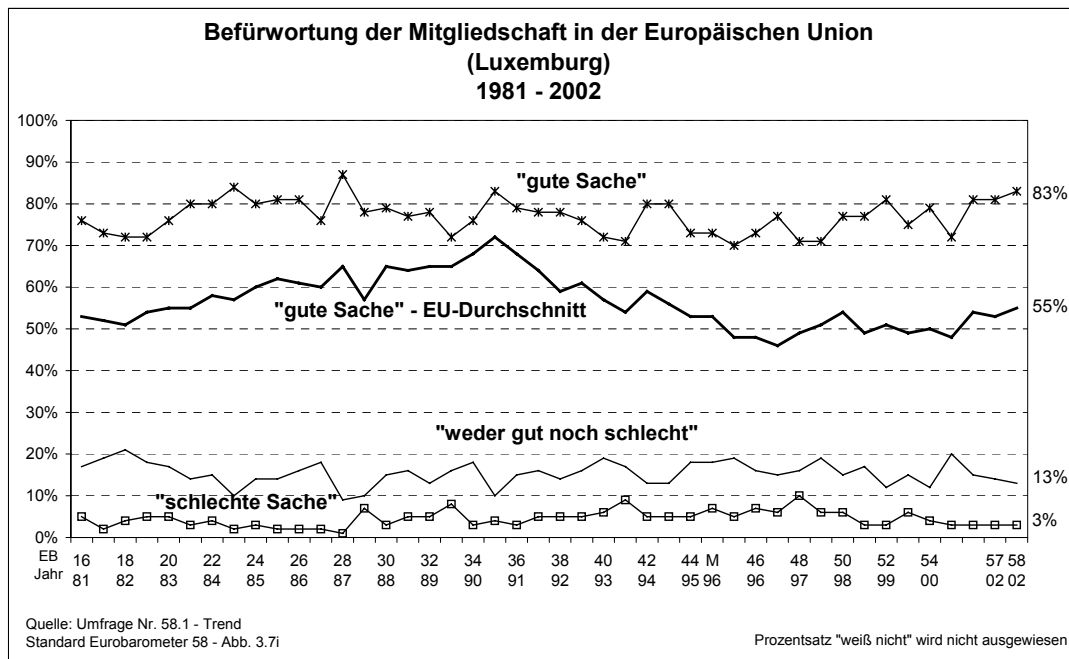
## IRLAND



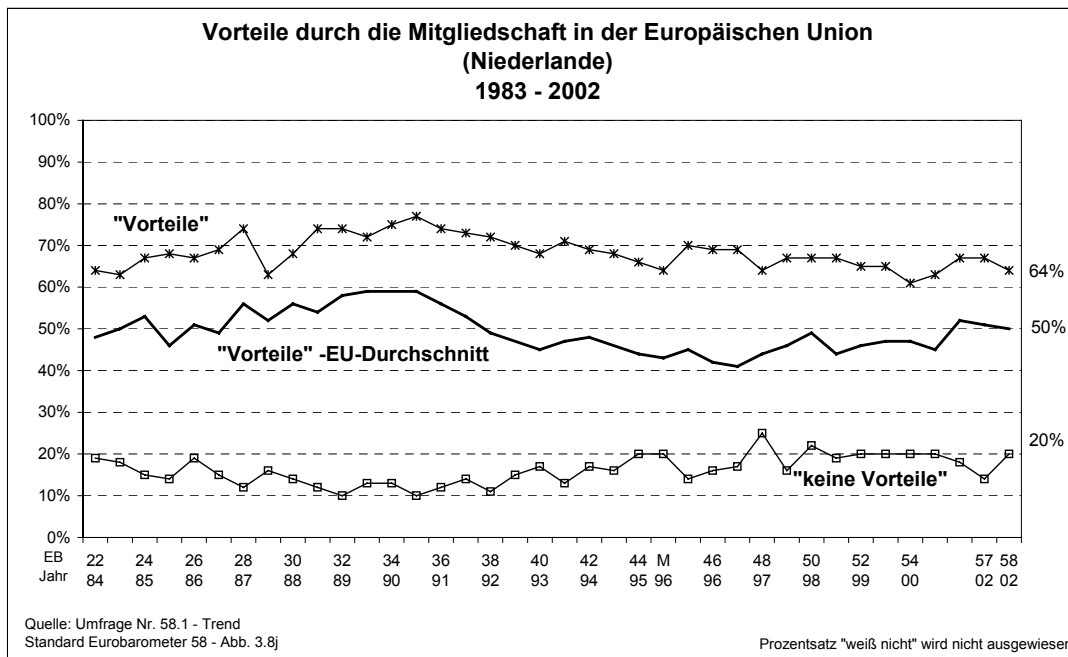
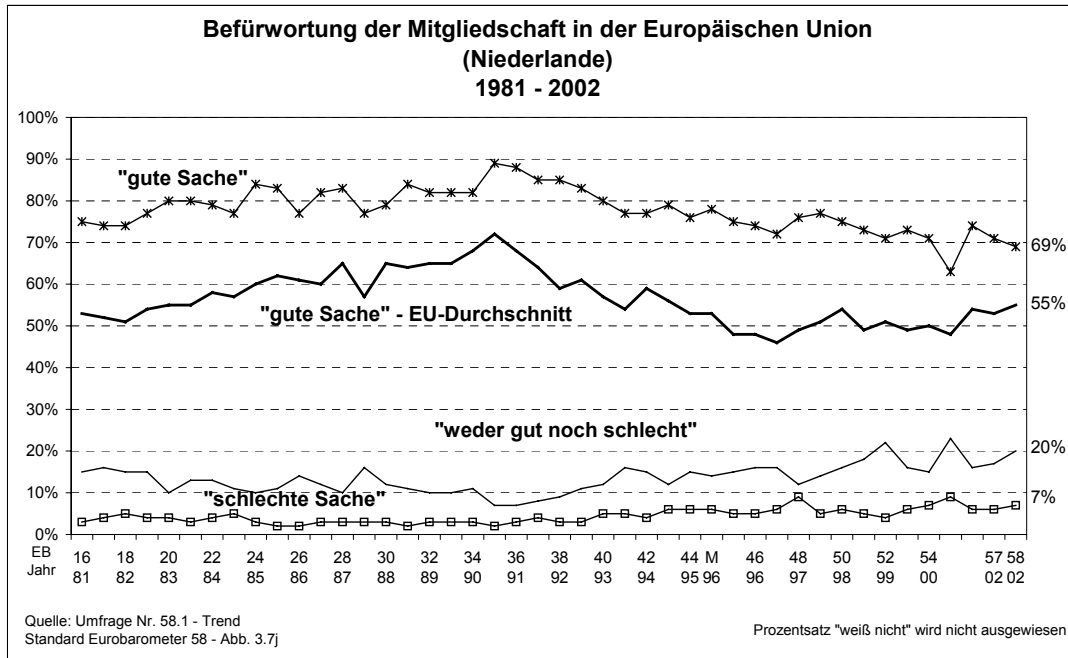
## ITALIEN



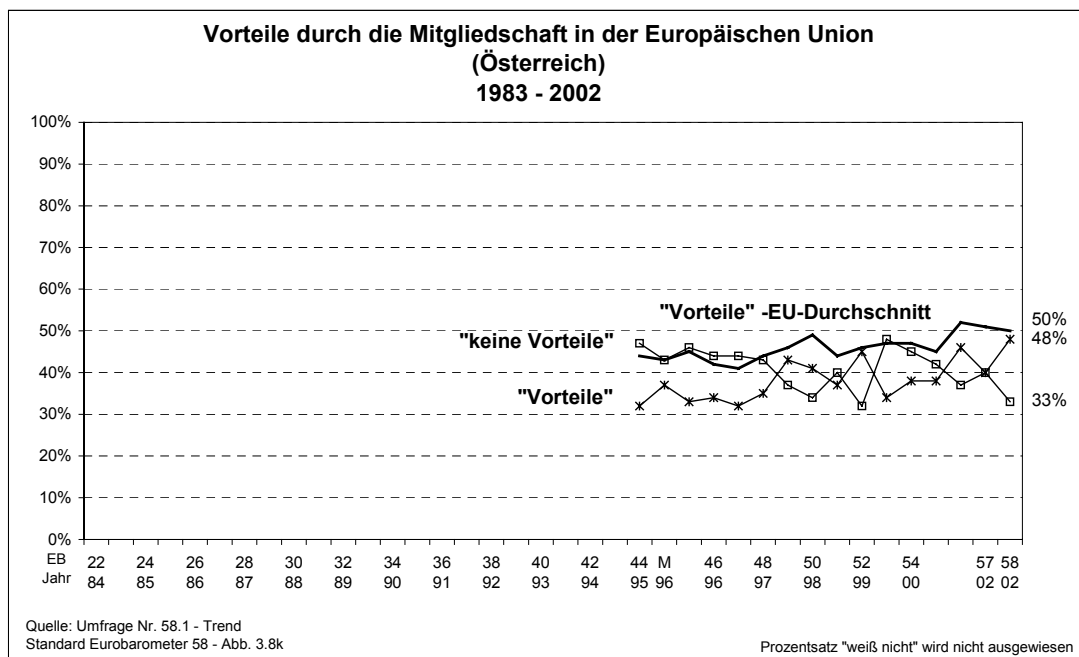
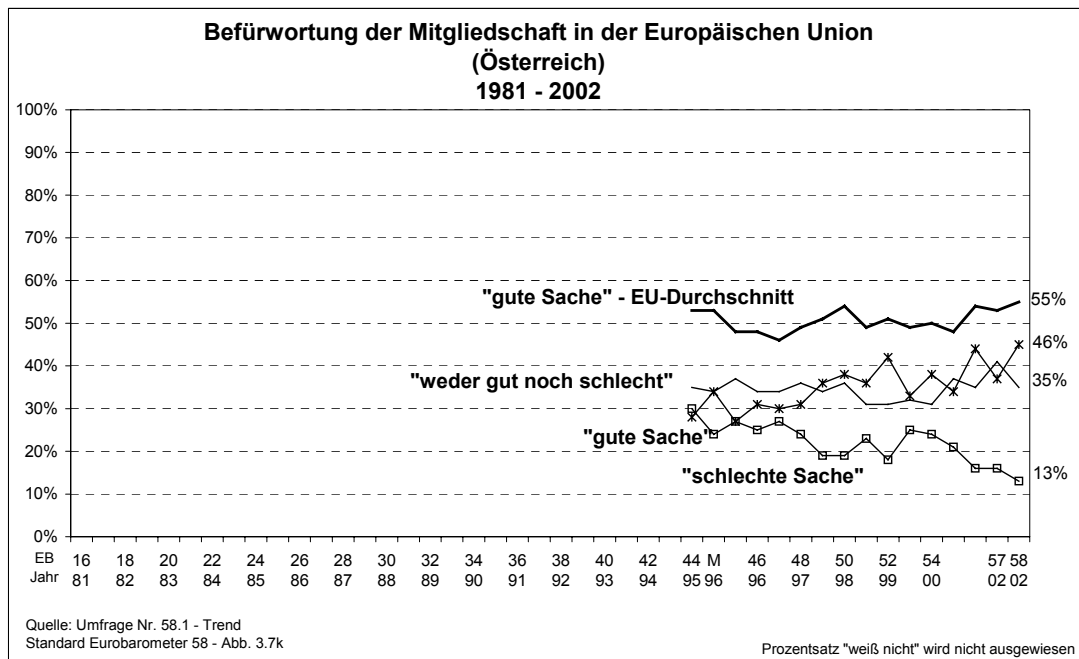
## LUXEMBURG



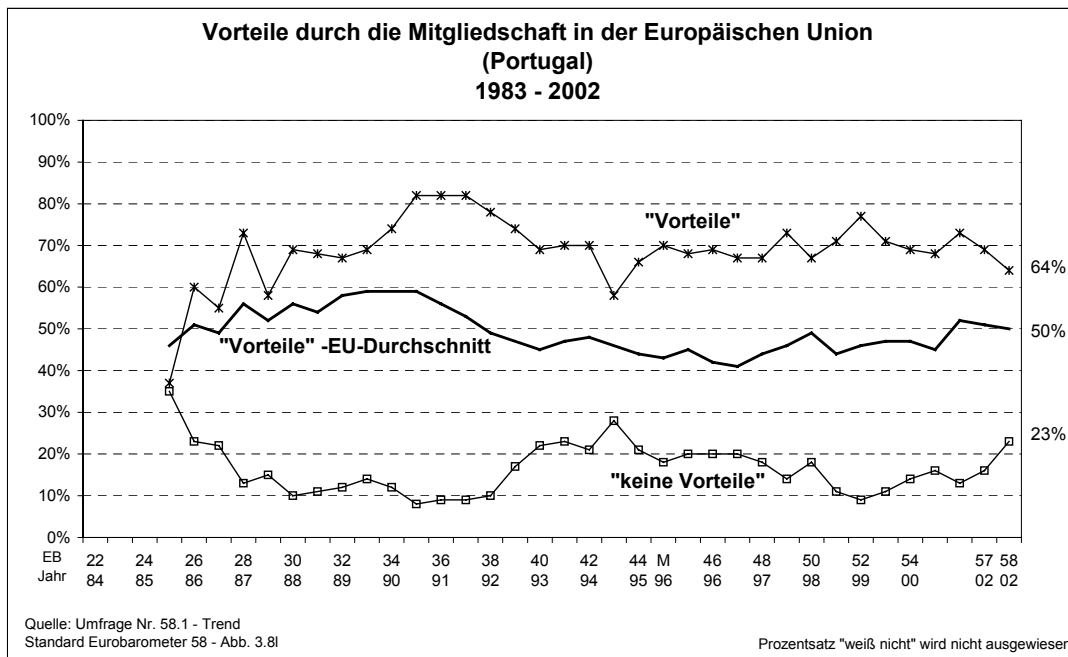
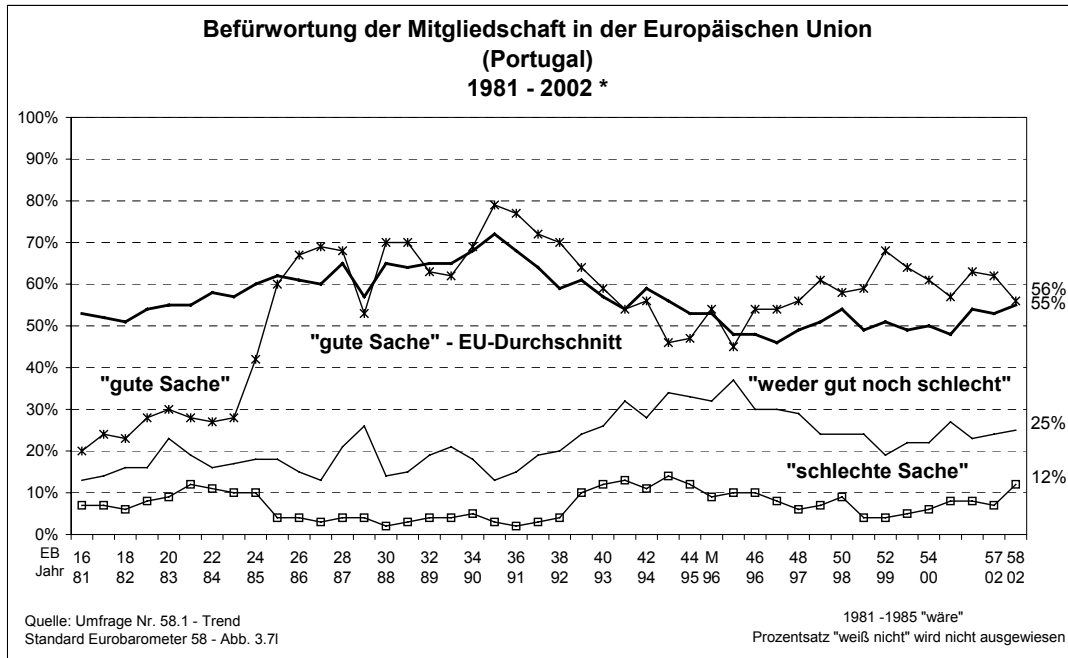
## NIEDERLANDE



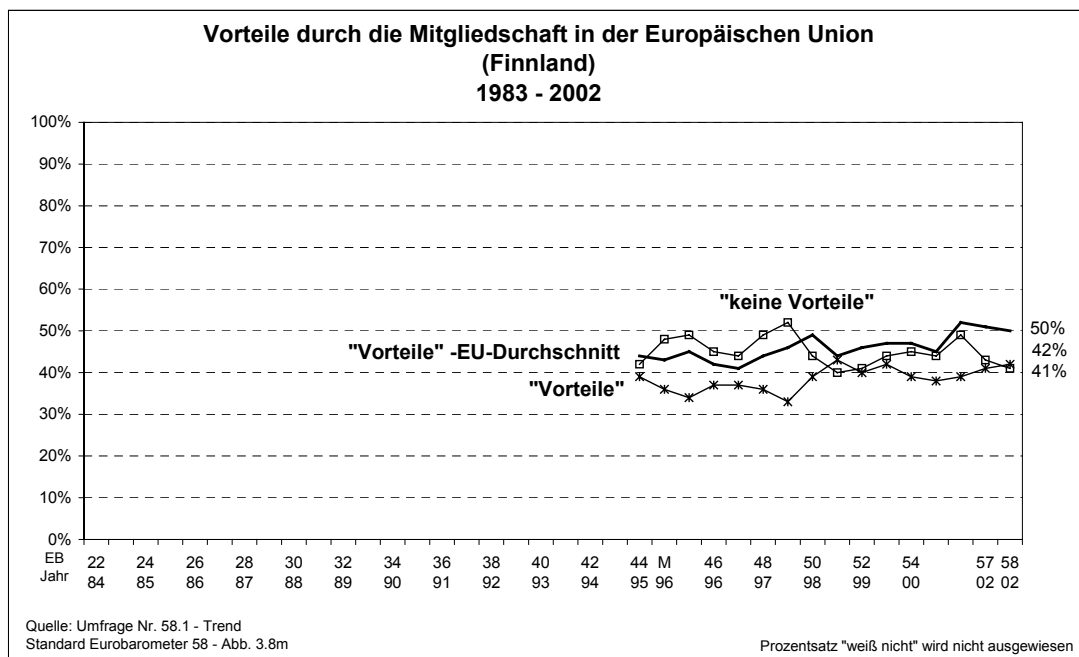
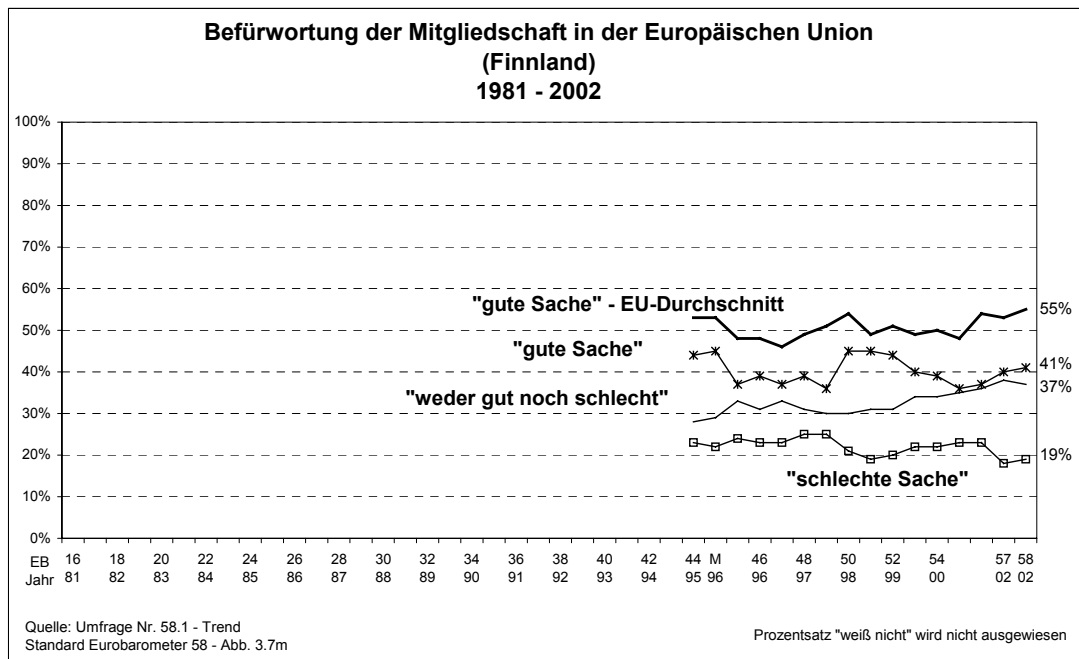
# ÖSTERREICH



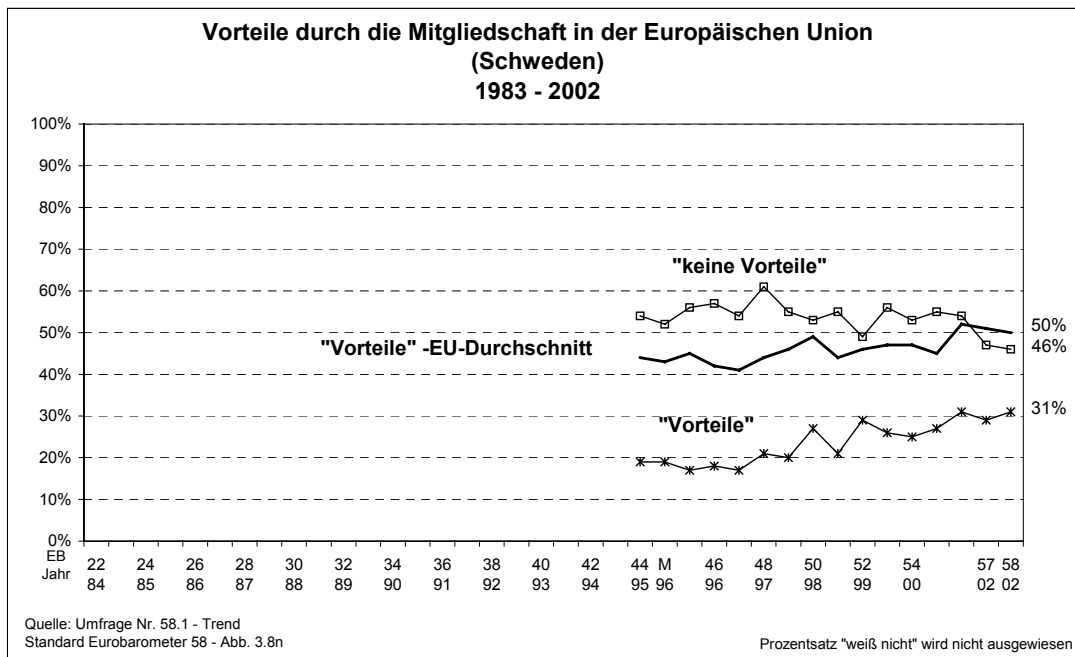
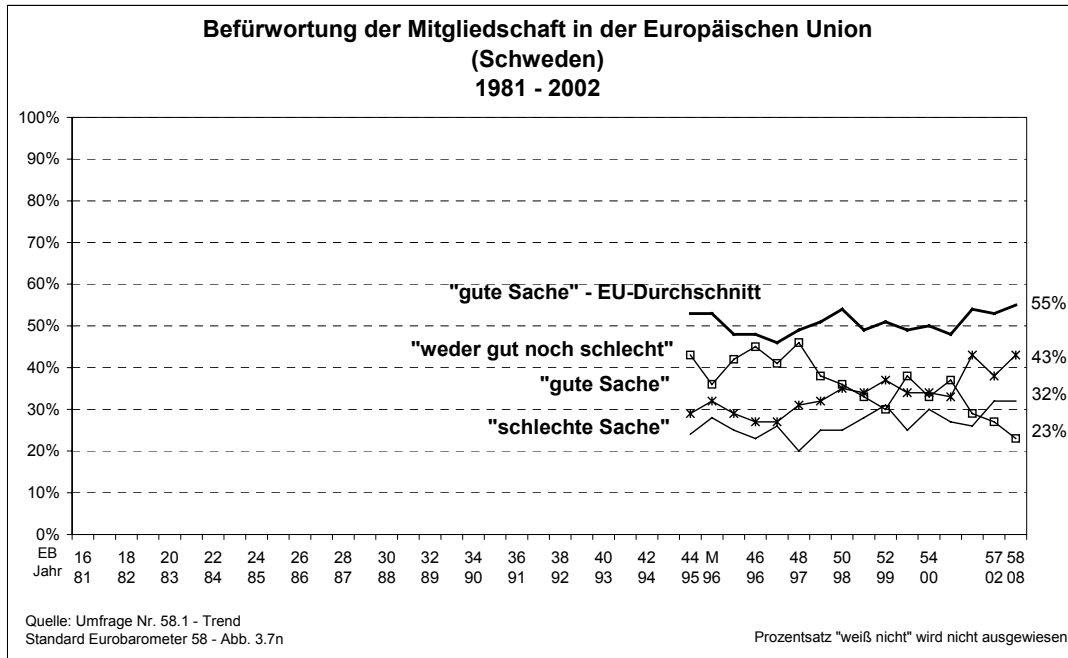
# PORTUGAL



## FINNLAND

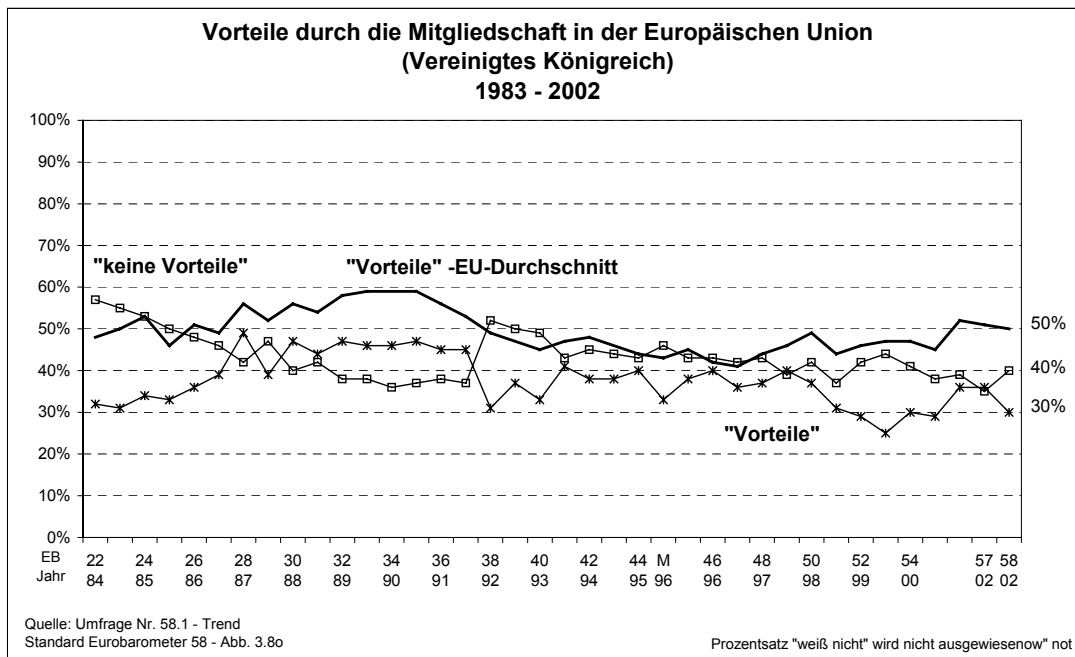
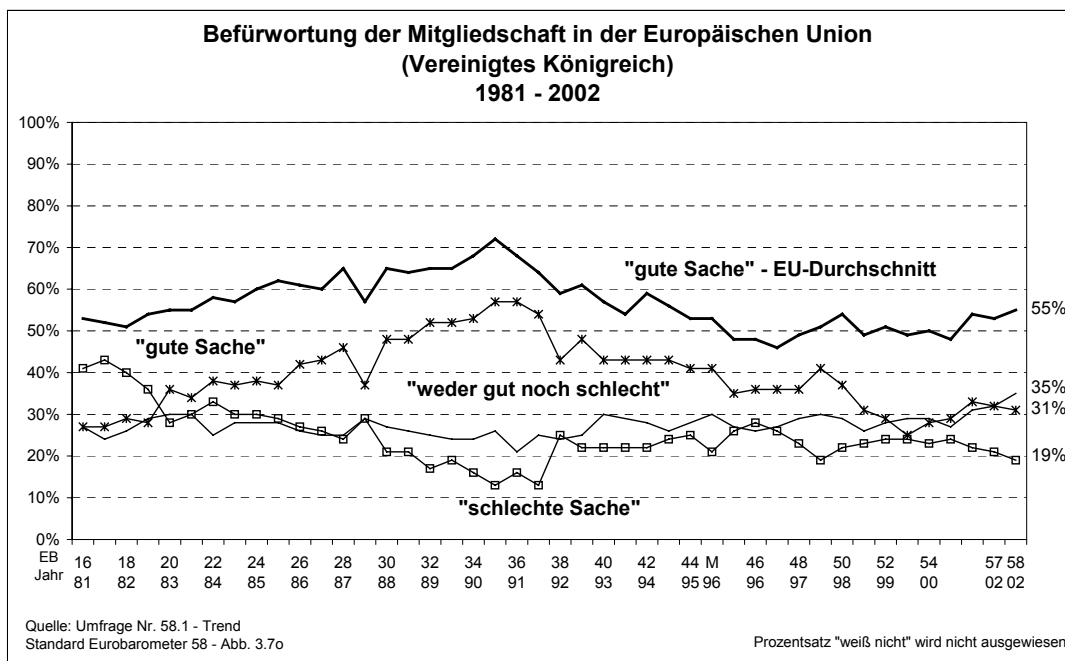


## SCHWEDEN





## VEREINIGTES KÖNIGREICH



### 3.7. Vorteile bzw. Nachteile der Mitgliedschaft in der Europäischen Union

Die folgende Frage, die zuvor im Frühjahr 2000, 2001 und 2002 gestellt wurde, steht im Zusammenhang mit der Diskussion darüber, ob die Menschen die Mitgliedschaft ihres Landes als vorteilhaft bewerten:

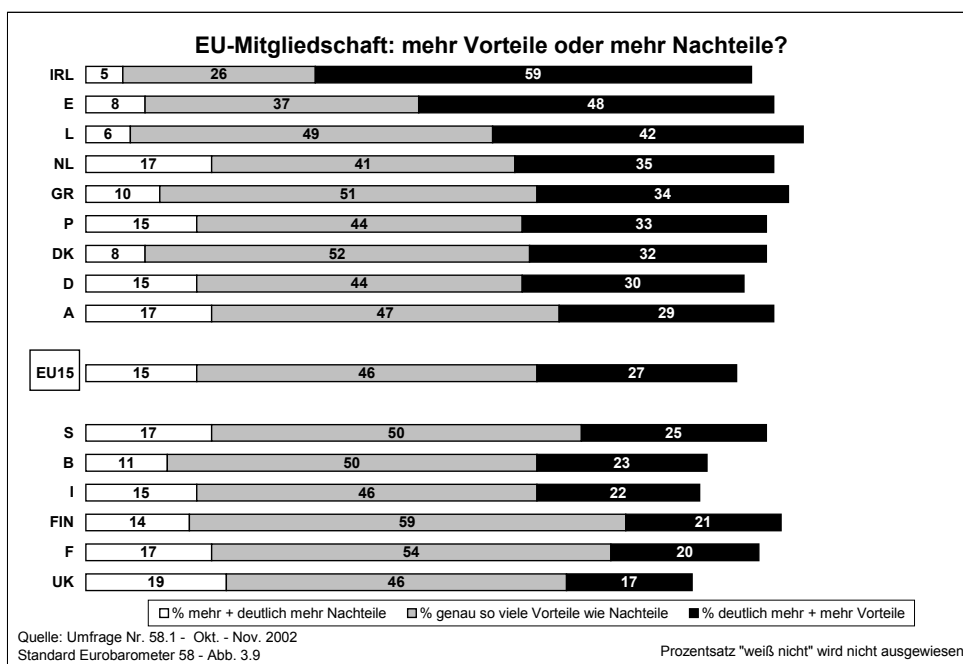
*Glauben Sie, dass Sie persönlich durch die Mitgliedschaft (JEWEILIGES LAND) in der Europäischen Union mehr Vorteile oder mehr Nachteile haben?*

Auf Ebene der EU sehen die Antworten wie folgt aus:

	Herbst 02	Frühjahr 02	Frühjahr 01	Frühjahr 00
	%	%	%	%
Viel mehr Vorteile	4	4	4	5
Mehr Vorteile	23	24	22	24
Genauso viele Vorteile wie Nachteile	46	42	41	41
Mehr Nachteile	12	11	12	13
Viel mehr Nachteile	3	3	4	3
(Weiß nicht /keine Meinung)	12	16	18	14
<i>Gesamt</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>101</i>	<i>100</i>

Wie zu erkennen ist, sind die Antworten in etwa konstant geblieben. Festzustellen ist höchstens eine Verlagerung um 4 Prozentpunkte von der Antwort „weiß nicht“ zu der Antwort „genauso viele Vorteile wie Nachteile“.

Die neuesten einzelstaatlichen Ergebnisse zeigen, dass Irland weiterhin das einzige Land ist, in dem mehr als die Hälfte der Bevölkerung (59%) der Ansicht ist, die EU-Mitgliedschaft habe ihr persönlich mehr Vorteile gebracht, und wenngleich weniger als die Hälfte der Befragten in Spanien dieser Ansicht ist (48%), wird diese Meinung dort dennoch am häufigsten vertreten. In allen anderen Ländern ist die am häufigsten vertretene Ansicht, dass die EU-Mitgliedschaft genauso viele Vorteile wie Nachteile gebracht habe. Ebenso wie in der Vergangenheit ist der Anteil der Menschen, die glauben, die Mitgliedschaft habe mehr Vorteile gebracht – lediglich mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs – größer als der Anteil derer, die glauben, die Mitgliedschaft habe mehr Nachteile gebracht. Der Anteil der Befragten, die keine Meinung hatten oder äußern wollten, bleibt hoch und reicht von 4% in Luxemburg bis zu 19% im Vereinigten Königreich.



In Italien (+9), Portugal (+6) und den Niederlanden (+5) ist eine erhebliche Zunahme der Anzahl der Personen festzustellen, die denken, dass die EU-Mitgliedschaft mehr Nachteile gebracht habe. Desgleichen fällt auf, dass es in Italien, dem Vereinigten Königreich und in Schweden mehr Personen gibt, die denken, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU ebenso viele Vorteile wie Nachteile gebracht habe. (Abb. 3.8a)

Unter den verschiedenen demografischen Gruppen sind Führungskräfte (jeweils 38%) und Personen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder älter in der Vollzeitausbildung verblieben sind und Personen, die noch studieren (36%) am häufigsten der Meinung, dass sie mehr Vorteile aus der Mitgliedschaft erzielt hätten. Mit jeweils 20% meinen die Menschen im Ruhestand und die Hausfrauen/-männer am häufigsten, dass die EU-Mitgliedschaft ihrem Land mehr Nachteile gebracht habe.

In Bezug auf die Einstellungen ergibt sich, dass 45% der Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU befürworten, der Meinung sind, sie hätten persönlich mehr Vorteile als Nachteile aus der Mitgliedschaft. Dagegen sind 60% derjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU ablehnen, der Meinung, sie hätten persönlich durch die Mitgliedschaft mehr Nachteile als Vorteile. (Tabelle 3.8b)

### 3.8. Image der Europäischen Union

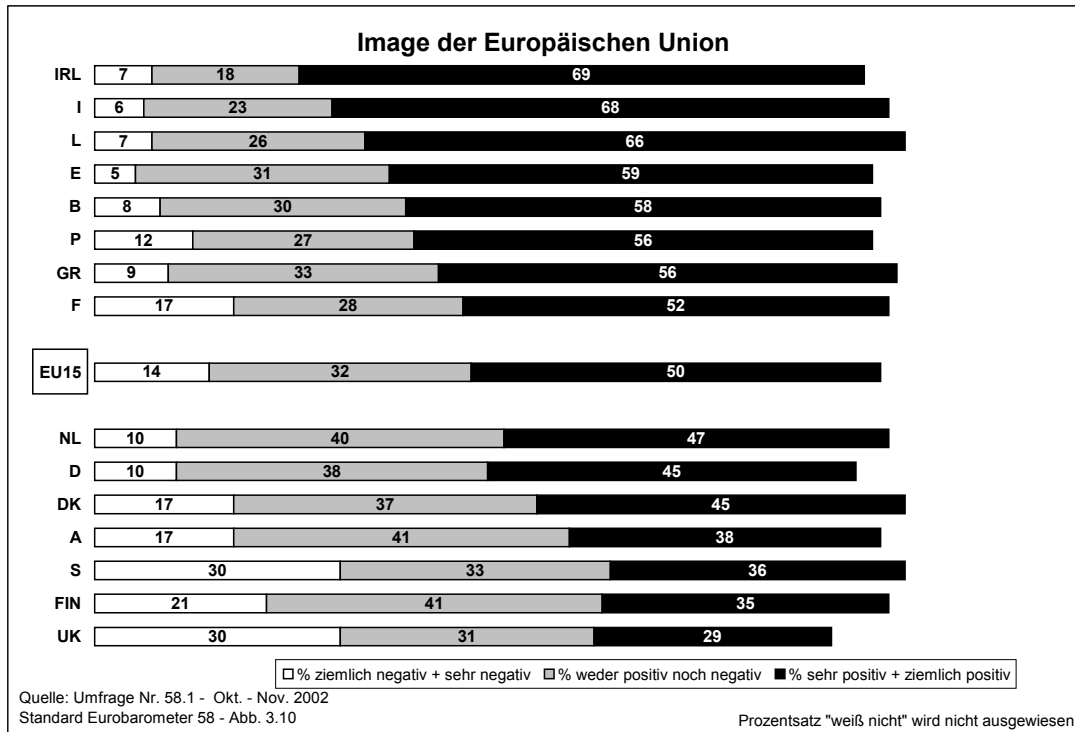
Im Frühjahr 2000 wurde beim Eurobarometer erstmalig die folgende Frage gestellt:

*Ganz allgemein gesprochen, ruft die Europäische Union bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?*

Diese Frage, die auch im Frühjahr 2001 und 2002 gestellt wurde, vermittelt einen Einblick in die Gefühle der Menschen gegenüber der Europäischen Union. Auf Ebene der EU gliedern sich die Antworten folgendermaßen auf:

	Herbst 02	Frühjahr 02	Frühjahr 01	Frühjahr 00
	%	%	%	%
Sehr positiv	9	10	7	7
Ziemlich positiv	41	39	35	36
Weder positiv noch negativ	32	31	33	31
Ziemlich negativ	10	10	13	14
Sehr negativ	3	4	5	5
(Weiß nicht)	5	7	8	7
<i>Gesamt</i>	<i>100</i>	<i>101</i>	<i>101</i>	<i>100</i>

Die jüngsten Ergebnisse sind im Vergleich zum Frühjahr 2002 stabil geblieben bzw. sogar leicht positiver. Die Hälfte der Befragten gibt an, dass die Europäische Union bei ihr ein sehr positives oder ziemlich positives Bild hervorrufe, während lediglich 14% äußern, dass sie bei ihnen ein ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervorrufe.



In 8 von 15 Mitgliedstaaten wird die Europäische Union oft mit einem sehr oder ziemlich positiven Bild in Verbindung gebracht. Am häufigsten sind die Iren, die Italiener und die Luxemburger dieser Meinung (69%, 68% bzw. 66%).

Nicht von der Mehrheit vertreten wird diese Meinung hingegen in Österreich und Finnland, wo 41% der Befragten ein neutrales Bild von der EU haben, sowie im Vereinigten Königreich, wo 31% der Befragten ein neutrales Bild und 30% ein ziemlich negatives oder sehr negatives Bild von der EU haben.

Die Trendanalyse zeigt, dass die Verbindung der EU mit einem positiven Bild in Schweden (+9), Dänemark (+7), Österreich, Luxemburg (jeweils +6) und Frankreich (+4) deutlich zugenommen hat. Diese Zunahme geht im Allgemeinen mit einem Rückgang der Häufigkeit des negativen Bildes der EU einher. Die Verbindung der EU mit einem positiven Bild verliert hingegen 9 Prozentpunkte in Portugal und 6 Prozentpunkte in Luxemburg. (Abb. 3.9a)

Bei der demografischen Analyse zeigen sich dieselben Trends wie bei den vorherigen Fragen. Dies kommt in einer stärkeren Verbreitung des positiven Bildes bei der Altersgruppe zwischen 15 und 24 Jahren (58%), den Führungskräften (63%), den Selbständigen (59%), den Personen, die ihre Vollzeitausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter beendet haben (62%) sowie den Menschen, die noch studieren (63%), zum Ausdruck.

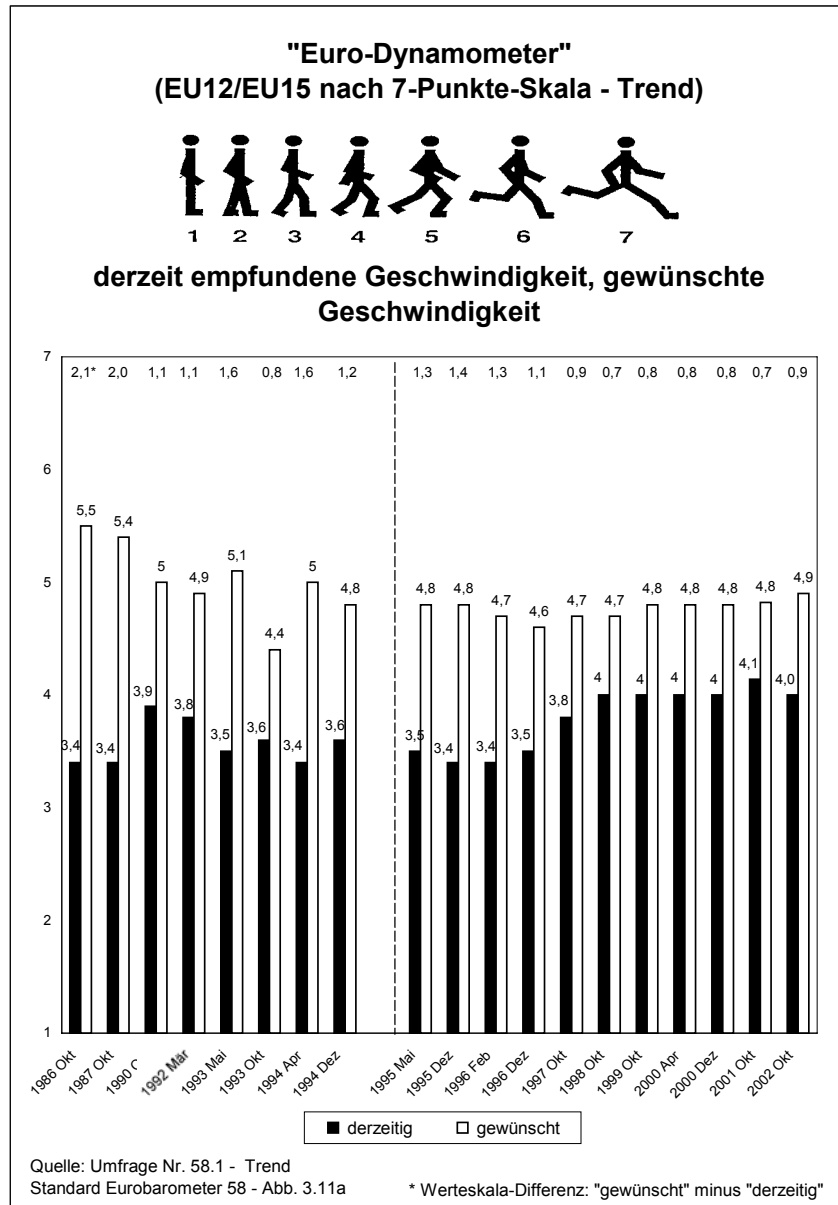
Ebenso wie in der Vergangenheit besteht eindeutig ein starker Zusammenhang zwischen der Befürwortung der Mitgliedschaft in der EU und dem Bild von der EU. Die Analysen zeigen, dass 78% der Befragten, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU befürworten, ein positives Bild von der EU haben. Auf der anderen Seite haben 66% der Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU ablehnen, ein negatives Bild von der EU. (Abb. 3.9b)

### 3.9. Geschwindigkeit der europäischen Integration

Seit 1986 misst das Eurobarometer mit der folgenden Frage die subjektiv empfundene aktuelle und die gewünschte Geschwindigkeit der europäischen Integration:

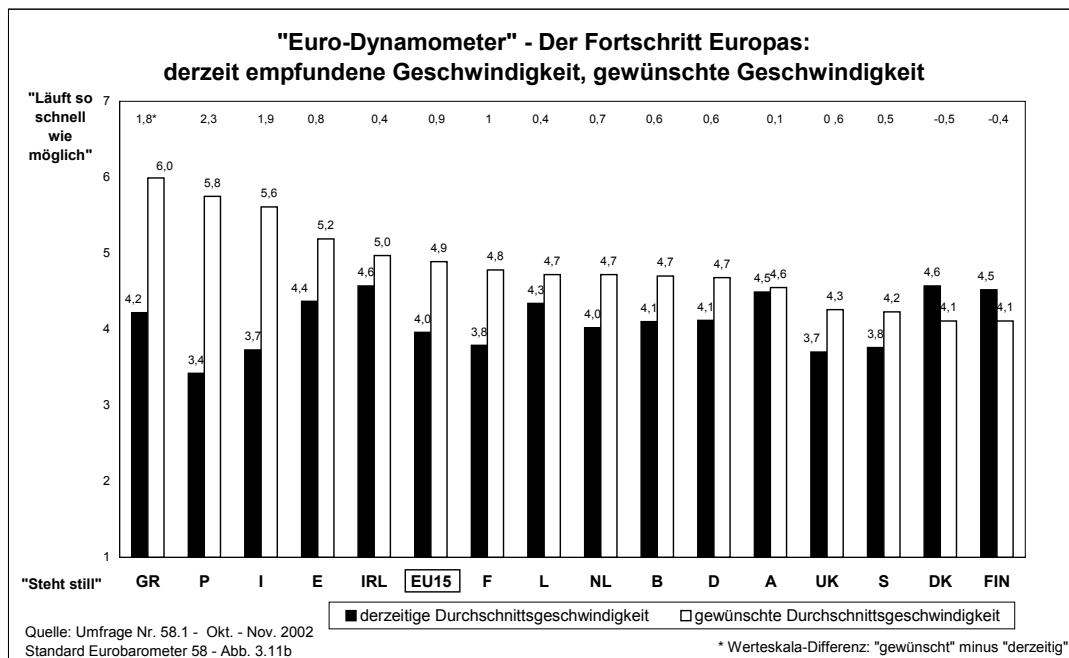
- Mit welcher Geschwindigkeit wird Europa Ihrer Meinung nach im Moment aufgebaut? Schauen Sie sich bitte diese Leute an (Karte zeigen). Nr. 1 steht still; Nr. 7 läuft so schnell wie möglich. Wählen Sie dasjenige Bild, das Ihrer Meinung über die Geschwindigkeit, mit der Europa aufgebaut wird, am ehesten entspricht.*
- Und welches Bild entspricht am ehesten der Geschwindigkeit, die Sie sich wünschen würden? (Dieselbe Karte zeigen)*

Auf einer Skala von eins bis sieben ist die durchschnittliche Geschwindigkeit, von der die Menschen glauben, sie entspreche der Geschwindigkeit, mit der Europa aufgebaut wird, 3,96. Diese Zahl entspricht einer etwas langsameren Geschwindigkeit als im Oktober 2001 und stellt eine Rückkehr zu der in den Vorjahren geschätzten Geschwindigkeit dar. Die durchschnittliche Geschwindigkeit, die die Menschen sich für die Integration Europas wünschen, hat sich leicht auf 4,89 erhöht, verglichen mit 4,82 im Oktober 2001.



Am größten ist die wahrgenommene Geschwindigkeit der Integration in Irland und Dänemark (4,57) und am niedrigsten in Portugal (3,42). Ein Vergleich der neuesten Ergebnisse mit denen aus vorherigen Jahren ergibt, dass in 9 von 15 Mitgliedstaaten die Menschen glauben, der Aufbau der Europäischen Union entwickle sich jetzt mit einer etwas geringeren Geschwindigkeit. Die größte Verringerung wurde in Portugal (-0,48), Frankreich (-0,38) und Irland (-0,30) gemessen. Im Gegensatz dazu wird die Geschwindigkeit der Integration in Finnland (+0,33), Luxemburg (+0,19) und Dänemark (+0,15) als wesentlich rascher betrachtet. (Abb. 3.10a)

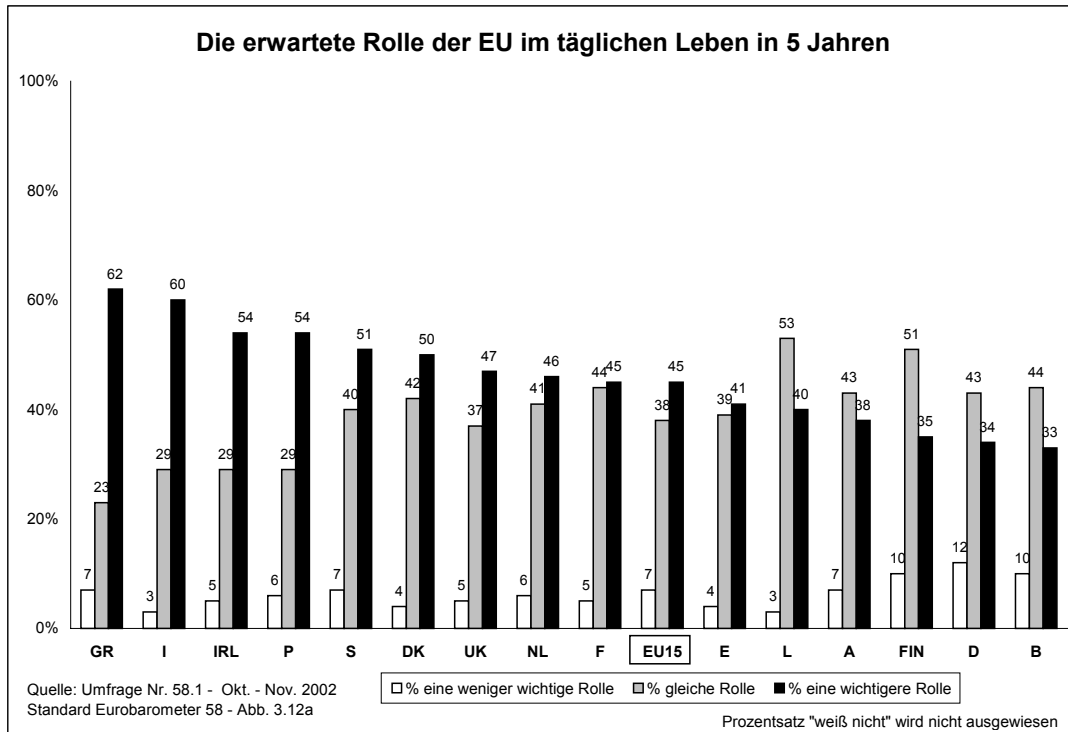
Ebenso wie bei der letzten Umfrage wünschen sich die Menschen in Griechenland die größte Geschwindigkeit für den Aufbau Europas (5,99), nach wie vor gefolgt von Portugal (5,75) und Italien (5,61). Am niedrigsten ist die gewünschte Geschwindigkeit in Finnland und Dänemark (jeweils 4,11). In Finnland hat die gewünschte Geschwindigkeit leicht zugenommen (+0,15). Die größte Erhöhung ist jedoch im Vereinigten Königreich zu beobachten (+0,22). In Luxemburg ist die gewünschte Geschwindigkeit derzeit wesentlich geringer (-0,20).



Wie die oben stehende Abbildung zeigt, haben die Befragten in allen Ländern mit Ausnahme von Dänemark und Finnland den Eindruck, dass Europa nicht so rasch aufgebaut wird, wie sie es sich wünschen würden. Die Länder, in denen die Kluft zwischen der gewünschten und der subjektiv empfundenen Geschwindigkeit am größten ist, sind Portugal, Italien und Griechenland.

### 3.10. Die erwartete und gewünschte Rolle der EU in fünf Jahren

45% der Europäer glauben, dass die Europäische Union in fünf Jahren eine wichtigere Rolle in ihrem täglichen Leben spielen wird, 38% glauben, ihre Rolle wird gleich bleiben und nur 7% glauben, sie wird eine weniger wichtige Rolle spielen.

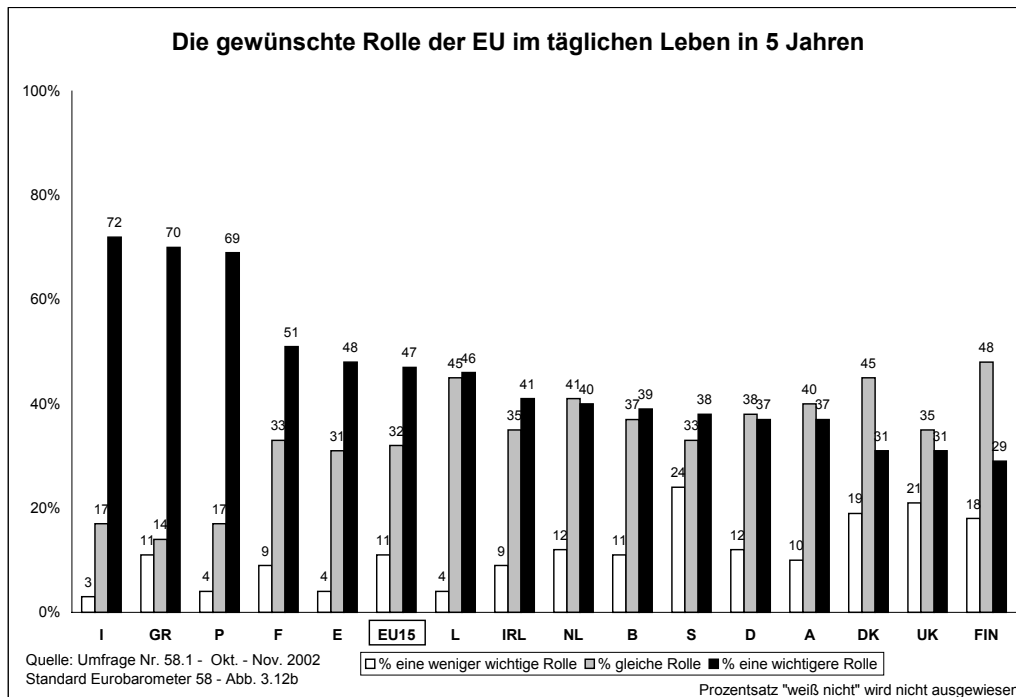


Die Menschen in Griechenland (62%), Italien (60%), Irland und Portugal (jeweils 54%) glauben am häufigsten, die Europäische Union werde in fünf Jahren eine wichtigere Rolle spielen. In zwei weiteren Ländern teilt mindestens die Hälfte der Bevölkerung diese Ansicht, und in vier weiteren Ländern ist die Mehrheit dieser Meinung. Die Auffassung, die Europäische Union werde in fünf Jahren die gleiche Rolle spielen, wird in fünf weiteren Mitgliedstaaten von der Mehrheit vertreten: Luxemburg, Finnland, Belgien, Österreich und Deutschland. Die Ansicht, die EU werde eine weniger wichtige Rolle spielen, wird in allen Mitgliedstaaten von den wenigsten Menschen unterstützt, wobei die Werte von 3% in Italien und Luxemburg bis zu 12% in Deutschland reichen.

Im Vergleich zur letzten Messung (Herbst 2001) stellen wir fest, dass in den meisten Ländern die Bevölkerung jetzt weniger häufiger glaubt, dass die EU in fünf Jahren eine wichtigere Rolle in ihrem täglichen Leben spielen wird. Die größten Rückgänge wurden in den Niederlanden (-11), in Deutschland und Griechenland (-10), in Irland und Dänemark (-9) sowie in Luxemburg und im Vereinigten Königreich (-8) gemessen. Insgesamt ist der Anteil der Unionsbürger, die diese Meinung vertreten, um 6 Prozentpunkte zurückgegangen. In einem einzigen Land denkt die Bevölkerung jetzt häufiger, die EU werde in fünf Jahren eine wichtigere Rolle spielen: Schweden (+2). In 12 von 15 Mitgliedstaaten denkt die Bevölkerung hingegen wesentlich häufiger, die Europäische Union werde die gleiche Rolle spielen. Die größten Anstiege wurden dabei in Luxemburg und den Niederlanden (+11), Deutschland (+10) und Griechenland (+9) verzeichnet. Somit ist eine Verlagerung von der Meinung, die EU werde eine wichtigere Rolle spielen, zu der Meinung, die EU werde die gleiche Rolle spielen, zu beobachten. (Abb. 3.11a)

Die Analyse der demografischen Variablen zeigt, dass der Anteil derer, die glauben, die EU werde eine weniger wichtige Rolle spielen, für alle in der Umfrage enthaltenen demografischen Gruppen unter 10% liegt, außer – ebenso wie bei der letzten Erhebung – im Falle der Haltung gegenüber der EU. 18% derer, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU ablehnen geben an, die EU werde in fünf Jahren eine weniger wichtige Rolle in ihrem täglichen Leben spielen, verglichen mit nur 5% derer, die die EU Mitgliedschaft befürworten. (Abb. 3.11b)

Die Betrachtung der Frage, welche Rolle die Menschen sich für die Europäische Union in fünf Jahren wünschen würden ergibt, dass 47% der Europäer sich eine wichtigere Rolle wünschen. 32% wünschen sich eine gleich bleibende Rolle und 11% wünschen sich eine weniger wichtige Rolle für die Europäische Union.



Die Menschen in Italien (72%), Griechenland (70%) und Portugal (69%) wünschen sich am häufigsten, die EU solle eine wichtigere Rolle in ihrem täglichen Leben spielen, mit einiger Entfernung gefolgt von Frankreich (51%). Obwohl weniger als die Hälfte der Bevölkerung sich eine wichtigere Rolle für die EU wünscht, stellt diese Meinung in Spanien, Luxemburg, Irland, Belgien und Schweden die Mehrheit dar. In den Niederlanden, Deutschland, Österreich, Dänemark, dem Vereinigten Königreich und Finnland äußert die Bevölkerung am häufigsten den Wunsch, die EU solle weiterhin die gleiche Rolle spielen.

Im Vergleich zum Herbst 2001 ist eine leichte Erhöhung des Anteils der Menschen, die sich eine wichtigere Rolle für die EU wünschen (+2), festzustellen. Diese Zunahme ist in 9 von 15 Mitgliedstaaten zu beobachten, wobei die stärksten Zugewinne in Irland (+7), Belgien, Frankreich und Portugal (+6) sowie im Vereinigten Königreich (+5) zu verzeichnen sind. Der Wunsch, dass die EU weiterhin die gleiche Rolle spielen solle, ist in Dänemark (+7), Luxemburg (+6) und Deutschland (+5) am stärksten gestiegen. Mit Ausnahme der Niederlande (+1) ist in allen Ländern eine Verringerung oder zumindest eine Stagnation des Wunsches, die EU solle eine weniger wichtige Rolle spielen, zu beobachten.

Die Untersuchung der Einstellung gegenüber der EU ergibt, dass diejenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU befürworten (62%), sich wesentlich häufiger eine wichtigere Rolle für die EU wünschen als diejenigen, die die Mitgliedschaft ablehnen (20%). 41% der letzteren Gruppe wünschen sich eine weniger wichtige Rolle für die EU in fünf Jahren. Auf demografischer Ebene stellen wir fest, dass die Ansicht, die EU solle eine weniger wichtige Rolle spielen, von weniger als 12% der Menschen geteilt wird, unabhängig von Geschlecht, Alter, Berufsgruppe oder Länge der Ausbildung. (Tabelle 3.12b)

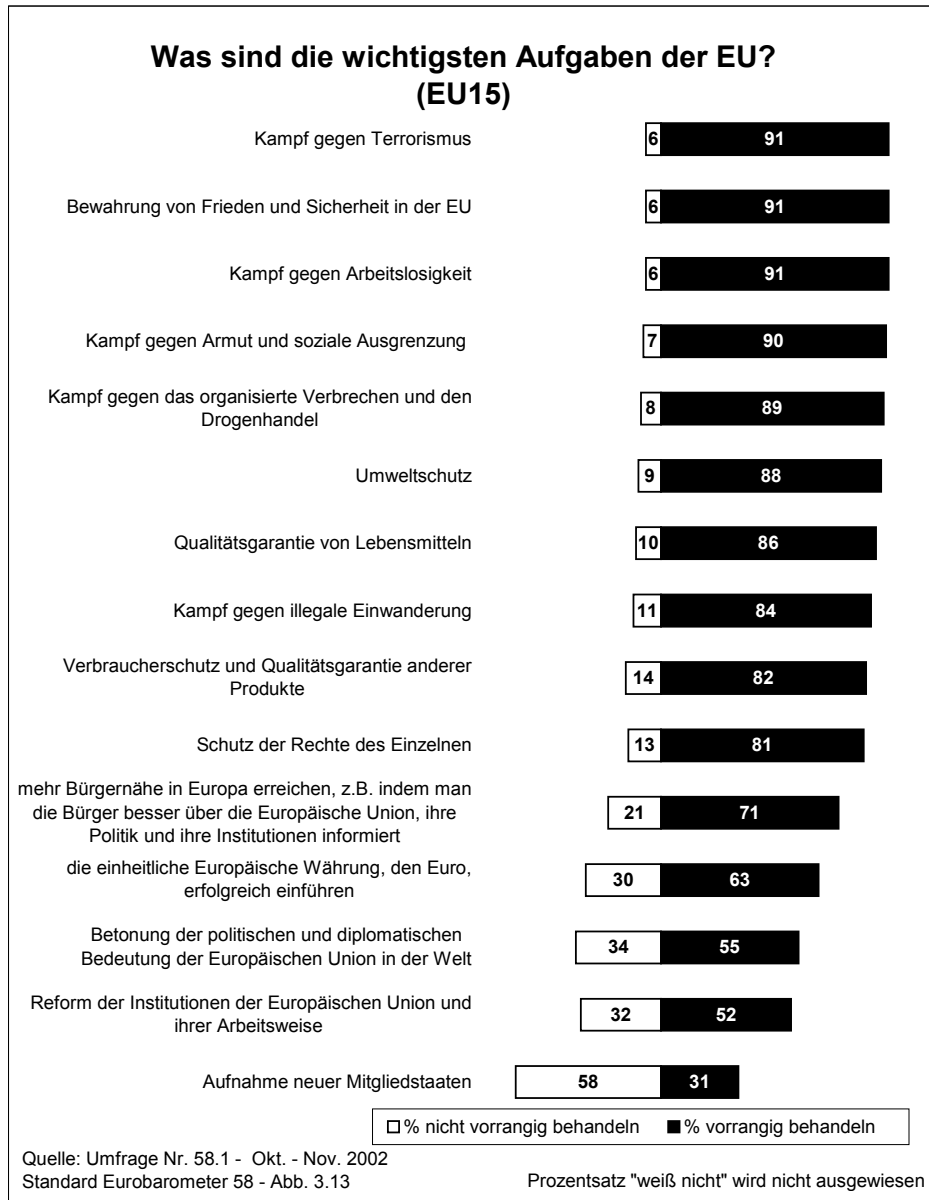
### 3.11. Prioritäten der Schlüsselthemen

Seit einer Reihe von Jahren enthält das Eurobarometer eine Frage, die untersucht, inwieweit die Öffentlichkeit die derzeitigen Tätigkeiten der EU als prioritär ansieht.

Die Themen, die von den EU-Bürgern am häufigsten als Priorität betrachtet werden, sind der Kampf gegen den Terrorismus, die Bewahrung von Frieden und Sicherheit in Europa und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Die Erweiterung ist das einzige Thema, dass die Mehrheit der Befragten noch immer nicht als Priorität der Europäischen Union betrachtet. Erstmals wurde als neue Vorgabe „Kampf gegen illegale Einwanderung“ eingeführt. Dieser Bereich wird von 84% der Befragten als Priorität betrachtet und erreicht damit Platz acht.

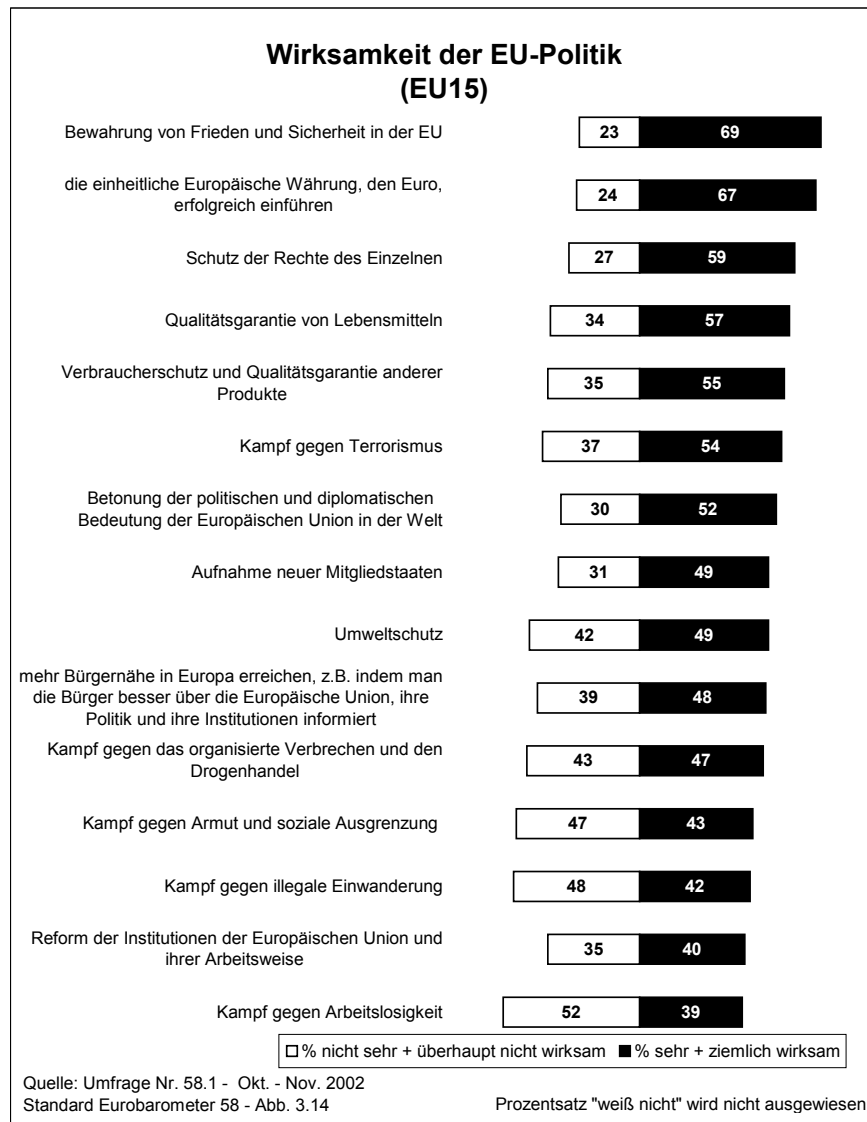


Die drei wichtigsten Prioritäten werden gleichermaßen von 91% der Bevölkerung als solche betrachtet. **Der Kampf gegen den Terrorismus** steht in 5 von 15 Mitgliedstaaten an erster Stelle, in zwei Ländern an zweiter Stelle und in vier Ländern an dritter Stelle. Nur in Finnland, den Niederlanden, Schweden und Griechenland gehört diese Vorgabe nicht zu den drei wichtigsten Prioritäten. **Der Erhalt von Frieden und Sicherheit in Europa** steht in drei Ländern an erster Stelle und in fünf Ländern an zweiter Stelle. **Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit** steht in fünf Ländern an erster Stelle und in zwei Ländern an dritter Stelle. **Der Kampf gegen das organisierte Verbrechen und den Drogenhandel** ist in 6 von 15 Mitgliedstaaten eine der drei wichtigsten Prioritäten. **Der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung** zählt in sieben Ländern zu den wichtigsten drei Prioritäten. **Der Umwelt** steht in Dänemark an erster Stelle, in Österreich und Schweden an zweiter und in Luxemburg an dritter Stelle.



### 3.12. Wirksamkeit der EU-Politik

Die Umfrage befasst sich auch mit der Messung der öffentlichen Meinung bezüglich der Wirksamkeit der Politik der Europäischen Union zu diesen Schlüsselthemen.

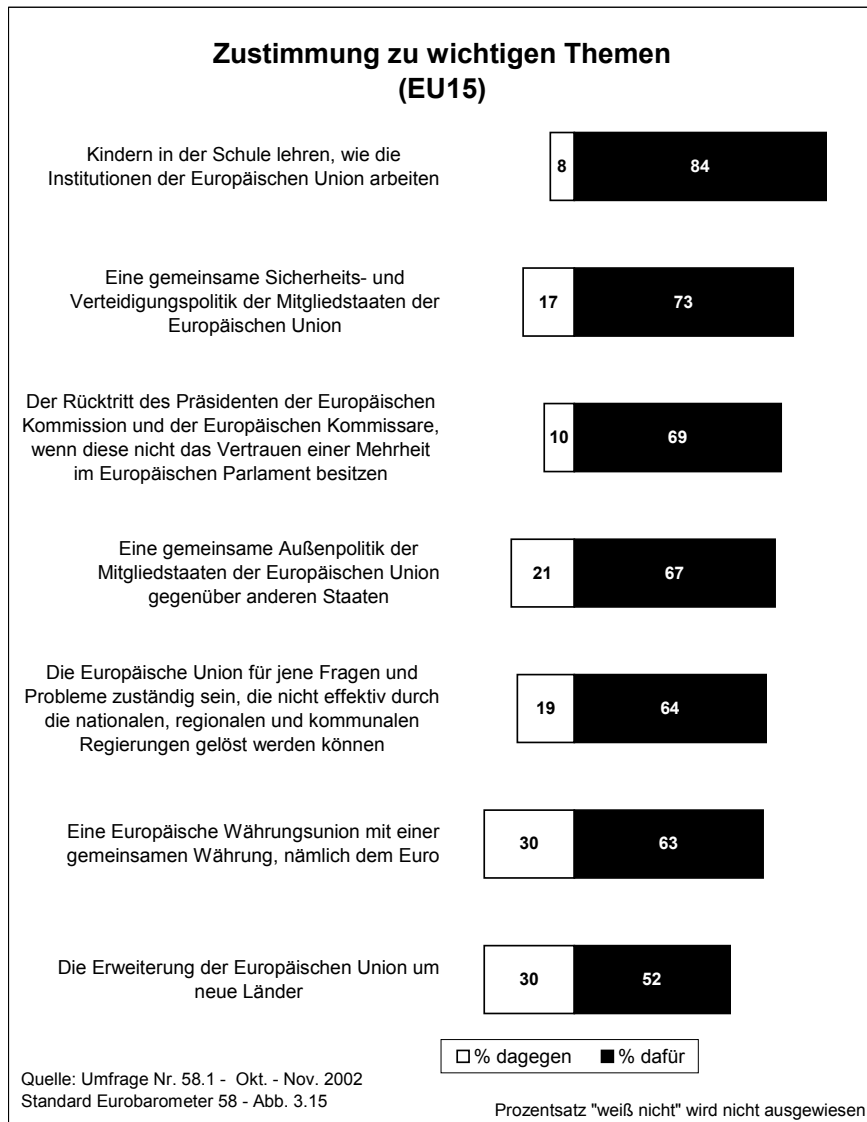


Mehr als die Hälfte der Bevölkerung meint, dass die Politik der Europäischen Union im Bereich der Bewahrung von Frieden und Sicherheit in der EU, der erfolgreichen Einführung der einheitlichen europäischen Währung, des Schutzes der Rechte des Einzelnen und der Grundsätze der Demokratie in Europa, der Qualitätsgarantie von Lebensmitteln, des Verbraucherschutzes und der Qualitätsgarantie anderer Produkte, des Kampfes gegen den Terrorismus und der Betonung der politischen und diplomatischen Bedeutung der Europäischen Union in der Welt wirksam sei. Die Wirksamkeit der EU-Politik bleibt die mehrheitliche Meinung bezüglich der Bereiche Umweltschutz, Aufnahme neuer Mitgliedstaaten, mehr Bürgernähe in Europa erreichen und Kampf gegen das organisierte Verbrechen und den Drogenhandel. In den Bereichen Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung, Kampf gegen illegale Einwanderung, Reform der Institutionen der Europäischen Union und ihrer Arbeitsweise sowie Kampf gegen Arbeitslosigkeit wird diese Meinung jedoch nicht von der Mehrheit vertreten.

Wenn man auf die von den Unionsbürgern aufgestellten Prioritäten Bezug nimmt, zählt **der Kampf gegen den Terrorismus** nur in einem einzigen Land zu den drei als am wirksamsten beurteilten Politikbereichen: In Dänemark steht er an dritter Stelle. **Die Bewahrung von Frieden und Sicherheit in Europa** gehört in allen fünfzehn Mitgliedstaaten zu den drei wirksamsten Politikbereichen. **Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit** wird von den Bürgern aller fünfzehn Länder der Europäischen Union als einer der drei unwirksamsten Politikbereiche der Europäischen Union betrachtet. **Der Kampf gegen das organisierte Verbrechen und den Drogenhandel** wird in fünf Ländern als einer der drei unwirksamsten Politikbereiche gesehen. **Der Umweltschutz** wird von den Dänen als unwirksamster Politikbereich der Europäischen Union betrachtet und von den Österreichern als drittunwirksamster Politikbereich. (Abb. 3.14)

### 3.13. Zustimmung zu wichtigen Themen

Die Umfrage untersucht auch die öffentliche Meinung zu einer Reihe wichtiger Themen der Europäischen Union. Einige dieser Themen sind ganz klar politischer Natur, während andere die demokratischen Prozesse, die die Funktionsweise der Europäischen Union bestimmen, betreffen. Die Ergebnisse zu einigen dieser Themen werden in den folgenden Kapiteln noch eingehender behandelt.



Die Untersuchung der vier Punkte, die die aktuelle Politik betreffen, zeigt folgendes:

- 73% der EU Bürger befürworten eine **gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Mitgliedstaaten der Europäischen Union**. Am größten ist die Unterstützung in Luxemburg (88%), Italien (85%) sowie Griechenland, Belgien, Spanien und Deutschland (jeweils 79%). Die größte Anzahl von Gegnern finden wir in Schweden (43%) und Finnland (42%).
- Die Unterstützung für eine **gemeinsame Außenpolitik der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gegenüber anderen Staaten** liegt bei 67% der Bürger. Am größten ist die Unterstützung in Italien (80%), Griechenland (79%) und Luxemburg (78%), während wir im Vereinigten Königreich (41%), Schweden (38%) und Finnland (35%) am meisten Gegner einer gemeinsamen Außenpolitik finden.
- Fast ein Jahr nach der Einführung des Euro-Bargeldes befürworten 63% der Menschen **die Europäische Währungsunion mit einer Einheitswährung**. Die geringste Unterstützung wird natürlich im Vereinigten Königreich (61%), Schweden (41%) und Dänemark (40%) registriert.
- 52% der EU-Bürger sind für **die Erweiterung der Europäischen Union um neue Länder**.

Wenn wir die anderen in dieser Frage behandelten Punkte betrachten, sehen wir folgendes:

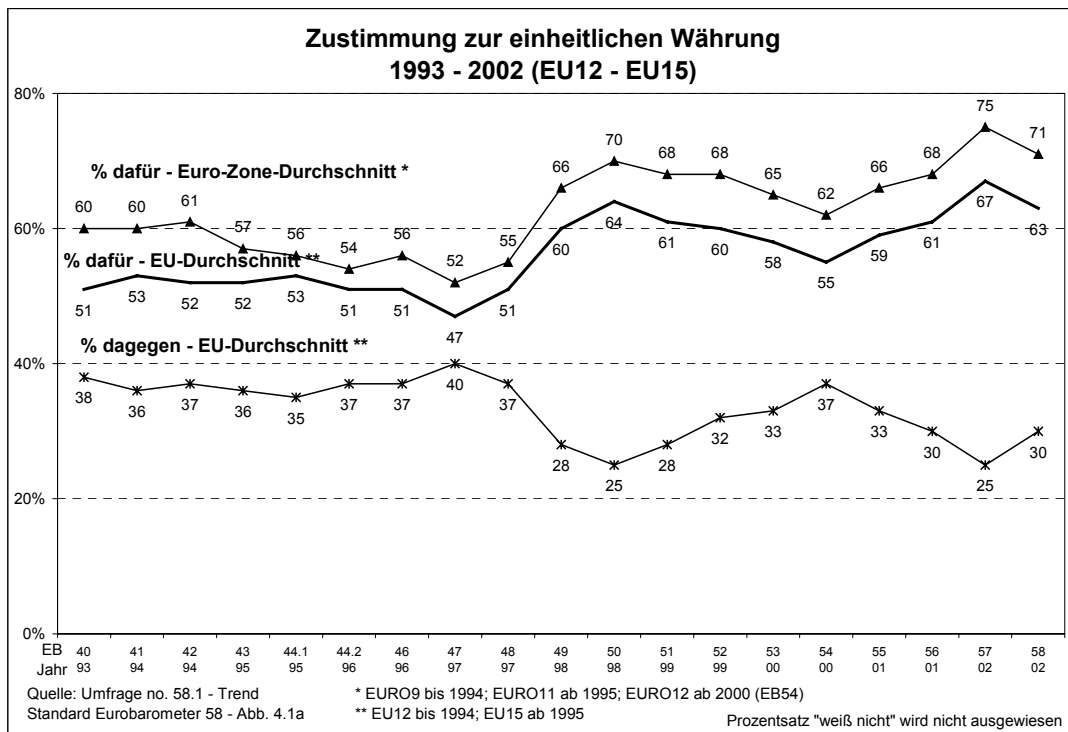
- 84% der EU-Bürger befürworten den Gedanken, dass **den Kindern in der Schule gelehrt wird, wie die Institutionen der Europäischen Union arbeiten**, wobei die Werte von 75% im Vereinigten Königreich bis zu 93% in Luxemburg reichen.
- Beinahe sieben von zehn EU Bürgern sind für den **Rücktritt des Präsidenten der Europäischen Kommission und der Kommissare für den Fall, dass sie keine mehrheitliche Unterstützung von Seiten des Europäischen Parlamentes haben**. Hier reichen die Werte von 55% im Vereinigten Königreich bis zu 85% in Finnland.
- 64% der EU Bürger befürworten den Gedanken, dass die **Europäische Union in Bereichen, die nicht effektiv von den nationalen, regionalen und kommunalen Regierungen ausgeführt werden können**, verantwortlich ist, wobei die Werte von 50% im Vereinigten Königreich bis zu 77% in Griechenland reichen.

## 4. Der Euro

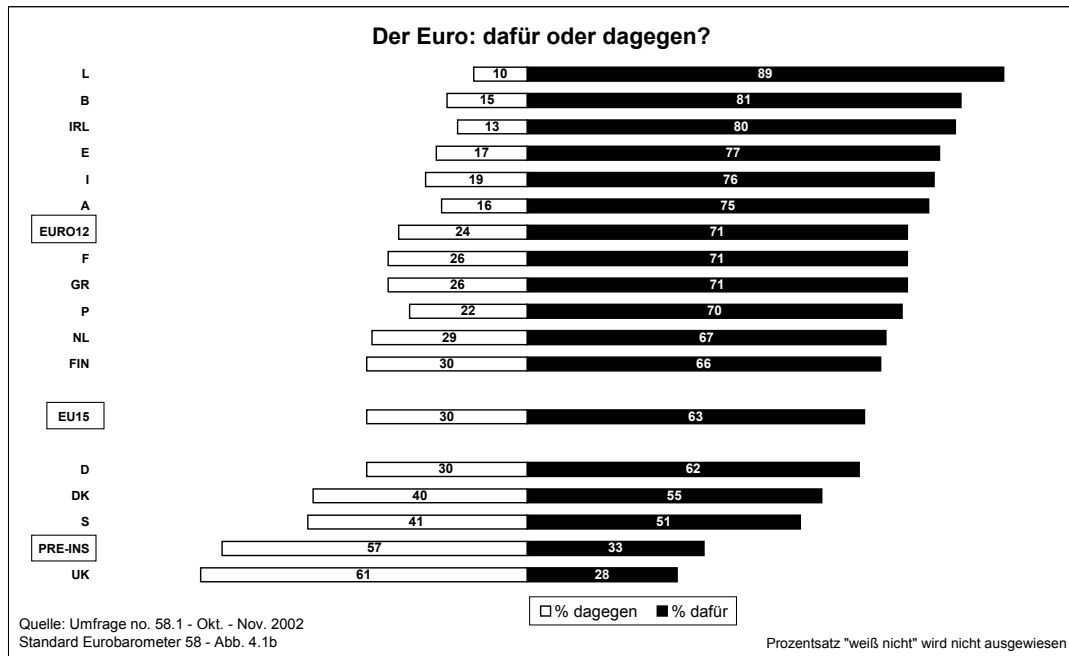
Seit dem Maastrichter Vertrag aus dem Jahre 1993, der den Weg zu einer einheitlichen Währung frei machte, hat das Eurobarometer die öffentliche Meinung über das, was jetzt der Euro, die einheitliche Währung der Europäischen Union ist, erfragt. In diesem Kapitel untersuchen wir zunächst die Entwicklung der Befürwortung des Euro. Dann werden die Ergebnisse zu Fragen dargestellt, die aufzeigen sollen, wie die EU-Bürger mit der Umstellung auf das Eurobargeld zurecht kommen, wie sie die Auswirkungen dieser Umstellung wahrnehmen und in welchem Maße sie beginnen, sich mit dem Euro verbunden zu fühlen.

### 4.1. Unterstützung für den Euro

Im Laufe der Jahre unterlag die Unterstützung des Euro durch die Bürger vergleichsweise großen Schwankungen, wobei die Befürwortung in letzter Zeit allerdings deutlich gestiegen ist. Die Einführung des Eurobargeldes am 1. Januar 2002 hat zu einer weiteren Erhöhung der Unterstützung für den Euro geführt, insbesondere in den Ländern, in denen der Euro eingeführt wurde. Im Frühjahr 2002 befürworteten drei von vier EU-Bürgern, die in den 12 Ländern der Eurozone leben, den Euro. Sechs Monate später, im Herbst 2002 ist die Einstellung der Öffentlichkeit nicht mehr so positiv. Von den Menschen, die in den 12 Eurozonenländern leben, unterstützen jedoch noch 71% der Bevölkerung ab 15 Jahren den Euro. Dies sind vier Prozentpunkte weniger als im Frühjahr 2002. Die Ablehnung des Euro ist in diesen Ländern von 19 auf 24% gestiegen. Bei den Menschen, die in den drei nicht der Eurozone angehörenden Ländern (Dänemark, Schweden und Großbritannien) leben, findet der Euro bei 33% der Bevölkerung ab 15 Jahren Unterstützung. Dies ist nicht wesentlich weniger als im Frühjahr 2002 (-2). Die Ablehnung des Euro ist in diesen drei Ländern jedoch von 50% auf 57% gestiegen.



Bei Betrachtung der Länder der Eurozone (EURO12) ergibt sich, dass die Unterstützung in Luxemburg (89%) und Belgien (81%) am größten und in Deutschland (62%) und Finnland (66%) am niedrigsten ist.



Gegenüber dem Frühjahr 2002 hat die Unterstützung der Öffentlichkeit für den Euro in Frankreich (+4) und Österreich (+3) zugenommen. In Irland, wo 80% der Bevölkerung den Euro unterstützen, sind seit dem Frühjahr 2002 keine wesentlichen Änderungen festgestellt worden. Dasselbe gilt für Finnland, wo 66% den Euro unterstützen. In Belgien und Luxemburg gehen geringe, unwesentliche Abnahmen der Unterstützung mit größeren, wesentlicheren Anstiegen der Ablehnung einher, wobei der Anteil der Menschen, die gegen den Euro sind, in beiden Ländern jedoch sehr gering bleibt (15% bzw. 10%). In Portugal ist die Befürwortung um 3 Prozentpunkte auf 70% zurückgegangen, und die Ablehnung ist um 3 Prozentpunkte auf 22% gestiegen. In Spanien ist die Unterstützung ebenfalls um 3 Prozentpunkte auf 77% gefallen, aber die Ablehnung ist um 5 Prozentpunkte auf 17% gestiegen. In vier Ländern der Eurozone ist die öffentliche Meinung bezüglich des Euro nun deutlich weniger positiv. So ist die Unterstützung in Italien um 11 Prozentpunkte auf 76% zurückgegangen, während die Ablehnung um 10 Prozentpunkte auf 19% gestiegen ist. In Griechenland ist die Zustimmung um 9 Prozentpunkte auf 71% gesunken, und die Ablehnung ist um 10 Prozentpunkte auf 26% gestiegen. In den Niederlanden ist die Zustimmung um 8 Prozentpunkte auf 67% zurückgegangen, während die Ablehnung um 7 Prozentpunkte auf 29% gestiegen ist. In Deutschland hat die Unterstützung um 5 Prozentpunkte nachgegeben, wobei die Ablehnung um 6 Prozentpunkte zugelegt hat. Deutschland und Finnland sind die einzigen Länder, in denen der Ablehnungsgrad über der 30%-Marke liegt.

Was die "pre-in" Länder betrifft, unterstützen in Dänemark (55%) - was seit Frühjahr 2002 eine Zunahme um 3 Prozentpunkte darstellt - und Schweden (51% gegenüber 49% im Frühjahr 2002) mehr als die Hälfte der Menschen den Euro. Im Vereinigten Königreich ist die Unterstützung für den Euro von 31% auf 28% zurückgegangen, während die Ablehnung von 52% auf 61% gestiegen ist. (Abb. 4.1a)

Unter den verschiedenen demografischen Gruppen in der EU-Bevölkerung reicht die Unterstützung für den Euro von 54% der Menschen, die die Vollzeitausbildung vor Vollendung des 16. Lebensjahres beendet haben, bis zu 75% bei den Studenten, Selbständigen und Führungskräften.

Bei der Analyse der Einstellungen stellen wir fest, dass die Kluft bezüglich der Unterstützung des Euro zwischen denjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes befürworten (83%) und denjenigen, die sie ablehnen (21%) geringer als im Frühjahr 2002 (88% gegenüber 20%), aber immer noch sehr groß ist. (Abb. 4.1b)

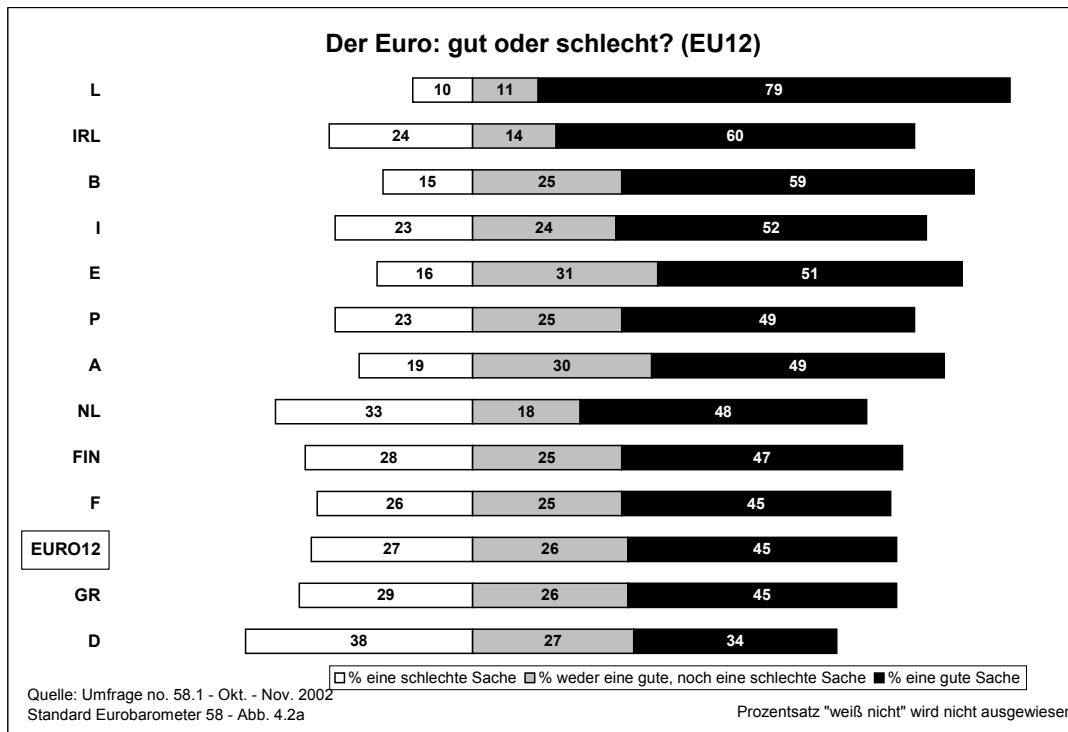
Die Umfrage beinhaltet auch die folgende Frage nach der Unterstützung des Euro:

*“Am 1. Januar 2002 hat der Euro die Nationalwährung ersetzt. Ist dies Ihrer Meinung nach eine sehr gute Sache, eine ziemlich gute Sache, weder eine gute noch eine schlechte Sache, eine ziemlich schlechte Sache oder eine sehr schlechte Sache?”<sup>14</sup>*

Die Antworten auf diese Frage zeigen, dass 45% der Menschen in den “EURO 12” Ländern glauben, der Ersatz der Nationalwährung durch den Euro sei eine gute Sache, während 26% denken, er sei weder gut noch schlecht und 28% ihn als eine schlechte Sache ansehen.

Ebenso wie im Frühjahr 2002 unterscheidet sich die Verteilung der Antworten von der traditionellen Frage nach der Unterstützung. Der Grund für diesen Unterschied scheint teilweise in der Tatsache zu liegen, dass den Befragten mehr Antwortmöglichkeiten gegeben werden als bei der traditionellen Frage nach der Unterstützung und teilweise darin, dass diese neuere Frage direkter ist, während die traditionelle Frage abstrakterer Art ist.

Im Herbst 2001, als die Frage erstmals gestellt wurde, betrachteten 46% der Menschen in der Eurozone den Euro als gute Sache. Im Frühjahr 2002 ist diese Zahl auf 53% gestiegen. Somit sehen wir ebenso wie bei der Frage nach der Befürwortung, dass der Euro nun weniger beliebt ist als kurz nach Einführung des Eurobargeldes.



Wie das oben stehende Diagramm zeigt, betrachten die Menschen in Luxemburg den Euro am häufigsten als eine gute Sache (79%), in einigem Abstand gefolgt von den Menschen in Irland (60%) und Belgien (59%). In Italien (51%) und Spanien (52%) glaubt mindestens die Hälfte der Bevölkerung ebenfalls, dass der Euro eine gute Sache ist, während dies in Österreich und Portugal auf 49% der Bevölkerung zutrifft.

<sup>14</sup> In den "pre-in" Ländern wurde der Wortlaut der Frage wie folgt geändert: "Wenn der Euro unsere (Landeswährung) ersetzen würde, wäre dies Ihrer Meinung nach eine sehr gute Sache, eine ziemlich gute Sache, weder eine gute noch eine schlechte Sache, eine ziemlich schlechte Sache oder eine sehr schlechte Sache?"

Mit Ausnahme von Deutschland wird in allen Ländern mehrheitlich die Auffassung vertreten, der Euro sei eine gute Sache. In Deutschland übersteigt die Zahl der Eurogegner (38%) jedoch die der Eurobefürworter (34%). Weitere Länder, in denen mehr als ein Viertel der Bevölkerung den Euro als schlechte Sache betrachten, sind die Niederlande (33%), Griechenland (29%) und Finnland (28%).

Ein Vergleich mit den Ergebnissen vom Frühjahr 2002 ergibt, dass die Menschen in Frankreich und Finnland (jeweils +4) den Euro jetzt häufiger als gute Sache betrachten. In Österreich gibt es keine wesentliche Änderung beim Anteil der Menschen, die den Euro als positiv oder als weder positiv noch negativ bewerten. Es gibt jetzt jedoch mehr Menschen in Österreich, die den Euro als negativ sehen (+4). In allen anderen Ländern der Eurozone gibt es jetzt weniger Menschen, die den Euro als gute Sache sehen. Der größte Rückgang wurde in Italien verzeichnet (-18), gefolgt von den Niederlanden (-13), Deutschland (-11) und Griechenland (-10). (Abb. 4.2a)

Die Ergebnisse in den 12 Ländern der Eurozone wurden auch nach den soziodemografischen Merkmalen der Befragten aufgeschlüsselt. Diese Analysen zeigen, dass in den 12 Ländern der Eurozone der Anteil der Personen, die meinen, die Ablösung der Nationalwährungen durch den Euro sei eine gute Sache, von 32% unter den Arbeitslosen bis zu 60% unter den Führungskräften reicht. Ein wichtiges Ergebnis dieser Analysen ist, dass die Ansichten über den Euro bei einigen Gruppen, insbesondere den älteren Menschen, wesentlich weniger positiv geworden sind, während sie bei anderen Gruppen, wie denen, die die Vollzeitausbildung mit 20 Jahren oder älter abgeschlossen haben, den Studenten, den Selbständigen und den Führungskräften vergleichsweise stabil geblieben ist. (Abb. 4.2b)

Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen dieser Frage und der traditionellen Frage nach der Befürwortung. Die folgende Tabelle zeigt, dass die Rangfolge der Länder bei beiden Fragestellungen recht ähnlich ist.

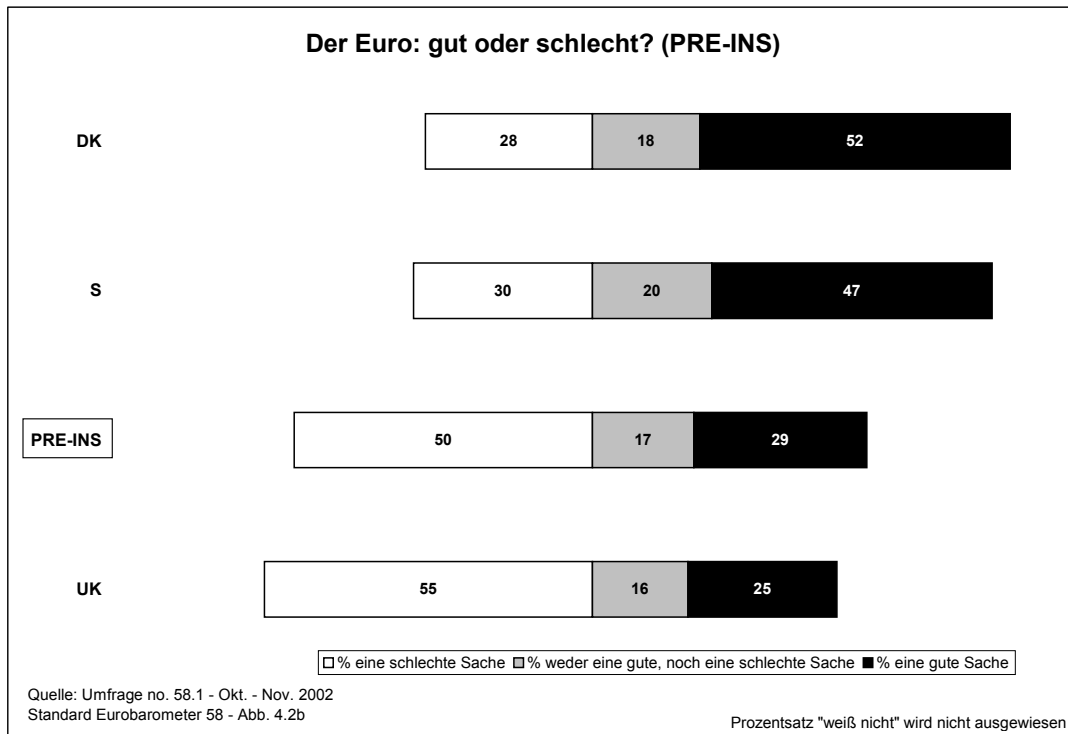
ZUSTIMMUNG ZUM EURO NACH LÄNDERN		
Land	% Dafür	% Gute Sache
Luxemburg	89	79 (1)
Belgien	81	59 (3)
Irland	80	60 (2)
Spanien	77	51 (5)
Italien	76	52 (4)
Österreich	75	49 (7)
<b>EU12</b>	<b>71</b>	<b>45</b>
Frankreich	71	45 (10)
Griechenland	71	45 (11)
Portugal	70	49 (6)
Die Niederlande	67	48 (8)
Finnland	66	47 (9)
Deutschland	62	34 (12)

Wenn man die beiden Fragestellungen gegenüber stellt, zeigt sich, dass 61% derjenigen, die den Euro befürworten, die Ablösung der nationalen Währungen als eine gute Sache ansehen, während 74% derjenigen, die gegen den Euro sind, meinen, die Ablösung der nationalen Währungen durch den Euro sei eine schlechte Sache. Im Frühjahr 2002 war die Verteilung zwischen diesen beiden Gruppen gleichmäßig: Bei beiden Gruppen lag der Anteil bei 68%.



Wie bereits weiter oben festgestellt wurde, hängt die Einstellung der Menschen bezüglich des Euro davon ab, wie sie die Europäische Union im Allgemeinen sehen. Somit ergibt sich, dass 63% der Menschen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes befürworten, den Euro für eine gute Sache halten, wohingegen 71% derjenigen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen, auch den Euro als eine schlechte Sache betrachten. (Tabelle 4.2b)

Die Ansichten, die in den drei Ländern außerhalb der Eurozone über eine mögliche Ablösung der nationalen Währungen durch den Euro vertreten werden, sind im folgenden Diagramm veranschaulicht.



Daraus geht hervor, dass die Menschen in Dänemark die Ablösung der Dänischen Krone durch den Euro am häufigsten als eine gute Sache betrachten würden, gefolgt von den Menschen in Schweden. Über die Hälfte der britischen Befragten äußerte hingegen, es wäre eine schlechte Sache, wenn das Britische Pfund durch den Euro abgelöst würde.

Ein Vergleich mit den Ergebnissen des Frühjahres 2002 zeigt, dass die Menschen in Dänemark und Schweden (jeweils +5) die Ablösung ihrer nationalen Währung durch den Euro jetzt häufiger als gute Sache betrachten würden. Im Vereinigten Königreich zeigt sich eine geringe Zunahme des Anteils der Menschen, die dies als sehr schlechte Sache betrachten würden (+3). Die interessanteste Information, die aus diesen Ergebnissen hervorgeht, besteht möglicherweise darin, dass die Einstellungen in Dänemark und Schweden jetzt positiver sind als in einer ganzen Reihe von Ländern der Eurozone. Während die öffentliche Meinung in den Ländern, in denen das Eurobargeld verwendet wird, weniger positiv wird, wird sie in diesen beiden "pre-in" Ländern positiver. (Abb. 4.3a)

Auch die Ergebnisse der drei "pre-in" Länder wurden nach den soziodemographischen Merkmalen der Befragten aufgeschlüsselt. Diese Analysen zeigen, dass der Anteil der Personen, die meinen, die Ablösung der Nationalwährungen durch den Euro wäre eine gute Sache, von 21% bei den Befragten, die ihre Vollzeitausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger abgeschlossen haben und bei den Hausfrauen/-männern bis zu 46% bei den Führungskräften und denjenigen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder länger in der Vollzeitausbildung verblieben sind, reicht. (Abb. 4.3b)

In den "pre-in" Ländern zeigt sich der Zusammenhang zwischen dieser Frage und der traditionellen Frage nach der Befürwortung noch direkter. Die Ergebnisse zu beiden Fragen sind in der folgenden Tabelle abgebildet.

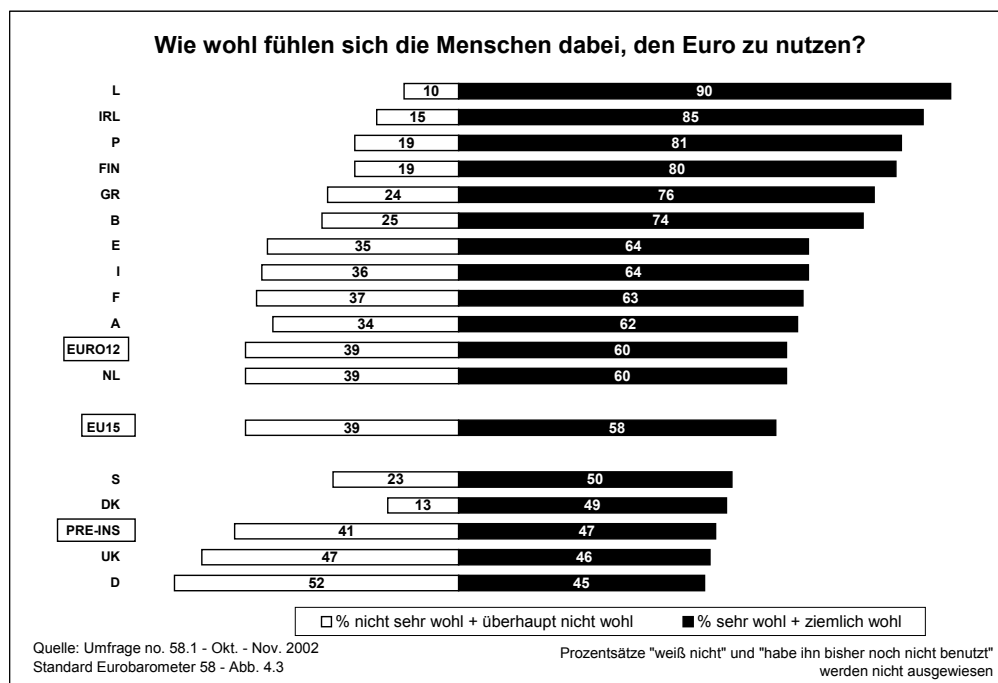
ZUSTIMMUNG ZUM EURO NACH LÄNDERN		
Land	% Dafür	% Gute Sache
Dänemark	55	52
Schweden	51	47
<b>Pre-ins</b>	<b>33</b>	<b>29</b>
Vereinigtes Königreich	28	25

Wenn man die beiden Fragestellungen gegenüber stellt, zeigt sich, dass 78% derjenigen, die den Euro befürworten, die Ablösung der nationalen Währungen als eine gute Sache ansehen würden, während 80% derjenigen, die gegen den Euro sind, meinen, die Ablösung der nationalen Währungen durch den Euro wäre eine schlechte Sache. Im Frühjahr 2002 ergab die Gegenüberstellung dieselben Ergebnisse.

In den "pre-in" Ländern ist der Zusammenhang zwischen der Unterstützung für den Euro und der Befürwortung der Europäischen Union ebenfalls groß, wobei 56% der Menschen in den "pre-in" Ländern, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU unterstützen, auch die Ablösung ihrer nationalen Währungen durch den Euro als gute Sache betrachten. 82% derer, die die Mitgliedschaft ihres Landes als schlechte Sache betrachten, würden es nicht begrüßen, dass der Euro ihre nationalen Währungen ablöst.

## 4.2. Gefühl bei der Verwendung des Euro

Die Befragten in allen Mitgliedstaaten sollten ebenfalls angeben, wie wohl sie sich beim Gebrauch des Euro fühlen. Im Durchschnitt fühlen sich 58% aller Befragten ziemlich wohl oder sehr wohl, während sich 39% nicht sehr oder überhaupt nicht wohl fühlen. Wie zu erwarten, fühlen die Menschen in den Ländern der Eurozone sich häufiger wohl bei der Verwendung als die Menschen in den "pre-in" Ländern (60% gegenüber 47%), wenngleich die Kluft wesentlich geringer ist als im Frühjahr 2002 (69% gegenüber 38%).



In den Ländern der Eurozone ist der Anteil der Befragten, die sich bei der Verwendung des Euro wohl fühlen, in Luxemburg (90%), Irland (85%), Portugal (81%) und Finnland (80%) am größten. Die Menschen in Deutschland fühlen sich bei der Nutzung des Euro am wenigsten wohl (45%). In den drei "pre-in" Ländern gibt es mehr Menschen, die sich beim Gebrauch wohl fühlen, als in Deutschland.

Im Vergleich zum Frühjahr 2002 ist festzustellen, dass die Menschen in den "pre-in" Ländern sich bei der Verwendung des Euro jetzt häufiger wohl fühlen. In Dänemark wurde der größte Anstieg aller 15 Mitgliedstaaten verzeichnet (+18). In Schweden ist der Anteil um 11 Prozentpunkte und im Vereinigten Königreich um 8 Prozentpunkte gestiegen. In den Ländern der Eurozone ist festzustellen, dass die Menschen in Portugal (+8) und Finnland (+3) sich jetzt häufiger bei der Verwendung des Euro wohl fühlen. In Irland ist der Prozentsatz der Menschen deutlich gestiegen (+5), wird jedoch kompensiert durch einen Rückgang des Prozentsatzes der Menschen, die sich ziemlich wohl fühlen (-3). In Luxemburg und Griechenland hat es seit dem Frühjahr 2002 keine wesentlichen Änderungen gegeben. Deutschland zeigt eine Zunahme des Prozentsatzes der Menschen, die sich bei der Verwendung des Euro überhaupt nicht wohl fühlen (+4), aber sonst keine wesentlichen Änderungen. In den übrigen Ländern der Eurozone ist der Anteil der Menschen, die sich bei der Verwendung wohl fühlen, erheblich zurückgegangen, wobei die größte Änderung in Italien (-20) zu verzeichnen ist, gefolgt von den Niederlanden (-8), Belgien, Spanien (jeweils -6), Frankreich (-5) und Österreich (-3). (Abb. 4.4a)

Die demografische Analyse zeigt große Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen bezüglich des Ausmaßes, in dem jede dieser Gruppen sich bei der Verwendung des Euro wohl fühlt. Männer neigen eher als Frauen dazu, sich beim Gebrauch des Euro wohl zu fühlen (64% gegenüber 52%), wenngleich Frauen bei der Führung des Haushalts häufiger mit der einheitlichen Währung umgehen als Männer. Auch das Alter spielt eine wichtige Rolle: So fühlen sich 68% der Menschen zwischen 15 und 24 Jahren bei der Verwendung wohl, im Vergleich zu 48% der Menschen ab 55. Die Auswirkung des Alters macht sich auch bei den Unterschieden zwischen den verschiedenen Berufsgruppen der Menschen und ihrem Bildungsniveau bemerkbar. Auf der Berufsgruppenskala stellen wir fest, dass Selbständige und Führungskräfte sich am häufigsten bei der Verwendung des Euro wohl fühlen (jeweils 71%), während Personen im Ruhestand sich am wenigsten häufig wohl dabei fühlen (46%). Auf der Bildungsskala zeigt sich, dass 45% der Menschen, die die Vollzeitausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger verlassen haben, sich wohl fühlen bei der Verwendung, im Vergleich zu 70% der Menschen, die noch studieren.

Es scheint auch einen Zusammenhang zwischen der Gewöhnung an die Verwendung des Euro und der Befürwortung der Europäischen Union zu geben. So fühlen sich 73% der Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU befürworten, bei der Verwendung des Euro wohl, während 65% derer, die die Mitgliedschaft ihres Landes als schlechte Sache betrachten, sich dabei nicht wohl fühlen. Wie wir jedoch bereits im letzten Bericht festgestellt haben, können diese Ergebnisse sich durchaus von Land zu Land unterscheiden, so dass die durchschnittlichen EU-Ergebnisse mit einer gewissen Vorsicht zu interpretieren sind. (Abb. 4.4b)

### 4.3. Die Preise

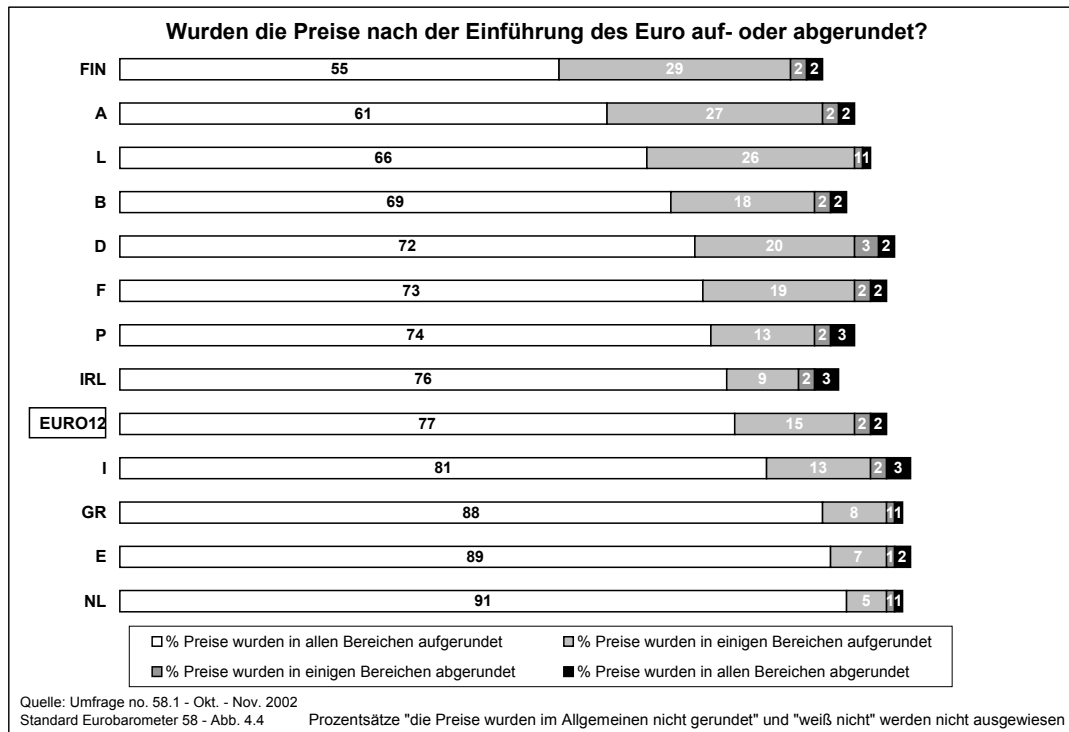
Das Herbst-Eurobarometer umfasst eine neue Frage, die auf die Höhe der Preise nach der Einführung des Euro abzielt. In den Medien wurde häufig berichtet, dass die Preise seit der Umstellung auf den Euro gestiegen sind, wenngleich zahlreiche Länderanalysen zeigen, dass die Preissteigerungen in großem Maße auf die Inflation zurückzuführen sind. Die öffentliche Meinung über den Euro wird durch diesen Punkt augenscheinlich beeinträchtigt und erklärt ohne Zweifel die gesunkene Beliebtheit des Euro bei den Bürgern der Eurozone.

In den 12 Ländern der Eurozone wurde den Teilnehmern an der Eurobarometer-Erhebung folgende Frage gestellt:

*"Haben Sie persönlich den Eindruck, dass bei der Umstellung zum Euro die Preise im Allgemeinen abgerundet wurde, aufgerundet wurden oder gar nicht gerundet wurden?"*

Die Befragten, die meinten, dass die Preise ab- oder aufgerundet worden seien, wurden anschließend gefragt, ob dies in allen Bereichen oder nur in bestimmten Bereichen der Fall gewesen sei.

Die Ergebnisse zeigen, dass bei den EU-Bürgern, die in den Ländern der Eurozone leben, der Eindruck weit verbreitet ist, dass die Preise im Allgemeinen in allen Bereichen aufgerundet worden sind. Diese Ansicht wird im Durchschnitt von 77% der Befragten vertreten. Am wenigsten verbreitet ist sie in Finnland, wo 55% dieser Ansicht sind und weitere 29% denken, die Preise seien nur in bestimmten Bereichen aufgerundet worden. Der Eindruck, dass die Preise im Allgemeinen in allen Bereichen aufgerundet worden sind, ist am häufigsten anzutreffen in den Niederlanden (91%), gefolgt von Spanien (89%), Griechenland (88%) und Italien (81%). Die Ansicht, dass die Preise nicht gerundet worden sind oder dass sie in einigen oder bestimmten Bereichen abgerundet worden sind, wird nur von wenigen Menschen vertreten (insgesamt 6%)<sup>15</sup>.



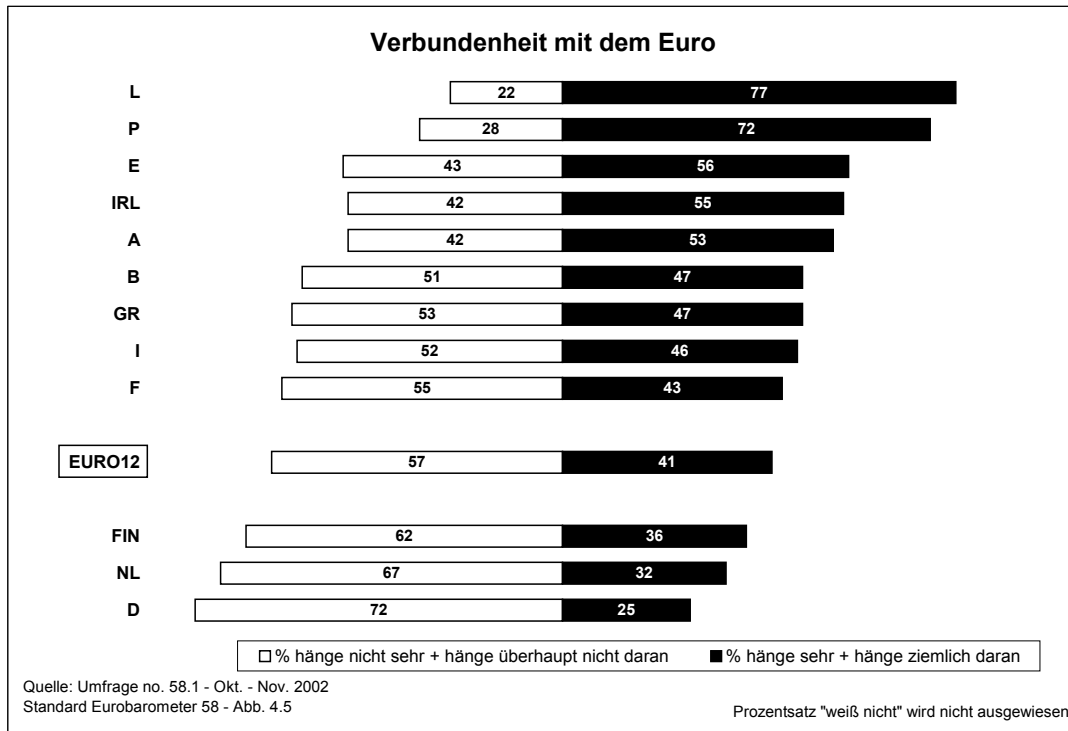
Des Weiteren besteht bei den verschiedenen soziodemografischen Gruppen der Bevölkerung beinahe eine vollständige Übereinstimmung bezüglich des Eindrucks, dass die Preise seit der Umstellung zum Euro im Allgemeinen aufgerundet worden sind. Mit 70% denken die Führungskräfte am wenigsten häufig, dass dies der Fall ist, während Hausfrauen/-männer am häufigsten dieser Auffassung sind (83%). Die Ansicht, dass die Preise in bestimmten Bereichen gestiegen sind, reicht von 11% bei den Hausfrauen/-männern bis zu 21% bei den Führungskräften und den Selbständigen. Daher liegt es auf der Hand, dass es in der Bevölkerung keine einzige Gruppe mit einem nennenswerten Anteil gibt, der denkt, dass die Preise seit der Umstellung zum Euro abgerundet worden oder gleichgeblieben seien.

Ebenso wie bei allen Eurobarometer-Ergebnissen besteht jedoch ein Unterschied zwischen den Befürwortern und Gegnern der Europäischen Union, wenngleich er auch klein sein mag. Wie immer sind die Befürworter der EU weniger pessimistisch als ihre Gegner. Bei der letzteren Gruppe denken 84%, die Preise seien in allen Bereichen aufgerundet worden, und 10%, dies sei in einigen Bereichen der Fall. Bei den Befürwortern der EU denken 76%, die Preise seien in allen Bereichen gestiegen, während 17% meinen, dies sei nur in einigen Bereichen der Fall. (Abb. 4.5b)

<sup>15</sup> Siehe Abb. 4.5a.

#### 4.4. Verbundenheit mit dem Euro

Bei den Antworten auf die Frage, wie stark die Befragten der Länder der Eurozone am Euro und wie stark sie an ihren früheren nationalen Währungen hängen, zeigen sich große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern.

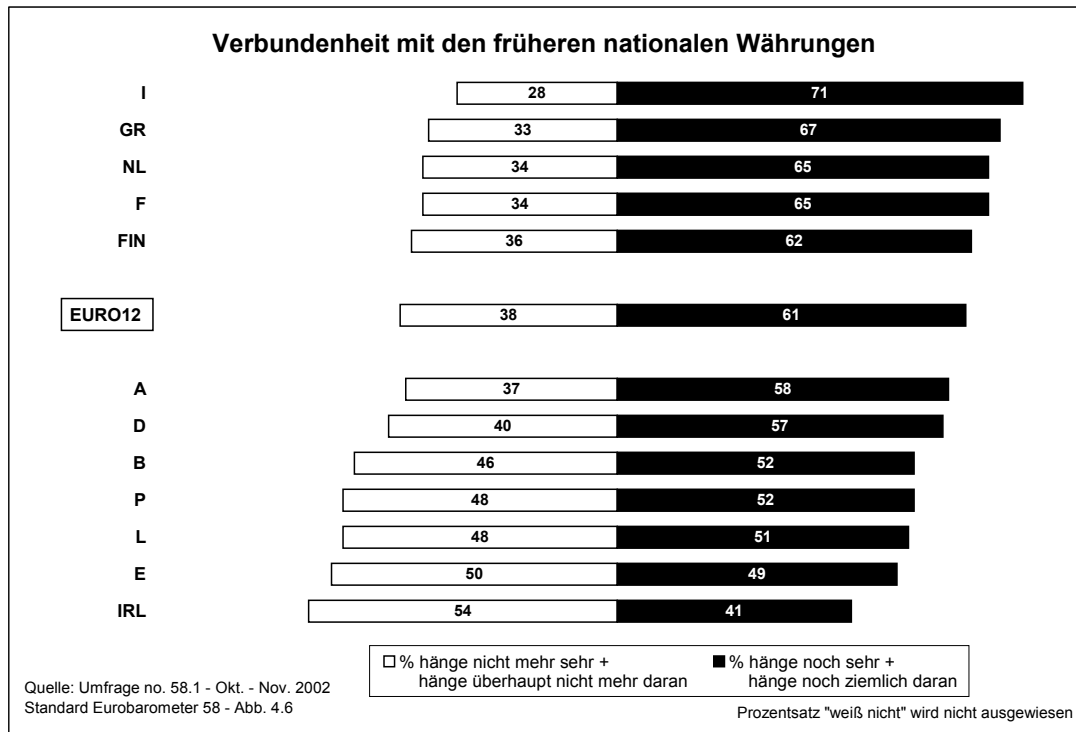


Im Durchschnitt erklären 41%, am Euro zu hängen. Bei den einzelnen Ländern reicht dieser Anteil von nur 25% der Menschen in Deutschland bis zu 77% der Menschen in Luxemburg. Zu diesem frühen Stadium scheint es keine Reihe gemeinsamer Faktoren zu geben, die diesen Unterschied zwischen den Ländern erklärt. Man könnte denken, dass Menschen in größeren Ländern weniger dazu neigen, am Euro zu hängen, aber dann sind da die Niederlande, wo nur 32% am Euro hängen. Ebenso wenig gibt es einen geographischen Zusammenhang in Bezug auf die Unterschiede, die zwischen Italien, Spanien und Portugal und zwischen den Niederlanden, Belgien und Luxemburg festgestellt wurden.

Gegenüber dem Frühjahr 2002 gibt es eine Reihe von Ländern, in denen der Anteil der Menschen, die sich mit dem Euro verbunden fühlen, zugenommen hat. Es handelt sich um Irland (+11), Finnland, Spanien (jeweils +8), Belgien (+6), Österreich (+5) und in geringerem Maße auch um Frankreich (+4) und Portugal (+3). In Luxemburg und den Niederlanden entsprechen die Ergebnisse mehr oder weniger den im Frühjahr verzeichneten. In den verbleibenden drei Ländern erklären die Menschen jetzt weniger häufig, dass sie am Euro hängen und häufiger, dass sie nicht am Euro hängen. In Italien ist der Anteil der Menschen, die am Euro hängen, um 6 Prozentpunkte zurückgegangen, und der Anteil der Menschen, die nicht am Euro hängen, ist um 9 Prozentpunkte gestiegen. In Griechenland geht ein Rückgang um 7 Prozentpunkte mit einer Zunahme um 7 Prozentpunkte einher. In Deutschland schließlich ist eine wesentliche Zunahme (+5) des Anteils der Menschen festzustellen, die nicht am Euro hängen. (Abb. 4.6a)

Die demografischen Analysen zeigen, dass der Anteil der Befragten, die sehr oder ziemlich am Euro hängen, von 33% bei den Arbeitslosen bis zu 53% bei den Führungskräften reicht. 54% der Befragten, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union befürworten, hängen am Euro, gegenüber nur 17% der Menschen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen. (Abb. 4.6b)

Wie zu erwarten, ist die Verbundenheit mit den früheren nationalen Währungen weiter verbreitet: Durchschnittlich 25% der Befragten hängen sehr, 36% hängen ziemlich, 24% hängen nicht sehr und 14% hängen überhaupt nicht daran.



Wie die obige Abbildung zeigt, hängen die Menschen in Italien (71%) am häufigsten an ihrer früheren nationalen Währung (der Lira), gefolgt von den Menschen in Griechenland (67%), den Niederlanden, Frankreich (jeweils 65%) und Finnland (62%). Irland (54%) und Spanien (50%) sind die einzigen beiden Länder, in denen rund die Hälfte der Befragten erklärten, nicht sehr oder überhaupt nicht an ihren früheren nationalen Währungen zu hängen. (Abb. 4.7a)

Im Vergleich zum Frühjahr 2002 zeigt sich, dass die Menschen in Deutschland (+9) und Luxemburg (+6) jetzt häufiger an ihrer früheren nationalen Währung hängen. In Finnland (-7), Griechenland (-5) und Frankreich (-3) hängen die Menschen jetzt weniger häufig an ihrer früheren nationalen Währung. Dann gibt es eine Reihe von Ländern, in denen eine Verlagerung zu den mittleren Antwortkategorien festzustellen ist, d.h. zu "ziemlich verbunden" und "nicht sehr verbunden". In Spanien wurde bei der Kategorie "ziemlich verbunden" eine Zunahme um 5 Prozentpunkte und bei der Kategorie "nicht sehr verbunden" eine Zunahme um 11 Prozentpunkte verzeichnet. In den Niederlanden (+4) und Italien (+3) ist die einzige nennenswerte Zunahme in der Kategorie "nicht sehr verbunden" festzustellen. In Portugal ist bei der Kategorie "ziemlich verbunden" eine Zunahme um drei Prozentpunkte zu beobachten. In den drei verbleibenden Ländern (Belgien, Irland und Österreich) ist es seit dem Frühjahr 2002 nicht zu nennenswerten Änderungen gekommen. (Abb. 4.7a)

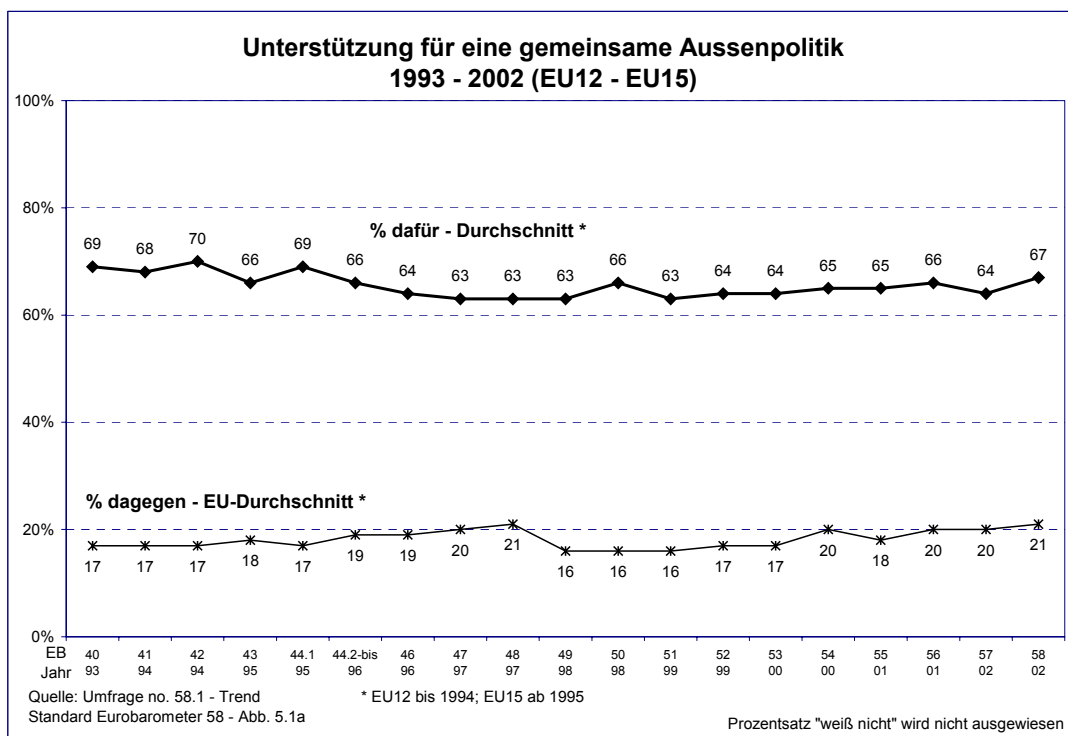
Die demografischen Analysen zeigen eine Situation, die ziemlich das Gegenteil ist von den üblichen Ergebnissen und von der Situation, die zur Erklärung der Verbundenheit mit dem Euro beschrieben worden ist. Die Verbundenheit mit den früheren nationalen Währungen ist am weitesten verbreitet bei den Befragten, die ihre Vollzeitausbildung im Alter von 15 Jahren oder früher beendet haben (70%), bei den Personen im Ruhestand (69%) und bei den Hausfrauen/-männern (68%). Am wenigsten verbreitet ist sie bei den Führungskräften (47%). Im Hinblick auf die Einstellung der Menschen gegenüber der Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union stellen wir fest, dass 80% der Befragten, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen, an ihrer früheren nationalen Währung hängen, gegenüber 51% der Menschen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes befürworten. (Abb. 4.7b)

## 5. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

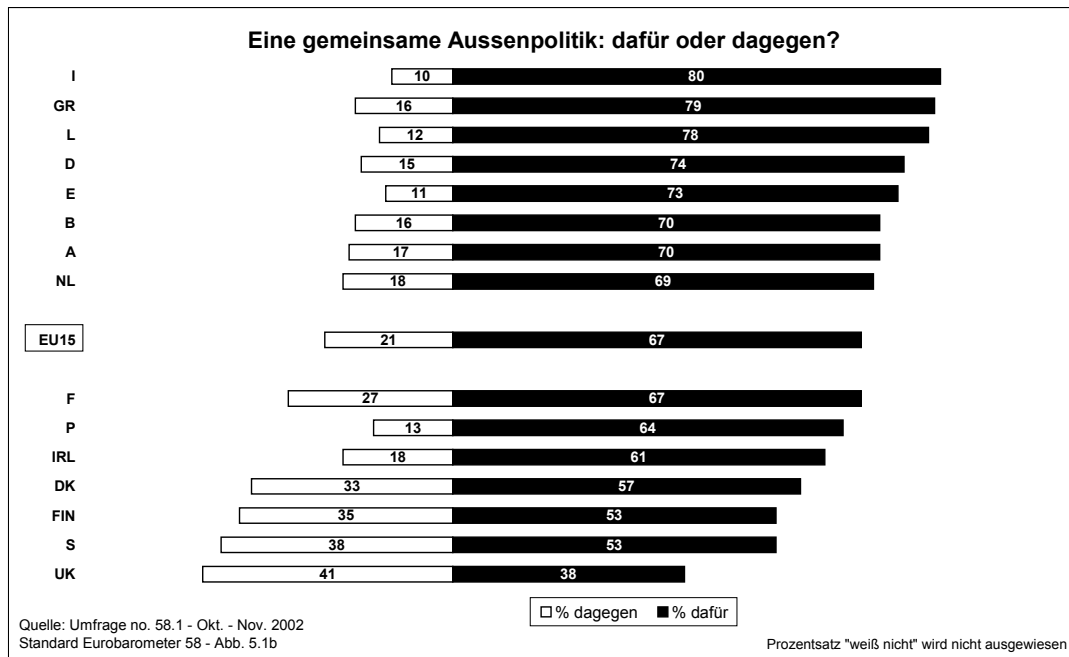
In diesem Kapitel analysieren wir die Ergebnisse der Fragen, mit denen die Meinung der Bürger der Europäischen Union bezüglich einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik ermittelt wurde. Ferner betrachten wir, wer nach Ansicht der ausgewählten Personen über Fragen der europäischen Verteidigung entscheiden sollte.

### 5.1. Unterstützung für eine gemeinsame Außenpolitik

Die Unterstützung für eine gemeinsame europäische Außenpolitik ist im Vergleich zum Frühjahr 2002 um 3 Prozentpunkte gestiegen und liegt im Herbst 2002 bei 67%. Dies bedeutet die größte Unterstützung seit Herbst 1995 (69%).



Wir stellen außerdem fest, dass die Anzahl der Bürger, die gegen eine gemeinsame Außenpolitik der Europäischen Union sind, ebenfalls leicht zugenommen hat (+1 Prozentpunkt) und nun den Höchststand erreicht hat (21%). Dieser Wert wurde in der Vergangenheit nur ein einziges Mal, nämlich im Herbst 1997 erzielt.



In vierzehn der fünfzehn Mitgliedstaaten unterstützen mehr als die Hälfte der Befragten eine gemeinsame Außenpolitik. Die Italiener sprechen sich am häufigsten für eine solche Politik aus (80%), gefolgt von den Griechen (79%) und den Luxemburgern (78%). Am anderen Ende befinden sich keineswegs überraschend das Vereinigte Königreich (38%), Schweden und Finnland (jeweils 53%). Das Vereinigte Königreich ist auch das einzige Land, in dem eine Mehrheit der Bevölkerung (41%) gegen eine solche Politik stimmt.

Die Analyse der Trends zeigt, dass sich die Unterstützung in neun von fünfzehn Mitgliedstaaten verstärkt hat, in einigen dieser Länder sogar in erheblichem Maße wie in Griechenland (+9), Frankreich (+7), Portugal (+6) und Spanien (+5). In einem einzigen Land ist ein bedeutender Rückgang bei der Unterstützung einer gemeinsamen Außenpolitik festzustellen, nämlich in Dänemark (-5). Unverändert geblieben ist die Unterstützungsrates in Luxemburg und dem Vereinigten Königreich. Allerdings ist im Vereinigten Königreich die Zahl der Personen, die „weiß nicht“ geantwortet haben, um 4 Prozent gesunken, während die Zahl der Personen, die eine solche Politik ablehnt, um 4 Prozentpunkte gestiegen ist. Eine solche Verschiebung der Meinungen hat auch in Griechenland stattgefunden, hier aber zu Gunsten einer gemeinsamen Außenpolitik (+9 und -9 bei der Antwort „weiß nicht“). Die Antwort „weiß nicht“ wurde relativ häufig gegeben, von 5% in Griechenland bis zu 23% in Portugal. (Tabelle 5.1a)

Aus der demografischen Analyse geht hervor, dass Selbstständige (76%), Führungskräfte (74%) und Menschen, die bis zum 20. Lebensjahr oder länger in der Ausbildung verblieben sind (75%), am häufigsten eine gemeinsame Außenpolitik befürworten. Im Haushalt tätige Personen (56%), Arbeitslose (57%) und Menschen, die vor ihrem 16. Lebensjahr ihre Vollzeitausbildung beendet haben, teilen diesen Standpunkt hingegen am seltensten.

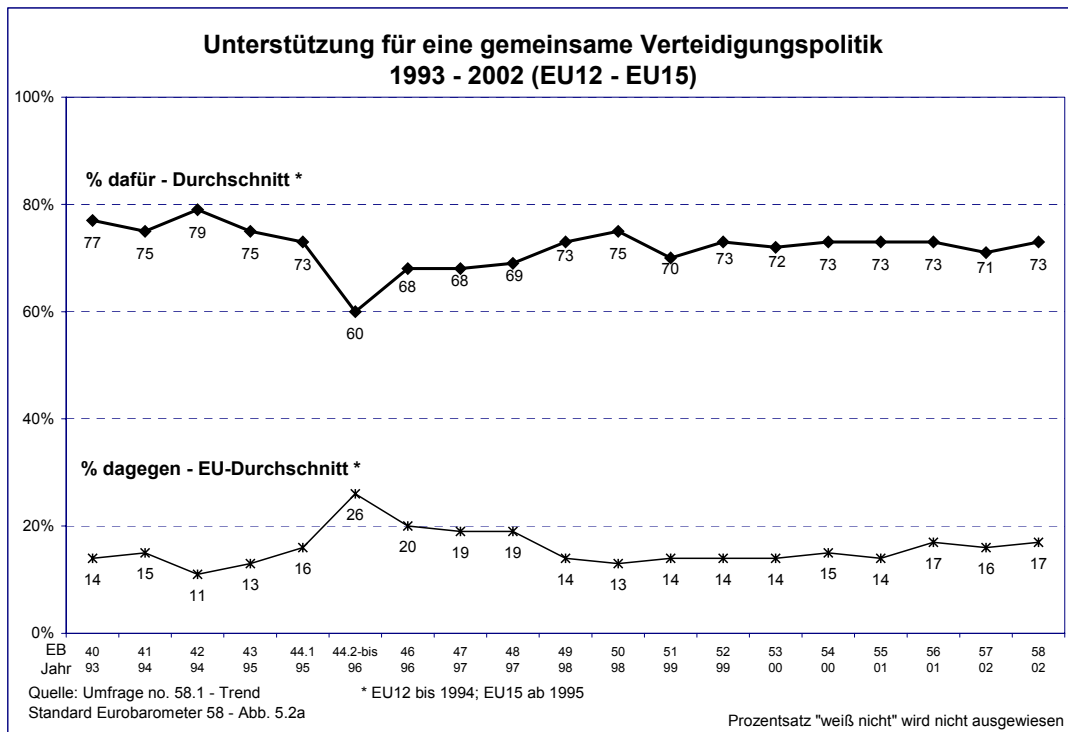
Die Analyse der Einstellungen ergibt, dass 80% derjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union positiv bewerten, eine gemeinsame Außenpolitik unterstützen, verglichen mit lediglich 32% derjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union negativ beurteilen. In der Gruppe der zuletzt genannten Personen sind 55% gegen eine gemeinsame Außenpolitik. (Tabelle 5.1b)



## 5.2. Unterstützung für eine gemeinsame Verteidigungspolitik

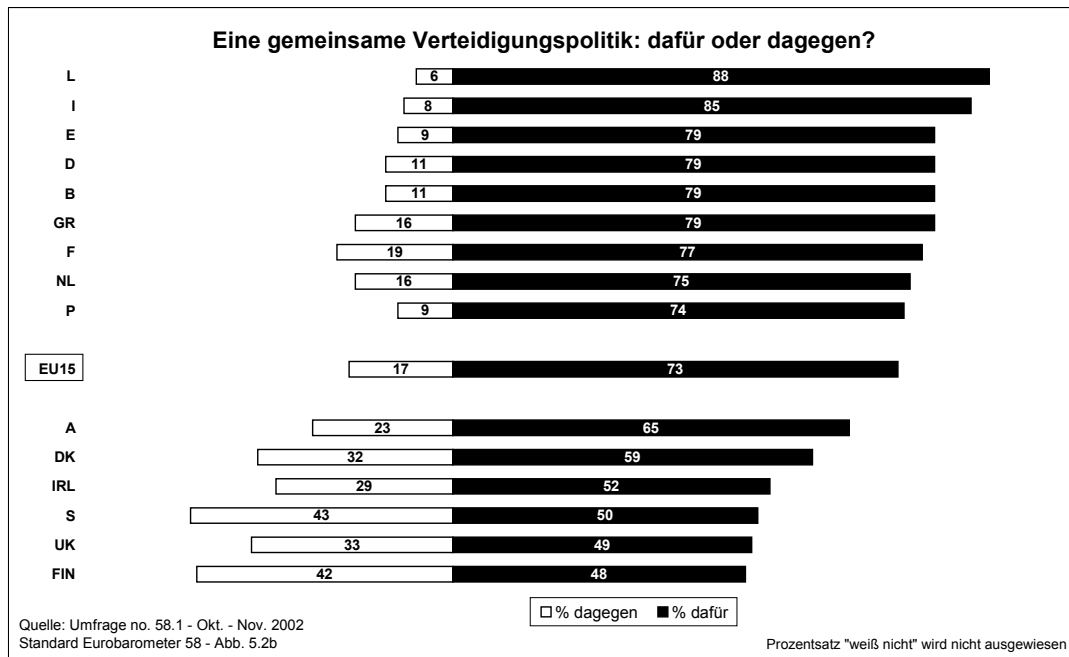
73% der Bürger der Europäischen Union sprechen sich für eine gemeinsame Verteidigungspolitik aus, 17% dagegen.

Die Anzahl der Menschen, die eine solche Politik unterstützen, ist damit gegenüber dem Wert vom Frühjahr 2002 ebenfalls leicht gestiegen und befindet sich nun wieder auf dem Niveau von Herbst 1995.



Die größte Unterstützung wird in Luxemburg verzeichnet (88%), gefolgt von Italien (85%), Spanien, Griechenland, Deutschland und Belgien (jeweils 79%). Nur in zwei Ländern liegt der Anteil der Bürger, die für eine gemeinsame Verteidigungspolitik sind, leicht unter 50%: im Vereinigten Königreich (49%) und in Finnland (48%). In Schweden ist der Anteil der Personen, die dieses Prinzip ablehnen, prozentual gesehen am größten (43%); an zweiter Stelle folgt Finnland (42%). Der Prozentsatz an Befragten, die auf diese Frage nicht antworten wollten oder konnten, fällt in den meisten Ländern relativ hoch aus, von 4% in Frankreich und Griechenland bis zu 19% in Irland.

Die Analyse der Trends zeigt, dass zwar die Unterstützung in einigen Ländern stark zugenommen (+7 in Griechenland und +6 in Frankreich), in anderen dafür aber ebenso stark abgenommen hat (-6 in Dänemark und Finnland). (Tabelle 5.2a)

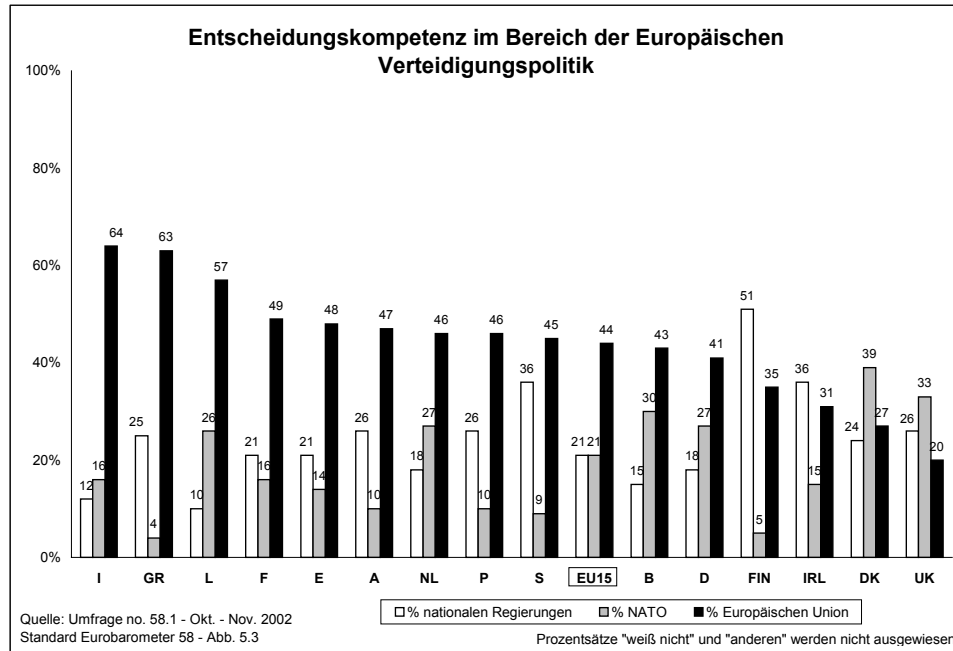


Die demografische Analyse verdeutlicht den geringen Einfluss der Variablen „Geschlecht“ und „Alter“ bei der Streuung der Antworten. Führungskräfte (81%), Menschen, die bis zum 20. Lebensjahr oder länger in der Vollzeitausbildung verblieben sind (80%), und Selbstständige (79%) unterstützen am häufigsten eine gemeinsame Verteidigungspolitik. Auf der anderen Seite ist dies bei im Haushalt tätigen Personen (67%), Arbeitslosen, Rentnern und Menschen, die ihre Vollzeitausbildung vor dem 16. Lebensjahr beendet haben (jeweils 69%), am seltensten der Fall.

Unter denjenigen, die die Zugehörigkeit ihres Landes zur Europäischen Union als positiv werten, sprechen sich 80% für eine gemeinsame Verteidigungspolitik aus im Vergleich zu 44% in der Gruppe derjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union nicht gut heißen. Von Letzteren sind 46% gegen eine solche Politik.

### 5.3. Wer sollte über Fragen der europäischen Verteidigung entscheiden?

Des Weiteren wurden die Befragten um ihre Meinung hinsichtlich der Frage gebeten, ob die Entscheidungen bezüglich der europäischen Verteidigungspolitik von den nationalen Regierungen, der NATO oder der Europäischen Union getroffen werden sollten. Die Antworten spiegeln eine eindeutige Präferenz für die Europäische Union (44%) wider. Diese Einstellung weist seit Herbst 2001 sogar eine leichte Aufwärtstendenz auf (+2%). Knapp 21% der befragten Personen sind der Ansicht, dass die NATO die Entscheidungen in Bezug auf die europäische Verteidigungspolitik treffen sollte und ebenso viele möchten, dass die Entscheidungen von den nationalen Regierungen gefällt werden.



Bei Betrachtung der Ergebnisse je nach Land erweist es sich, dass die Italiener am häufigsten die Entscheidungskompetenz bei der Europäischen Union sehen möchten (64%), gefolgt von den Griechen (63%) und den Luxemburgern (57%). Die Europäische Union ist auch bei den Befragten in Frankreich, Spanien, Österreich, den Niederlanden, Portugal, Schweden, Belgien und Deutschland das am häufigsten gewählte Entscheidungsorgan. In Finnland wünschen 51% der Bürger, dass die Entscheidungen bezüglich der europäischen Verteidigungspolitik von den nationalen Regierungen getroffen werden, während 35% der Ansicht sind, die Entscheidungsbefugnis sollte bei der Europäischen Union liegen und nur 5% meinen, die NATO solle diese Entscheidungen fällen. Für eine Entscheidungskompetenz der nationalen Regierungen spricht sich ansonsten nur noch in Irland die prozentuale Mehrheit der Befragten (36%) aus. In Dänemark und im Vereinigten Königreich möchten 39% bzw. 33 % der befragten Personen, dass die Entscheidungen von der NATO getroffen werden.

Die Analyse der Trends zeigt eine deutliche Verschiebung in der Wahl der Antworten, nämlich von den nationalen Regierungen hin zur Europäischen Union und bisweilen in geringerem Maße zur NATO, insbesondere in Irland, Deutschland und Portugal. Die bedeutendste Bewegung ist in Österreich festzustellen, wo sich von den Befragten 15 Prozent weniger für eine Entscheidungsfindung durch die nationalen Regierungen und 16 Prozent mehr zu Gunsten einer Entscheidungskompetenz der Europäischen Union aussprechen. In Belgien legt die Gruppe derjenigen, die die NATO als Entscheidungsträger sehen möchten, am stärksten zu (+7). (Tabelle 5.3a)

Aus den demografischen Analysen geht hervor, dass Selbstständige und die Befragten, die bis zum 20. Lebensjahr oder länger in der Vollzeitausbildung verblieben sind (jeweils 54%), am häufigsten wünschen, dass die Entscheidungen bezüglich der europäischen Verteidigungspolitik von der Europäischen Union getroffen werden. Am anderen Ende befinden sich die Arbeitslosen (38%), die im Haushalt tätigen Personen (39%) und diejenigen, die ihre Vollzeitausbildung vor dem 16. Lebensjahr beendet haben (40%). Der Anteil derjenigen, die keine Meinung abgeben wollten oder konnten, ist in allen demografischen Kategorien relativ hoch und schwankt zwischen 6% bei den Menschen, die bis zum 20. Lebensjahr oder länger in der Vollzeitausbildung verblieben sind, und 20% in der Gruppe der im Haushalt Tätigen.

Eine Analyse der Einstellungen ergibt, dass 55% der befragten Personen, die die Zugehörigkeit ihres Landes zur Europäischen Union als positiv werten, eine Entscheidungsfindung bezüglich der europäischen Verteidigungspolitik auf Ebene der Europäischen Union unterstützen, 21% von ihnen sich die NATO als Entscheidungsorgan wünschen und 16% die nationalen Regierungen. Unter denjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes zur Europäischen Union negativ beurteilen, entscheiden sich 37% für eine Entscheidungskompetenz der nationalen Regierungen, 24% für eine Entscheidungskompetenz der NATO und 22% für die Zuständigkeit der Europäischen Union.

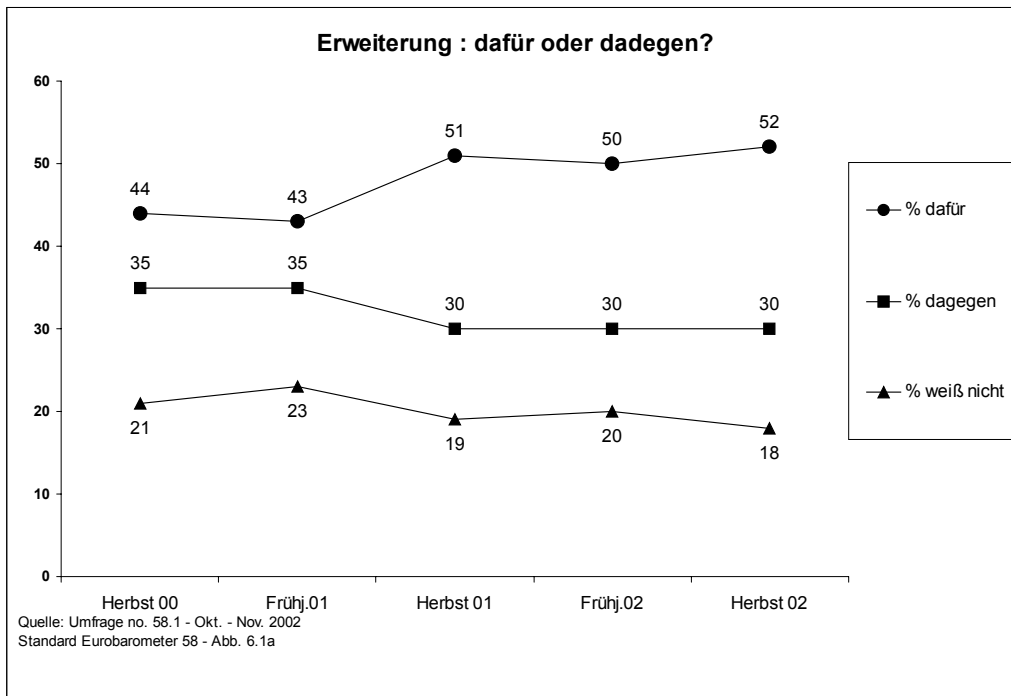
## 6. Erweiterung

Die Europäische Union bereitet sich derzeit auf die größte Erweiterung in ihrer Geschichte vor. Während des am 12. und 13. Dezember 2002 in Kopenhagen abgehaltenen Gipfeltreffens wurden die Beitrittsverhandlungen mit Zypern, der Tschechischen Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, der Slowakischen Republik sowie Slowenien von den Staats- und Regierungschefs abgeschlossen. Diese Länder werden der Union am 1. Mai 2004 beitreten. Der Beitritt Bulgariens und Rumäniens wird für 2007 erwartet und die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei werden aufgenommen, wenn der Europäische Rat im Dezember 2004 befindet, dass dieses Land die in Kopenhagen aufgestellten politischen Kriterien erfüllt hat.<sup>16</sup>

Aufgrund der Priorität, die dieser Erweiterung eingeräumt wird und wegen ihres großen Umfangs – sie umfasst bis 2004 eine Erweiterung der Zahl der Mitgliedsstaaten von 15 auf 25 – hat das Eurobarometer zu dieser Thematik zahlreiche Fragen gestellt. In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der Fragen präsentiert, die im Herbst 2002, also wenige Monate vor dem Kopenhagener Gipfeltreffen, gestellt wurden.

### 6.1. Befürwortung der Erweiterung

Wie bereits in Kapitel 3 ausgeführt, befürwortet mehr als die Hälfte der Befragten eine Erweiterung der Europäischen Union, um neue Länder aufzunehmen. 30% sind dagegen und 18% geben keine Meinung dazu ab. Dieses Ergebnis zeigt die höchste Zustimmungsrates seit die Frage (im Herbst 2000) zum ersten Mal gestellt wurde.<sup>17 18</sup>

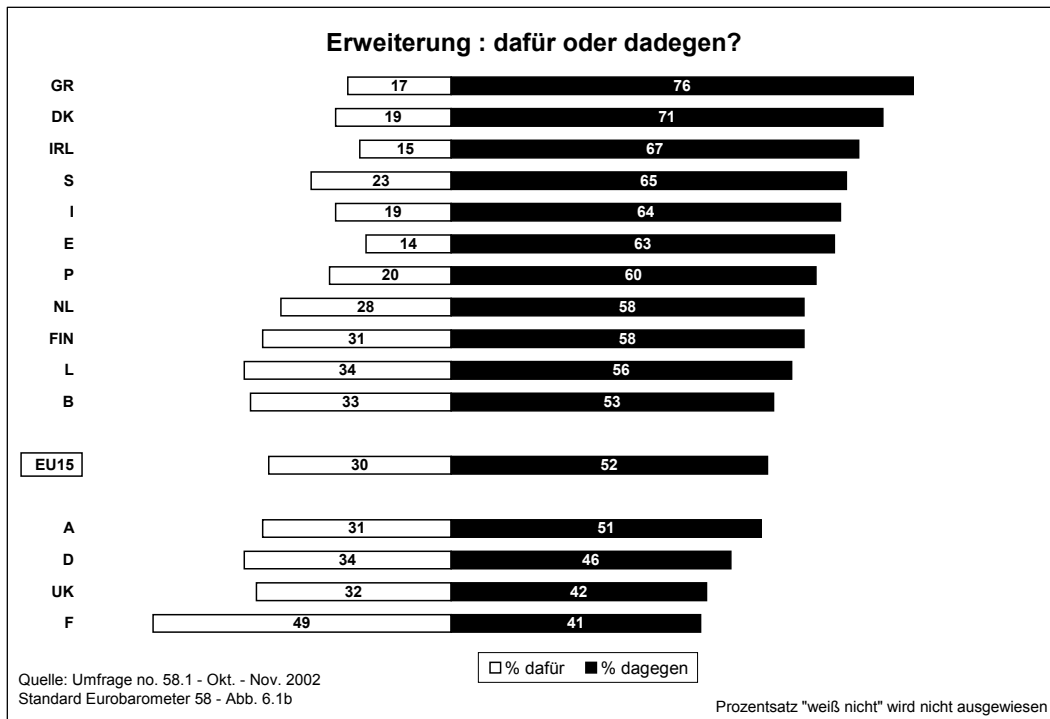


<sup>16</sup> Weitere Informationen über die Erweiterung finden Sie im Internet unter:  
[http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/index\\_de.html](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/index_de.html).

<sup>17</sup> Im Herbst 2001 wurde die Formulierung der Aussage von „Die Europäische Union sollte erweitert werden, um neue Länder aufzunehmen“ in „Die Erweiterung der Europäischen Union um neue Länder“ geändert.

<sup>18</sup> Im November 2002 wurde ein (Telephon-) Flash Eurobarometer auf der Basis einer Stichprobe von 15007 Personen durch geführt. Die Befragten wurden gebeten, Ihre Meinung zur EU-Erweiterung mithilfe einer 4-Punkte-Skala zum Ausdruck zu bringen. Interessanterweise kam diese Umfrage zu folgendem Ergebnis: 20% waren „voll und ganz dafür“, 46% „eher dafür“, 14% „eher dagegen“ und 8% „voll und ganz dagegen“. Die gesamten Ergebnisse dieser Studie finden sich unter [http://europa.eu.int/comm/public\\_opinion/flash/fl132\\_2\\_en.pdf](http://europa.eu.int/comm/public_opinion/flash/fl132_2_en.pdf)

Wie die folgende Abbildung zeigt, findet die Erweiterung im Herbst 2002 in Griechenland (76%) und in Dänemark (71%) die größte Zustimmung. In Irland (67%), Schweden (65%), Italien (64%), Spanien (63%) und Portugal (60%) befürworten mindestens 60 Prozent der Bevölkerung die Erweiterung. Wie bereits im Herbst 2001 und im Frühjahr 2002 ist Frankreich das einzige Land mit mehr Gegnern (49%) als Befürwortern (41%) der Erweiterung.



Im Vergleich zum Frühjahr 2002 hat in die Unterstützung der Erweiterung in allen Mitgliedsländern zugenommen mit der Ausnahme von Spanien, wo die Unterstützung um einen Punkt zurück ging. Der Anstieg der Unterstützung war in Irland (+11) und in Griechenland (+9) am stärksten. In beiden Ländern fällt der Anteil der Bevölkerung, der dazu keine Meinung vertritt, nunmehr deutlich geringer aus. In einer Reihe anderer Länder hat sich die öffentliche Meinung ebenfalls zugunsten der Erweiterung gewandelt. In Österreich war ein Zuwachs von 6 Prozentpunkten bei der Befürwortung der Erweiterung festzustellen. Gleichzeitig ging die Anzahl der Personen, die sich gegen die Erweiterung aussprachen, um 5 Prozentpunkte zurück. In Schweden und im Vereinigten Königreich verzeichnete die Befürwortung einen Anstieg von 4 Punkten, wobei die Ablehnung der Erweiterung im selben Umfang zurückging. (Tabelle 6.1a)

Die unterschiedlichen Ergebnisse für Männer und Frauen bezüglich der Unterstützung lassen sich weitgehend durch die Tatsache erklären, dass Frauen wesentlich häufiger als Männer keine Meinung angeben. Es können jedoch tatsächliche Meinungsunterschiede zwischen den vier Altersgruppen festgestellt werden, wobei die jüngste Altersgruppe (60%) deutlich häufiger die Erweiterung unterstützt, als Menschen im Alter von 55 Jahren und darüber (46%). Die Unterstützung ist am höchsten bei Studenten (65%) und am niedrigsten bei Menschen im Ruhestand sowie denjenigen, die ihre Vollzeitausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger abgeschlossen haben (jeweils 45%).

Die Analyse der Einstellungen zeigt, dass 69% derer, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union befürworten, für die Erweiterung sind, verglichen mit nur 24% derer, die die Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen. Im Vergleich zum Frühjahr 2002 lässt sich jedoch feststellen, dass auch innerhalb der zuletzt genannten Gruppe die Zustimmung wächst. Im Frühjahr 2002 sprachen sich 18% derer, die die Mitgliedschaft ihres Landes ablehnten, zugunsten der Erweiterung aus. (Tabelle 6.1b)

Die folgende Tabelle zeigt, dass diejenigen, die das Gefühl haben, sehr viel über die Europäische Union zu wissen, eher die Erweiterung befürworten als diejenigen, die der Meinung sind, sehr wenig über die EU zu wissen (42%). Der Grad der Ablehnung ist innerhalb dieser Gruppen jedoch nicht so unterschiedlich, und die Unterschiede bei der Unterstützung können weitgehend durch die Tatsache erklärt werden, dass diejenigen, die glauben, nur sehr wenig über die EU zu wissen, deutlich häufiger keine Meinung zur Erweiterung angeben, als die, die der Meinung sind, sehr viel zu wissen (27% bzw. 7%).

Die Beziehung zwischen Befürwortung der Erweiterung und dem subjektiven Wissen über die Europäische Union			
Erweiterung:	Subjektiver Wissensstand:		
	Niedrig	Mittel	Hoch
	%	%	%
Dafür	42	57	65
Dagegen	32	29	27
Weiß nicht	27	14	7
Gesamt	101	100	99

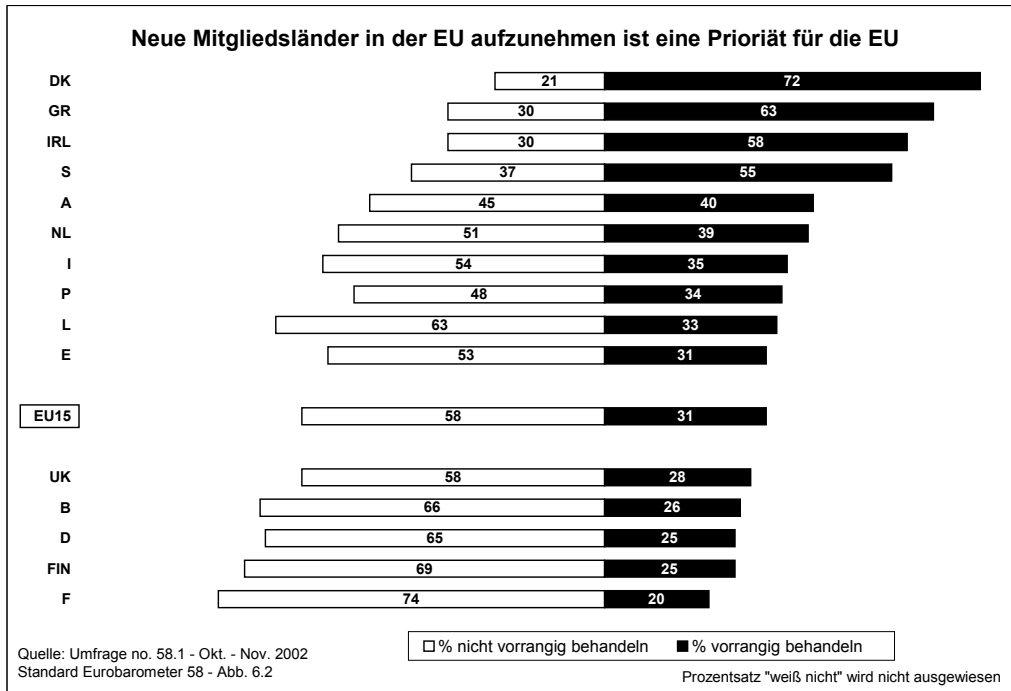
Seit einigen Jahren wird im Rahmen des Eurobarometers auch untersucht, ob die Befragten glauben, dass die Aufnahme neuer Länder für die Europäische Union Priorität haben sollte oder nicht.

	Herbst 02	Frühjahr 02	Herbst 01	Frühjahr 01	Herbst 00
	%	%	%	%	%
Priorität	31	27	30	29	26
Keine Priorität	58	60	59	58	62
Weiß nicht	11	13	11	13	12
Gesamt	100	100	100	100	100

Wie aus der obigen Tabelle hervorgeht ist die Mehrheit der EU Bürger weiterhin der Meinung, dass die Aufnahme neuer Länder für die Europäische Union keine Priorität haben sollte, wenn auch der Prozentsatz derer, die dieser Aufnahme Priorität einräumen, um 4 Punkte angestiegen ist.. Es zeigt sich deutlich, dass EU Bürger eigene Vorstellungen von ihren Prioritäten haben, und wenn man bedenkt, dass diese Frage Teil einer Liste ist, aus der die Befragten auswählen können, einschließlich der Themen Kriminalitätsbekämpfung und Kampf gegen Armut, dann sind die Antworten nicht so überraschend wie es beim ersten Blick auf den Nominalwert erscheint.<sup>19</sup>

Es ist außerdem wichtig, daran zu erinnern, dass in den EU15 Ergebnissen die Meinungen der Bürger in allen 15 Mitgliedsstaaten zusammengefasst sind. Wenn man sich die einzelnen Länderergebnisse betrachtet, lassen sich große Meinungsunterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten feststellen.

<sup>19</sup> Siehe Kapitel 3, Abbildung 3.11.



In Dänemark ist eine große Mehrheit der Bevölkerung über 15 Jahren der Meinung, dass die Aufnahme neuer Beitrittskandidaten Priorität haben sollte (72%). Zu den anderen Ländern, in denen mehr als die Hälfte der Bevölkerung diese Meinung teilt, gehören Griechenland (63%), Irland (58%) und Schweden (55%)<sup>20</sup>. In Österreich teilen 40% der Befragten diese Meinung, während 45% die Auffassung vertreten, die Neuaufnahme von Beitrittskandidaten solle für die Europäische Union keine Priorität haben. Portugal ist das einzige Land, in dem diese zuletzt genannte Meinung ebenfalls von weniger als der Hälfte der Bevölkerung (48%) geteilt wird. In allen übrigen Staaten ist die Mehrheit der Bevölkerung der Auffassung, dass die Aufnahme neuer Beitrittskandidaten für die Europäische Union keine Priorität haben sollte, wobei die Ablehnung in Frankreich (74%) am deutlichsten ausfällt. (Tabelle 6.2a)

Eine Analyse der verschiedenen soziodemographischen Gruppen innerhalb der Bevölkerung zeigt, dass die Aufnahme neuer Beitrittskandidaten für die Gruppe im Alter zwischen 15 und 24 Jahren sowie für die Studenten am ehesten eine Priorität darstellt (jeweils 37%). An zweiter Stelle liegen diejenigen, die im Alter von 20 Jahren oder darüber ihre Vollzeitausbildung beendet haben (36%), gefolgt von der Gruppe der Führungskräfte (35%). Frauen und im Haushalt tätige Personen teilen diese Auffassung am wenigsten (jeweils 28%).

Die Meinung, die Aufnahme neuer Beitrittskandidaten solle keine Priorität haben, wird am häufigsten von Personen im Alter zwischen 25 und 54 Jahren vertreten, die ihre Schulbildung im Alter zwischen 16 und 19 Jahren abgeschlossen haben (jeweils 60%), wohingegen diese Auffassung bei jungen Menschen, Studenten und Personen ohne Beschäftigung am wenigsten verbreitet ist (jeweils 52%). Diese Zahlen zeigen, dass die Unterschiede zwischen den verschiedenen soziodemographischen Gruppen, vor allem auch im Vergleich mit anderen Fragen des Eurobarometers, relativ klein ausfallen und sich häufig durch die Unterschiede bei 'Weiß nicht' Antworten erklären lassen.

Bei den Fragen zur Einstellung lassen sich Unterschiede erkennen, die mehr Aussagekraft haben. 40% der Menschen, die die Mitgliedschaft ihres eigenen Landes in der Europäischen Union befürworten, betrachten die Erweiterung als eine Priorität für die EU, verglichen mit lediglich 17% derjenigen, die der Mitgliedschaft ihres Landes ablehnend gegenüberstehen. Innerhalb der letzten Gruppe sind 75% der Meinung, eine Erweiterung solle für die EU keine Priorität haben. Diese Auffassung wird von 52% derjenigen vertreten, die eine EU Mitgliedschaft ihres Landes befürworten. Der Anteil derjenigen, die mit 'Weiß nicht' antworteten, ist in beiden Gruppen gleich groß. (Tabelle 6.2b)

<sup>20</sup> Hierbei handelt es sich durchweg um relativ kleine Länder. Da das EU15 Durchschnittsergebnis auf Grundlage der Bevölkerungszahlen in jedem Mitgliedsstaat ermittelt wird, machen diese Länder nur einen geringen Anteil an den EU15 Ergebnissen aus.

Wie bereits bei der Frage nach der Befürwortung der Erweiterung lassen sich auch bei den ‚Weiß nicht‘ Antworten signifikante Unterschiede innerhalb der drei Gruppen zum subjektiven Wissensstand feststellen. Auf Grundlage der unten dargestellten Zahlen muss jedoch der Ordnung halber festgestellt werden, dass diejenigen mit einem hohen subjektiven Wissensstand die Erweiterung tatsächlich eher als Priorität sehen, als diejenigen mit einem subjektiv niedrigen Wissensstand.

<b>Die Beziehung zwischen Priorität der Erweiterung und dem subjektiven Wissen über die Europäische Union</b>			
<b>Erweiterung:</b>	<b>Subjektiver Wissensstand:</b>		
	<b>Niedrig</b>	<b>Mittel</b>	<b>Hoch</b>
	<b>%</b>	<b>%</b>	<b>%</b>
<b>Priorität</b>	25	33	45
<b>Keine Priorität</b>	58	59	51
<b>Weiß nicht</b>	17	8	4
<b>Gesamt</b>	100	100	100

In der Einführung zu diesem Kapitel wurde bereits erklärt, dass 10 der 13 Beitrittskandidaten ab dem 1. Mai 2004 der EU angehören werden, der Beitritt Rumäniens und Bulgariens für das Jahr 2007 vorgesehen ist und die Türkei noch eine Reihe von Beitrittskriterien erfüllen muss. Um festzustellen, welche Meinung die EU Bürger zu dieser schrittweisen Erweiterung haben, hat das Eurobarometer die folgende Frage mit in den Katalog aufgenommen:

*„Welche dieser drei Möglichkeiten für die unmittelbare Zukunft der Europäischen Union würden Sie bevorzugen?*

- a) Die Europäische Union sollte um alle Länder, die beitreten möchten, erweitert werden*
  - b) Die Europäische Union sollte nur um einige der Länder, die beitreten möchten, erweitert werden*
  - c) Die Europäische Union sollte um keine weiteren Länder erweitert werden*
- Keine dieser Möglichkeiten (nur falls spontan genannt)*  
*Weiß nicht“*

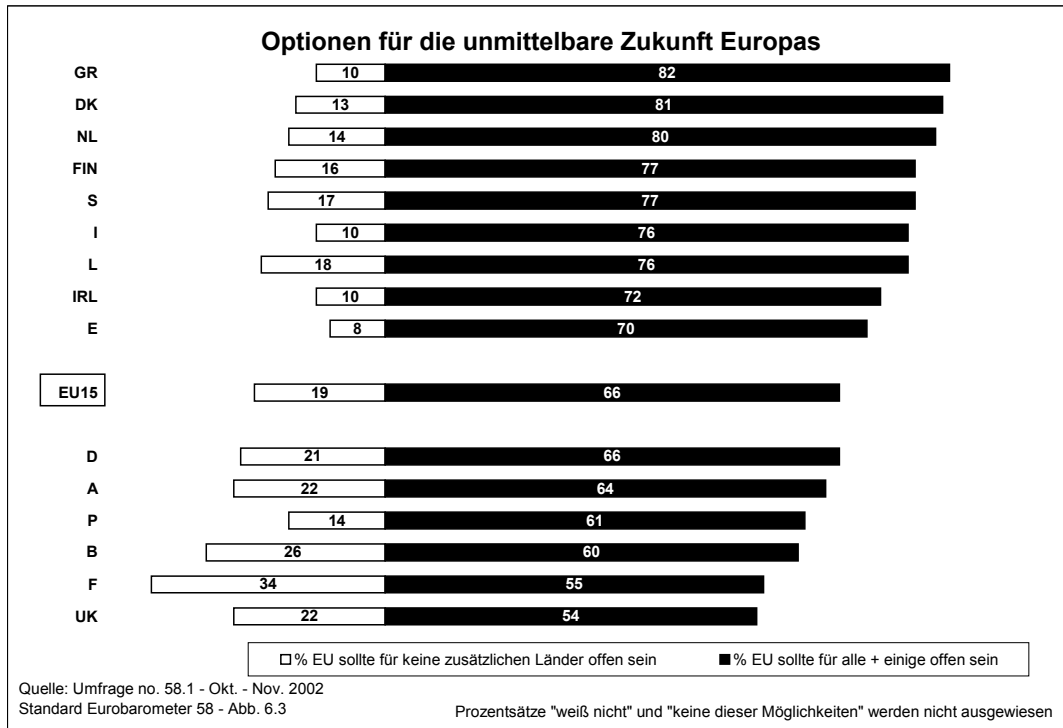
Aus der folgenden Tabelle lässt sich ersehen, wie sich die Meinung der Bürger über eine schrittweise Erweiterung seit dem Frühjahr 2001 entwickelt hat.

	<b>Herbst 02</b>	<b>Frühjahr 02</b>	<b>Herbst 01</b>	<b>Frühjahr 01</b>
	<b>%</b>	<b>%</b>	<b>%</b>	<b>%</b>
Alle Länder können beitreten	20	21	24	21
Einige der Länder können beitreten	46	40	39	44
EU sollte nicht erweitert werden	19	21	20	16
Weiß nicht/ Keine dieser Möglichkeiten/ Andere Antworten	16	18	17	20
<b>Gesamt</b>	<b>101</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>101</b>

Über die zwei Jahre hinweg, in denen diese Frage gestellt wurde, wählten EU Bürger am häufigsten die Antwort, dass die Europäische Union erweitert werden solle, um einige der Beitrittskandidaten aufzunehmen. Im Herbst 2002 wurde diese Haltung vor allem im Vergleich zum Frühjahr 2002 und Herbst 2001 noch deutlicher.

20% der Befragten zeigten eine uneingeschränkte Unterstützung für die Erweiterung durch die Wahl der ersten Antwortmöglichkeit, nach der die Europäische Union um alle Länder erweitert werden sollte, die beitreten möchten. Lediglich im Herbst 2001 ergab die Umfrage ein deutlich anderes Ergebnis. 19% der Befragten sind der Meinung, dass die Europäische Union um keine weiteren Länder erweitert werden sollte (die dritte Antwortmöglichkeit). Im Frühjahr 2002 vertraten 21% der Befragten diese Meinung. Im Herbst 2001 traf dies für 20% der Befragten zu, während im Frühjahr 2001 diese Meinung von 16% der Befragten vertreten wurde.





Die Länderergebnisse zeigen, dass die Menschen in Griechenland, Dänemark und den Niederlanden einer Erweiterung am offensten gegenüberstehen, und dass 8 von 10 Bürgern dieser Länder die Auffassung vertreten, die EU solle für alle oder einige der Länder, die beitreten möchten, offen sein. In Finnland, Schweden (jeweils 77%), Italien und Luxemburg (jeweils 76%) teilten mehr als drei Viertel der Befragten diese Ansicht, wobei in Irland (72%) und Spanien (70%) 7 von 10 Bürgern diese Meinung vertraten.

Die Unterstützung für eine Erweiterung um alle beitragswilligen Länder ist in Irland am größten (36%), wo diese Auffassung genauso häufig vertreten wird wie die Meinung, die Erweiterung solle sich auf bestimmte Länder beschränken<sup>21</sup>. Im Frühjahr 2001 war die letztere Meinung die in allen 15 Mitgliedsstaaten am häufigsten zum Ausdruck gebrachte. Darüber hinaus findet eine Erweiterung um alle Kandidatenländer Zustimmung bei 34% der Befragten in Schweden, bei 29% in Italien und bei 27% in Spanien und Portugal.

Die Unterstützung für eine begrenzte Erweiterung ist am verbreitetsten in Dänemark (67%), den Niederlanden (63%), Griechenland und Luxemburg (jeweils 61%) und findet bei über der Hälfte der Bürger Finnlands (56%) und Deutschlands (54%) Zustimmung.

Frankreich stellt nun das einzige Land dar, in dem mehr als 3 von 10 Bürgern die Auffassung vertreten, die Europäische Union solle um keine weiteren Länder erweitert werden (34%). Diese Meinung wird von 26% der Befragten in Belgien, 22% der Befragten in Österreich und im Vereinigten Königreich und von 21% der Befragten in Deutschland vertreten. In diesen Ländern wird diese Auffassung häufiger vertreten als die Meinung, die EU solle um alle Länder, die beitreten wollen, erweitert werden.

Der Anteil der 'Weiß nicht' Antworten reicht von 3% in Luxemburg bis zu 21% in Portugal, was im Vergleich zum Frühjahr 2002 darauf hindeutet, dass der Anteil der Bürger, die eine Meinung zu diesem Thema vertreten, zunimmt.

<sup>21</sup> Am 22. Oktober 2002, während diese Umfrage durchgeführt wurde, stimmten die Bürger Irlands in einem zweiten Referendum über die Ratifizierung des Vertrags von Nizza ab, wobei sich 63% dafür und 37% dagegen aussprachen. Ohne die Zustimmung Irlands wäre der Erweiterungsprozess aufgehalten worden. Im Juni 2001 hatten sich die Bürger Irlands noch gegen den Vertrag von Nizza ausgesprochen (54% dagegen und 46% dafür).

Im Vergleich zum Frühjahr 2002 ergeben sich folgende signifikante Veränderungen<sup>22</sup>:

**MEHR UNTERSTÜTZUNG FÜR EINE ERWEITERUNG UM ALLE BEITRITTSWILLIGEN LÄNDER**

Irland: Anstieg um 7 Prozentpunkte auf Kosten von „Keine Meinung“ (-7)  
Schweden: Anstieg um 3 Prozentpunkte auf Kosten der Ablehnung einer Erweiterung (-16)

**MEHR UNTERSTÜTZUNG FÜR EINE BEGRENZTE ERWEITERUNG**

Spanien: Anstieg um 9 Prozentpunkte auf Kosten einer uneingeschränkten Erweiterung (-7)  
Griechenland: Anstieg um 8 Prozentpunkte auf Kosten einer uneingeschränkten Erweiterung (-7)  
Portugal: Anstieg um 8 Prozentpunkte auf Kosten von „Keine Meinung“ (-10)  
Niederlande: Anstieg um 8 Prozentpunkte auf Kosten der Ablehnung (-4) und von „Keine Meinung“ (-3)  
Finnland: Anstieg um 8 Prozentpunkte auf Kosten der Ablehnung (-4) und von „Keine Meinung“ (-3)  
Schweden: Anstieg um 7 Prozentpunkte auf Kosten der Ablehnung einer Erweiterung (-16)  
Dänemark: Anstieg um 7 Prozentpunkte auf Kosten einer uneingeschränkten Erweiterung (-3) und Ablehnung (-3)  
Deutschland: Anstieg um 7 Prozentpunkte auf Kosten aller anderen Antwortkategorien  
Frankreich: Anstieg um 5 Prozentpunkte auf Kosten von „Keine dieser Möglichkeiten“ und „Keine Meinung“ (beide -3)  
Italien: Anstieg um 4 Prozentpunkte auf Kosten der Ablehnung (-3)  
Luxemburg: Anstieg um 4 Prozentpunkte auf Kosten von „Keine dieser Möglichkeiten“ und „Keine Meinung“ (beide -3)  
Vereinigtes Königreich: Anstieg um 3 Prozentpunkte auf Kosten der Ablehnung, von „Keine dieser Möglichkeiten“ und „Keine Meinung“ (alle -1)  
Belgien: Anstieg um 3 Prozentpunkte auf Kosten der uneingeschränkten Erweiterung, von „Keine dieser Möglichkeiten“ und „Keine Meinung“ (alle -1)

**GRÖßERE ABLEHNUNG EINER ERWEITERUNG**

Griechenland: Anstieg um 3 Prozentpunkte auf Kosten von „Keine dieser Möglichkeiten“ und „Keine Meinung“ (beide -2)

Wie bereits in den früheren Umfragen zeigen die demographischen Analysen, dass nur relativ geringe Unterschiede zwischen den verschiedenen soziodemographischen Bevölkerungsgruppen festzustellen sind. Die Befürwortung einer uneingeschränkten Erweiterung reicht von 16% bei Führungskräften bis zu 25% bei Studenten. Gegenüber einer begrenzten Erweiterung ist die Zustimmung bei Führungskräften am größten (60%) und bei im Haushalt tätigen Personen am geringsten (41%). Die Ablehnung einer Erweiterung reicht von 12% bei Studenten bis hin zu 25% bei Personen ohne Beschäftigung. Der Anteil derjenigen, die jede dieser drei Möglichkeiten ablehnen, fällt in allen demographischen Gruppen gering aus. Der Anteil der ‚Weiß nicht‘ Antworten reicht von 5% bei Führungskräften und Personen, die ihre Vollzeitausbildung im Alter von 20 Jahren oder darüber abgeschlossen haben, bis zu 18% bei Personen, die ihre Vollzeitausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger abgeschlossen haben.

Wenn man die Antworten dieser Umfrage zum Grad der Befürwortung mit der Frage nach dem „dafür oder dagegen“ vergleicht, lässt sich Folgendes feststellen:

- 33% derjenigen, die eine Erweiterung befürworten, sind der Meinung, dass alle Länder, die beitreten wollen, aufgenommen werden sollten, verglichen mit 4% derjenigen, die eine Erweiterung ablehnen.
- 55% der Bürger, die sich für eine Erweiterung aussprechen, unterstützen eine begrenzte Erweiterung und 33% sprechen sich dagegen aus, wenn sie diese Wahlmöglichkeit nicht haben.
- Lediglich 5% derjenigen, die eine Erweiterung befürworten, wenn sie zwischen den zwei Extremen wählen müssen, sind der Meinung, dass die EU um keinerlei Länder erweitert werden sollte, verglichen mit 49% derjenigen, die eine Erweiterung ablehnen.

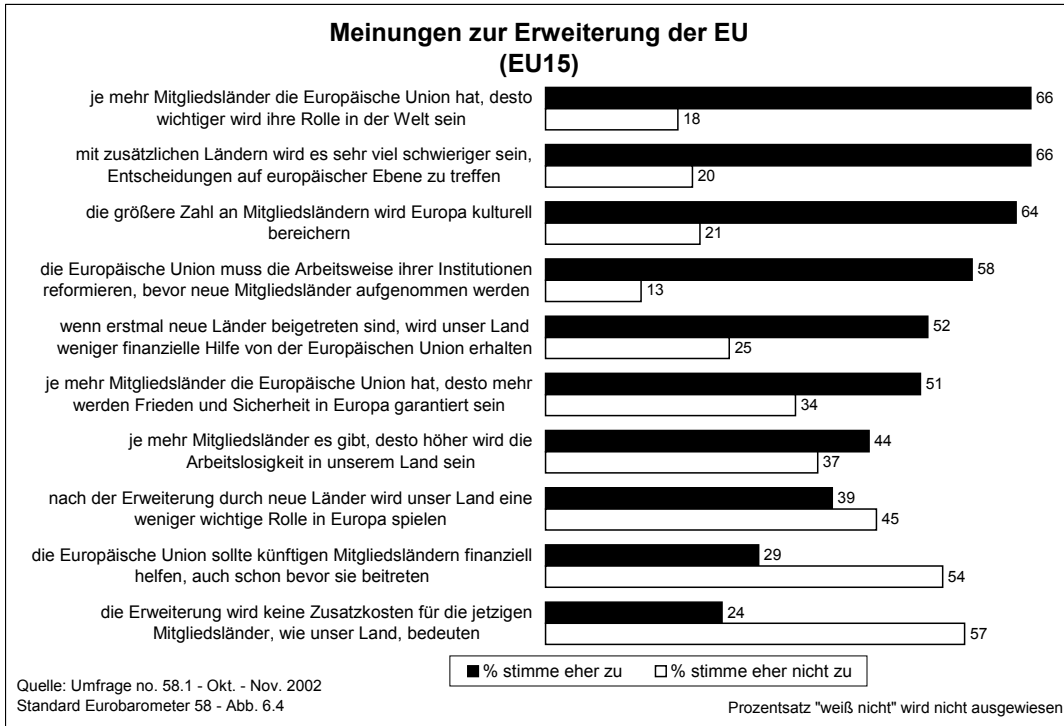
Andere Untersuchungen zeigen, dass Befragte, die die EU Mitgliedschaft ihres Landes befürworten, viel eher eine unbegrenzte Erweiterung unterstützen (56%) als diejenigen, die die EU Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen (27%). (Tabelle 6.3b)

<sup>22</sup> Siehe auch Tabelle 6.3a

## 6.2. Einstellungen zur Erweiterung

Als nächstes sollen die unterschwelligen Einstellungen der Bürger gegenüber der Erweiterung betrachtet werden. Die gewonnenen Ergebnisse zeigen erneut, dass die Bürger trotz ihrer teilweise zögerlichen Haltung auch positive Aspekte in der Erweiterung sehen.

Die Mehrheit der EU Bürger ist der Meinung, dass die Rolle der Union in der Welt wichtiger wird, je mehr Mitgliedsländer sie hat (66%), während lediglich 39% glauben, dass ihr eigenes Land durch die Erweiterung an Bedeutung verliert. 64% der EU Bürger sind der Auffassung, dass eine aus weiteren Mitgliedsstaaten bestehende Union eine kulturelle Bereicherung darstellt, und 51% glauben, dass eine erweiterte Union mehr Frieden und Sicherheit garantieren wird.



Es konnte erneut festgestellt werden, dass viele EU Bürger die offizielle Meinung teilen, die EU Institutionen müssten reformiert werden (58%), da die Sorge, die Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene werde sich mit mehr Ländern schwieriger gestalten, nach wie vor weit verbreitet ist (66%).

Es zeigt sich klar, dass die Gründe für die Bedenken der Öffentlichkeit gegenüber der Erweiterung sämtlich mit den erwarteten wirtschaftlichen Auswirkungen in Zusammenhang stehen. Nur 24% der EU Bürger sind der Meinung, die Erweiterung werde für ihr Land keine Mehrkosten mit sich bringen. Viele vermuten auch, der Haushalt werde anders verteilt werden, wobei 52% glauben, dass ihr Land nach der Aufnahme neuer Länder weniger finanzielle Hilfe erhalten werde. Weiterhin ergibt sich, dass mehr als die Hälfte aller EU Bürger gegen Finanzhilfen für zukünftige Mitgliedsstaaten seitens der Europäischen Union sind, um sie damit bei ihren Beitrittsvorbereitungen zu unterstützen (54%). Vor allem in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit lässt sich feststellen, dass eine erheblich Anzahl von EU Bürgern befürchten, eine Erweiterung könne zu einer Erhöhung der Arbeitslosenzahlen in ihrem Land führen (44%). (Tabelle 6.4)

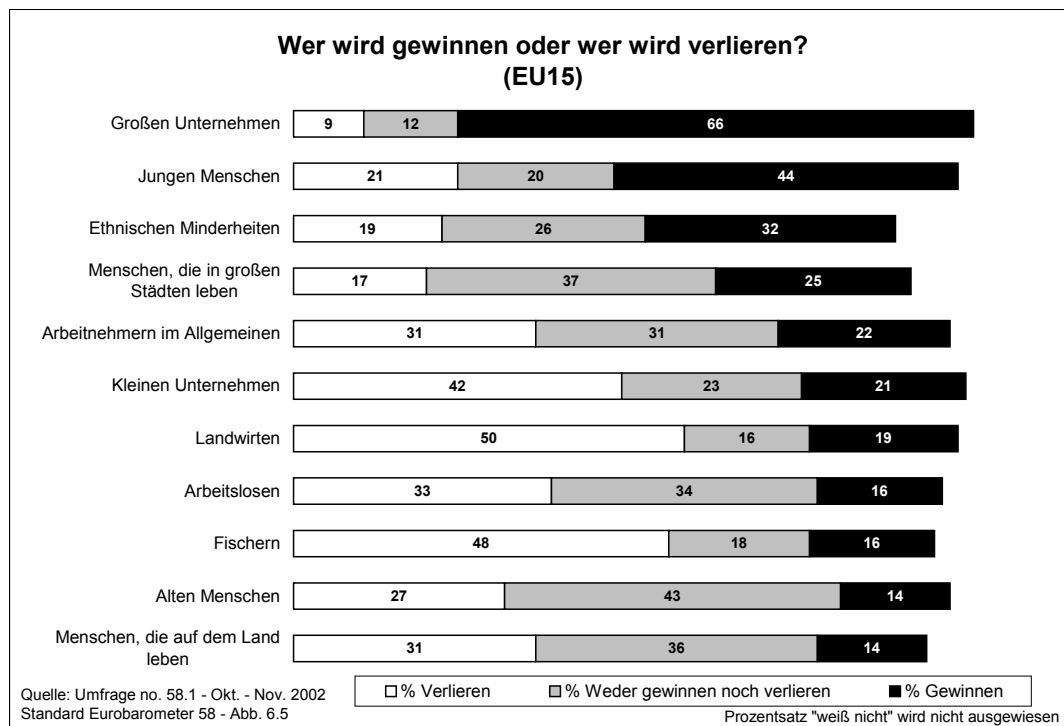
Im Vergleich zum Frühjahr 2002 haben mehr Menschen nun eine positive Einstellung gegenüber den politischen und kulturellen Aspekten der Erweiterung zum Ausdruck gebracht. Im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Aspekten kann festgestellt werden, dass inzwischen mehr Menschen eine etwas ablehnendere Einstellung vertreten<sup>23</sup>.

<sup>23</sup> Siehe Eurobarometer 57, Abbildung 6.12.

Die folgende Tabelle zeigt die verschiedenen Ansichten derjenigen, die die Erweiterung befürworten und derjenigen, die sie aufgrund der zehn einstellungsbezogenen Punkte ablehnen.

Die Beziehung zwischen den Meinungen zur Erweiterung und der Befürwortung der Erweiterung		
Meinungen zur Erweiterung:	Befürwortung der Erweiterung	
	Dafür	Dagegen
	%	%
<b>Positive Meinungen:</b>		
EU wichtiger	82	45
EU kulturell reicher	80	45
Mehr Frieden und Sicherheit	70	26
Finanzielle Hilfe für neue Mitglieder	39	18
Keine Mehrkosten	32	16
<b>Neutrale Meinungen:</b>		
Reform der Institutionen	63	61
<b>Negative Meinungen:</b>		
Das Land wird weniger wichtig	33	55
Mehr Arbeitslosigkeit	32	67
Weniger finanzielle Hilfen für das Land	49	65
Entscheidungsfindung wird schwieriger	63	78

Die Meinungen der Bürger zu der Erweiterung werden natürlich von Überlegungen beeinflusst, wem ihrer Meinung nach daraus Vorteile und wem Nachteile entstehen. Die im Rahmen dieser Untersuchung Befragten bekamen eine Liste mit 11 Gruppen vorgelegt und wurden gebeten, anzugeben, welche der einzelnen Gruppen in ihrem Land zu den Gewinnern, den Verlierern oder weder zu den Gewinnern, noch zu den Verlierern gehört. Die Antworten auf diese Frage sind in der folgenden Abbildung aufgeführt.



Wie zu sehen ist, werden große Unternehmen mit großem Abstand als diejenigen betrachtet, denen die Erweiterung am meisten nützt. 66% der EU Bürger glauben, dass ihnen ein Nutzen entsteht, wobei nur 9% der Meinung sind, sie würden aus der Erweiterung keinen Nutzen ziehen. Viele EU Bürger betrachten auch junge Menschen als eine Gruppe, der die Erweiterung nützt (44%). Als Extrem auf der Gegenseite zeigen die Ergebnisse, dass mehr als die Hälfte der EU Bevölkerung über 15 Jahren glaubt, die Erweiterung würde Landwirten schaden, wobei 48% dies auch für Fischer erwarten. Wenn man sich die weitverbreitete Meinung vergegenwärtigt, große Unternehmen würden profitieren, dann ist es nicht verwunderlich, dass 4 von 10 Befragten glauben, kleine Unternehmen würden durch die Erweiterung verlieren (42%).

Die folgende Tabelle zeigt die zwei Gruppen, die am ehesten als Nutznießer, und die zwei Gruppen, die am ehesten als Verlierer der Erweiterung betrachtet werden.

<b>Erweiterung: die wahrscheinlichsten Gewinner und Verlierer (in %, nach Ländern)</b>		
<b>Land</b>	<b>Gewinner</b>	<b>Verlierer</b>
Belgien	Große Unternehmen (52%) Junge Menschen (26%)	Landwirte (54%) Fischer (49%)
Dänemark	Große Unternehmen (79%) Junge Menschen (60%)	Fischer (46%) Landwirte (43%)
Deutschland	Große Unternehmen (66%) Junge Menschen (46%)	Landwirte (48%) Kleine Unternehmen (44%)
Griechenland	Große Unternehmen (71%) Ethnische Minderheiten (39%)	Kleine Unternehmen (61%) Landwirte (55%)
Spanien	Große Unternehmen (73%) Junge Menschen (45%)	Landwirte (50%) Fischer (48%)
Frankreich	Große Unternehmen (66%) Junge Menschen (42%)	Landwirte (61%) Fischer (60%)
Irland	Große Unternehmen (66%) Junge Menschen (58%)	Fischer (39%) Kleine Unternehmen (38%)
Italien	Große Unternehmen (62%) Junge Menschen (48%)	Landwirte (34%) Fischer und kleine Unternehmen (31%)
Luxemburg	Große Unternehmen (64%) Junge Menschen (42%)	Landwirte (54%) Kleine Unternehmen (49%)
Niederlande	Große Unternehmen (71%) Junge Menschen (43%)	Landwirte (63%) Fischer (59%)
Österreich	Große Unternehmen (76%) Junge Menschen (47%)	Landwirte (57%) Kleine Unternehmen (50%)
Portugal	Große Unternehmen (54%) Junge Menschen (26%)	Landwirte und Fischer (59%) Kleine Unternehmen (52%)
Finnland	Große Unternehmen (73%) Junge Menschen (57%)	Landwirte (68%) Fischer (65%)
Schweden	Große Unternehmen (80%) Junge Menschen (66%)	Fischer (57%) Landwirte (51%)
Vereinigtes Königreich	Große Unternehmen (64%) Ethnische Minderheiten (45%)	Fischer (58%) Landwirte (53%)

Große Unternehmen gelten in den meisten Ländern als die wahrscheinlichsten Nutznießer, gefolgt von der Gruppe junger Menschen auf dem zweiten Platz. Die einzigen Ausnahmen hierzu bilden Griechenland und das Vereinigte Königreich, wo ethnische Minderheiten den zweiten Rang einnehmen. Zu den großen Verlierern in allen Ländern zählen Landwirte, Fischer und kleine Unternehmen<sup>24</sup>.

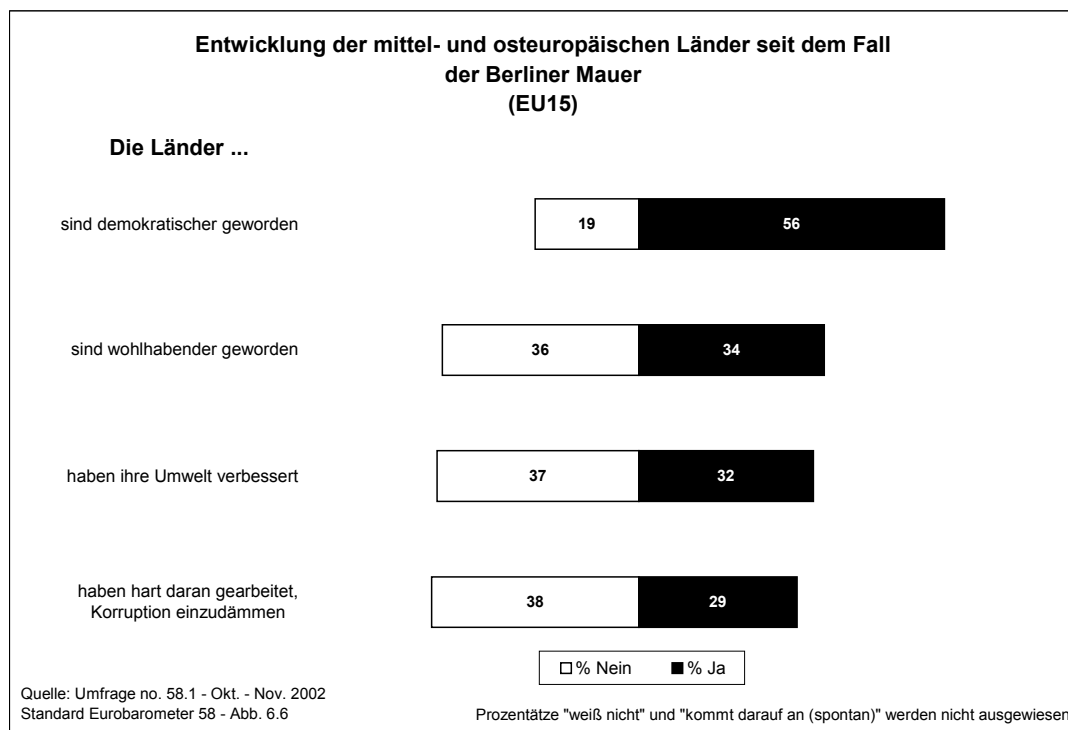
<sup>24</sup> Die einzelnen Länderergebnisse für alle Punkte sind in Tabelle 6.5. aufgeführt.

Die Meinung der Menschen hinsichtlich der Entwicklung der Länder Mittel- und Osteuropas seit dem Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 hat deren Einstellung gegenüber der Erweiterung ebenfalls beeinflusst. Um festzustellen, welche Meinung die Bürger über die Entwicklung in diesen Ländern haben, hat das Eurobarometer die folgende Frage gestellt:

*„Glauben Sie, dass nach dem Fall der Berliner Mauer im Jahre 1989 die Länder aus Mittel- und Osteuropa*

- ... *demokratischer geworden sind?*
- ... *hart daran gearbeitet haben, Korruption einzudämmen?*
- ... *wohlhabender geworden sind?*
- ... *ihre Umwelt verbessert haben?“*

Die Mehrheit der EU Bürger ist der Meinung, dass die Länder Mittel- und Osteuropas demokratischer geworden sind (56%). Im Hinblick auf die anderen Punkte zeigen sich die EU Bürger weniger positiv. 38% der EU Bürger sind der Auffassung, die Länder hätten nicht hart daran gearbeitet, Korruption einzudämmen, 37% glauben, sie hätten ihre Umwelt nicht verbessert und 36% sind der Meinung, die Länder seien nicht wohlhabender geworden.



Die Länderergebnisse zeigen, dass in den meisten Mitgliedsstaaten die Mehrheit der Bürger die Auffassung vertritt, die Länder Mittel- und Osteuropas seien demokratischer geworden, wobei der Anteil derjenigen, die diese Meinung vertreten, zwischen 45% in Österreich und 76% in Dänemark liegt. Frankreich ist neben Österreich das einzige weitere Land, in dem knapp die Hälfte der Bevölkerung diese Meinung vertritt (49%).

Die Meinung, dass die Länder wohlhabender geworden seien, bewegt sich zwischen 24% bei den Befragten in Portugal bis hin zu 51% in Dänemark. Während Dänemark damit das einzige Land ist, in dem mehr als die Hälfte der Bevölkerung dieser Meinung ist, gibt es dennoch einige andere Länder, in denen diese Einschätzung ebenfalls von einer Bevölkerungsmehrheit geteilt wird. Zu diesen Ländern gehören Schweden (46% gegenüber 35%), Irland (41% gegenüber 18%), Finnland (40% gegenüber 37%), das Vereinigte Königreich (39% gegenüber 25%) und Griechenland (38% gegenüber 34%). In Italien und Spanien war 'Weiß nicht' die am häufigsten gegebene Antwort auf diese Frage (41%, bzw. 40%).

Die Meinung, diese Länder hätten ihre Umwelt verbessert, wird am häufigsten in Finnland (48%), gefolgt von Griechenland (44%), dem Vereinigten Königreich (42%) und Schweden (40%) geäußert. Die Befragten in Deutschland (54%), Österreich (45%), Frankreich (44%) und Luxemburg (43%) sind diejenigen, die diese Meinung am wenigsten teilen. Auch in diesem Punkt gab es einige Länder, in denen 'Weiß nicht' die am häufigsten gegebene Antwort war. Dies war in Spanien, Portugal (jeweils 44%) und Irland (43%) der Fall.

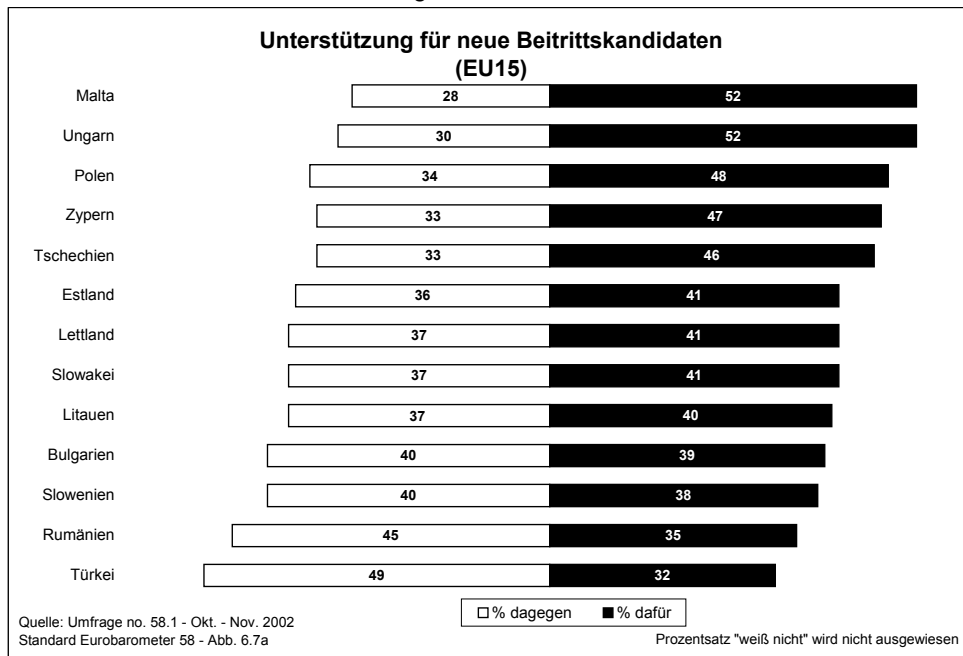
Die Einschätzung, die Länder hätten hart daran gearbeitet, Korruption einzudämmen, wird in allen Mitgliedsstaaten wenig geteilt und reicht von 23% in Italien bis 48% in Griechenland. Der Anteil der EU Bürger, die hierzu keine Meinung vertreten, ist jedoch hoch. Der Anteil der EU Bürger, die glauben, diese Länder hätten nicht hart daran gearbeitet, Korruption einzudämmen, reicht von 20% in Irland bis 49% in Deutschland. (Tabelle 6.6)

### 6.3. Unterstützung der EU Mitgliedschaft für die Beitrittskandidaten

In diesem Abschnitt wird untersucht, inwieweit die Öffentlichkeit die Mitgliedschaft jedes der 13 Bewerberländer unterstützt. Die Umfrage untersuchte auch, ob die Menschen die Mitgliedschaft einer Reihe von EFTA Ländern, Albaniens und der Länder des ehemaligen Jugoslawien unterstützen würden.

Vor allem anderen sehen wir, dass bezüglich aller Kandidatenländer die Ergebnisse positiver sind als sechs Monate zuvor: + 5 Punkte für Malta, + 4 für Ungarn, Polen, Zypern, Estland, Lettland und Litauen, + 3 für die tschechische Republik, die Slowakei, Slovenien und Bulgarien. Rumänien und die Türkei bilden das Schlusslicht mit einer Zunahme um jeweils einen Punkt.

Als noch wichtiger kann man es ansehen, dass für keines der 10 Länder, die der Union 2004 beitreten werden, die Unterstützung ihres Beitritts seit Herbst 1998 höher gewesen ist als jetzt. Am deutlichsten unterstützen die Bürger der gegenwärtigen Mitgliedsländer den Beitritt Maltas und Ungarns zur Europäischen Union (jeweils 52%). Im Frühjahr 2002 lag die Unterstützung für diese beiden Länder, ebenso wie für alle anderen Länder, unter 50%. Fast die Hälfte der EU Bevölkerung ab 15 Jahren befürwortet den Beitritt Polens (48%) und Zyperns (47%) zur EU, gefolgt von der Tschechischen Republik mit 46%. 41% der EU Bürger unterstützen die Mitgliedschaft von Estland, Lettland und der Slowakei, und 40% befürworten den Beitritt Litauens. Befürwortung und Ablehnung sind im Hinblick auf Bulgarien und Slowenien praktisch gleich stark. Die Ablehnung gegenüber Rumänien und der Türkei ist weiterhin recht groß.



Im Durchschnitt haben etwa 21% der EU Bürger keine Meinung zu der Frage, ob diese 13 Länder der Europäischen Union beitreten sollten oder nicht, woraus deutlich wird, dass sich bislang noch immer keine öffentliche Meinung zur Erweiterung herauskristallisiert hat.

Die Meinung der Öffentlichkeit variiert nicht nur stark in Bezug auf die betreffenden Länder sondern auch im Hinblick auf die EU Mitgliedsstaaten, in denen die Befragten leben. Aus der folgenden Tabelle geht der durchschnittliche Anteil der Bevölkerung hervor, der die Mitgliedschaft der 13 Beitrittskandidaten zur Europäischen Union befürwortet<sup>25</sup>.

DURCHSCHNITTLICHER ANTEIL DERER, DIE DEN BEITRITT DER 13 BEWERBERSTAATEN ZUR EU BEFÜRWORDEN (IN %, NACH LÄNDERN)	
Land	Durchschnitt %
Schweden	65
Dänemark	60
Griechenland	58
Irland	55
Finnland	54
Spanien	51
Luxemburg	50
Italien	50
Niederlande	47
Portugal	45
<b>EU15</b>	<b>42</b>
Österreich	41
Belgien	40
Vereinigtes Königreich	38
Deutschland	37
Frankreich	29

Der Beitritt der Bewerberstaaten zur EU wird im Durchschnitt in Schweden am stärksten befürwortet (65%), während die Unterstützung in Frankreich am geringsten ist (29%). (Tabelle 6.7a)

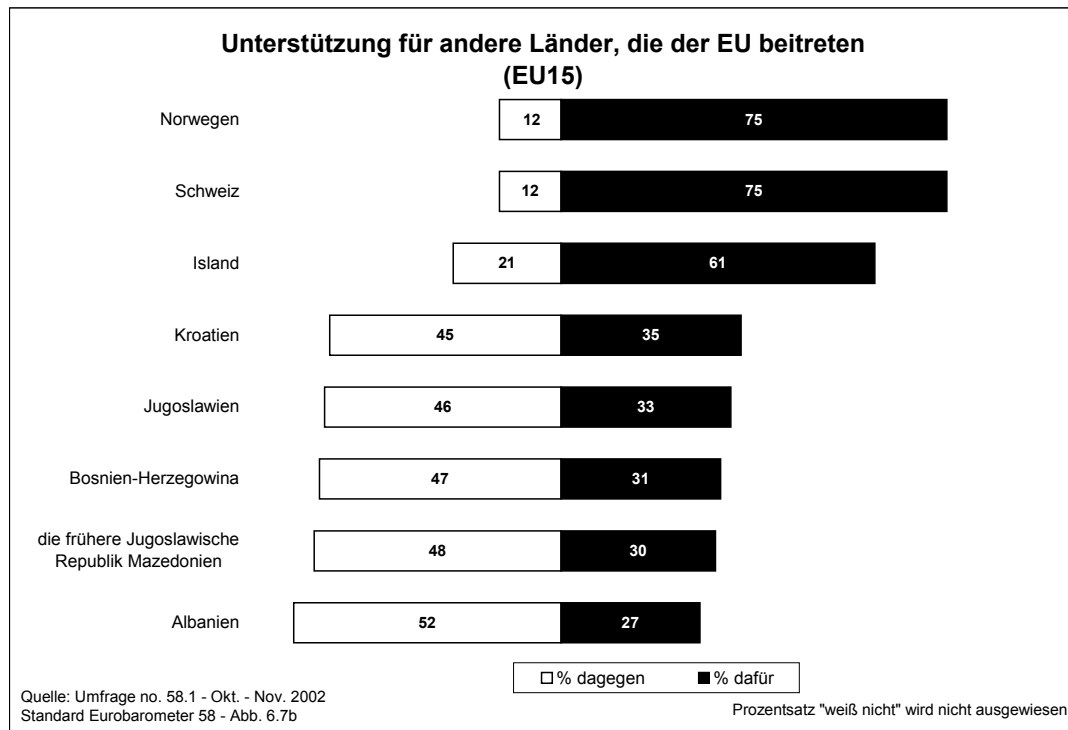
Wenn wir die anderen in der Umfrage behandelten Länder betrachten, stellen wir fest, dass der Beitritt der EFTA Länder am stärksten unterstützt wird, wobei sich 75% für den Beitritt Norwegens und der Schweiz und 61% für den Beitritt Islands zur EU aussprechen.

In Bezug auf die Länder des ehemaligen Jugoslawien ergibt sich, dass die Menschen nur wenig Unterschiede zwischen ihnen machen, wobei die Unterstützung von 30% für die ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien bis zu 35% für Kroatien reicht. Im Frühjahr 2002 war dies genau umgekehrt, die ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien wurde am stärksten unterstützt und Kroatien am wenigsten. 27% der EU Bürger sprechen sich für den Beitritt Albaniens zur Europäischen Union aus<sup>26</sup>.

<sup>25</sup> Die durchschnittliche Unterstützung in jedem Mitgliedsstaat im Frühjahr 2002 finden Sie auf Seite 90 des Eurobarometer Berichts Nr. 57.

<sup>26</sup> Siehe auch Tabelle 6.7b





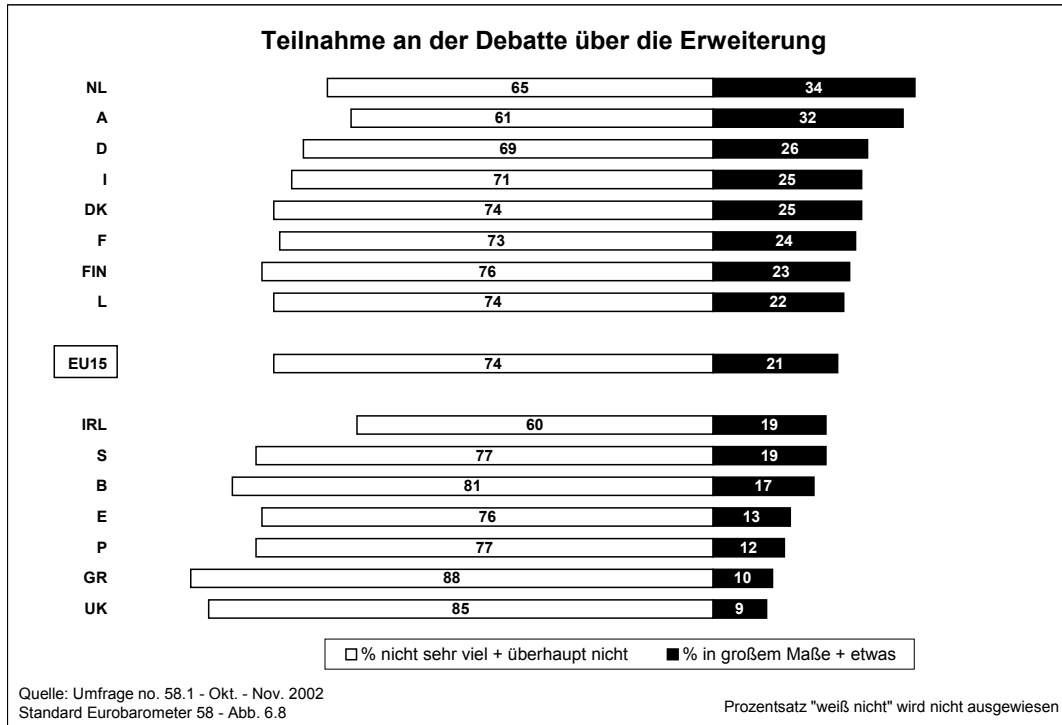
#### 6.4. Erweiterung: Das Gefühl, beteiligt und informiert zu sein

In vielen Mitgliedsstaaten ist die Erweiterung der EU in den Medien ausführlich behandelt worden. Doch in welchem Maße wird die Öffentlichkeit an der politischen Diskussion über die Erweiterung der Europäischen Union beteiligt, und inwieweit haben die Menschen das Gefühl, informiert zu sein? Die Antworten auf diese Fragen, die für die öffentliche Meinung so bedeutend sind, werden im letzten Abschnitt dieses Kapitels vorgestellt.

Die folgende Frage wurde in diesem Herbst zum ersten Mal in das Eurobarometer aufgenommen:

*„Was meinen Sie, in welchem Maße beteiligen Sie sich persönlich an der politischen Diskussion um die Erweiterung der Europäischen Union: in großem Maße, etwas, nicht sehr viel oder überhaupt nicht?“*

Aus den Ergebnissen geht hervor, dass im Durchschnitt nur 21% der EU Bürger das Gefühl haben, sich etwas oder in großem Maße an der politischen Diskussion über die Erweiterung zu beteiligen. Fast drei Viertel der EU Bevölkerung ab 15 Jahren geben an, sich nicht sehr viel oder überhaupt nicht zu beteiligen, und die restlichen 5% vertreten in dieser Frage keine Meinung.



Aus den Ergebnissen der Länderanalyse geht hervor, dass die Beteiligung der Menschen an der politischen Diskussion in den verschiedenen Mitgliedsstaaten unterschiedlich groß ist. Die Niederlande stehen mit einem Anteil von 34% an der Spitze, gefolgt von Österreich mit 32%. In Deutschland, Italien, Dänemark, Frankreich und Finnland beteiligt sich etwa ein Viertel der Bevölkerung an der Debatte, und in Luxemburg, Irland und Schweden ungefähr 2 von 10 Personen. In Griechenland (88%), dem Vereinigten Königreich (85%) und Belgien (81%) geben mehr als 8 von 10 Personen an, sich nicht sehr viel oder gar nicht an der politischen Diskussion um die Erweiterung zu beteiligen. (Tabelle 6.8a)

Aus der demografischen Analyse geht hervor, dass Führungskräfte (34%) sich am ehesten an der politischen Diskussion beteiligen, gefolgt von Menschen, die ihre Vollzeitausbildung im Alter von 20 Jahren oder später abgeschlossen haben (29%). Die Menschen, die ihre Vollzeitausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger abgeschlossen haben, sind am wenigsten an der politischen Diskussion über die Erweiterung beteiligt (14%).

Die Analyse der Einstellungen zeigt, dass 27% derer, welche die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union befürworten, sich an der politischen Diskussion beteiligen, verglichen mit nur 13% derer, welche die Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen. (Tabelle 6.8b)

Die folgende Tabelle zeigt, dass das Ausmaß der Beteiligung an der Diskussion eng mit dem Wissen der Befragten über die Europäische Union zusammenhängt. Lediglich 9% der Menschen mit einem niedrigem subjektiven Wissensstand beteiligen sich an der Diskussion, verglichen mit 25% derjenigen, die über einen durchschnittlichen subjektiven Wissensstand verfügen und 49% derer, deren subjektiver Wissensstand über die Europäische Union als hoch eingestuft werden kann.

Die Beziehung zwischen der Beteiligung an der politischen Diskussion über die Erweiterung und dem subjektiven Wissen über die Europäische Union			
Ausmaß der Beteiligung:	Subjektiver Wissensstand:		
	Niedrig	Mittel	Hoch
	%	%	%
In großem Maße	1	3	14
Etwas	8	22	35
Nicht sehr viel	23	40	28
Überhaupt nicht	60	32	21
Weiß nicht	9	3	3
Gesamt	101	100	101

Eine ähnliche, aber weniger extreme Polarisierung besteht zwischen den Menschen, die sich gut über die Erweiterung informiert fühlen, und denen, die das Gefühl haben, nicht gut informiert zu sein.

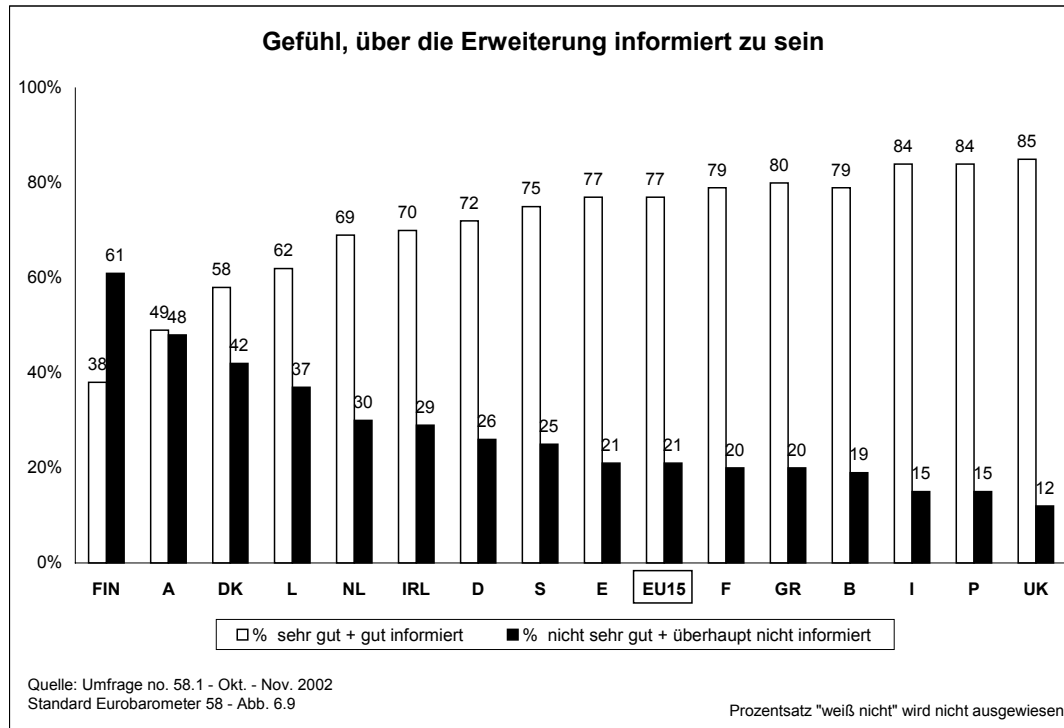
Die Beziehung zwischen der Beteiligung an der politischen Diskussion über die Erweiterung und dem subjektiven Wissen über die Europäische Union		
Ausmaß der Beteiligung:	Gefühl, über die Erweiterung informiert zu sein:	
	Nicht gut informiert	Gut informiert
	%	%
In großem Maße	2	9
Etwas	12	38
Nicht sehr viel	34	31
Überhaupt nicht	47	19
Weiß nicht	5	3
Gesamt	100	100

Die obenstehende Tabelle zeigt, dass 14% der Menschen, die der Meinung sind, nicht gut über die Erweiterung informiert zu sein, sich an der politischen Diskussion beteiligen, während der Anteil bei denen, die sich gut informiert fühlen, bei 47% liegt.

Aus der folgenden Tabelle wird jedoch deutlich, dass die Mehrheit der EU Bürger das Gefühl hat, nicht gut über die Erweiterung informiert zu sein. Während der vier Umfragen, die zu diesem Punkt durchgeführt wurden, bewegte sich der Anteil der EU Bürger, die sich gut informiert fühlen, bei etwa 20%.

	Herbst 02	Frühjahr 02	Herbst 01	Frühjahr 01
	%	%	%	%
Sehr gut informiert	2	2	2	2
Gut informiert	20	19	20	17
Nicht sehr gut informiert	50	49	50	44
Überhaupt nicht informiert	27	28	26	34
Weiß nicht	2	2	3	4
Gesamt	101	100	101	101

Wie bereits im Frühjahr 2002 zeigen die Ergebnisse aus der Länderanalyse, dass Finnland das einzige Land ist, in dem mehr als die Hälfte der Bevölkerung das Gefühl hat, gut über die Erweiterung informiert zu sein (61%). Auch in Österreich ist der Anteil derer, die sich gut informiert fühlen, bedeutend (48%). Die Menschen im Vereinigten Königreich (12%), Portugal und Italien (jeweils 15%) fühlen sich am wenigsten gut über die Erweiterung informiert.



Im Vergleich zum Frühjahr 2002 zeigen sich bedeutende Verbesserungen in Finnland, Dänemark, den Niederlanden und Irland sowie in einem geringeren Maße in Luxemburg, Schweden und Österreich. Der Anteil derer, die sich gut informiert fühlen, ist in Finnland um 10% und in Dänemark um 9% gestiegen, wobei der Anteil derer, die der Meinung sind, nicht gut informiert zu sein, in etwa um den gleichen Anteil abgenommen hat. In den Niederlanden hat der Anteil der Bürger, die sich gut informiert fühlen, um 9% zugenommen, während der Anteil derer, die sich nicht gut informiert fühlen, um genau den gleichen Prozentsatz abgenommen hat. Der Anteil der Bürger in Irland, die sich gut informiert fühlen, hat um 8% zugenommen, und der Anteil derer, die sich nicht gut informiert fühlen, ist um 6% gesunken. In Luxemburg liegt das Verhältnis bei +5 zu -4, in Schweden +4 zu -3 und in Österreich +4 zu -4.

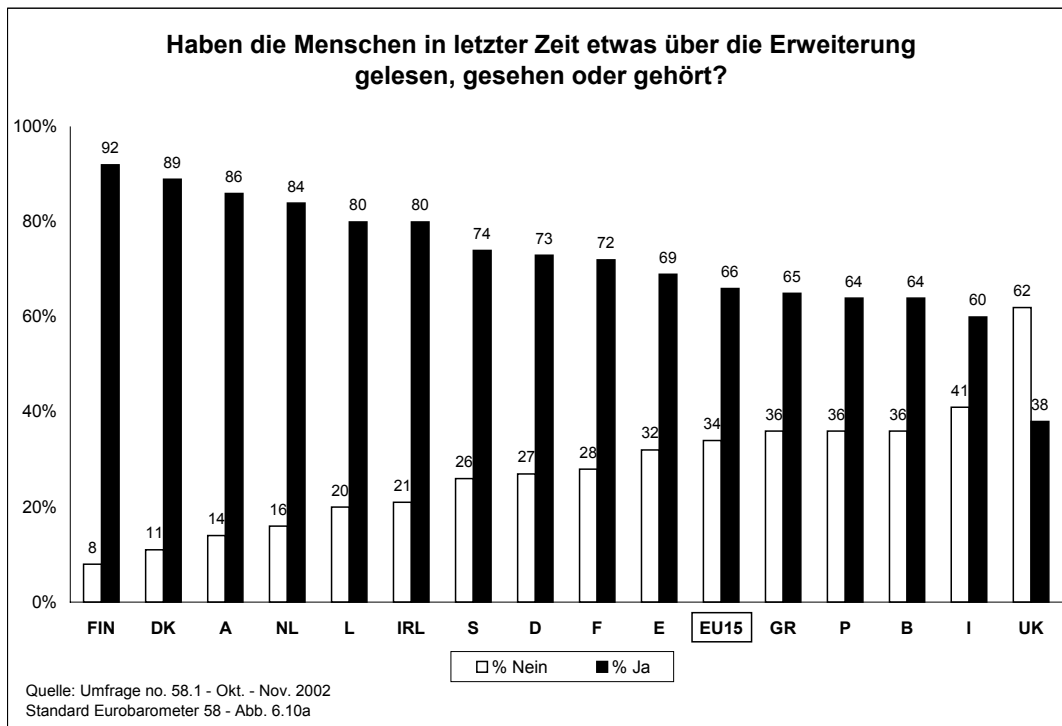
Belgien ist das einzige Land, in dem die Menschen das Gefühl haben, jetzt bedeutend schlechter informiert zu sein. Dort ist der Anteil derer, die sich nicht gut informiert fühlen, ist um 9 Prozentpunkte gestiegen. In einigen anderen Ländern hat sich eine Verschiebung in den Antworten ergeben. In Frankreich ist der Anteil der Menschen, die sich überhaupt nicht informiert fühlen, gefallen (-5), wohingegen der Anteil derer, die sich nicht sehr gut informiert fühlen, gestiegen ist (+4). In Griechenland (+4) und dem Vereinigten Königreich (+3) hat der Anteil der Bürger, die sich überhaupt nicht informiert fühlen, bedeutend zugenommen. In den übrigen Ländern haben sich im Vergleich zum Frühjahr 2002 keine bedeutenden Verschiebungen ergeben. (Tabelle 6.9a)

Die demographische Analyse zeigt, dass 13% der im Haushalt tätigen Personen sich gut über die Erweiterung informiert fühlen, während dieser Anteil bei denjenigen, welche die Vollzeitausbildung im Alter von 20 Jahren oder später abgeschlossen haben, bei 33% liegt. Die Befragten, welche die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union befürworten (27%), fühlen sich deutlich besser informiert als diejenigen, welche die Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen (18%). Am wenigsten fühlen sich die Personen über die Erweiterung informiert, die keine Meinung zur Mitgliedschaft ihres Landes in der EU haben (14%). (Tabelle 6.9b)

Die folgende Tabelle zeigt, dass der subjektive Wissensstand über die Europäische Union, neben vielen anderen Meinungen und Ansichten über die Europäische Union, ein sehr wichtiger Indikator dafür ist, wie gut sich die Menschen über die Erweiterung informiert fühlen. Wie man sehen kann, haben 63% der Befragten mit einem hohen subjektiven Wissensstand (8 bis 10 Punkte auf der Skala) das Gefühl, gut informiert zu sein, während 91% der Befragten mit einem niedrigen subjektiven Wissensstand (1 bis 3 Punkte auf der Skala) sich nicht sehr gut oder überhaupt nicht informiert fühlen.

Die Beziehung zwischen dem Gefühl, über die Erweiterung informiert zu sein und dem subjektiven Wissen über die Europäische Union			
Gefühl:	Subjektiver Wissensstand:		
	Niedrig	Mittel	Hoch
	%	%	%
Sehr gut informiert	0	1	10
Gut informiert	6	24	53
Nicht sehr gut informiert	42	57	30
Überhaupt nicht gut informiert	49	16	6
Weiß nicht	2	2	1
Gesamt	99	100	100

In der Umfrage im Herbst 2002 wurde zudem untersucht, ob die Befragten in letzter Zeit etwas über die Erweiterung gelesen, gesehen oder gehört hätten. Diese Frage war auch Teil der Umfrage im Herbst 2001 gewesen. Im Durchschnitt ist dies bei 66% der Befragten der Fall. Fast 3 von 10 Befragten geben an, nie nach solchen Informationen zu suchen oder nicht daran interessiert zu sein, und 6% antworten, wie wüssten es nicht oder könnten sich nicht erinnern. Verglichen mit dem früheren Ergebnis ist der Anteil der Menschen, die kürzlich etwas über die Erweiterung gelesen, gesehen oder gehört haben, gestiegen (+7), obwohl auch der Prozentsatz derer, die nicht interessiert sind, ebenfalls zugenommen hat (+3). Im Herbst 2001 antworteten jedoch mehr Befragte mit „weiß nicht / kann mich nicht erinnern“ (16%).

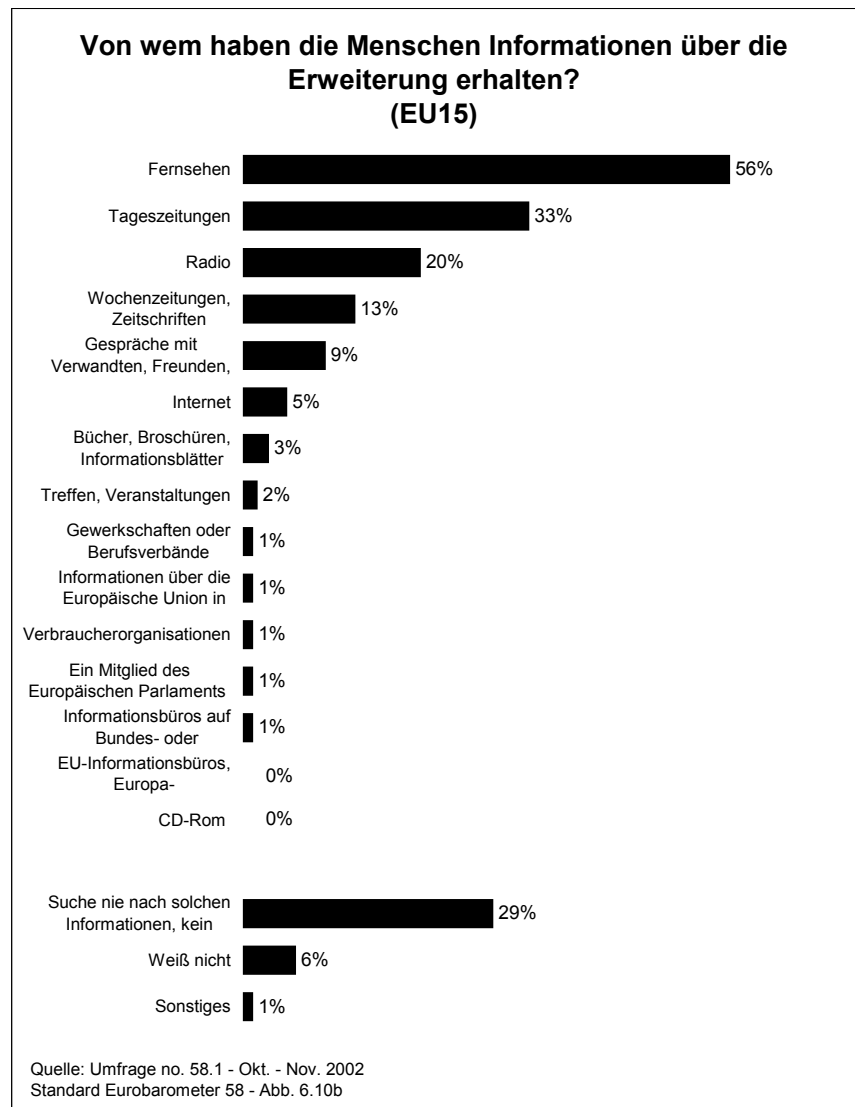


Aus den Ergebnissen der Länderanalyse geht hervor, dass die Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten sehr groß sind. Die Bürger in Finnland sind mit 92% diejenigen, die am ehesten etwas über die Erweiterung gelesen, gesehen oder gehört haben. Wie sich schon zuvor gezeigt hat, ist zudem der Anteil derer, die sich gut über die Erweiterung informiert fühlen, am in Finnland größten. In Dänemark (89%), Österreich (86%), den Niederlanden (84%) und Luxemburg (80%) haben mindestens 8 von 10 der Befragten kürzlich etwas über die Erweiterung gelesen, gesehen oder gehört. Die Menschen im Vereinigten Königreich haben am wenigsten Informationen über die Erweiterung erhalten (38%). In allen anderen Ländern gab mindestens die Hälfte der Befragten an, kürzlich etwas darüber gelesen, gesehen oder gehört zu haben.

In den meisten Ländern fühlen sich die Menschen jetzt besser informiert als im Herbst 2001. Den größten Anstieg haben Dänemark (+31) und Irland (+25) zu verzeichnen. Dieser Anstieg ist in beiden Ländern leicht zu erklären. Dänemark hatte zur Zeit der Umfrage den Vorsitz des Europäischen Rates inne, was ohne Zweifel zu einer starken Zunahme des Interesses an Medienberichten über die Europäische Union, und vor allem über die Erweiterung geführt hat. Die Umfrage wurde kurz vor dem Kopenhagener Gipfel durchgeführt, in dessen Verlauf die Beitrittsverhandlungen mit 10 der 13 Bewerberstaaten abgeschlossen wurden. In Irland wurde zeitgleich mit der Umfrage in der Vorbereitungszeit vor dem Referendum über den Vertrag von Nizza am 22. Oktober 2002 eine umfassende Informationskampagne über die Erweiterung durchgeführt. Ein großer Anstieg konnte darüber hinaus in Spanien (+17), Frankreich (+16), den Niederlanden (+14) und Schweden (+13) verzeichnet werden. Einzig in Portugal (-3) haben die Menschen jetzt das Gefühl, etwas weniger Informationen über die Erweiterung erhalten zu haben<sup>27</sup>.

Den Befragten, die angaben, Informationen über die Erweiterung erhalten zu haben, wurde dann eine Karte mit einer Liste von Informationsquellen vorgelegt. Aus den Ergebnissen geht hervor, dass 56% der Befragten diese Informationen über das Fernsehen beziehen, 33% über Tageszeitungen, 20% über das Radio und 13% über andere Zeitungen und Zeitschriften.

<sup>27</sup> Die Ergebnisse aus der Umfrage im Herbst 2001 finden Sie im Eurobarometer Bericht Nr. 56, Abbildung 6.9a.



Verglichen mit Herbst 2001 wird deutlich, dass der Anteil der Menschen, die ihre Informationen zur Erweiterung über das Fernsehen beziehen, sogar noch angestiegen ist (+8). Auch der Anteil der Menschen, welche die Informationen über Tageszeitungen beziehen, hat zugenommen (+5)<sup>28</sup>.

<sup>28</sup> Die einzelnen Länderergebnisse sind in Tabelle 6.10 aufgeführt

## 7. EU-Institutionen

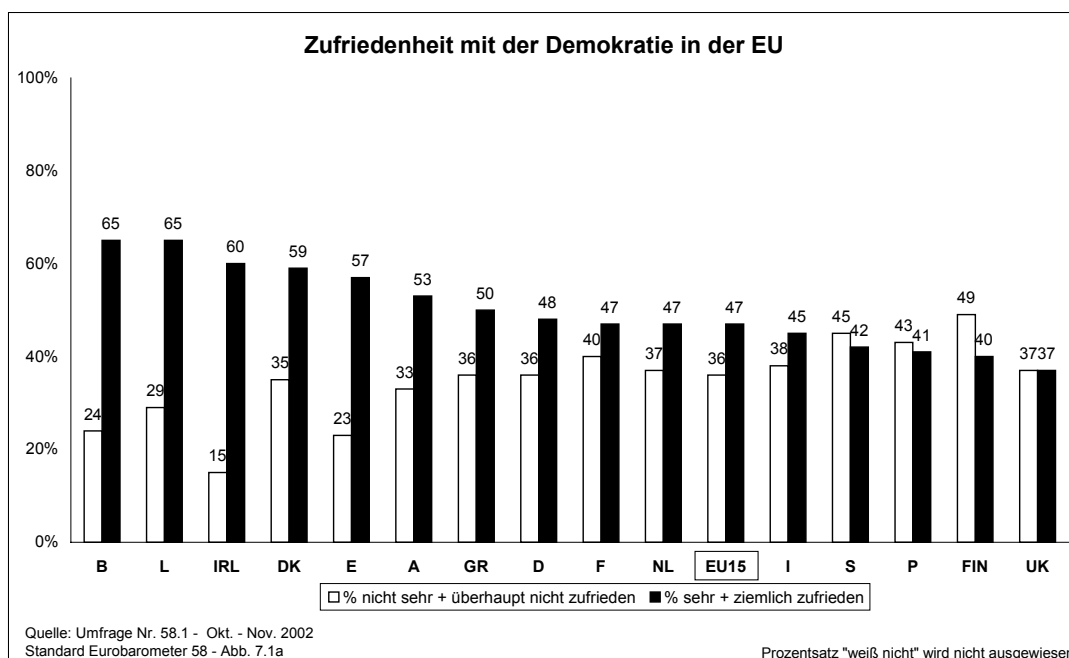
Gegenstand dieses Kapitels sind die EU-Institutionen. Es beginnt mit einer Darstellung der Zufriedenheit der Menschen mit der Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union. Anschließend betrachten wir den Bekanntheitsgrad der EU-Institutionen bei den Befragten, die Bedeutung der Rolle dieser Institutionen nach Auffassung der Befragten und das Maß, in dem die Bevölkerung diesen Institutionen vertraut. Ebenfalls betrachtet wird die öffentliche Meinung gegenüber grundlegenden Änderungen der Funktionsweise der Europäischen Union, die derzeit diskutiert und untersucht werden, da die Union sich auf den Beitritt von zehn neuen Ländern im Frühjahr 2004 vorbereitet.

### 7.1. Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie in der EU

Durchschnittlich 47% der EU-Bürger geben an, sehr zufrieden oder ziemlich zufrieden mit der Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union zu sein, während 36% angeben, nicht sehr oder gar nicht zufrieden zu sein. Wie die folgende Abbildung zeigt, sind die EU-Bürger im Vergleich zu den Vorjahren jetzt häufiger mit der Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union zufrieden.

	Herbst 02	Herbst 01	Herbst 00	Frühjahr 00
	%	%	%	%
Sehr zufrieden	5	4	4	4
Ziemlich zufrieden	43	40	36	39
Nicht sehr zufrieden	27	28	31	26
Überhaupt nicht zufrieden	9	10	12	11
Weiß nicht	17	19	17	19
<i>Gesamt</i>	<i>101</i>	<i>101</i>	<i>100</i>	<i>99</i>

Die Länderanalyse zeigt, dass die Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU in Belgien und Luxemburg (jeweils 65%) am größten ist, gefolgt von Irland (60%) und Dänemark (59%). In Spanien, Österreich und Griechenland ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung über 15 Jahren zufrieden. In Finnland ist knapp die Hälfte der Bevölkerung mit dem Funktionieren der Demokratie in der Europäischen Union nicht zufrieden. In Schweden, Portugal und dem Vereinigten Königreich ist die öffentliche Meinung polarisiert.



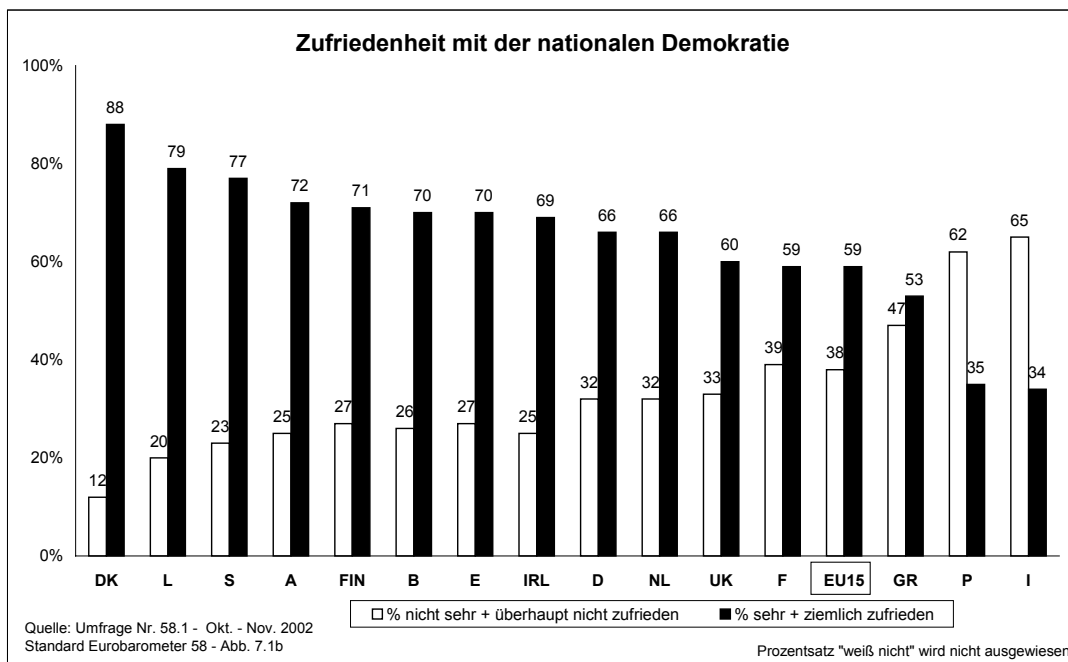


Wenn wir die Ergebnisse von Herbst 2002 mit denen des Vorjahres vergleichen, finden wir in folgenden Ländern eine deutliche Zunahme des Anteils der Menschen, die mit der Funktionsweise der Demokratie in der EU zufrieden sind: Dänemark (+11), Belgien, Luxemburg (jeweils +10), Österreich (+9), Finnland, Deutschland (jeweils +7) und Schweden (+6). (Abb. 7.1a)

Die demografische Analyse zeigt, dass Führungskräfte (58%) am ehesten mit der Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union zufrieden sind, während Arbeitslose (39%) am seltensten diese Ansicht teilen. Der Anteil der „Weiß nicht“-Antworten ist sehr verschieden und erklärt zum Teil die unterschiedlichen Zufriedenheitsgrade.

Bei der Untersuchung der Einstellungen zeigt sich eine große Kluft zwischen Befürwortern und Gegnern der Europäischen Union, wobei 62% der Befürworter zufrieden sind, verglichen mit nur 18% der Gegner. (Tabelle 7.1b)

Sechs von zehn EU-Bürgern (59%) sind mit der Funktionsweise der Demokratie in ihrem Land sehr oder ziemlich zufrieden. Unter den Mitgliedstaaten ist die Zufriedenheit mit Abstand am weitesten verbreitet in Dänemark, wo knapp 9 von 10 Befragten (88%) mit der Funktionsweise der Demokratie in ihrem Land zufrieden sind. In Luxemburg, Schweden, Österreich und Finnland bewerten über 7 von 10 Menschen die Demokratie ihres Landes als positiv. Dasselbe gibt für 6 von 10 Menschen in Belgien, Spanien, Irland, Deutschland und den Niederlanden. Italien (65%) und Portugal (62%) sind die einzigen Länder, in denen diejenigen, die mit der Funktionsweise der Demokratie in ihrem Land nicht zufrieden sind, die Mehrheit bilden. (Abb. 7.2a<sup>29</sup>)



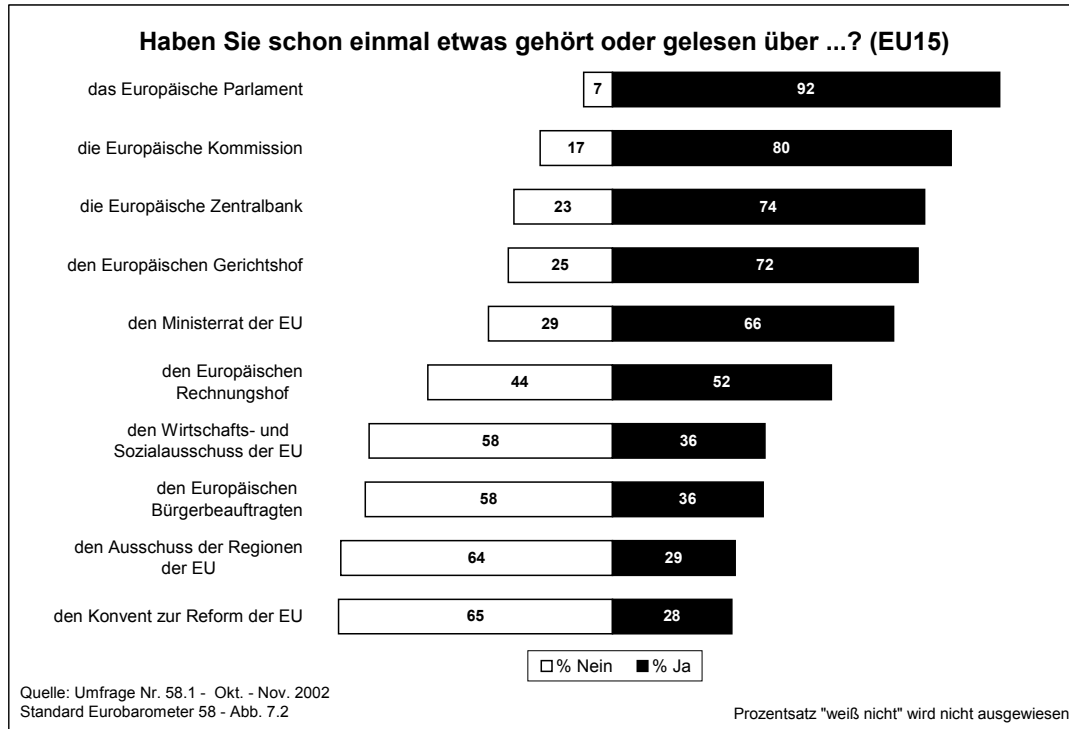
## 7.2. Bekanntheitsgrad und Bedeutung der Institutionen und Organe der Europäischen Union sowie das ihnen entgegengebrachte Vertrauen

Zum achten Mal in Folge hat die Umfrage die Bekanntheit und die eingeschätzte Bedeutung der Institutionen und Organe der Europäischen Union sowie das ihnen entgegengebrachte Vertrauen gemessen<sup>30</sup>. Seit dem Frühjahr 2001 ist die Liste um den Konvent zur Reform der Europäischen Union erweitert worden, so dass die Gesamtzahl der Institutionen und Organe jetzt bei 10 liegt.

<sup>29</sup> Siehe Abb. 7.2b für die nach soziodemografischen Variablen aufgeschlüsselten Ergebnisse.

<sup>30</sup> Die den Befragten gestellte Frage lautet, ob sie schon einmal etwas über die jeweilige Institution gehört oder gelesen haben.

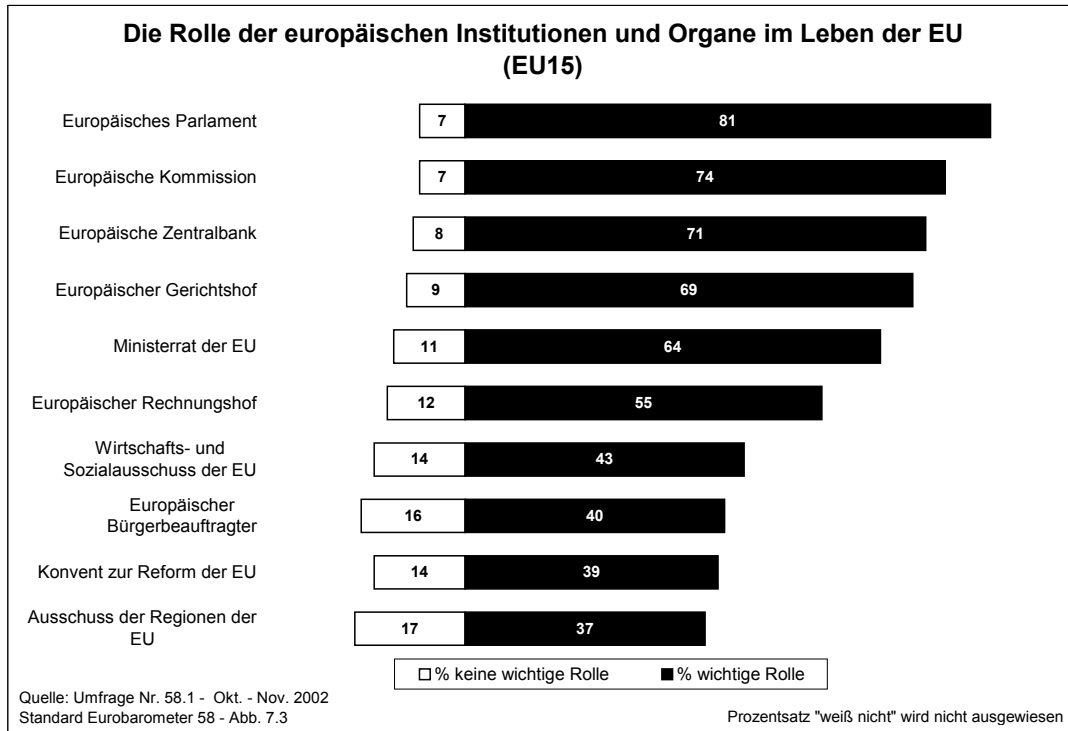
Wir beginnen mit der Bekanntheit dieser Institutionen bei der Öffentlichkeit. Das Europäische Parlament (92%) ist weiterhin die Institution, von der die Öffentlichkeit am häufigsten schon einmal gehört hat, gefolgt von der Europäischen Kommission (80%) und der Europäischen Zentralbank (74%). Ebenso wie es bei den übrigen vergleichsweise neuen Institutionen oder Organen der Fall ist, ist die Bekanntheit des Konvents zur Reform der EU relativ gering<sup>31</sup>.



Die Länderanalyse zeigt, dass die Bekanntheit des **Europäischen Parlaments** von 83% in Griechenland bis zu 99% in Schweden reicht. Die Bekanntheit der **Europäischen Kommission** reicht von 73% in Griechenland bis zu 97% in Finnland. Die Bekanntheit der **Europäischen Zentralbank** ist in Luxemburg (93%) am größten und im Vereinigten Königreich am geringsten (54%). Die Menschen in Dänemark und Luxemburg (92%) haben am häufigsten schon einmal vom **Europäischen Gerichtshof** gehört, während die Menschen in Großbritannien (65%) am seltensten schon einmal von seiner Existenz gehört haben. Die Menschen in Schweden (91%) haben immer noch am häufigsten schon einmal vom **Ministerrat** gehört, während der Bekanntheitsgrad im Vereinigten Königreich am niedrigsten ist (39%). Der **Europäische Bürgerbeauftragte** – Jacob Söderman aus Finnland – ist nach wie vor in seinem Heimatland am bekanntesten (79%). In Deutschland (23%) und Italien (24%) ist er am wenigsten bekannt. Die Bekanntheit des **Europäischen Rechnungshofs** ist in Luxemburg (79%) am größten und im Vereinigten Königreich am geringsten (15%). Die Menschen in Luxemburg (60%) haben auch am häufigsten schon einmal vom **Wirtschafts- und Sozialausschuss** gehört, während die Menschen im Vereinigten Königreich und den Niederlanden (jeweils 23%) am seltensten schon einmal von ihm gehört haben. Luxemburg (53%) und Portugal (51%) sind die einzigen beiden Länder, in denen über die Hälfte der Bevölkerung schon einmal vom **Konvent zur Reform der EU** gehört hat. Das Vereinigte Königreich (15%) ist das einzige Land, in dem dies auf weniger als einen von 5 Menschen zutrifft. Die Bekanntheit des **Ausschusses der Regionen** ist weiterhin in Portugal (56%) am weitesten verbreitet, während die Menschen im Vereinigten Königreich (13%) und den Niederlanden (14%) am seltensten schon einmal von dieser Institution gehört haben. (Abb. 7.3a)

<sup>31</sup> Zu den Ergebnissen des Frühjahrs 2002 siehe Eurobarometer Nr. 57, Abb. 3.7 und Abb. 3.5.

Als nächstes betrachten wir die wahrgenommene Rolle der Institutionen und Organe im Leben der Europäischen Union.

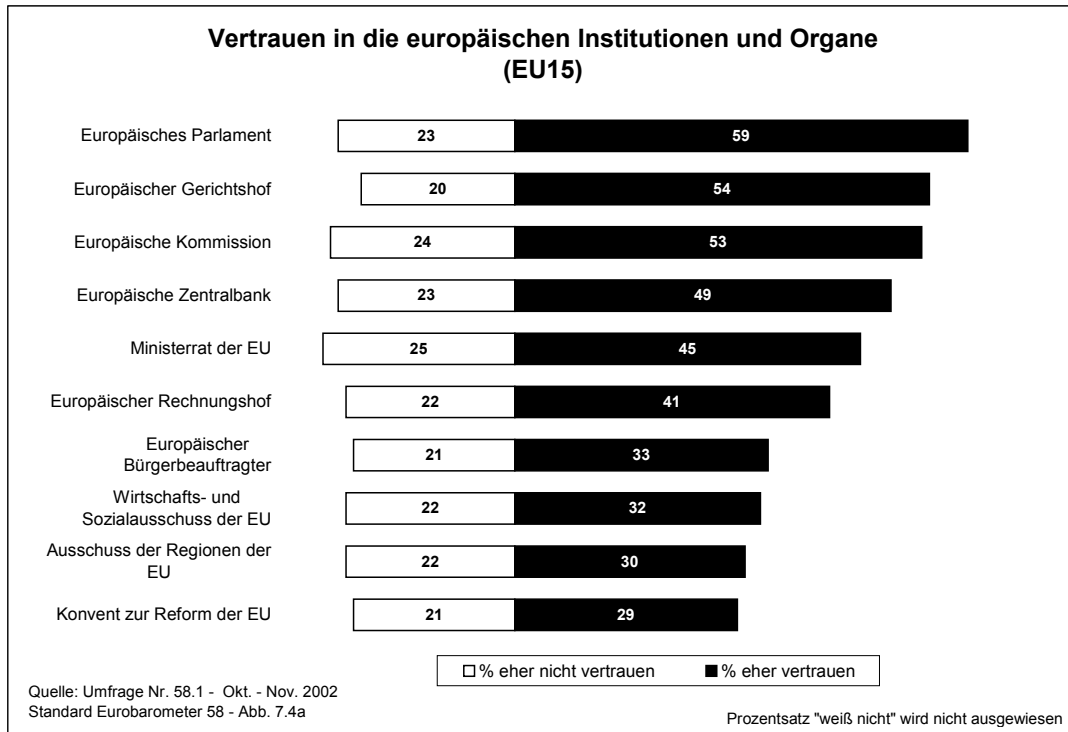


Wie das oben stehende Diagramm zeigt, glaubt die Öffentlichkeit der EU mit 81% am ehesten, dass das Europäische Parlament eine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union spiele. Die Europäische Kommission (74%) und die Europäische Zentralbank (71%) stehen an zweiter und dritter Stelle. Im Vergleich zum Frühjahr 2002 ergibt sich, dass die Menschen alle Institutionen jetzt häufiger für wichtig halten. Bei den vier jüngsten Institutionen und der Europäischen Zentralbank wurde eine Zunahme um 4 Prozentpunkte verzeichnet, beim Europäischen Rechnungshof, dem Europäischen Ministerrat und dem Europäischen Gerichtshof wurde eine Zunahme um 5 Prozentpunkte festgestellt, und bei der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament wurde im Vergleich zum Frühjahr 2002 eine Zunahme um 6 Prozentpunkte registriert<sup>32</sup>.

Die Länderanalyse zeigt, dass der Anteil derjenigen, die glauben, das **Europäische Parlament** spiele eine wichtige Rolle, von 70% im Vereinigten Königreich bis zu 91% in Luxemburg reicht. Vergleichbar ist das Ergebnis bezüglich der **Europäischen Kommission** und der **Europäischen Zentralbank**, da die Menschen in Luxemburg am häufigsten meinen, dass diese beiden Institutionen eine wichtige Rolle spielen (92% bzw. 90%), und die Menschen im Vereinigten Königreich am wenigsten zu dieser Ansicht neigen (63% bzw. 50%). (Abb. 7.3b)

Schließlich legen wir dar, in wie weit diesen zehn in der Umfrage behandelten Institutionen und Organen vertraut wird. Zunächst fällt der hohe Anteil der "Weiß nicht-Antworten" auf, insbesondere beim Europäischen Bürgerbeauftragten, dem Wirtschafts- und Sozialausschuss, dem Ausschuss der Regionen und dem Konvent zur Reform der EU. Diese Antworten erklären teilweise, warum das Vertrauen in diese neuen Institutionen gering ist. Durchschnittlich sagt rund ein Viertel der befragten Bevölkerung, diesen Institutionen und Organen nicht zu vertrauen.

<sup>32</sup> Für die Ergebnisse vom Frühjahr 2002 siehe Eurobarometer Nr. 57, Abb. 3.8 und Abb. 3.6.



Mit 59% erhält das Europäische Parlament das größte Vertrauen, gefolgt vom Europäischen Gerichtshof (54%) und der Europäischen Kommission (53%). Bei den meisten Institutionen und Organen ist das Vertrauen jetzt wesentlich höher als im Frühjahr 2002. So hat das Vertrauen in die Europäische Kommission um 6 Prozentpunkte zugenommen, während das Vertrauen in das Europäische Parlament, den Europäischen Gerichtshof, den Europäischen Rechnungshof, den Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU und den Ausschuss der Regionen der EU um 5 Prozentpunkte gestiegen ist. Das Vertrauen in den Europäischen Ministerrat, den Europäischen Bürgerbeauftragten und den Konvent hat um 4 Prozentpunkte zugelegt<sup>33</sup>.

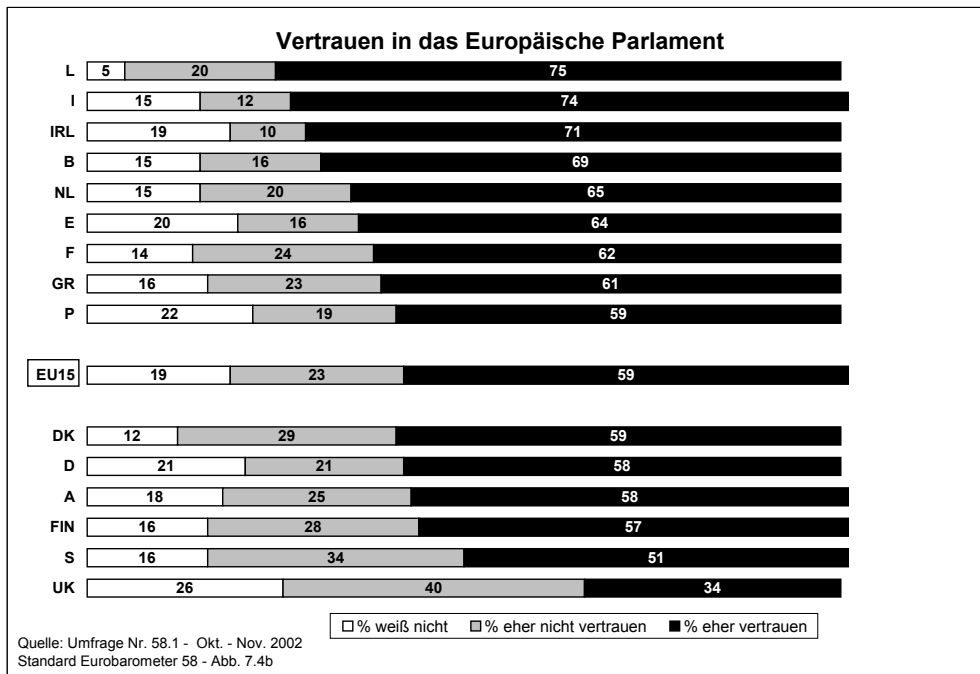
Für die Mehrzahl dieser Institutionen hat das Vertrauen der Öffentlichkeit seinen höchsten Stand seit Frühjahr 1999 erreicht (damals trat die Kommission Santer zurück). Seit damals hat sich beispielsweise das Vertrauen in die Kommission um 13 Punkte erhöht während die entsprechende Zunahme beim Europäischen Parlament und beim Ministerrat 9 Punkte betrug.

Die folgende Abbildung zeigt die drei Institutionen und Organe, die in jedem Mitgliedstaat das höchste Vertrauen genießen. Mit Ausnahme von Finnland zählt das **Europäische Parlament** in allen Mitgliedstaaten zu den drei Spitzenreitern. In acht Ländern liegt es auf Platz eins und in weiteren sechs Ländern nimmt es den zweiten oder dritten Platz ein. Der **Gerichtshof** nimmt in den folgenden sechs Ländern die Spitzenposition ein: Luxemburg, Dänemark, Deutschland, Österreich, Schweden und Vereinigtes Königreich. In sechs weiteren Ländern liegt er auf Platz zwei oder drei. Die einzigen Länder, in denen er nicht zu den ersten dreien zählt, sind Spanien, Italien und Portugal. Der **Europäische Bürgerbeauftragte**, der Finne ist, führt die Liste in seinem Heimatland an, zählt aber in keinem anderen Land zu den ersten Dreien. Die **Europäische Kommission** liegt in 9 von 15 Mitgliedstaaten an zweiter oder dritter Stelle. Die **Europäische Zentralbank** erreicht in 7 Mitgliedstaaten Platz zwei oder drei. Der **Ministerrat** liegt in Italien und Spanien auf Platz drei. (Siehe auch Abb. 7.3c)

<sup>33</sup> Siehe Eurobarometer-Bericht 57, Abb. 3.9a und Abb. 3.7.

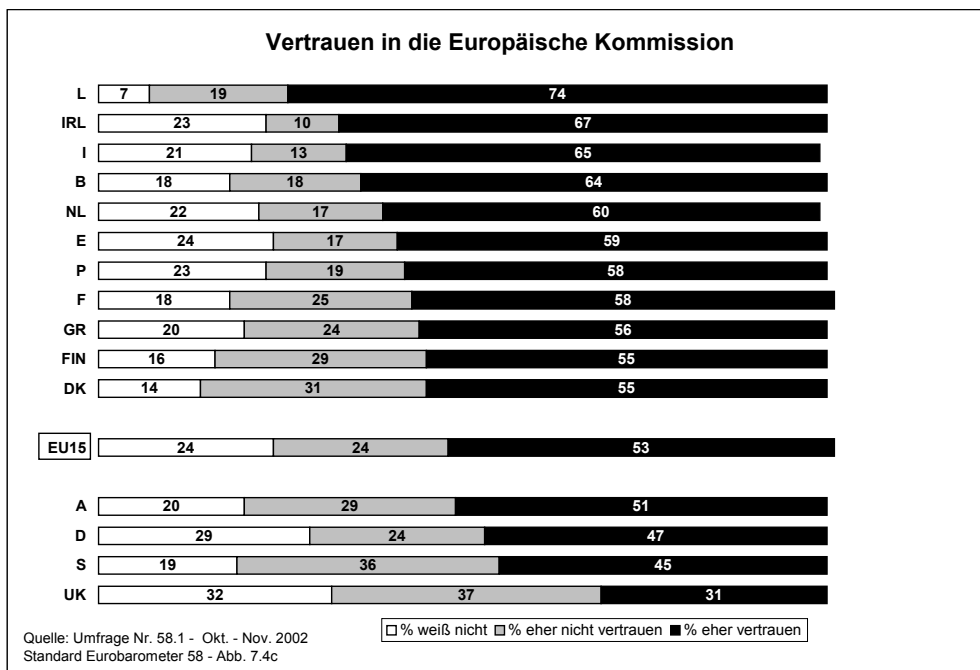
DIE DREI INSTITUTIONEN UND ORGANE DER EU, DENEN AM MEISTEN VERTRAUT WIRD. (IN %, NACH MITGLIEDSSTAAT)			
Belgien		Luxemburg	
Europäisches Parlament	69	Europäischer Gerichtshof	77
Europäische Kommission	64	Europäisches Parlament	75
Europäischer Gerichtshof	59	Europäische Kommission	74
Dänemark		Die Niederlande	
Europäischer Gerichtshof	71	Europäisches Parlament	65
Europäisches Parlament	59	Europäischer Gerichtshof	63
Europäische Zentralbank	57	Europäische Zentralbank	61
Deutschland		Österreich	
Europäischer Gerichtshof	66	Europäischer Gerichtshof	62
Europäische Zentralbank	59	Europäische Zentralbank	58
Europäisches Parlament	58	Europäisches Parlament	58
Griechenland		Portugal	
Europäisches Parlament	61	Europäisches Parlament	59
Europäische Kommission	56	Europäische Kommission	58
Europäischer Gerichtshof	54	Europäische Zentralbank	54
Spanien		Finnland	
Europäisches Parlament	64	Europäischer Bürgerbeauftragter	63
Europäische Kommission	59	Europäischer Gerichtshof	60
Europäischer Ministerrat	57	Europäische Zentralbank	57
Frankreich		Schweden	
Europäisches Parlament	62	Europäischer Gerichtshof	58
Europäische Kommission	58	Europäische Zentralbank	52
Europäischer Gerichtshof	51	Europäisches Parlament	51
Irland		Vereinigtes Königreich	
Europäisches Parlament	71	Europäischer Gerichtshof	35
Europäische Kommission	67	Europäisches Parlament	34
Europäischer Gerichtshof	64	Europäische Kommission	31
Italien			
Europäisches Parlament	74		
Europäische Kommission	65		
Europäischer Ministerrat	57		

Ein Blick auf die Länderergebnisse für das **Europäische Parlament** ergibt, dass rund drei Viertel der Bevölkerung in Luxemburg und Italien ihm vertrauen, genauso wie ungefähr sieben von zehn Menschen in Irland (71%) und Belgien (69%). In allen anderen Ländern außer dem Vereinigten Königreich vertraut über die Hälfte der Öffentlichkeit jetzt dem Europäischen Parlament. Das Vereinigte Königreich bleibt das einzige Land, in dem die Zahl der Menschen, die dem Parlament nicht vertrauen, größer ist als die Zahl derjenigen, die ihm vertrauen (40% gegenüber 34%).



In den meisten Ländern vertrauen die Menschen nun wesentlich häufiger dem Europäischen Parlament als im Frühjahr 2002. Die größten Zunahmen des Vertrauensanteils wurden in Belgien (+13), Österreich (+12), Irland (+8), Spanien und Frankreich (jeweils +7) verzeichnet. Im Vereinigten Königreich und Portugal (jeweils +5) ist das Vertrauen in das Parlament hingegen zurückgegangen<sup>34</sup>.

Bei der Untersuchung der Länderergebnisse für die **Europäische Kommission** ergibt sich, dass das Vertrauen in Luxemburg (74%) am größten ist, gefolgt von Irland (67%), Italien (65%), Belgien (64%) und den Niederlanden (60%). Knapp 6 von 10 Menschen in Spanien (59%), Portugal und Frankreich (jeweils 58%) vertrauen der Europäischen Kommission ebenfalls. Auch hier ist festzustellen, dass das Vereinigte Königreich das einzige Land ist, in dem die Zahl der Menschen, die der Kommission nicht vertrauen, größer ist als die Zahl der Menschen, die ihr vertrauen (37% gegenüber 31%).



<sup>34</sup> Siehe Eurobarometer-Bericht Nr. 57, Abb. 3.9b.

Ebenso wie beim Europäischen Parlament ist das Vertrauen gegenüber dem Frühjahr 2002 in den meisten Mitgliedstaaten gestiegen. Die größten Zunahmen wurden in Belgien (+12), Österreich (+10), Irland (+9), Luxemburg und Frankreich (jeweils +8) verzeichnet. Portugal ist das einzige Land, in dem die Menschen der Europäischen Kommission nun deutlich weniger häufig vertrauen (+5)<sup>35</sup>.

Schließlich betrachten wir das durchschnittliche Vertrauen für alle zehn Institutionen und Organe in jedem Mitgliedsstaat<sup>36</sup>. Wie die folgende Tabelle zeigt, ist der Durchschnittswert in Luxemburg am höchsten (62%) und im Vereinigten Königreich am niedrigsten (23%).

<b>Vertrauen in die Institutionen und Organe der EU</b> <b>(Durchschnittswert - Anteil derer, die angeben, den 10 Institutionen und Organen eher zu vertrauen, in % nach Land)</b>	
<b>Land</b>	<b>Durchschnitt</b>
Luxemburg	62
Irland	57
Spanien	52
Portugal	50
Belgien	50
Finnland	49
Griechenland	49
Die Niederlande	48
Österreich	47
Italien	47
Dänemark	45
Frankreich	44
<b>EU15</b>	<b>42</b>
Deutschland	42
Schweden	38
Vereinigtes Königreich	23

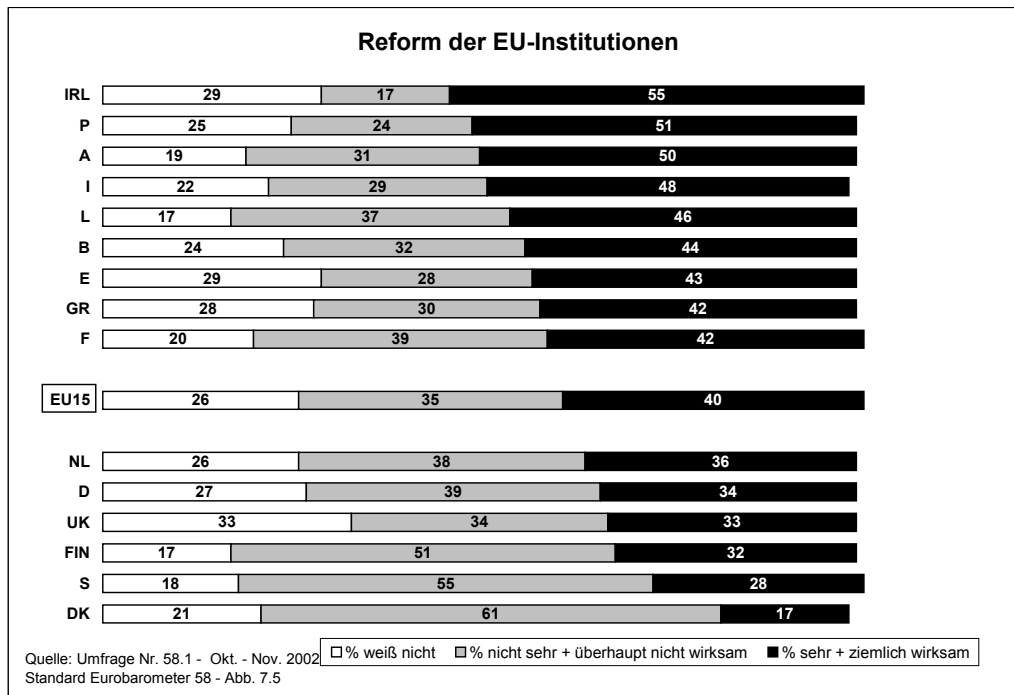
### 7.3. Hin zu einem neuen Rahmen für die Beschlussfassung

Eine der Aufgaben, die die Europäische Union bewältigt haben muss, wenn die ersten zehn Anwarterstaaten der Union im Mai 2004 beitreten, ist die Reform ihrer Institutionen.

Die Erhebung umfasst eine Frage, die misst, für wie wirksam die Menschen die Maßnahmen der Union zur Reform der Arbeitsweise der Institutionen halten. Da dies eine recht spezifische Frage ist, hat rund ein Viertel der Bevölkerung keine Meinung. 40% betrachten die Maßnahmen der Union als ziemlich wirksam, während 35% sie als nicht sehr oder überhaupt nicht wirksam betrachten.

<sup>35</sup> Siehe auch Eurobarometer-Bericht Nr. 57, Abb. 3.9c.

<sup>36</sup> Wir erinnern den Leser noch einmal daran, dass ein niedriger Vertrauensgrad meist einem hohen Anteil von "Weiß nicht"-Antworten entspricht, und nicht einem hohen Anteil von Misstrauensbekundungen.



Die Menschen in Irland (55%) betrachten diese Maßnahmen am häufigsten als wirksam, gefolgt von Portugal (51%) und Österreich (50%). In Dänemark halten 61% der Bevölkerung die Maßnahmen für nicht wirksam. Auch in Schweden (55%) und Finnland (51%) herrscht diese Meinung vor. (Abb. 7.4a)

Die demografische Analyse zeigt vergleichsweise geringe Unterschiede zwischen den verschiedenen soziodemografischen Gruppen der Bevölkerung. Der Anteil, der die Maßnahmen der EU für wirksam hält, reicht von 36% bei den Hausfrauen/-männern und Arbeitslosen bis zu 44% bei den Studenten.

Die Analyse der Einstellungen zeigt, dass 47% der Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union befürworten, die Maßnahmen zur Reform der EU als wirksam betrachten, gegenüber 35% der Mitgliedschaftsgegner. In Bezug auf die Ansicht, dass die Maßnahmen der EU nicht wirksam sind, bestehen jedoch keine größeren Unterschiede den beiden Gruppen. (Abb. 7.4b)

Die folgende Tabelle zeigt, dass 48% der Menschen, die ihre Kenntnisse über die Europäische Union als sehr hoch einschätzen, die Maßnahmen der EU als wirksam betrachten, vergleichen mit 32% derer, die meinen, sehr wenig über die EU zu wissen. Letztere Gruppe hält die Maßnahmen auch wesentlich weniger häufig für nicht wirksam (30% gegenüber 43%). Die Unterschiede zwischen diesen Gruppen erklären sich somit in großem Maße durch den Anteil der "Weiß nicht"-Antworten.

Eingeschätzte Wirksamkeit der EU-Reform im Verhältnis zur subjektiven Kenntnis über die Europäische Union			
Reform:	Subjektive Kenntnis:		
	Gering	Durchschnittlich	Groß
	%	%	%
Sehr wirksam	8	11	15
Ziemlich wirksam	24	32	33
Nicht sehr wirksam	24	30	30
Überhaupt nicht wirksam	6	8	13
Weiß nicht	38	20	9
Gesamt	100	101	100

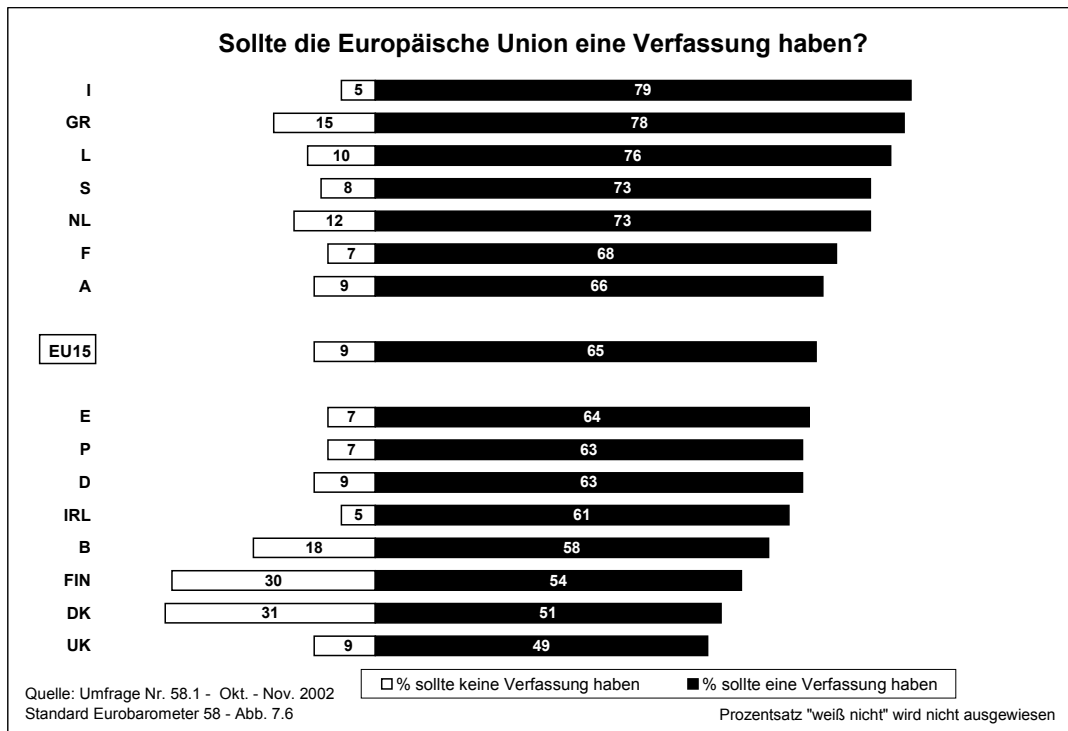


Mit dem Eurobarometer wird auch untersucht, ob die Öffentlichkeit der EU der Ansicht ist, dass die Europäische Union eine eigene Verfassung haben sollte. Diese Frage wurde erstmalig im Frühjahr 2000 gestellt, nachdem die Debatte eingeleitet worden war, wie die Europäische Union in Vorbereitung auf die Erweiterung organisiert werden soll. Sie ist nun zum fünften Mal in Folge gestellt worden. Auf Ebene der EU15 präsentieren sich die Antworten folgendermaßen:

	Herbst 02	Frühjahr 02	Herbst 01	Frühjahr 01	Frühjahr 00
	%	%	%	%	%
Ja	65	63	67	62	70
Nein	9	10	10	10	6
(Weiß nicht)	26	27	23	29	24
<i>Gesamt</i>	100	100	100	101	100

Aus der Tabelle ist ersichtlich, dass im Laufe der Jahre etwa 6 bis 7 von 10 Unionsbürgern eine Verfassung der Europäischen Union befürworteten, wogegen die Ablehnung einer Verfassung immer sehr niedrig war. Rund ein Viertel der Bevölkerung ab 15 Jahren hat jedoch keine Meinung dazu.

Die Länderergebnisse zeigen, dass die Menschen in Italien (79%) am häufigsten eine EU-Verfassung befürworten, gefolgt von den Menschen in Griechenland (78%), Luxemburg (76%), Schweden und den Niederlanden (jeweils 73%). Die Menschen in Dänemark (31%) und Finnland (30%) glauben am häufigsten, dass die Europäische Union keine Verfassung haben sollte.



Im Vergleich zum Frühjahr 2002 hat die Befürwortung einer Verfassung in Griechenland (+10), Frankreich (+9), Spanien, Portugal, Irland (jeweils +6), Luxemburg (+5) und Österreich (+4) zugenommen. In Dänemark und Belgien stieg die Zahl derer, die meinen, die EU sollte keine Verfassung haben, um drei Prozentpunkte. (Abb. 7.5a)

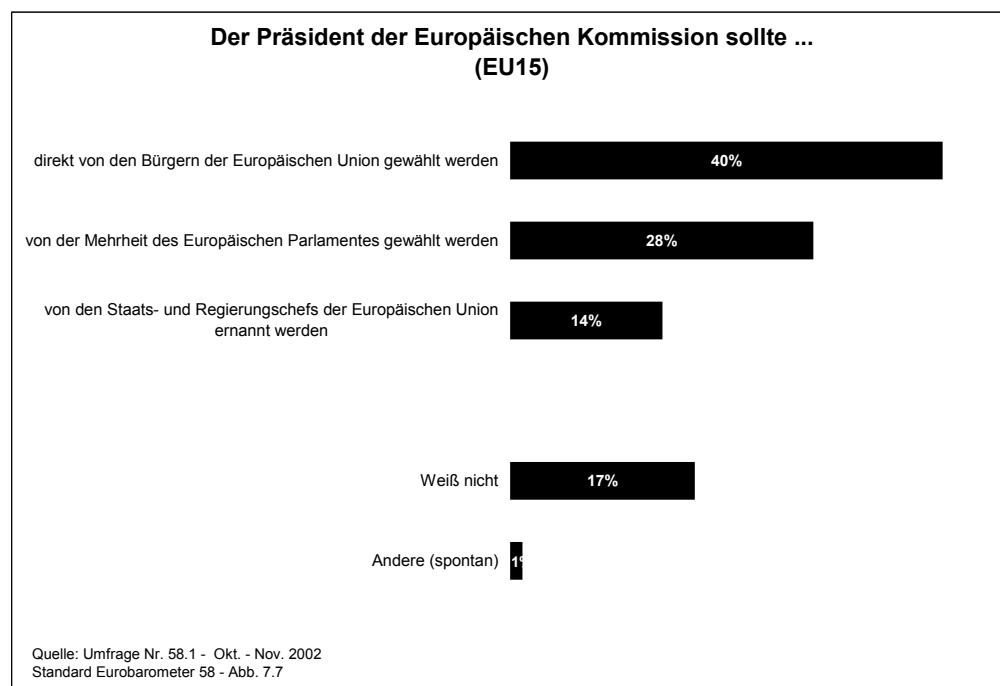
Aus der demografischen Analyse geht hervor, dass die Befürwortung einer Verfassung unter Personen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder länger in der Vollzeitausbildung verblieben sind, und bei Führungskräften (jeweils 76%) am stärksten ist. Am geringsten ist sie bei Hausfrauen/-männern, Arbeitslosen und Menschen, die die Vollzeitausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger verlassen haben (jeweils 59%). Die Ablehnung ist bei allen Gruppen niedrig, und die Unterschiede im Ausmaß der Befürwortung liegen hauptsächlich an dem unterschiedlich stark ausgeprägten Anteil der Antworten mit "Weiß nicht".

Wie zu erwarten war, äußern Personen, die angeben, viel über die Europäische Union zu wissen, weitaus häufiger dazu eine Meinung, als es bei den Personen der Fall ist, die denken, sehr wenig über die EU zu wissen. Die folgende Tabelle zeigt, dass das Ausmaß der Befürwortung und der Ablehnung unter der ersten Gruppe viel höher als unter der zweiten Gruppe ist.

<b>Befürwortung einer EU-Verfassung in Abhängigkeit von den Kenntnissen über die EU (in %)</b>			
	<b>Geringe Kenntnisse</b>	<b>Durchschnittliche Kenntnisse</b>	<b>Gute Kenntnisse</b>
% Ja	52	72	78
% Nein	8	9	14
% Weiß nicht	41	19	8
% Gesamt	101	100	100

Die Verhaltensanalyse zeigt, dass die Befürworter der EU wesentlich häufiger für eine Verfassung sind als ihre Gegner (76% gegenüber 48%). 19% der Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union ablehnen, sind gegen eine Verfassung, gegenüber 7% der Menschen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes befürworten. (Abb. 7.5b)

Der Präsident der Europäischen Kommission wird von den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union ernannt und anschließend vom Europäischen Parlament bestätigt. In der Eurobarometer-Umfrage wurden die Teilnehmer das zweite Mal in Folge gefragt, wie der Präsident ihrer Meinung nach gewählt werden sollte. 40% der Befragten vertreten die Ansicht, der Präsident sollte direkt von den Bürgern der EU gewählt werden, gegenüber 34% im Frühjahr 2002. 28% meinen, er oder sie sollte von der Mehrheit des Europäischen Parlaments gewählt werden, während es im Frühjahr 2002 noch 32% waren. Der Anteil derer, die die Ansicht vertreten, der Präsident sollte von den Staats- und Regierungschefs ernannt werden, ist stabil geblieben (14%). Etwas weniger als zwei von zehn Befragten wissen nicht, wie der Präsident gewählt werden sollte.



In allen Ländern mit Ausnahme von Finnland und Schweden wird am häufigsten die Meinung vertreten, dass der Präsident der Europäischen Kommission direkt gewählt werden sollte. Diese Meinung wird in Belgien, Luxemburg und Griechenland (jeweils 47%) am häufigsten vertreten. In Finnland und Schweden hingegen ist man am häufigsten der Ansicht, dass der Präsident von der Mehrheit des Europäischen Parlamentes gewählt werden sollte (jeweils 37%).

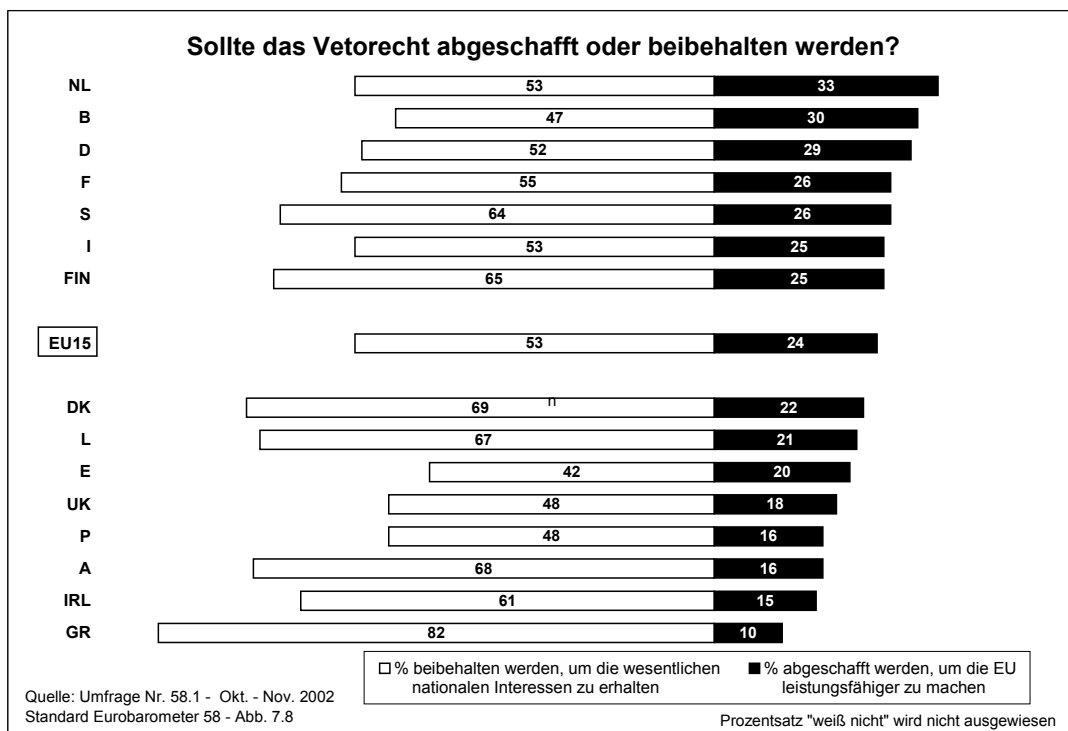
Im Vergleich zum Frühjahr 2002 hat die Direktwahl des Präsidenten in fast allen Ländern an Zustimmung gewonnen. Die größten Zunahmen sind in Griechenland (+16), Dänemark (+12), Belgien, den Niederlanden (jeweils +11) und Portugal (+9) zu verzeichnen. In einigen Ländern sind die Zunahmen nur gering, aber es gibt kein Land, in dem diese Ansicht nun weniger Zustimmung fände als im Frühjahr 2002. (Siehe Abb. 7.6a für alle Länderergebnisse.)

Aus der demografischen Analyse geht hervor, dass die Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen bei der Befürwortung von Direktwahlen nicht sehr groß sind, wobei die Befürwortung von 37% bei den Angestellten bis 43% bei den Studenten reicht. Alle Gruppen geben der Direktwahl des Präsidenten den Vorzug, wenngleich die Wahl von der Mehrheit des Europäischen Parlamentes bei einigen der Gruppen auch vergleichsweise viel Gefallen findet.

Die Analyse des Verhaltens zeigt, dass die Direktwahl des Kommissionspräsidenten sowohl bei den Befürwortern als auch bei den Gegnern als bevorzugte Methode betrachtet wird (38% bzw. 45%). Bei den Befürwortern der Union ist die Ansicht, dass der Präsident von der Mehrheit des Europäischen Parlamentes gewählt werden sollte, jedoch nahezu ebenso stark vertreten (36%). (Abb. 7.6b)

Als nächstes untersuchen wir, wie die Unionsbürger zum Vetorecht stehen. Zurzeit haben die Mitgliedstaaten der Europäischen Union in einigen Instanzen das Recht, gegen Entscheidungen ein Veto einzulegen. Das Veto eines Landes kann verhindern, dass ein Vorschlag zur Rechtsvorschrift wird. In einer erweiterten EU mit bis zu 25 Mitgliedstaaten kann dieses Vetorecht ein ernsthaftes Hindernis in den Beschlussverfahren der EU darstellen.

Ebenso wie im Frühjahr 2002 denkt die Mehrheit der EU-Bürger (53%), das Vetorecht sollte beibehalten werden, um die wesentlichen nationalen Interessen zu erhalten. Nur rund ein Viertel der Bevölkerung glaubt, dass es abgeschafft werden sollte, um die EU handlungsfähiger zu machen. Die übrigen 23% haben dazu keine Meinung.



Der Wunsch, das Vetorecht beizubehalten, ist in allen Ländern weit verbreitet, aber diese Überzeugung ist in den einzelnen Ländern unterschiedlich stark ausgeprägt. In Belgien, den Niederlanden und Deutschland befürworten rund 3 von 10 Befragten die Ansicht, das Vetorecht sollte abgeschafft werden, um die EU handlungsfähiger zu machen. In einer Reihe anderer Länder wird der Wunsch, das Vetorecht beizubehalten, von weniger als der Hälfte der Bevölkerung zum Ausdruck gebracht. Es handelt sich um Spanien (42%), Belgien (47%), Portugal und das Vereinigte Königreich (jeweils 48%). Am geringsten ist die Kluft (in Prozentpunkten) zwischen den Befragten, die dafür plädieren, das Vetorecht beizubehalten und denen, die meinen, es sollte abgeschafft werden, in Belgien, den Niederlanden und Spanien.

Im Vergleich zum Frühjahr 2002 ist festzustellen, dass die Ansicht, das Vetorecht sollte abgeschafft werden, in Dänemark und Luxemburg (jeweils +4) an Zustimmung gewonnen hat. In Griechenland hingegen wird der Wunsch, das Vetorecht beizubehalten, jetzt sogar noch häufiger zum Ausdruck gebracht als im Frühjahr (+13). Auch in Frankreich, Schweden, Spanien, Portugal, Irland, den Niederlanden und Finnland hat diese Ansicht an Zustimmung gewonnen. In allen diesen Ländern wurden Zunahmen um 3 bis 4 Prozentpunkte verzeichnet. (Abb. 7.7a)

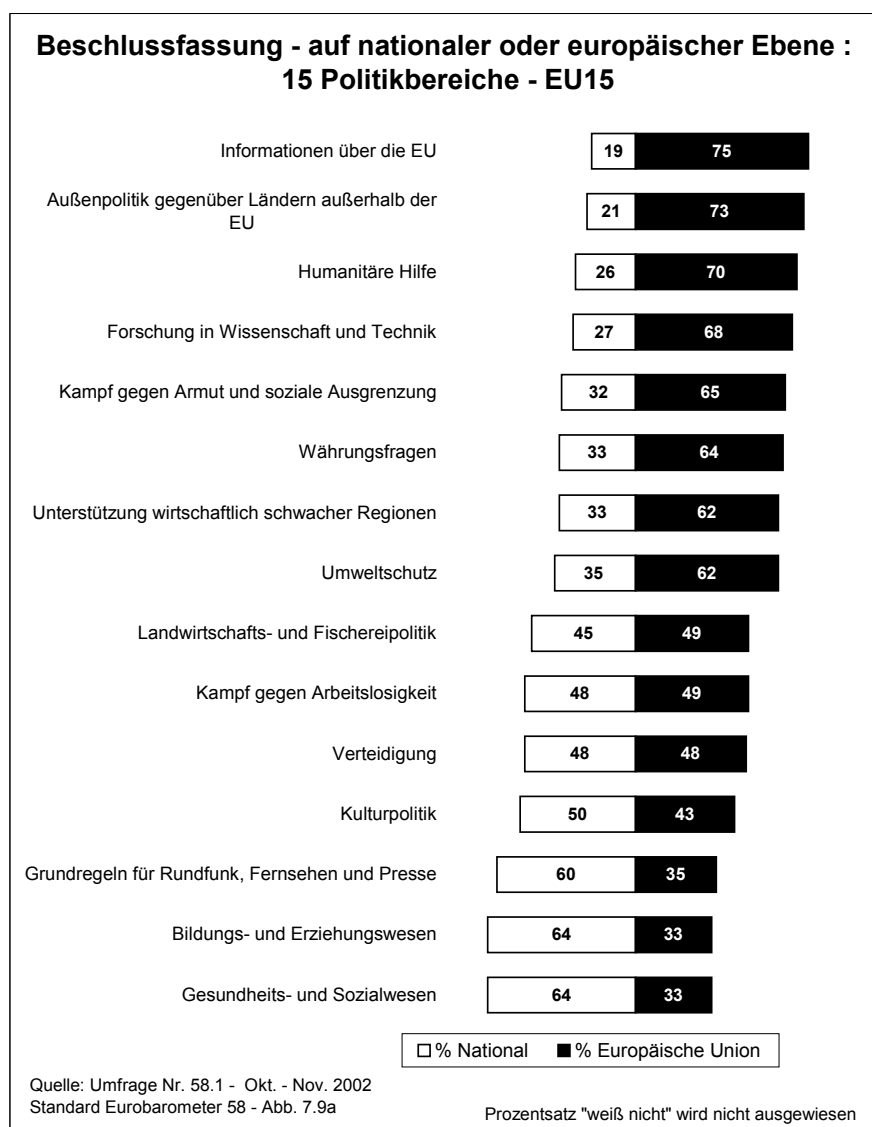
Die demografische Analyse zeigt wenig Abweichungen zwischen den verschiedenen soziodemografischen Gruppen in der Bevölkerung. Mit Ausnahme der Arbeitslosen wird die Ansicht, das Vetorecht sollte beibehalten werden, bei allen Gruppen von mindestens der Hälfte der Befragten vertreten. Bei den Arbeitslosen beträgt diese Zahl 49%.

Selbst wenn die Einstellungen zur Europäischen Union berücksichtigt werden, bleibt die öffentliche Meinung relativ einhellig, obwohl diejenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes befürworten, wesentlich öfter glauben, dass das Vetorecht abgeschafft werden sollte (30%), als es bei denjenigen der Fall ist, die die Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen (17%). (Tabelle 7.7b)

Schließlich betrachten wir die Frage, welche Bereiche nach Meinung der Öffentlichkeit auf EU-Ebene entschieden und welche auf nationaler Ebene behandelt werden sollten. Die Ergebnisse stammen von einer Standard-Eurobarometerfrage, bei der die Teilnehmer zu 27 Politikbereichen befragt werden, in denen die Union in verschiedenem Umfang über Entscheidungskompetenzen verfügt.

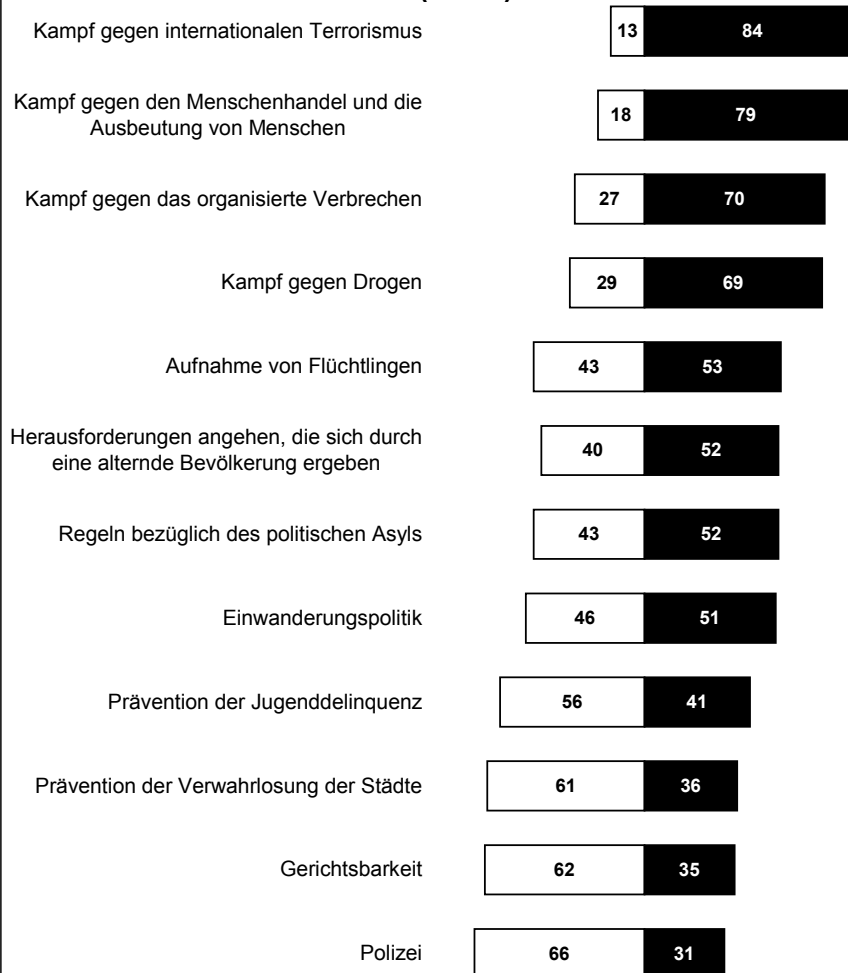
In der Umfrage ist die Frage in Politikbereiche, die den drei Pfeilern des Maastrichter Vertrages entsprechen, und einige neue Politikbereiche, von denen die meisten im Amsterdamer Vertrag und im Vertrag von Nizza enthalten sind, unterteilt. Wir betrachten zunächst die Haltung der Menschen gegenüber den Politikbereichen aus dem Maastrichter Vertrag.

Die Befürwortung einer gemeinsamen Beschlussfassung auf EU-Ebene ist nach wie vor am größten im Bereich der Information über die EU, ihre Politiken und Institutionen (75%). Die nächsten drei Bereiche, für die die Bevölkerung die gemeinsame Beschlussfassung bevorzugt, sind Außenpolitik (73%), humanitäre Hilfe (70%) und Forschung in Wissenschaft und Technik (68%). Am geringsten ist die Befürwortung der gemeinsamen Beschlussfassung in den Bereichen Gesundheits- und Sozialwesen, Bildungs- und Erziehungswesen (jeweils 33%) sowie bei den Grundregeln für die Medien (35%).



Im Folgenden betrachten wir die verbleibenden Bereiche und stellen fest, dass 84% der EU Bürger glauben, die EU und nicht die nationale Regierung sollte Entscheidungen über den Kampf gegen den internationalen Terrorismus treffen. In diesem Bereich bevorzugen die meisten Menschen die EU Beschlussfassung. Was die anderen Politikbereiche aus dem Vertrag von Amsterdam betrifft, finden wir die größte Unterstützung für die gemeinsame Beschlussfassung in den Bereichen Kampf gegen Menschenhandel und Ausbeutung von Menschen, während die größte Unterstützung für die nationale Beschlussfassung in den Bereichen Polizei, Justiz/Gerichtsbarkeit, Prävention urbaner Kriminalität und Prävention der Verwahrlosung der Städte zu finden ist. (Siehe Tabelle 7.8 für die Länderergebnisse).

### Entscheidungen auf nationaler oder europäischer Ebene nach dem Vertrag von Amsterdam (EU15)



Quelle: Umfrage Nr. 58.1 - Okt. - Nov. 2002  
Standard Eurobarometer 58 - Abb. 7.9b

□ % National ■ % Europäische Union

Prozentsatz "weiß nicht" wird nicht